This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

WIDENER
HN MVBF X

№ 154

Der Moderne Sozialismus.

Von

Max Haushofer.

3 Mark

LEIPZIG. VERLAG von J. J. WEBER.

Harvard College Library

BOUGHT WITH INCOME

FROM THE BEQUEST OF

SAMUEL NEWTON CUTLER

(Class of 1877)

OF BOSTON

OTTO HARRASSOWITZ
BUCHHANDLUNG
LEIPZIG

Katechismus der Volkswirtschaftslehre.

Von **Hugo Schober.** Fünfte, durchgesehene und vermehrte Auflage von Dr. **Ed. B. Schulze.** Preis gebunden 4 Mark.

Grundbegriffe und Entwickelungsgang der Volkswirtschaftslehre. Grundbegriffe. Bedürfnisse. Güter. Güterarten. Erlangung der Güter. Verkehr. Wert. Vermögen. Wirtschaft. Entwickelungsstufen. Volkswirtschaft. Einwirkung auf die Volkswirtschaft. Entwickelungsgang der Volkswirtschaftslehre: Wissenschaft von der Volkswirtschaft. Merkantilismus. Physiokratismus. Smithianismus. Freihandels- und Schutzpolitik. Sozialismus und Kommunismus. Einteilung der Volkswirtschaftslehre. **Produktion der Güter.** Produktionsmittel: Natur. Arbeit. Kapital. Bedeutung und Wesen des Kapitals. Zusammenwirken der Produktionsmittel: Verfügbarsein der Produktionsmittel. Gestaltung der Unternehmungen. Öffentliche Unternehmungen. Produktionsteilung und Gebrauchsvereinigung. **Zirkulation der Güter.** Preis: Bestimmgründe des Preises. Preisregeln. Nachhaltige Preisveränderungen. Stetigkeit der Preise. Zirkulationsmittel: Das Geld. Preismaße. Kredit. Kreditzahlungsmittel. Kreditförderungsmittel. Kommunikationsmittel. Umsatzmittel. **Distribution der Güter.** Einkommenszweige. Grundrente. Arbeitslohn. Kapitalzins. Unternehmereinkommen und Unternehmergewinn. Gegenseitiges Verhältnis der Einkommenszweige. Verteilung des Volkseinkommens. **Konsumtion der Güter.** Verhältnismäßigkeit der Konsumtion: Größe der Konsumtion. Gearteheit der Konsumtion. Konsumtionsveränderungen: Schadenabwendung. Konsumtionsverbesserungen.

Katechismus des Völkerrechts.

Mit Rücksicht auf die Zeit- und Streitfragen des internationalen Rechtes von **Alois Bischof.** Preis gebunden 1 Mark 50 Pf.

Einleitung. Begriff und Wesen des Völkerrechts. — Genesis des Völkerrechts. — Quellen des Völkerrechts. — Hilfsmittel beim Studium des Völkerrechts. **Allgemeine Grundsätze: Von den Subjekten des Völkerrechts.** Allgemeine Übersicht derselben. — Von den einzelnen Arten dieser Subjekte: Staaten. — Staatenvereine. — Regenten und ihre Familien. — Diplomatische Personen. — Entstehung und Erlöschung der Subjekte des Völkerrechts. **Von den Objekten des Völkerrechts. Von den auf dem Völkerrechte beruhenden Rechten im allgemeinen.** Von der rechtlichen Natur derselben. — Von ihren Entstehungsgründen. — Formen ihrer Entstehung, Erhaltung und Verfolgung. — Von ihrer Erlöschung. — **Von den einzelnen Rechtsverhältnissen: Materielles Völkerrecht.** Rechte der einzelnen Subjekte des Völkerrechts. — Rechte der Staaten. — Völkerrechtliche Stellung der Staatenvereine. — Völkerrechtliche Stellung der Regenten und ihrer Familien. — Rechtliche Stellung der völkerrechtlichen Beamten. — Gründe, aus welchen besondere Rechte der Staaten entstehen: Übersicht dieser Gründe. — Von den Saatsverträgen insbesondere. **Von den Mitteln und dem Verfahren zur Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten.** Beilegung von Streitigkeiten durch Verständigung. — Anwendung von Selbsthilfe: Retorsion. — Repressalien. — Embargo und Blockade. — Vom Kriege. — Vom Kriege und Kriegsrechte im allgemeinen. — Veranlassung und Eröffnung des Krieges. — Wirkungen des Krieges. — Beendigung des Krieges. — Neutralität: Von dem Grunde, den Bedingungen und dem Ende der Neutralität. — Rechte der Neutralen. — Maßregeln gegen Mißbrauch der Neutralität.

Verlag von J. J. Weber in Leipzig.

Katechismus

des

Deutschen Reiches.

Ein Unterrichtsbuch in den Grundsätzen des deutschen Staatsrechts, der Verfassung und Gesetzgebung des Deutschen Reiches

von **Dr. Wilhelm Zeller.**

Zweite, vielfach umgearbeitete und erweiterte Auflage.

Preis gebunden 3 Mark.

Die Grundbegriffe des Staatsrechtes. — **Das deutsche Landesstaatsrecht. Verfassung der deutschen Staaten.** Grundlagen der Verfassung. — Die deutsche Souveränität. — Der Fürst und sein Haus. — Hoheitsrechte des Landesherrn. — Die Individuen im Staate. — Die Geburtsstände. — Das Staatsbeamtentum. — Die öffentlichen Körperschaften innerhalb des Staates. — Der Staat und die Kirche. — Kulturpflege des Staates. — Der innere Organismus der Staatsregierung. **Die landständische Verfassung.** Geschichtliche Entwickelung der landständischen Verfassung in Deutschland. — Die modernen Landstände. — Rechte und Funktionen der Landstände. — Versammlung der Landstände. **Staatsrecht des neuen Deutschen Reiches. Die Reichsverfassung.** Grundlagen der Verfassung. — Reichs- und Staatsangehörigkeit. — Die deutschen Grundrechte. **Organe der Reichsgewalt.** Bundesrat. — Reichsoberhaupt. — Reichstag. — Reichsämter. — Reichsbeamte. **Gesetzgebung des Reiches auf dem Gebiete der Rechtspflege.** Deutsche Gerichtsverfassung. — Das bürgerliche Recht. — Strafrecht. **Die Gesetzgebung des Reiches auf dem Gebiete der Polizei.** Armen- und Wohlthätigkeitspolizei. — Medizinal- und Sanitätspolizei. — Sicherheitspolizei. — Sittenpolizei. Preßpolizei. — Landwirtschaftspolizei. **Thätigkeit des Reiches auf dem sozialen und wirtschaftlichen Gebiete.** Einführung der Zivilehe. — Schutz der geistigen und gewerblichen Thätigkeit. — Zoll- und Handelssystem. — Verkehr zu Wasser. — Konsulatswesen. — Maß-, Gewichts- und Münzsystem. — Bankwesen. — Verkehrsanstalten. — Gewerbewesen. — Reichsgesetzliche Sicherung fundierter Geldpapiere. — Genossenschaftswesen und Aktiengesellschaften. — Die soziale Bewegung. — **Reichsfinanzen.** — Vermögen und Schulden des Reiches. — Einnahmen und Ausgaben des Reiches. — Reichsbudget. **Heeres- und Kriegswesen.** Organisation des Heeres. — Naturalleistungen für die bewaffnete Macht. — Militärpensions- und Unterstützungswesen. — Erhöhung der Militärmacht.

A. Leskien

Der moderne Sozialismus.

Der

Moderne Sozialismus

Von

Max Haushofer

Leipzig

Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber

1896

Soc 757.24

HARVARD COLLEGE
DEC 12 1930
LIBRARY

Cutler fund

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.

Das vorliegende Buch ist für einen sehr großen Leserkreis berechnet: für Alle, die ein Verständnis der modernen sozialistischen Ideen gewinnen oder ihr bisheriges Verständnis dieser Ideen läutern wollen. Aus der Tagespresse der verschiedenen Parteirichtungen erhält der Leser wohl die Erkenntnis von den Kriegsereignissen, welche in dem fortdauernden Kampfe zwischen der Sozialdemokratie und ihren Gegnern sich zutragen; aber er erhält keine genügende Kenntnis der Ursachen, welche zu diesem Kampfe geführt haben, und der letzten Ziele, um welche gekämpft wird. Diese Ursachen und Ziele sollen hier wieder einmal klargelegt werden. Es fehlt zwar nicht an Werken, in welchen dies schon geschehen ist, wer aber diese Werke durchgearbeitet hat, findet, daß jedem derselben, selbst wenn es im ganzen so vorzüglich wäre, wie E. v. Laveleyes „Socialisme contemporain", doch noch etwas fehlt; er dürstet nach noch weiterer Einsicht.

Dem Verfasser lag hauptsächlich daran, den eigentlichen Kernpunkt des sozialdemokratischen Programms — die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum — gründlich zu entschleiern, die denkbaren Formen der Expropriation und des hierauf folgenden sozialistischen Betriebes zu erörtern und so in den Gedanken des Lesers ein Urteil über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer sozialistischen Weltordnung entstehen zu lassen. Die Überzeugung, daß heutzutage jeder denkende Mensch ein derartiges Urteil in sich ausreifen lassen muß, ist wohl ein ausreichender Grund für die Arbeit des Verfassers.

Der Verfasser würde sich glücklich schätzen, wenn es ihm gelingen sollte, in den wildbewegten Streit um die wichtigste Frage des Jahrhunderts einen oder den anderen klärenden Gedanken hineintragen zu können.

Max Haushofer.

Inhaltsübersicht.

Erster Abschnitt.

Der Sozialismus überhaupt und die Sozialdemokratie insbesondere.

		Seite
1.	Begriff und Wesen des Sozialismus	3
2.	Unzureichende Erklärungen	5
3.	Der Sozialismus und das Eigentum	8
4.	Der Sozialismus und der Staat	11
5.	Der Sozialismus und die Freiheit	12
6.	Der Sozialismus und der Gleichheitsgedanke	16
7.	Geschichtliche Entwickelung des modernen Sozialismus	19
8.	Die Sozialdemokratie (Lassalle, Marx, Engels, Bebel, Kautsky)	24
9.	Das Erfurter Programm	34
10.	Die nächsten praktischen Ziele der Sozialdemokratie	38
11.	Taktik und Agitation	46
12.	Folgen	48
13.	Die Sozialreform	54
14.	Der Staatssozialismus	65
15.	Die Sozialdemokratie und der Staatssozialismus	69
16.	Der kirchliche Sozialismus	74
17.	Der Anarchismus	76
18.	Geschichtschreiber des Sozialismus	81

Zweiter Abschnitt.

Die Übel des Kapitalismus.

		Seite
1.	Im allgemeinen	83
2.	Arbeit und Kapital. Der Marxismus	85
3.	Arbeit und Grundeigentum	88
4.	Der Untergang des Kleinbetriebs	92
5.	Arbeiter und Bourgeois	96
6.	Das „wachsende Elend"	101
7.	Die steigende Unzufriedenheit	111

Dritter Abschnitt.

Die Verwandlung des Privatkapitals in Gemeineigentum.

1.	Das Privateigentum an Produktionsmitteln	118
2.	Rechtsgrund der Expropriation	120
3.	Was sind Produktionsmittel?	121
4.	Wer soll expropriieren?	125
5.	Der Zeitpunkt der Expropriation	127
6.	Die Mittel zur Expropriation	130
7.	Konfiskation ohne Entschädigung	135

Vierter Abschnitt.

Die sozialdemokratische Betriebsordnung.

1.	Die Bedarfsbestimmung	138
2.	Städtische und ländliche Wirtschaftsunterschiede	143
3.	Die Betriebseinrichtung der sozialistischen Wirtschaft	145
4.	Die sozialistische Großproduktion	148
5.	Bedingungen sozialistischer Produktion	151
6.	Neubildung und Erhaltung der Produktionsmittel	155
7.	Berufswahl und Freizügigkeit	161
8.	Arbeitsordnung und Arbeitskontrolle	166
9.	Verbesserung der Produktion	171

Seite
10. Gleichgewicht von Produktion und Verbrauch 179
11. Die sozialistische Produktion in ihren Hauptzweigen . . 184
12. Abschaffung des Geldes 197
13. Die Aufhebung des Kredits 208
14. Aufhebung des Privathandels 215
15. Die Verkehrsanstalten 224
16. Gemeinsame Gebrauchsgüter 228
17. Das Einkommen 233
18. Das Genußleben 239
19. Gemeinsame Ausgaben 245
20. Abschaffung des Staates 251
21. Die Parteien im sozialistischen Gemeinwesen 255
22. Die Internationalität 258

Fünfter Abschnitt.

Schlußbetrachtungen.

1. Die Verbesserung des Menschen 263
2. Die Sozialdemokratie und die Familie 266
3. Das gesellige Leben in der sozialistischen Ordnung . . 269
4. Das geistige Leben in der sozialistischen Ordnung . . 272
5. Die Übervölkerung 276
6. Die Sozialdemokratie und das Jenseits 294

Der moderne Sozialismus.

Erster Abschnitt.

Der Sozialismus überhaupt und die Sozialdemokratie insbesondere.

1. Begriff und Wesen des Sozialismus.

Sozialismus nennen wir eine Gesamtheit von Bestrebungen, die das wirtschaftliche Leben in der Hauptsache zu einer gemeinsam geregelten Thätigkeit des gesellschaftlichen Körpers machen will.

Diese Begriffsbestimmung bedarf einer Erläuterung.

Die Thätigkeiten des gesellschaftlichen Körpers funktionieren, seit es einen gesellschaftlichen Körper giebt, d. h. seit die Menschen untereinander Leistungen und Gegenleistungen friedlich austauschen. In den Kulturländern unterliegen auch schon sehr ausgedehnte und wichtige Teile dieser Thätigkeiten einer gemeinsamen Regelung: Rechtsschutz im Innern und gegen außen; vieles, was der inneren Verwaltung angehört; die Volksbildung, das Verkehrswesen ꝛc.

Die gemeinsame Regelung der Lebensäußerungen des gesellschaftlichen Körpers kann aber mehr oder weniger vollständig sein. So ist z. B. die Regelung des Militärwesens und der Volksbildung in den Kulturstaaten viel vollständiger als gemeinsame Angelegenheit durchgeführt, als die Regelung der meisten wirtschaftlichen Angelegenheiten. Diese letzteren

sind heute noch in der Hauptsache der freien Konkurrenz überlassen.

Und das ist der Punkt, wo der Sozialismus ansetzt.

Der Sozialismus wendet sich gegen die freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben. Er will, daß die Erzeugung, der Umlauf und die Verteilung der materiellen Güter nicht mehr bloß vom Egoismus der einzelnen wirtschaftenden Menschen, sondern zugleich von der Gesamtheit aus dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls geleitet werden sollen.

Der Sozialismus geht von dem Grundgedanken aus, daß alle Menschen gleiches Recht auf Existenz, auf Glück und Gütergenuß, auf geistigen und materiellen Fortschritt haben, daß aber die Einrichtungen der heutigen Kulturstaaten diesen Zielen keineswegs entsprechen und daher umgestaltet werden müssen.

Die vorhandenen wirtschaftlichen Zustände unvollkommen und verbesserungswürdig zu finden, ist an sich noch nicht sozialistisch. Der Sozialismus hebt erst da an, wo er vorhandene Zustände durch gemeinsame, von einer menschlichen Gesamtheit ausgehende Maßregeln verbessern will. Alle derartigen Maßregeln werden immer eine gewisse Beschränkung der Freiheit des Einzelnen enthalten. Entweder legen sie den Einzelnen einen Zwang zu einer bestimmten Handlungsweise auf; oder sie nötigen sie zur Unterlassung gewisser Handlungen; oder sie beschränken die freie Verfügung des Einzelnen über gewisse Dinge.

Bezeichnend aber für den Sozialismus ist, daß solche verbessernde Maßregeln nur im Interesse des Gemeinwohls geplant und durchgeführt werden dürfen. Sobald sie lediglich im Interesse einer Klasse oder Gruppe der Gesamtheit liegen, sind sie nicht sozialistisch, sondern bloß Äußerungen eines Klassenegoismus.

Damit ist aber nicht ausgeschlossen, daß Maßregeln, die darauf ausgehen, die am ungünstigsten gestellten Klassen der Gesellschaft in ihrem Lose zu verbessern, nicht auch sozialistischer Natur wären, obgleich sie es zunächst nur mit

einzelnen Klassen zu thun haben. Denn es entspricht vollständig dem Begriffe des Gemeinwohls, wenn die Gesellschaft strebt, die Lage ihrer am ungünstigsten gestellten Mitglieder zu heben, selbst mit gewissen Opfern der Stärkeren und Glücklicheren. Alle zu bedeutenden Ungleichheiten sind dem Gemeinwohl abträglich, weil sie Neid, Mißgunst, Freudlosigkeit und Klassenhaß erzeugen und dadurch den harmonischen Fortschritt der Gesamtheit hindern.

So stellt sich der Sozialismus einerseits in eine gegensätzliche Stellung zum Liberalismus, der die möglichste Freiheit für jeden Einzelnen fordert und Beschränkungen dieser Freiheit nur zuläßt, soweit er sie für absolut notwendig hält. Und anderseits bildet er auch einen Gegensatz zum System der ungleichen Berechtigungen. Dieses System, auch Monopolsystem genannt, kann zwar auch auf eine sehr eingehende Ordnung der wirtschaftlichen Zustände abzielen, aber ohne den Grundgedanken der Gleichberechtigung.

Innerhalb der sozialistischen Theorie aber sind wieder mancherlei Schattierungen denkbar und bemerkbar, jenachdem man den Begriff des Gemeinwohls auslegt; jenachdem man ferner die Ursachen von Störungen des Gemeinwohls in diesen oder jenen Thatsachen sucht; jenachdem man zur Verbesserung der Zustände mehr oder weniger energische Maßregeln fordert; jenachdem man bei diesem Streben mehr an friedliche Entwickelung und langsamen Ausbau oder an gewaltsame Umwälzung der gegenwärtigen Zustände denkt.

2. Unzureichende Erklärungen.

Erklärungen vom Wesen des Sozialismus sind oft genug gegeben worden. Es genüge einige der landläufigsten hervorzuheben.

Unrichtig ist geradezu die Definition Proudhons, der, vor Gericht über das Wesen des Sozialismus befragt, äußerte, Sozialismus sei „jedes Streben nach Verbesserung der gesellschaftlichen Lage“. Diese Definition ist zu weit;

denn eine Verbesserung der gesellschaftlichen Lage will jeder vernünftige Mensch.

Eitel Phrase ist die Definition von Bebel, wenn er sagt, der Sozialismus sei die auf alle Gebiete menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft (Bebel: Die Frau und der Sozialismus. 11. Aufl. S. 376). Unvollkommen ist auch die Begriffsbestimmung von H. v. Scheel (Schönberg, Handb. d. polit. Ökonomie. 2. Aufl. I. B, S. 108), die als Sozialismus jede Theorie erkennt, „welche ihrem Wesen und dem Bewußtsein der Mitlebenden nach eine Wirtschaftsphilosophie der leidenden Klassen wirklich ist". Die Definition ist etwas zu weit und etwas zu unbestimmt; sie trifft mehr die Gedankenarbeit, die zum Sozialismus führt, als den letzteren selbst.

Viel zu weit ist ferner die Definition von Held, daß der Sozialismus jene Richtung sei, die irgendwelche Unterordnung des Einzelwillens unter die Gesamtheit verlangt. Denn eine solche Unterordnung verlangt jeder Staat von seinen Angehörigen. Die Definition von Roscher (Politik, § 128), welcher Sozialismus „eine Gemeinwirtschaft, die über den Gemeinsinn hinausgeht", nennt, ist zu wenig bestimmt.

Selbst die, auch von L. Felix (Kritik des Sozialismus, S. 15) acceptierte Definition J. St. Mills (Principles of Political Economy, II, 1. 2) scheint nicht den ganzen, sondern nur den kommunistischen Sozialismus zu erfassen, indem sie das Wesen des Sozialismus darin sieht, daß der Boden und die Produktionsmittel Eigentum von Gemeinschaften oder von Vereinigungen oder der Regierung sind. Diese Definition paßt auf das, was heute Sozialismus genannt wird, ziemlich vollständig; aber es wäre doch auch ein Sozialismus denkbar, der das Privateigentum nicht aufhebt, sondern nur seine Benützung in viel engere Schranken weist, als heute für dieselbe bestehen.

Das Gleiche gilt auch für die Definition von V. Cathrein (Der Sozialismus. 5. Aufl. 1892. S. 3), welche lautet:

„Die Sozialdemokratie ist jenes volkswirtschaftliche System, welches unveräußerliches staatliches Gemeineigentum aller Arbeitsmittel einführen und die gesamte Produktion und Verteilung der wirtschaftlichen Güter durch den demokratischen Staat organisieren will". Diese Definition umfaßt nicht den ganzen Sozialismus, sondern bloß die (allerdings wichtigste) Schattierung, die sich in der heutigen Sozialdemokratie darstellt. Selbst Lassalle fiele nicht unter diese Definition. Bebel würde sie wohl nicht anerkennen, weil in ihr überhaupt noch von einem Staate die Rede ist.

V. Böhmert (Der Sozialismus und die Arbeiterfrage, Zürich 1872) definiert den Sozialismus als „Inbegriff derjenigen Systeme und Pläne, welche die offenbaren Unvollkommenheiten der auf den Grundsätzen des Privateigentums und der freien Konkurrenz sich aufbauenden bürgerlichen Gesellschaft, entweder durch radikalen Neubau der Gesellschaft oder durch Änderung der Eigentums- und Konkurrenzverhältnisse zu beseitigen, resp. zu mildern suchen". Diese Definition ist zwar nicht elegant, aber zutreffend.

In vorstehendem wurden nur einige der Erklärungen über das Wesen des Sozialismus herangezogen, um zu zeigen, wie leicht eine solche Erklärung zu weit oder zu eng ausfallen kann. Vielleicht wird die Vorstellung vom Wesen des Sozialismus noch deutlicher, wenn wir auch seine Gegensätze heranziehen.

Der moderne Sozialismus selber behauptet, sein Gegensatz sei der Kapitalismus. Und er versteht unter Kapitalismus das Wirtschaften des einzelnen Individuums mit Produktionsmitteln, die sein Privateigentum sind, und das gleichzeitige Streben dieser Privatkapitalien, sich auf Kosten der Arbeit auszudehnen, Macht zu gewinnen, die Arbeit auszubeuten.

Von mancher Seite wird aber auch behauptet, Gegensatz des Sozialismus sei der Individualismus, d. h. das Streben, dem Einzelnen eine möglichst freie Entwickelung in allen seinen Lebensbeziehungen zu gestatten, ihn aber

auch dafür verantwortlich zu machen, wenn diese Entwickelung wegen Mißgriffen keinen gedeihlichen Gang nimmt.

Bei näherer Betrachtung kommt man dahin, daß sowohl der Individualismus als auch der Kapitalismus Gegensätze des Sozialismus sind. Einige Aufklärungen hierüber wie über die Schattierungen des Sozialismus, aus denen eine Verschiedenheit der Gegensätze hervorgeht, mögen die folgenden Blätter noch bringen, die sich mit dem Verhältnis des Sozialismus zu den wichtigsten Bildungen der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte befassen sollen.

Anmerkung: Der Begriff „Kapitalismus" wird übrigens sehr verschieden gefaßt. Während die Sozialdemokratie schlechtweg die Wirtschaftsform als „kapitalistische" bezeichnet, in welcher es ein Privateigentum an den Produktionsmitteln giebt, bezeichnet C. Jentsch (Weder Kommunismus noch Kapitalismus, 1893, S. 5) den Kapitalismus als die grundsätzliche und planmäßige Förderung der Übermacht des Großkapitals. Das sind ganz verschiedene Begriffe. Man kann das Fortbestehen des Privatkapitals wünschen, ohne grundsätzlich und planmäßig die Übermacht des Großkapitals fördern zu wollen. Man kann bei der Betrachtung dieser Dinge ausgehen von einem Gegensatze zwischen Arbeit und Kapital; aber auch von einem Gegensatze zwischen dem kleinen und dem großen Kapital. Es ist offenbar richtiger, unter Kapitalismus die ganze Existenz des Privatkapitals, als ein Überwuchern des Großkapitals allein zu verstehen.

3. Der Sozialismus und das Eigentum.

Am wichtigsten erscheint das Verhältnis des Sozialismus zum Eigentum. In Bezug auf dieses Verhältnis lassen sich folgende Unterscheidungen treffen:

I. Jene Gruppe sozialistischer Theorien, die das Privateigentum als solches anerkannt und geschützt wissen will, ihm aber Einschränkungen im Interesse des Gemeinwohls auf-

erlegt. Das ist jener Sozialismus, worin die modernen Kulturvölker heute schon stehen. Eine lange Reihe öffentlicher Einrichtungen sind diesem Sozialismus entwachsen: die allgemeine Wehrpflicht und Schulpflicht; das Expropriationsrecht; die neueren Grundsätze des Steuerrechts in Staat und Gemeinde; das staatliche Zwangsversicherungswesen und die gesetzliche Armenpflege; das Erbrecht des Staates in gewissen Fällen; die Wuchergesetze; die Gesetzgebung über Arbeiterschutz u. a. — Es ist eben jener Sozialismus, den man auch als Sozialreform bezeichnet; jener Sozialismus, der nichts andres ist, als die durch fortschreitende Kultur gewonnene Einsicht, daß jede neue öffentliche Einrichtung und jede Umwandlung bestehender Einrichtungen in erster Linie unter dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls betrachtet werden muß.

II. Eine weiter gehende Ideengruppe ist die des Staatssozialismus. Die Anhänger dieser Gruppe wollen zwar auch das vorhandene Privateigentum anerkannt und geschützt wissen, sie sehen aber in jeder Vermehrung des öffentlichen Eigentums, sowie in jeder Verwandlung privater Konkurrenzwirtschaft in öffentliche Betriebe einen Fortschritt zu einer idealeren Wirtschaftsordnung. Das wirtschaftliche Prinzip des Staatssozialismus ist allmähliche Verstaatlichung der Privatbetriebe, unter voller Entschädigung der Enteigneten, und beginnend mit den Betrieben, die sich zur Verstaatlichung am besten eignen, sowie mit jenen, bei welchen die Übel der freien Konkurrenz am stärksten hervortreten. Der Staatssozialismus widerstrebt jedem Übergang öffentlichen Eigentums in Privateigentum. Schattierungen läßt er innerhalb seines Prinzips noch zu, jenachdem er allmählich das Privateigentum ausschließlich in Staatseigentum oder aber nur zum Teile in Staatseigentum, zum Teile dagegen in kommunales oder vielleicht auch in genossenschaftliches Eigentum verwandeln will.

III. Der kommunistische Sozialismus oder Kommunismus; d. h. jene Gruppe sozialistischer Theorien, die

das Privateigentum verwirft. Sie läßt sich wieder unterscheiden in:

A. Halbkommunismus, der das Privateigentum an Produktionsmitteln verwirft und nur das Privateigentum an Gebrauchsgütern noch anerkennt. Schon früher von einzelnen Theoretikern gelehrt, ist er der moderne Sozialismus, der seine geschichtliche Erscheinung in der heutigen Sozialdemokratie findet.

B. Ganzkommunismus, der das Privateigentum sowohl an Produktionsmitteln als auch an Gebrauchsgütern abgeschafft wissen will und eine gemeinsame Regelung nicht bloß der Produktion, sondern auch des Genußlebens fordert.

Auch der Ganzkommunismus ist bloß in der Theorie vorhanden. Ein Vorbild findet er allerdings in einem gewissen Kommunismus, der innerhalb der einzelnen Familie herrscht, aber auch nur in ihr möglich ist und auch hier nur mit der starken Beschränkung, daß jedes Familienglied sich ihm entziehen kann, sobald es sich selbständig macht, und daß der Familienkommunismus absolutistisch durch die Familienhäupter beherrscht und geleitet wird. Die Familienwirtschaft ist ein durch den obersten Willen des Familienhauptes ganz souverän geleiteter Kommunismus. Der in Klöstern herrschende Kommunismus ist in erster Linie eine religiöse Einrichtung und hat mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit oder Unselbständigkeit der Klöster, also mit ihrer Existenz als wirtschaftlicher Subjekte nichts zu schaffen.

Das Verhältnis zwischen Halbkommunismus und Ganzkommunismus würde irrig aufgefaßt, wenn man glauben wollte, eine Gesellschaft könnte den Halbkommunismus einführen ohne entsprechend weite Schritte in das Gebiet des Ganzkommunismus zu thun. Theoretisch läßt sich das scheiden, praktisch nicht. Es wird späteren Ausführungen vorbehalten, nachzuweisen, wie die Beschränkungen des Privateigentums an Produktionsmitteln notwendig entsprechende Beschränkungen des Privateigentums an Gebrauchsgütern nach sich ziehen müssen.

4. Der Sozialismus und der Staat.

Sehr wichtig für die Unterscheidung der Schattierungen des Sozialismus ist auch ihre Stellung zum Staate.

Manche Richtungen des Sozialismus stellen sich durchaus nicht dem Staate gegenüber. Sie betonen vielmehr aufrichtig und mit Bewußtsein die Notwendigkeit des Staates, und zwar des historisch gewachsenen, nicht eines auf revolutionärem Wege neu entstandenen Staates. Sie wollen auf friedlichem Wege reformieren, nicht umwälzen. Diese Richtungen sind die moderne Sozialreform und der Staatssozialismus. Sie nehmen eine gegensätzliche Stellung ein zu der ganz liberalen Wirtschaftspolitik, die seit Beginn dieses Jahrhunderts in den Kulturstaaten geherrscht hat, nicht aber zum Staate als solchem. Sie sind auch beherrscht von der Ansicht, daß einschneidende soziale Reformen nur allmählich durchgeführt werden können.

Staatsfeindliche Richtungen des Sozialismus sind dagegen die Sozialdemokratie und der Ganzkommunismus. Staatsfeindlich insofern, als sie sich selbst als revolutionäre Parteien bezeichnen, als sie keine Gelegenheit versäumen, den Staat als Klasseninstitut zu brandmarken und Haß gegen ihn zu erregen.

Es ist daher ein Irrtum, den Sozialismus schlechthin als staatsfeindlich zu bezeichnen. Insbesondere muß man den Staatssozialismus als eine wirtschaftspolitische Richtung bezeichnen, welche dem Staate nicht bloß seine bisherige, sondern noch eine weit bedeutendere Autorität zuerkennt.

Diese Verschiedenheit in der Stellnng der einzelnen Richtungen des Sozialismus läßt sich auch beobachten, wenn man die einzelnen Ziele des Staates ins Auge faßt. Die wichtigsten Ziele des Staates sind: Selbständigkeit nach außen (Wehrkraft), Recht, Volkswohlfahrt (Volkswohlstand, Volksgesundheit, Volksbildung).

Hinsichtlich der Selbständigkeit des Staats gegen außen nehmen Staatssozialismus und Sozialreform eine

positiv fördernde Stellung ein, die internationale Sozialdemokratie dagegen negiert sie grundsätzlich, indem sie die notwendige Internationalität einer künftigen Gesellschaftsordnung als höheres Ziel hinstellt.

Hinsichtlich der Rechtsinstitutionen, die verlangt werden, stellen sich Staatssozialismus und Sozialreform durchaus auf den Boden des geltenden Rechtes, erkennen aber die Notwendigkeit einer Entwickelung desselben an, während die Sozialdemokratie in der Hauptsache nur noch mit öffentlichem Recht operieren, dagegen die Thätigkeit des Privatrechts auf ein Minimum beschränken will.

Bezüglich der Volkswohlfahrt sind die Differenzen grundsätzlich geringer. Eine ausgiebigere Pflege der Volkswohlfahrt als bisher fordern die Sozialreform, der Staatssozialismus und die Sozialdemokratie. Die letztere geht darin am weitesten und am radikalsten vor, indem sie die ganze Erzeugung und Verteilung des Volkswohlstandes zu einer gemeinsamen Aufgabe der neu zu organisierenden Gesellschaft machen will.

5. Der Sozialismus und die Freiheit.

So häufig man auch in sozialistischen Reden von Freiheit vernimmt: grundsätzlich ist der Sozialismus der direkteste Gegensatz des Freiheitsideals, des Liberalismus.

Der Liberalismus will dem Einzelnen möglichst freien Spielraum lassen. Der Sozialismus faßt den Einzelnen vor allem als einen Bestandteil der Gesellschaft, der seine Rechte und Pflichten durch die Gesellschaft erhält. Der Sozialismus betont die gesellschaftliche Ordnung; er fordert ein planmäßiges Zusammenleben der Gesellschaftsmitglieder; das ist aber nur möglich durch eine Beschränkung der Freiheit jedes Einzelnen.

Alle Freiheit kann nicht anders gedacht werden als in der freien Verfügung über die eigene Person und über ein sachliches Eigentum. Die Gegner des Sozialismus behaupten

nun, der Sozialismus führe zur Unfreiheit, indem er dem Einzelnen die Freiheit der Berufswahl, die freie Verfügung über seine Arbeitszeit und sein Talent, über seine Unternehmer-Eigenschaften und seine Erwerbsgelegenheit entziehe, indem er ihm die Möglichkeit nehme, Privateigentum an Produktionsmitteln zu erwerben, Kapital anzusammeln und damit zu wirtschaften, wie er es für gut findet. Die sozialistische Wirtschaftsordnung müsse, wenn konsequent durchgeführt, schließlich zu Zuständen führen, die in ihrer Unfreiheit einem kolossalen Zuchthause glichen.

Dem gegenüber behauptet der Sozialismus ungefähr folgendes: Es sei nicht richtig, daß er die Freiheit im ganzen beschränken wolle; er wolle sie nur gleichmäßiger verteilen. Was in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung Einzelnen etwa an Freiheit genommen werde, sei bloß die Freiheit, der Gesamtheit zu schaden. Daß man Einzelnen diese Freiheit nehme, nütze nur der Freiheit des Ganzen. Im System des Liberalismus gebe es Freiheit überhaupt bloß für die besitzenden Klassen; die Arbeiter seien unfrei, weil sie stets genötigt würden, ihre Arbeitskraft an die Arbeitgeber zu verkaufen, zu einem Preise, der bei weitem nicht den Wert der Arbeitsleistung erreiche. Aus dieser „Lohnsklaverei" will der Sozialismus die Arbeiter befreien; befreien will er die Welt aus der Zwingherrschaft des Kapitals; und deshalb fühlt er sich befugt, die Freiheit auf sein Panier zu schreiben.

Den weiteren Ausführungen dieser Blätter muß es vorbehalten bleiben, zu zeigen, wie weit die Gegner des Sozialismus Recht haben, wenn sie die notwendige Unfreiheit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung als deren Hauptübel bezeichnen.

Hier muß nur noch Eines hervorgehoben werden.

Wenn es sich um die Frage der Freiheit handelt, so wird im vorliegenden Falle in erster Linie und fast ausschließlich von wirtschaftlicher Freiheit die Rede sein müssen. Denn die Freiheit in rein politischen Dingen, sowie in

religiösen Dingen will der Sozialismus ziemlich ebenso gewähren, wie der Liberalismus.

Die wirtschaftliche Freiheit des Menschen hängt aber immer ab von den Wirtschaftsbedingungen, die von der Natur und der geschichtlichen Entwickelung gegeben sind. Dadurch, daß der Mensch in eine bestimmte Natur gesetzt und darauf angewiesen ist, mit dem zu wirtschaften, was diese Natur ihm bietet, ist seine Wirtschaftsfreiheit von vornherein beschränkt. Und diese Beschränkung wird immer fühlbarer, je mehr die Bevölkerung anwächst. Im Wachsen der Bevölkerung liegt die stärkste Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit, eine viel stärkere Beschränkung, als sie durch irgendwelche soziale Institutionen geboten werden kann. In den Anfangszuständen der Kultur ist der Mensch im höchsten Grade von der Natur abhängig, also unfrei; aber er fühlt diese Unfreiheit als solche nicht, weil er gerade in solchen Zuständen auch die größte Freiheit hat, sich der Natur zu bemächtigen und sie für seine Wirtschaftszwecke dienstbar zu machen. Mit dem Steigen der Kultur fängt der Mensch an, die Natur mehr und mehr zu beherrschen; er wird unabhängiger von ihr, also nach einer Richtung hin freier; aber dafür fühlt er immer stärker die Beengung seiner Wirtschaftsfreiheit, die darin liegt, daß er nunmehr überall an Nachbarn und Konkurrenten stößt. Und da der Mensch wegen seiner geistigen Kräfte von Anbeginn stärker ist, als die Natur, fühlt er es als eine peinlichere Beengung, wenn ihm seine Wirtschaftsfreiheit durch die notwendig werdende Rücksicht auf seinesgleichen, als wenn sie ihm durch den seelenlosen Widerstand der Natur beschränkt wird.

Je enger der Spielraum des Menschen in seiner Welt wird, um so notwendiger wird die Ordnung der Lebensverhältnisse durch immer zahlreichere und eingehendere Bestimmungen, um so notwendiger die Beschränkung der ursprünglichen Freiheit.

Nicht die zunehmende Kultur, sondern die stetige Verengerung der Welt ist's, was die Menschheit dem Sozialismus

langsam und mit Notwendigkeit entgegenführt — wenn auch nicht gerade dem, was heute, und was speziell von der Sozialdemokratie als Sozialismus bezeichnet wird.

So lange die Regierungen dies nicht klar einsehen, wird ihr Kampf gegen die drohende Sozialrevolution und ihr Streben nach vernünftigen Sozialreformen keinen durchdachten Plan haben können.

Es ist richtig, wenn der Sozialismus behauptet, volle Freiheit der Arbeit gebe es heute nur im Kleinbetriebe. Jeder Arbeiter, der in einem Großbetriebe thätig ist, sei dies nun ein Fabrikbetrieb oder eine politische Gemeinschaft, hat nicht mehr die volle Arbeitsfreiheit; er ist auf ein Zusammenarbeiten mit Anderen angewiesen und muß sich in die Regeln dieses Zusammenarbeitens fügen.

Aber es ist doch immer noch ein wesentlich höherer Grad von Freiheit, wenn in der heutigen Wirtschaftsordnung der Einzelne zunächst die Wahl hat, ob er in einem Großbetrieb oder in einem Kleinbetrieb, in der Rohproduktion, in der Industrie, im Handel und Verkehrswesen oder in irgendwelchen andern Arbeitszweigen thätig sein will, als wenn ihm dies vorgeschrieben würde — wie es bei einem ausgebildeten Sozialismus der Fall sein muß.

Und es ist immer noch ein höherer Grad von Arbeitsfreiheit, wenn der Arbeiter die Wahl hat, bei welchem Arbeitgeber er erwerbsthätig werden will, als wenn es nur noch einen einzigen Arbeitgeber, die sozialistische Gemeinschaft, gäbe, die den Arbeiter hinstellte, wohin sie es für gut fände.

Außerdem besteht aber die Wirtschaftsfreiheit im heutigen Staate nicht bloß darin, daß der Einzelne sich seine Arbeit und seinen Arbeitgeber frei wählen kann; er hat auch die Freiheit, selbst Kleinunternehmer zu werden, als solcher Produktionsmittel zu erwerben, sie nach seinem Ermessen zu verwenden und in Thätigkeit zu setzen. Diese Richtung der wirtschaftlichen Freiheit einengen zu wollen: das ist's, was von liberaler Seite dem Sozialismus hauptsächlich zum Vorwurfe gemacht wird. Die Wirtschaftsfreiheit besteht nicht

bloß in der möglichst freien Verfügung über die eigne Arbeitskraft, sondern auch in der Freiheit, Produktionsmittel zu erwerben, die eigne Arbeit in Kapital zu verwandeln und durch diesen Besitz dann abermals an Freiheit zu gewinnen.

6. Der Sozialismus und der Gleichheitsgedanke.

Man hat dem Sozialismus auch den Vorwurf gemacht, daß er auf eine Gleichmacherei ausgehe, nivellieren wolle. Auch das ist ein Vorwurf, der nicht dem sozialistischen Prinzip an sich anhaftet, sondern nur dem demokratischen Sozialismus.

Da aber der demokratische Sozialismus heute die beherrschende Richtung des Sozialismus ist, muß dieser sich wohl gefallen lassen, daß ein Charakterzug, der dem tonangebenden Teile eigen ist, auf das Ganze übertragen wird.

Wer die Geschichte des Sozialismus kennt, weiß, daß es Richtungen in ihm gegeben hat, die durchaus nicht demokratisch waren, sondern auf eine sehr sorgfältig ausgebaute Klassengliederung hinausliefen, auf eine Unterordnung von Minderberechtigten unter Höherberechtigte. Freilich ist ein sozialistischer Klassenstaat oder eine „Sozialaristokratie" kein Staatsideal, mit dem seine Vertreter Aussicht hätten durchzudringen. Denn wer an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische setzen will, wird sich zunächst des Beifalls der Massen versichern müssen; und ihn gewinnt man nicht durch ein System, das nur neue — wenn auch sorgfältiger geordnete — Ungleichheiten an Stelle der alten setzen will, sondern nur durch eine gesellschaftliche Ordnung, die den Massen Ausgleichung der Einkommensunterschiede, Hebung Aller auf ein höheres Niveau verspricht.

Der Sozialismus muß also eine Ausgleichung der Vermögensungleichheiten in Aussicht stellen, wenn er Anhänger haben will; und zwar eine Ausgleichung, die mit einer ganz beträchtlichen Steigerung des Durchschnittswohlstands verbunden ist. Der moderne Sozialismus ist auch in dieser Hinsicht um Versprechungen durchaus nicht verlegen.

Seine Gleichmacherei geht aber bei der Sozialdemokratie weiter; sie ergreift auch die Unterschiede geistiger und gesellschaftlicher Bildung, den Gegensatz körperlicher und geistiger, ungelernter und gelernter Arbeit. In diesem Punkte sind freilich einzelne sozialistische Theoretiker vorsichtig und klug, während andere recht unvorsichtig Farbe bekennen. Die weitestgehenden sehen nicht ein, daß es unmöglich ist, die geistigen Bildungsunterschiede auszugleichen, man müßte denn die Kulturwelt ihrer geistigen Spitzen berauben wollen.

Der Gleichheitsgedanke ist die psychologische Grundlage des demokratischen Sozialismus. Allgemeine Armut würde nicht erbittern; nur der Blick des Armen auf den Wohlstand des Reichen ists, was ihn erbittert. Die Gleichheitsidee ist aber die größte denkbare Thorheit des Menschen. Denn wenn es auch gelänge, alle wirtschaftliche Ungleichheit zu beseitigen, so blieben doch immer die Ungleichheiten bestehen, die nicht im Besitz und im Einkommen begründet sind. Immer würde die Ungleichheit zwischen dem Tüchtigen und dem Faulen, dem Gesunden und dem Kranken, dem Talentvollen und dem Talentlosen fühlbar sein und Neid erregen. Darüber kommt die Menschheit nicht hinweg, und alle sozialpolitischen Versuche werden das nicht beseitigen. Selbst eine ganz gleichförmige Lebensweise und eine ganz gleichförmige Schulbildung wären heute nicht mehr im stande, die natürlichen Ungleichheiten auszugleichen.

Und die Ungleichheit hat keineswegs das Bestreben, durch die steigende Gesamtkultur gemildert zu werden. Im Gegenteile: sie wächst mit steigender Kultur. Je roher ein Volk ist, umsomehr gleichen sich seine einzelnen Individuen körperlich und geistig. Zunehmende Verfeinerung der Sitten und zunehmende Ungleichheit der äußeren Erscheinung, sowie der Begabung, der Lebensweise und der Lebensziele gehen Hand in Hand. Was man auch beginnen mag, um die Ungleichheit äußerlich zu beseitigen: innerlich wird sie immer zunehmen. Auch wenn man die Menschen mit Gewalt in ganz gleiche

wirtschaftliche Verhältnisse zwängen wollte und könnte, wenn man Jedem gleiche Arbeit, gleichen Lohn, gleiche Lebensgenüsse aufnötigen wollte, würden sie doch nicht gleich werden. Dieselbe Arbeit, die der eine mürrisch und unzufrieden thut, würde ein anderer mit philosophischem Gleichmut vollbringen und mit seinem Humor verschönen. Nicht die möglichst gleichartig geregelten äußeren Lebensbedingungen, nicht der gleichartigste Bildungsgang werden daran etwas ändern können, daß der, dem die Natur einen größeren Schatz von Empfänglichkeit, Gemüt, Genußfähigkeit, Humor, Phantasie und Elastizität des Geistes mitgegeben hat, immer unendlich reicher ist, als der, dem diese Eigenschaften versagt sind.

Gerade diese Eigenschaften aber, die so notwendig sind, wenn man des Lebens Widerwärtigkeiten mit menschlicher Würde ertragen soll: gerade sie sind es, die die Sozialdemokratie zu ersticken sucht, indem sie fortwährend bittern Haß und nagende Unzufriedenheit predigt. Es ist allerdings eine Art von Gleichmacherei, wenn man in einer möglichst großen Anzahl von Menschen denselben Haß gegen bestehende Zustände, dieselbe Unzufriedenheit zu erzeugen und zu nähren sucht. Aber die Gesamtheit wird damit weder ihrem Glücksziele noch ihrem Kulturziele näher gebracht. Bis jetzt hat die Sozialdemokratie in ihren Anhängern nur eine gewisse Gleichheit der Unzufriedenheit und Mißstimmung erzeugt. Soll aus ihr etwa der Fortschritt unserer Kulturzustände hervorwachsen?

Im Gegensatze zur Sozialdemokratie geht weder der Staatssozialismus noch die Sozialreform auf völlige Gleichmacherei aus, sondern nur auf eine allmähliche Ausgleichung der am schwersten empfundenen Ungleichheiten. Beide wollen die staatlichen Einrichtungen dahin reformieren, daß die grassesten Ungleichheiten gemildert, Ausschreitungen in der Herrschaft des Großkapitals abgeschnitten, die notleidenden Klassen auf Kosten der begünstigten gehoben werden.

7. Geschichtliche Entwickelung des modernen Sozialismus.

Der Sozialismus ist so alt, wie das Nachdenken der Menschen über die Unvollkommenheit und über die Verbesserung gesellschaftlicher Zustände. Da eine geschichtliche Darstellung des ganzen Sozialismus weit über den Rahmen dieses Werkes hinausginge, können hier nur flüchtige Erwähnung finden die Ideen des griechischen Philosophen Plato über einen sozialistischen Idealstaat, sowie die sozialreformatorischen Pläne des jüngeren Gracchus und des Rullus im alten Rom. Die ersten Christengemeinden trugen sozialistische Charakterzüge an sich; aber ihr Kommunismus war nur ein Kommunismus des Verbrauchs, nicht gemeinsamer Produktion; er war auch nur durch moralisches Gebot, nicht durch rechtliche Satzung geregelt. Manche von den Kirchenvätern lehrten in ihren Schriften entschieden sozialistische Sätze. Während des Mittelalters lebten manche christliche Sekten in sozialistischer Gemeinschaft: die Wiedertäufer; die böhmischen Brüder.

Die Klöster waren von Anfang und sind bis heute, von der wirtschaftlichen Seite betrachtet, Sozial-Hierarchien; d. h. kleine sozialistische Gemeinwesen, durch religiöse Satzung und strengen Gehorsam zusammengehalten. Die großartigste Sozial-Hierarchie aber bestand im 18. Jahrhundert in Paraguay unter der Herrschaft der Jesuiten; Paraguay war ein vollständig sozialistisches Staatswesen, in welchem den Einzelnen ihr ganzes Thun und Leben durch Vorschriften geregelt war. Es ist ungemein bezeichnend, daß dieser einzige sozialistische Staat, von dem die neuere Geschichte erzählt, nur möglich war bei vollständiger willenloser Unterwerfung einer gutmütigen und bedürfnislosen Indianerbevölkerung unter die beherrschende Staatsklugheit der Jesuiten. Die Eifersucht der spanischen und portugiesischen Kolonialregierungen machte ihm ein Ende (1755).

Der neuere Sozialismus fand seine ersten, aber wenig fruchtbaren Anfänge in England. England hatte zwar die

frühesten sozialistischen Theoretiker der Neuzeit; aber der konservative, religiöse und praktische Sinn des britischen Volkes ließ die sozialistischen Theorien nicht in weiteren Kreisen Wurzel fassen.

So blieb eine bloß vorübergehende Erscheinung Will. Godwin (1793), welcher den Grundsatz aufstellte: jede Sache sollte demjenigen gehören, dem sie mehr Vergnügen oder Nutzen, als allen anderen, verschafft. Ein durchaus unhaltbarer Grundsatz, weil das Vergnügen und der Nutzen vom Besitz völlig subjektiv und unmeßbar sind. Die Privatwirtschaft und das Privateigentum möchte Godwin erhalten, aber das letztere gleichmäßiger verteilt wissen. In manchem nähert er sich dem Anarchismus; seine entschiedene Kampflust gegenüber jeder Besorgnis vor Übervölkerung haben die neuesten Sozialisten von ihm geerbt.

Von seinen theoretischen Nachfolgern war Charl. Hall derjenige, welcher (The effects of civilization etc. 1805) wohl als erster die Grundrente und den Kapitalgewinn als ungerechte Abzüge vom Arbeitslohne bezeichnet. Er fordert Expropriation und periodische Neuverteilung des Grundeigentums durch den Staat, vollen Ertrag seiner Arbeit für jeden.

Wärmstes Interesse erregt auch die edle Erscheinung des R. Owen, der in seiner eigenen Fabrik zu New Lanark frühzeitig soziale Reformen durchführte, an die in weiteren Kreisen erst viel später gedacht ward. Sein Versuch der Gründung einer Kommunistengemeinde ward aber nur zu einem Beweis für die Unhaltbarkeit des Kommunismus. Schriften von ihm über soziale Reform erschienen 1812 bis 1820.

Viel höhere Wogen als in England begann der Sozialismus in Frankreich zu schlagen. Hier war sein Bahnbrecher Graf Henri de St. Simon, hauptsächlich von 1820—1825 thätig, ein edler und idealer Mensch mit den besten Absichten. Er forderte die Herrschaft für jene Klasse der Bevölkerung, welche arbeitet um der Gesamtheit Güter und Genüsse zu

verschaffen. So gab er den ersten Anstoß zu einem Klassenbewußtsein der Arbeiter. Zur praktischen Organisation und Agitation besaß St. Simon nicht die nötige Ellenbogenkraft; er endete in Armut und ohne Erfolg, doch hinterließ er begeisterte Schüler.

Der bedeutendste unter diesen, St. Amand Bazard, sprach schon eine Reihe jener Gedanken aus, welche den modernen Sozialismus beherrschen: die Lehre von den Schäden der freien Konkurrenz, von der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen. Das gegenwärtige Eigentumsrecht, welches eine Verbesserung der Zustände hindere, müsse eben so wie das Erbrecht umgestaltet werden.

Neben ihn trat ein andrer Schüler St. Simons, Enfantin; von religiöser Schwärmerei angehaucht ließ dieser sich zu konfusen Thorheiten hinreißen. Eine Zeit lang wirkte er mit Bazard zusammen, um die Lehren St. Simons zu verbreiten; als er jedoch anfing, die Emanzipation der Frauen in das Programm als einen Hauptpunkt aufzunehmen, trennte sich der ernste Bazard von ihm und die Schule St. Simons ging in Skandal und Lächerlichkeit unter, um bald in Vergessenheit zu geraten.

Als ein unpraktischer Schwärmer erscheint Ch. Fourier, dessen Schriften (1808—1829) sich mit einer idealen sozialistischen Wirtschaftsordnung beschäftigen. Er will Wirtschaftsgemeinschaften (Phalangen), etwa vom Umfange größerer Dörfer, deren jede einen sich selbst genügenden wirtschaftlichen Organismus darstellen soll. Durch die genossenschaftliche Thätigkeit soll die Produktion gesteigert, aber auch die Arbeit zu einer angenehmen spielenden Thätigkeit gemacht werden. Völlig unhaltbar ist die von ihm vermutete sprungweise Entwickelung der menschlichen Gesellschaft; noch unhaltbarer die Hoffnung, daß auch die Natur gleichzeitig mit dieser Entwickelung ihre bisherigen Schäden und Feindseligkeiten zu Gunsten der Menschheit umgestalten werde (dienstbare Haifische, Hunde ꝛc). Versuche, das System praktisch auszugestalten, gingen in die Brüche.

Wertvoller als seine Zukunftspläne ist Fouriers Kritik der bestehenden Zustände.

Louis Blanc (Organisation du travail, 1841) steht dem modernsten Sozialismus schon recht nahe. Er sieht die Aufgabe einer sozialen Neugestaltung in der Beseitigung der freien Konkurrenz durch den Staat als größten Arbeitgeber. Der Staat als größter Kapitalist müsse die Macht des Kapitals brechen, und zwar ohne die soziale Ordnung plötzlich umzustürzen. Er könne ohne Zwang und Gewalt durch richtige Anwendung seiner wirtschaftlichen Kraft sich zum Herrn der Produktion machen. Als oberster und unbeschränkter Beherrscher des Wirtschaftslebens könne er die industriellen Werkstätten übernehmen und errichten, organische Gesetze für die Arbeit erlassen.

Blanc geht von dem Gedanken ungleicher Befähigungen der Menschen aus. Jeder soll nach Kräften produzieren und nach Bedürfnis konsumieren können. Der Befähigteste schuldet der Gesellschaft und diese dem Bedürftigsten am meisten. Das Talent hat nicht größere Rechte, sondern größere Pflichten. Aus der Pflicht zur Arbeit folgt ein Recht zur Benutzung der Arbeitsmittel; darum müssen die Produktionsmittel gemeinsames Eigentum werden, während die Konsumtionsmittel individuelles sein können.

Schwer ist es, den geistreich glänzenden und wieder in äußerster Unklarheit sich verlierenden P. J. Proudhon (1809—1865) in der Entwickelungsgeschichte der sozialen Ideen an einen bestimmten Platz zu setzen. So bekannt er auch durch seinen berüchtigten Ausspruch „Eigentum ist Diebstahl" geworden ist: seine Gesamterscheinung bleibt eine undeutliche. In seinem groß angelegten, zeitweilig glänzende Gedankenblitze strahlenden Werke „System der ökonomischen Widersprüche" verwirft er sowohl das Privateigentum als auch die Gütergemeinschaft, und kommt schließlich zu dem düstren Resultat von einer gewissen Notwendigkeit des Elends. Positives, auf praktische Verbesserungen gerichtetes Denken war ihm fremd; das Einzige, was er in Vorschlag

bringen konnte, war die matte Idee einer Volksbank, die den Kapitalzins aufheben sollte.

Unter den deutschen Vorläufern des modernen Sozialismus ist wohl als erster J. G. Fichte zu nennen, der schon an der Neige des vorigen Jahrhunderts von dem Recht eines Jeden auf ein Eigentum schrieb und in seinem Buche „Der geschlossene Handelsstaat" (1800) ein Staatsideal aufstellte, in welchem Arbeit und Verteilung der Güter gemeinsam geregelt würden.

Der Schneider Weitling (Garantien der Harmonie und Freiheit, 1842), getränkt von den Gedanken Fouriers, Cabets und Babeufs, kann als Vorläufer sowohl des Sozialismus, als auch des Anarchismus angesehen werden. Er war ein Feind des Privateigentums und des Geldes, welches er durch Commerzstunden (verbuchte Arbeitsstunden) ersetzen wollte. Seine Schriften gerieten bald in Vergessenheit.

Noch mehr vergessen ist Fr. Stromeyer (Organisation der Arbeit, 1844), ein begeisterter Verehrer von Fourier und Considérant. Er erwartet die Besserung aller sozialen Übelstände von einer Umwandlung der Gemeinden in gemeinsam wirtschaftende gesellschaftliche Körper. Die Idee des Eigentumsrechtes würde dabei in der Weise gewahrt, daß jedes Mitglied einer solchen Gemeinde als Aktionär mit seinem Besitztum in die vereinigte Gemeinde einträte. Gemeinsame Produktion, gemeinsamer Haushalt, Handelsbetrieb durch die Gemeinschaft, gemeinsames Wohnungswesen soll die Wirtschaft einer solchen Gemeinde zu ungeahnter Vollkommenheit bringen, wozu aber auch die Organisation der Arbeit nach Gruppen und Reihen die innere belebende Kraft liefern soll.

Karl Marlo (Pseudonym für Winkelblech) wird übereinstimmend zu den Sozialisten gezählt, doch muß man ihm das Zeugnis geben, daß sein Sozialismus der denkbar maßvollste und von umfassendem Studium sowie von einer steten Selbstzucht des Gedankens getragen ist. Sein großes Werk:

„Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie“ erschien in den Jahren 1850 bis 1859 und fand lange nicht die gebührende Beachtung. Marlo, welcher von dem Grundgedanken einer Versöhnung des Freiheits- und des Gleichheitsprinzips ausgeht, will nicht Aufhebung des Privateigentums; sein Wirtschaftsideal bezeichnet er als Föderalismus. Er versteht darunter, um es mit einem Worte zu sagen: einen Ausbau des Genossenschaftswesens im weitesten Umfange und im größten Maßstabe. In der genossenschaftlichen Geschäftsform soll es keine bloßen Lohnarbeiter mehr geben, sondern alle Arbeiter sind zugleich Herren, welche freien verfassungsmäßigen Gehorsam leisten und am Gewinn des Unternehmens teilnehmen. Von dieser Organisation des Wirtschaftslebens hofft er: Beseitigung der Abhängigkeit der Lohnarbeit; gleichmäßigere Verteilung der aus dem Eigentumsrecht fließenden Genüsse; gerechte Verteilung des Arbeitsertrags; wohlfeile und einfache Arbeitskontrolle; maßvolles Wachstum der Geschäfte; Beendigung des Unfleißes; Schonung der Produktionsmittel; gleichmäßigere Fortschritte der Technik und des Geschäftsganges; entsprechendste Verwendung der Arbeitskräfte; angenehmere Arbeit; raschefte Verbreitung industrieller Fortschritte; bessere Erhaltung und Vermehrung der Kapitalien; Verringerung der Geschäftssorgen; gerechtere Einkommensverteilung; Wegfall der aus dem Dienstverhältnis kommenden Uneinigkeiten und Unredlichkeiten, und der unproduktiven Konkurrenz; Erleichterung des Personalkredits ꝛc. — Bei all diesen Vorzügen des Genossenschaftswesens verkennt er die möglichen Schattenseiten derselben durchaus nicht.

8. Die Sozialdemokratie.

Bis in die sechziger Jahre blieb der Sozialismus bloß Theorie. So mannigfaltig auch die einzelnen Versuche waren, sozialistische Systeme aufzustellen: die bestehende Gesellschaft und die Regierungen hatten noch keinen Grund,

mit dem Sozialismus als einer mächtigen Strömung des Volkslebens zu rechnen. Erst in den letzten vier Jahrzehnten ward der Sozialismus seiner eigenen Kraft sich bewußt; aber seit dieser Zeit beginnt er auch schon verschiedene Richtungen erkennen zu lassen.

Die mächtigste derselben wurde die Sozialdemokratie. Ferd. Lassalle, dessen Hauptthätigkeit in das Jahr 1863 fällt, erscheint weniger als wissenschaftlicher Arbeiter und Schöpfer neuer Gedanken, sondern weit mehr als erfolgreicher und gewandter Agitator. Seinen Bemühungen ist es zu verdanken, daß sich in Deutschland aus vorher ziemlich ziellosen und undeutlichen Bestrebungen eine geschlossene Arbeiterpartei bildete. Man kann sagen, daß Lassalle es war, der den deutschen Arbeitern das Klassenbewußtsein, sowie den Mut und den Eifer zum Vorgehen verlieh. Sein wertvollstes Agitationsmittel war das von Ricardo gefundene „eherne Lohngesetz", d. h. die Thatsache, daß der Arbeitslohn immer bestimmt wird durch das, was zum notdürftigsten Lebensunterhalt unentbehrlich ist. Dieses eherne Lohngesetz bewirkt, daß die Arbeiter nicht den ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Produktion erhalten. Die Arbeiter haben ein Recht, eine Umgestaltung der sie benachteiligenden Lohnform zu fordern. Eine solche Umgestaltung ist möglich mittels der Produktivassoziation. Da aber die Arbeiter weder auf dem Wege langsamer Ersparnis noch durch die Hilfe des Kredits, der ihnen ja versagt ist, zur Gründung von Produktivassoziationen kommen können, hat der Staat die Aufgabe, mit seiner Hilfe einzuspringen und den Arbeiterschaften Kapitalien zur Gründung von Produktivassoziationen vorzuschießen. So lange der Staat in den Händen der besitzenden Klasse ist, wird er aber diese Aufgabe nicht erfüllen. Darum ist es notwendig, daß die arbeitenden Klassen in den Besitz der politischen Macht gelangen, um dann soziale Reformen durchführen zu können. Als nächstes hierzu bezeichnete Lassalle die Eroberung des allgemeinen direkten Wahlrechts.

Man könnte Lassalle als Gründer der deutschen Sozialdemokratie bezeichnen, wenn ihm damit nicht zu viel Ehre angethan wäre. Er ward nur das geschickte Organ einer im Zuge der Zeit liegenden Bewegung, die sich auch ohne ihn unfehlbar in Thaten umgesetzt hätte. Heute ist die Sozialdemokratie schon weit über ihn hinausgeschritten; sie hat sowohl das „eherne Lohngesetz" als auch die Produktivassoziationen auf Staatskredit fallen lassen.

Jedenfalls ist erst seit Lassalle der Sozialismus ein Ziel breiter Volksschichten geworden. Und insbesondere ist es der deutsche Sozialismus, der zur Zeit als Führer erscheint.

Lassalle wollte noch den Sozialismus auf nationaler und gesetzlicher Grundlage herbeiführen. Zu diesem Behufe gründete er den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein". Dieser nationale, auf legalem Boden stehende Sozialismus erhielt jedoch bald ein andres Gesicht durch einen schärfern, ihm von auswärts hinzugewachsenen Zug.

K. Marx nämlich (auf dessen Theorie unten ausführlich zurückzukommen ist) hatte schon 1849 einen Versuch gemacht, durch ein zu Brüssel erlassenes Manifest das Proletariat aller Länder zu einem Klassenkampfe gegen die Bourgeoisie aufzustacheln. Dieses Manifest betonte schon den Kommunismus, den demokratischen Parteigedanken und die Notwendigkeit gewaltsamer Umstürzung der bisherigen Gesellschaftsordnung. Im Jahre 1864 ward sodann zu London die „Internationale" gegründet, als ein internationaler Arbeiterbund zur Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse. Die „Internationale" löste sich zwar nach einem Kongreß zu Haag 1872 auf; ihre Ideen aber waren mittlerweile durch Liebknecht und Bebel in die deutsche Sozialistenbewegung hereingetragen worden. Eine Zeitlang schiens, als wolle die Sozialdemokratie sich spalten, was namentlich bei einem Kongreß zu Eisenach 1869 zu Tage kam. Bei einem späteren Kongresse zu Gotha (1875) aber einten sich die verschiedenen Schattierungen zu einem gemein-

samen Programm. Dieses forderte schon die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit, hielt aber noch an den Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe fest. Immer staatsfeindlichere Haltung gewann die sozialdemokratische Presse und Agitation; dies führte in Deutschland 1878 zu dem Gesetze „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Das Gesetz sollte die sozialdemokratische Organisation und Agitation unterdrücken; doch gelang es ihm nicht, die sozialistische Bewegung in ihrem inneren Wesen zu ersticken. Nach achtjähriger Geltung ward das Gesetz im Jahre 1890 nicht mehr erneuert. Während der Dauer des Sozialistengesetzes ward 1880 zu Wyden in der Schweiz eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten, die den Beweis für die wachsenden Revolutionsgelüste der Sozialdemokratie lieferte. Seit 1890 ist die Agitation wieder höchst rührig geworden. Die letzte allgemeine Kundgebung der sozialdemokratischen Ziele für Deutschland wurde endlich das Erfurter Programm vom Jahre 1891 (siehe ausführl. unten).

Nachdem schon durch eine Reihe älterer Sozialisten die Macht des Kapitals angegriffen worden war, wurde K. Marx mit seinem berühmten Buche „Das Kapital" der Hauptvertreter der Gegner des Kapitals. Die Anhänger wie die Feinde des Sozialismus sehen in diesem Buche die bedeutendste Offenbarung des sozialistischen Geistes.

Marx beginnt seine Fehde gegen das Kapital, indem er von der Behauptung ausgeht, daß der Wert der Güter bestimmt werde durch die in die Herstellung der Güter gewendete Arbeit. Die Thätigkeit des Kapitalisten besteht darin, daß er Kapital in den Produktionsprozeß einschießt, mit diesem Kapital die Ware Arbeitskraft ankauft, sie in seinen Dienst nimmt und einen Mehrwert erzeugt, den er aber dann nicht dem Arbeiter überläßt, der ihn erzeugt hat, sondern für sich in Anspruch nimmt. Die Erzeugung des Mehrwerts gelingt zumteil durch Ausdehnung der Arbeitszeit.

Was also der Arbeiter etwa in sechs Stunden leistet, entspricht dem Lohn, den er für seine Gesamtleistung erhält; wenn ihn aber der Unternehmer weitere sechs Stunden in der Fabrik behält, so erzeugt er in jenen weitern sechs Stunden den Mehrwert, der dem Unternehmer als Gewinn in die Tasche fällt. Zur Erzeugung solchen Mehrwerts trägt nach Marx aber auch die Verwohlfeilerung der Arbeit bei, die ermöglicht wird durch die Fortschritte der Technik und durch die sparsamste Arbeitsanordnung. Wenn es nämlich dem Unternehmer gelingt, es durch bessere Arbeitsteilung und Anwendung von Maschinen dahin zu bringen, daß der Arbeiter in drei Stunden so viel an Produktwert erzeugt, wie früher in sechs Stunden, zahlt der Unternehmer im Lohne den Wert von drei Stunden, empfängt aber dafür einen Produktwert von sechs Stunden, also abermals einen Mehrwert. Hierbei bezeichnet Marx den Teil des Unternehmerkapitals, der unmittelbar produktiv wirkt, indem er zur Bestreitung des Arbeitslohnes dient, als variables Kapital, während er das, was nötig ist, um den Arbeiter in richtiger Weise verwenden zu können, als konstantes Kapital bezeichnet. Marx schildert dann weiter, wie durch die Einführung von arbeitsparenden Maschinen immer mehr menschliche Arbeiter überflüssig gemacht werden, die dann als Reserve-Armee hinter den andern Arbeitern stehen, ihre Arbeitsleistung zu Hungerlöhnen anbieten und dadurch die Arbeitslöhne auf einem Minimum niederhalten. Aber nicht nur Arbeiter werden durch die Maschine überflüssig gemacht; auch die kleinern Unternehmer werden durch die größern verdrängt und dem großen Heer der Proletarier zugeführt. Die Zahl der selbständigen Unternehmer nimmt stets ab, die Zahl der in Arbeitssklaverei schmachtenden Menschen wächst. Fortwährend werden die Kleinen durch die Großen expropriiert; die Expropriateurs werden immer weniger, die Kapitalien immer größer, bis endlich die große Masse der Expropriierten sich auf ihre Macht besinnt, die Herrschaft in die Hände nimmt und nun ihrerseits die bisherigen

Expropriateurs auf einmal expropriiert. Die Akkumulation des Kapitals hat ihr Ende gefunden.

Das ist in wenigen Zeilen der Inhalt der Lehre von Marx. Er sucht diese Lehre zu beweisen durch eine Unmasse von Zahlen und Thatsachen. Aber aus der riesigen Menge wirtschaftlicher Zahlen und Thatsachen wählt er bloß das heraus, was für seine Lehre spricht; was gegen diese Lehre spricht, verschweigt er. Das Buch ist eine vollständig einseitige Parteischrift. Und aus dieser Parteischrift haben die Anhänger von Marx wiederum das herausgehoben, was ihren Parteizwecken zunächst dienlich erschien. Und daran glauben sie mit einer Kraft und mit einer Leidenschaft, die besserer Ziele würdig wäre, blind und urteilslos, weil ihnen das Buch mit seinem schwerfälligen Dunkel, mit seiner Fülle von Gift und Galle imponiert. Es ist etwas Wahres an der Lehre von der Übermacht des Kapitals und vom Mehrwerte, etwas Wahres an der Verdrängung der Menschen durch die Maschinen, etwas Wahres an der industriellen Reserve-Armee, etwas Wahres an der Expropriation der Kleinen durch die Großen. Aber dieses Wahre ist aufgebauscht, übertrieben, geschminkt; und es ist vor allem losgelöst von allen Erscheinungen, die ihm als Gegensätze gegenüberstehen und notwendig mit ihm zusammen betrachtet werden müssen, wenn man ein ganzes und ungefälschtes Bild der wirtschaftlichen Gegenwart erhalten will.

Das erste Buch des Marxschen Werkes enthält eigentlich das Wesentliche des Marxismus; seine Darstellung des kapitalistischen Produktionsprozesses ist es, was zur Zeit das Evangelium der Sozialdemokratie bildet. Das zweite Buch, welches den Zirkulationsprozeß des Kapitals darstellt, führt zu dem Hauptergebnis, daß der kapitalistische Produktionsprozeß, im Ganzen betrachtet, Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß ist. Das dritte Buch (1894 von Engels herausgegeben) hat sich die Aufgabe gestellt, den Bewegungsprozeß des Kapitals in den von ihm angenommenen konkreten Formen aufzufinden und darzu-

stellen. Marx schildert hier in weitschweifiger Form das Gesetz des Fallens der Profitrate, den kommerziellen Profit und seine Spaltung in Zins und Unternehmergewinn, die Rolle des Kredits und des Bankkapitals, endlich die Verwandlung des „Surplusprofits" in Grundrente. Zu so abgerundeten Ergebnissen, wie am Schlusse seines ersten Bandes, kömmt Marx in den späteren Bänden nicht mehr; es ist wohl zu vermuten, daß dieselben auch in der künftigen Entwickelung der sozialistischen Theorien nur eine Nebenrolle spielen werden.

Neben K. Marx ist in erster Linie Fr. Engels zu nennen, der nach dem Tode von Marx der bedeutendste wissenschaftliche Träger des Sozialismus in Deutschland geworden ist. Geboren 1819, hervorgegangen aus dem Kreise des Unternehmerstandes, war er schon 1845 in kommunistischen Versammlungen agitatorisch thätig. Mit Marx zusammen verfaßte er dessen berühmtes Manifest an die Proletarier aller Länder. Nach 1849 lebte er als Flüchtling und Hilfsarbeiter von Marx in England. Sein wichtigstes Werk ist „Die Lage der arbeitenden Klassen in England", dem trotz seiner tendenziösen Entstellungen weder praktische Erfahrung noch wissenschaftlicher Wert abgesprochen werden können. In diesem wie in seinen andern Werken zeigt Engels einen klareren Gedankengang als Marx. Besonders bezeichnend an ihm ist, wie er in einer ebenfalls nennenswerten Arbeit über den Ursprung der Familie bestrebt ist, die ganze Anschauung über die Bedeutung der Familie als Grundlage der Gesellschaft zu erschüttern. Auch ihm ist die zersetzende Kritik der bestehenden Zustände die Hauptsache; auf neuere bessere Organisationen, die an Stelle dieser Zustände zu setzen wären, finden sich bei ihm nur spärliche Hinweise.

Einer der bedeutendsten deutschen Sozialistenführer, August Bebel, hat in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus" ein Kapitel aufgenommen, das uns die künftige Sozialistengesellschaft in den rosigsten Farben

schildert. Es ist für jeden Gebildeten der Mühe wert, dieses Kapitel zu studieren, um zu sehen, wie sich ein ideal angehauchter Sozialist diese Dinge vorstellt.

Wenn ich mich nun in Folgendem ausdrücklich und wiederholt gegen das Buch Bebels wende, so möchte ich das nicht so verstanden wissen, als ob ich dieses Buch für das Evangelium der Sozialdemokratie hielte. Durchaus nicht. Es giebt viele Sozialdemokraten, die nicht an Bebel glauben, die wünschen, er möchte dieses Buch nicht geschrieben haben. Aber es giebt doch kein anderes Dokument, dem es gelungen wäre, die sozialdemokratischen Gedanken mit solchem Erfolg den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zugänglich zu machen. Neu sind die Gedanken Bebels nicht; sie sind nur eine Zusammenfassung von Ideen, die wir seit mehreren Menschenaltern in der Litteratur und im öffentlichen Leben von sozialistischer Seite ausgesprochen finden.

Bebel ist der Überzeugung, daß alle Übel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu einem gewissen Zeitpunkte so auf die Spitze getrieben sind, daß sie der großen Mehrheit der Bevölkerung als unerträglich erscheinen. Allgemeines unwiderstehliches Verlangen nach gründlicher Umgestaltung wird fast die ganze Gesellschaft ergreifen. Diese Umgestaltung wird darin bestehen, daß man das Privateigentum durch Expropriation in gesellschaftliches Eigentum verwandelt.

Das schafft der Gesellschaft eine neue Grundlage. Der Staat hört allmählich auf; an seine Stelle tritt die geordnete Gesellschaft.

Der nächste Fortschritt, den Bebel nach der Expropriation des Privateigentums erwartet, ist die gleiche Arbeitspflicht Aller. Er will für Jeden mäßige, angenehme, abwechselnde und ergiebige Arbeit — ein Wunsch, dem wir nur vollständig beipflichten können.

Um Jedem Arbeit und entsprechende Lebensgenüsse zuteilen zu können, will Bebel eine Verwaltung, die alle Thätigkeitsgebiete der Gesellschaft umfaßt. Die Leichtigkeit, mit der Bebel sich die Einrichtung einer solchen Verwaltung

vorstellt, ist geradezu erstaunlich. Er zeigt dabei das charakteristische Merkmal aller idealistischen Sozialreformer: über Schwierigkeiten glatt hinwegzuschlüpfen.

Mit weniger Ehrlichkeit, aber mit mehr Klugheit als von Bebel ist von K. Kautsky (Das Erfurter Programm, 3. Aufl. 1892) das sozialdemokratische Prinzip verfochten worden.

In Bezug auf die Beurteilung der heutigen Wirtschaftsordnung erfahren wir zwar von ihm nichts Neues, nichts, was nicht schon von Marx und dessen Vorgängern vorgebracht wäre.

Aber er zeichnet sich vor Bebel vorteilhaft aus durch Besonnenheit und Menschenkenntnis, durch tiefern Einblick in das Wesen politischer und wirtschaftlicher Kämpfe, durch kaltblütigere Würdigung wirtschaftlicher Möglichkeiten und Unmöglichkeiten.

Auch bei Kautsky steht der Glaube an die Unhaltbarkeit des Privateigentums der Produktionsmittel und an die Notwendigkeit der sozialen Revolution fest. Auch er sieht in jedem Staatswesen bloß ein Werkzeug zur Wahrung von Interessen der herrschenden Klassen; auch er glaubt, daß der Staat ein kapitalistisches Unternehmen sei, das erst zu einer sozialistischen Genossenschaft umgestaltet werden kann, wenn die arbeitenden Klassen im Staate die herrschenden geworden sind.

Aber er rechnet weit mehr mit Wirklichkeiten. Er hütet sich, wie Bebel ein glänzend gefärbtes Bild der sozialistischen Zukunftsordnung zu geben. Er meint, daß jeder denkende Sozialist im Stillen sich seinen Plan für den Zukunftsstaat gemacht habe, und daß es die Geschlossenheit und Einigkeit der Sozialdemokratie gar nicht störe, wenn in dieser Hinsicht die mannigfachsten Verschiedenheiten und Widersprüche bestünden (S. 144). Es genüge, wenn die Sozialdemokratie einig sei in Bezug auf ihr Hauptziel: die Umwandlung des Staates in eine sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft.

Kautsky erklärt, zunächst sei der Übergang der Großbetriebe in gesellschaftliches Eigentum eine Notwendigkeit. Ob diese unvermeidliche Expropriation aber eine Konfiskation oder eine Ablösung wird: das sei eine Frage, auf die kein Mensch eine Antwort erteilen könne. (Man begreift, daß die Vertreter der heutigen Wirtschaftsordnung gerade diese Frage beantwortet wissen wollen.) Kautsky geht selbst so weit in seinen Zugeständnissen, zu sagen, der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft bedinge keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern: das ist Bauernfängerei! Die Sozialdemokratie wird, wenn sie einmal die großen Produktionsmittel expropriiert hat, vor den kleinen nicht stehen bleiben.

Auch in Bezug auf die Verteilung der Produkte in der sozialistischen Gesellschaft ist Kautsky weit mehr Realist als Bebel. Er glaubt, daß die sozialistische Gesellschaft in dieser Hinsicht keinen Sprung machen, sondern an das anknüpfen werde, was sie vorfindet; daß die Güterverteilung für absehbare Zeit nur eine Fortentwickelung der heutigen Lohnformen sein werde (S. 158). Ein rasches Emporschnellen der Produktenmasse erhofft zwar Kautsky gleichfalls von der sozialistischen Ordnung, ohne jedoch einen eigentlichen Nachweis dafür zu versuchen.

Zwischen Bebel und Kautsky ist ein tiefer Abgrund. Bei Bebel finden wir einen konsequenten aber unmöglichen Sozialismus, bei Kautsky überall die Anlehnung an das Wirkliche und Mögliche. Der revolutionäre Zug verschwindet fast ganz, obwohl er grundsätzlich festgehalten ist.

Eine sozialistische Ordnung, wie sie Kautsky zu bieten wagt, würde den sozialistischen Heißspornen ohne Zweifel als durchaus ungenügend erscheinen, weil sie für den Anfang wenigstens noch zu sorgsam an dem festhielte, was die kapitalistische Ordnung geschaffen hat. Die Unzufriedenheit würde fortdauern und immer weitere Schritte auf dem Wege der Sozialisierung fordern.

9. Das Erfurter Programm.

Auf dem Parteitage zu Erfurt (14.—20. Oktober 1891) gab sich die deutsche Sozialdemokratie ein neues Programm. Es besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil will die Berechtigung der Sozialdemokratie und die Unzulänglichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung feststellen; er ist allgemein und theoretisch gehalten.

Der zweite Teil enthält die Forderungen, welche die Sozialdemokratie als praktisch-politische Partei an den heutigen Staat stellt, um ihre letzten Ziele vorzubereiten.

Das ganze Programm zeigt eine merkbare Veränderung gegenüber früheren Gedankenäußerungen der Partei. Das eherne Lohngesetz Lassalles, der Anspruch auf den „vollen Arbeitsertrag", das Verlangen nach einer Organisation der Arbeit auf dem Wege der Produktiv-Associationen sind verschwunden. Dagegen ist das Endziel der Partei viel entschiedener sozialistisch, als es früher gewesen war.

Wir müssen das Programm in seinen beiden Hauptteilen gesondert betrachten. Der erste dieser Teile, wo die Partei ihr Endziel entwickelt, ist weit bedeutsamer, als der zweite. Er lautet wie folgt:

„Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandluug werden von den Kapitalisten

und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeit zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer

Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

So lauten die grundlegenden Gedanken des Erfurter Programms. Was sich an positivem Material für die Neugestaltung der Gesellschaft darin findet, ist, wie man sieht, sehr wenig.

Man hat es der Sozialdemokratie deshalb zur Last gelegt, daß sie bisher bloß verneinend wirke, daß sich ihre Führer, wie namentlich K. Marx, über positive Ziele nur sehr zurückhaltend äußern. Das gebietet der Sozialdemokratie freilich die politische Klugheit. Mit Recht weist Schäffle (Quintessenz S. 7) darauf hin, daß alle vorsichtigen Parteiführer in den Anfangsstadien ihrer Agitation nicht anders handeln können.

Auch die übrigen wirtschafts- und sozialpolitischen Parteien stellen ihre letzten Ziele nicht klar und offen hin. Sie denken nicht daran, weil es nicht von ihnen verlangt wird; weil sie wohl wissen, daß alle praktische Politik wohl gewisse große Grundgedanken im Auge haben und konsequent verfolgen, im übrigen aber mit der Gegenwart und mit den wechselnden Schicksalen der Völker, mit den unabläßigen Fortschritten der Wissenschaft und der Technik, mit den nicht voraus zu berechnenden Ereignissen der Geschichte rechnen muß.

Die Herren Fourier, Bebel und Bellamy haben ziemlich genaue Bilder der von ihnen gedachten Zukunfts-Gesellschaft gezeichnet. Kein Mitglied der deutsch-freisinnigen oder nationalliberalen Partei, des Zentrums oder der Konservativen war so unvorsichtig, einen derartigen Staatsroman zu veröffentlichen, worin es die letzte Ausgestaltung eines deutsch-freisinnigen oder nationalliberalen, eines katholischen oder eines konservativen Staatswesens mit so farbenreichem Stifte geschrieben hätte, wie jene Sozialisten.

Und dennoch sind die staatserhaltenden Parteien völlig im Rechte, wenn sie der Sozialdemokratie den Mangel positiver Vorschläge zum schweren Vorwurfe machen.

Sie sind im Rechte, weil sie das Bestehende weiter entwickeln wollen, während die Sozialdemokratie die bestehende

Wirtschaftsordnung umstürzen will. Wer das Bestehende weiter entwickeln will, braucht keine Rechenschaft über Zukunftspläne abzulegen; für ihn genügt es, wenn er ganz allgemein die Sorge für die möglichste Wohlfahrt aller, für die friedliche Weiterentwickelung des Ganzen als seinen Grundsatz hinstellt. Wer aber die ganze bestehende Wirtschaftsordnung in der Hauptsache abändern will, der muß darüber Bescheid geben, wie er sich diese Abänderung denkt. Und dieser Bescheid kann nur gegeben werden, wenn die sozialdemokratischen Führer klaren Wein darüber einschenken, wie sie sich die Verwandlung des Privatkapitals in Kollektivkapital denken. So lange sie diesen Bescheid nicht gegeben haben, wird man ihnen zurufen dürfen: Heraus mit eurem Zukunftsstaat!

Alles, was die Sozialdemokratie durch den ihrer Vertreter, der gerade in diesem Punkte noch das Beste geschrieben hat, durch K. Kautsky (Erfurter Programm Seite 131 ff.), äußert, ist nichts als gewundene Phrase, die sich um die wichtigste Frage herumdrücken will.

„Wem die greifbaren Thatsachen der heutigen Produktionsweise nicht laut genug die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft verkünden, der bleibt erst recht taub für Lobpreisungen eines Zustandes, der noch nicht besteht, den er weder greifen, noch begreifen kann."

So meint Herr Kautsky. Nun — auch uns dünken viele von den greifbaren Thatsachen der heutigen Produktionsweise durchaus nicht erfreulich. Aber deswegen können wir uns doch nicht begeistern für einen Zustand, den man uns preist, ohne uns im geringsten darüber aufzuklären, wie, wann und mit welchen Mitteln man diesen Zustand herbeiführen will. Und so lange die Sozialdemokratie nicht deutlich macht, wie sie sich den Kernpunkt ihres Programms, die Umwandlung des Privatkapitals in Gemeineigentum, denkt: so lange wird sie uns erlauben müssen, ihre künftige Gesellschaftsordnung für Nebel und ihren ganzen gegenwärtigen Kampf für einen Kampf um ein durchaus unklares Ziel zu halten.

10. Die nächsten praktischen Ziele der Sozialdemokratie.

Das Erfurter Programm, das die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielpunkte der Partei aufstellt, enthält in seinem zweiten Teile eine Reihe von Forderungen, welche die Sozialdemokratie als unmittelbar zu verwirklichende an den jetzigen Staat stellt. Wir dürfen diese Forderungen nicht unbeachtet lassen, da sie mit zur Charakteristik der Sozialdemokratie gehören.

Über diese Forderungen im ganzen ist zu bemerken, daß keine einzige unter ihnen ist, die nicht auch schon von einer oder der andern politischen Partei früher aufgestellt worden wäre. Es sind, wenn auch weitgehende, doch keine Forderungen, die an sich als revolutionär erscheinen. Die Durchführung aller dieser Forderungen würde den Staat noch nicht zu einem sozialdemokratischen Gemeinwesen machen; denn sie lassen alle das Privateigentum an den Produktionsmitteln noch bestehen, ebenso den Unterschied von Lohnarbeitern, Kapitalisten und Unternehmern, kurz das, was die Sozialisten selber als kapitalistische Wirtschaftsform bezeichnen.

Diese nächsten Ziele sind von der Sozialdemokratie in ihr Programm aufgenommen worden, um ihr eine starke Anhängerschaft aus den Kreisen der kleinen Leute zu gewinnen, eine Anhängerschaft, welche diese Forderungen versteht, wenn sie auch den Kernpunkt des sozialdemokratischen Programms, die Abschaffung der kapitalistischen Betriebsweise, nicht in seiner ganzen Tragweite zu würdigen versteht.

Es ist taktisch gewiß richtig, daß die Sozialdemokratie diese Forderungen in ihr Programm aufgenommen hat; denn sie hat damit ihre Agitationsmittel vermehrt; sie hat sich eine Reihe von Operationspunkten verschafft, von welchen sie mit Vorteil ausgehen kann, wenn sie vor Bevölkerungskreisen zu agitieren hat, denen sie den Kern ihres Wesens nicht gleich enthüllen mag.

1. Die Forderung der Ausdehnung des allgemeinen gleichen direkten Wahl- und Stimmrechts auf alle

Wahlen und Abstimmungen ist durchaus nicht an sich sozialdemokratisch; sie ist bloß eine Forderung einer weitgehenden Demokratisierung des politischen Lebens; ebenso die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und auf alle über zwanzig Jahre alten Personen, sowie das Proportional-Wahlsystem. Man mag diese Forderungen zumteil für politische Fehler halten, weil sie die ungleiche politische Einsicht der Menschen nicht berücksichtigen; aber sozialistisch sind sie nicht im geringsten. Die gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung muß sogar als prinzipiell richtig bezeichnet werden. Zweijährige Gesetzgebungsperioden sind in manchen Staaten schon üblich; Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage erscheint recht wohl diskutierbar. Die Forderung einer Entschädigung für gewählte Vertreter ist in vielen Vertretungskörpern schon eingeführt, auch von Gegnern der Sozialdemokratie schon oft vertreten. Daß die Sozialdemokratie die Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung verlangt, ist eine Frage des politischen Geschmacks, über die der Angehörige jeder politischen Partei seine eigene Meinung haben kann.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes wird gleichfalls verlangt. Diese Einrichtung, in manchen republikanischen Staatswesen schon bestehend, setzt eine bedeutende politische Bildung der Massen voraus; für ein wahrhaft freiheitliches und fortschreitendes Volksleben ist sie keine absolute Vorbedingung. Wenn daneben noch Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde verlangt wird, so ist das eine vielfach schon verwirklichte Forderung. Die Wahl der Behörden durch das Volk müssen wir ablehnen, im Interesse der Qualität der Behörden und um demagogischem Strebertume auszuweichen. Verantwortlich und haftbar sind die Behörden jetzt schon. Jährliche Steuerbewilligung ist in manchen Staatswesen heute schon üblich;

übrigens genügten auch zweijährige Finanzperioden schon sehr weitgehenden demokratischen Forderungen. Man müßte bedenken, daß die Beteiligung des Volkes am politischen Leben doch endlich Grenzen haben muß. Man kann dem Volke nicht zumuten, immerfort zu wählen und abzustimmen, immerfort Agitationsreden anzuhören. Dadurch muß schließlich das Interesse abgestumpft und das politische Leben in die Hände handwerksmäßiger Agitatoren gespielt werden.

3. „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege."

Diese Forderungen erscheinen als fromme Wünsche so lange, als überhaupt die nationalen Gegensätze vorhanden und feindliche Spannungen möglich sind. Die Wehrstellung eines Staates hängt ja nicht von ihm allein ab, sondern von seinen Nachbarstaaten. Mit dem Wesen der Sozialdemokratie haben diese Forderungen nichts gemein.

4. „Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken." Das Verlangen hiernach erscheint durchaus gerechtfertigt, so lange die „freie Meinungsäußerung" nicht so weit geht, Handlungen anzuregen und zu preisen, die nach den Anschauungen der Majorität des Volkes gemeine Verbrechen sind. Leider lassen es die anarchistischen Greuelthaten nicht zu, heute eine solche Freiheit der Meinungsäußerung gutzuheißen.

5. „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen." Die privatrechtliche Benachteiligung der Frau sollte in der That ein Ende finden. Was aber die Stellung der Frau im öffentlichen Recht betrifft, so kann und darf diese nach der ganzen geschichtlichen Entwickelung nicht dieselbe sein wie die des Mannes. Wir bestreiten sowohl die Nützlichkeit als die Notwendigkeit einer staats-

rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter. Wollte man die Frauen den Männern staatsrechtlich gleichstellen, so müßte man ihnen auch dieselben Pflichten, insbesondere die Wehrpflicht, aufbürden, was ein offenbarer Unsinn wäre. Man müßte ihnen auch dieselbe Befähigung zu politischem Denken und Handeln verleihen. Daß die Frauen diese Befähigung hätten — dafür sind die Vertreter einer so weitgehenden Frauenemanzipation den Nachweis noch schuldig.

6. „Erklärung der Religion zur Privatsache." Es ist hier nicht der Platz für weitläufige kirchenpolitische Auseinandersetzungen, und es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß dieser Programmpunkt mit dem Wesen der Sozialdemokratie in keiner inneren Beziehung steht. Sollte die Mehrheit einer Kulturnation einmal seine Regelung im Sinne der sozialdemokratischen Forderung für notwendig finden, so wird diese Regelung mit oder ohne Beihilfe der Sozialdemokratie geschehen; einstweilen halten die Kulturvölker und ihre Regierungen noch an der geschichtlichen Entwickelung ihrer kirchenpolitischen Verhältnisse fest.

7. „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für die Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden." Diese Programmnummer enthält neben einzelnem, was jetzt schon verwirklicht oder auf dem Wege zur Verwirklichung ist, manches, was als weitgehender Sozialismus zu bezeichnen ist.

Die Weltlichkeit der Schule ist vom modernen Staat im Prinzip anerkannt, ebenso wie die allgemeine Schulpflicht. Der Unterricht ist, wenigstens in vielen Städten, für die Volksschulen unentgeltlich. Die Lehrmittel ganz unentgeltlich allen Schulgängern zu gewähren, ist ein weitgehendes Verlangen, das leicht zu einer Vergeudung der Lehrmittel führen könnte. Geradezu unzulässig erscheint das Verlangen

nach unentgeltlicher Verpflegung sämtlicher Schulgänger. Das heißt den Eltern während der Dauer der Schuljahre die Verantwortlichkeit für die Erhaltung ihrer Kinder abnehmen, den Familienzusammenhang gewaltsam lockern, rücksichtsloseste Bevölkerungsvermehrung prämiieren.

8. „Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe."

Auch von diesen Programmpunkten erscheinen einzelne als unzulässig. Völlige und bedingungslose Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands könnte zu einer übermäßigen Inanspruchnahme der Gerichte, selbst aus den frivolsten Anlässen, führen. Die Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter würde, wenigstens bei dem heutigen Stande der Rechtspflege und der allgemeinen Rechtsanschauung, die Gefahr sehr nahe rücken, daß vorzügliche Talente und Charaktere aufhören würden, sich der juristischen Laufbahn zu widmen, und daß die Richterwahl eine Angelegenheit wüster Agitation würde. Die Berufung in Strafsachen und die Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter dagegen sind berechtigte Forderungen. Die Abschaffung der Todesstrafe ist eine so alte und vielumstrittene und doch immer nicht ausgekämpfte Frage, daß man sie wohl als eine reine Gefühlssache der öffentlichen Meinung betrachten kann, in der jeder berechtigt ist, seine eigne Anschauung zu haben. Solche Fragen passen überhaupt nicht in ein politisches Programm.

9. Die Forderung unentgeltlicher ärztlicher Hilfeleistung und unentgeltlicher Totenbestattung hat zwar einen stark sozialistischen, zugleich aber einen so philanthropischen Zug, daß sie wohl als diskutierbar erscheint, um so mehr, als ja die Einrichtung der Krankenversicherung ihr den Boden schon stark vorbereitet hat.

10. Auch die sodann gestellten Programmforderungen auf dem Gebiete des Finanzwesens erscheinen durchaus nicht als grundsätzlich unerfüllbar. So die Einführung einer stufenweise steigenden Einkommensteuer und Vermögensteuer auf Grundlage der Selbsteinschätzung und einer gleichfalls stufenweise steigenden Erbschaftssteuer. Die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle dagegen erscheint jetzt und wohl noch für lange Zeit als ein Angelpunkt streitender Parteiströmungen, der aus Rücksicht auf die geschichtliche Entwickelung unseres Wirtschaftslebens und auf internationale Verhältnisse nicht so ohne weiteres erledigt werden kann.

Neben diesen allgemeinen Forderungen enthält das Erfurter Programm auch einzelne Forderungen, welche insbesondere den Schutz der Arbeiterklasse bezwecken. Diese Forderungen müssen zumteil als völlig berechtigt, zumteil als diskutierbar erscheinen.

1. Die Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.

Grundsätzlich kann man sich nicht gegen den Achtstundentag aussprechen. Eine Arbeit, bei welcher der mit ihr Beschäftigte wirklich fortwährend arbeitet, ist als achtstündige ohne Zweifel lang genug. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es viele Arbeiten giebt, bei welchen nach der Natur der Sache die eigentliche Arbeitsthätigkeit durch häufigere oder seltenere, längere oder kürzere Pausen unterbrochen wird. Für derartige Arbeiten müßte, den ununterbrochenen schweren Arbeiten gegenüber, doch eine Verlängerung des Arbeitstages festgesetzt werden. Es sind aber auch die Pausen, die sich aus der Natur der Arbeit ergeben, ihrem Wesen und ihrer Wirkung nach verschieden. Je länger solche Pausen durchschnittlich währen und je mehr sie dem Arbeiter gestatten, auch seine Aufmerksamkeit von seinem Beruf abschweifen zu lassen, um so mehr gewinnen sie den Charakter von wirklichen Ruhepausen und müssen von der Arbeitszeit in Ab-

rechnung gebracht werden. Je kürzer dagegen diese Pausen sind, je weniger sie dem Arbeiter gestatten, auch seine Gedanken ruhen zu lassen und eine wirklich ruhende Stellung einzunehmen: um so geringer sind sie anzuschlagen. Bei manchen Arbeiten kommen zwar Pausen vor; aber der Arbeiter ist genötigt, sie in irgend einem heißen, qualmerfüllten Raume zu verbringen, im Angesicht einer rasselnden und stöhnenden Maschine. Da ist dann freilich von einer wirklichen Ruhepause nicht mehr die Rede.

Alle derartigen Verschiedenheiten müßten bei der Festsetzung eines Normalarbeitstages beachtet werden. So schwer das scheint: unmöglich ist es nicht. Es bedarf nur einer gerechten, unbefangenen und selbstlosen Prüfung aller einzelnen Arbeitszweige und Funktionen, einer Vergleichung der bei allen Funktionen vorkommenden besonderen Belästigungen und Erleichterungen.

2. Das Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren, das Verbot der Nachtarbeit außer in gerechtfertigten Ausnahmsbetrieben, das Verlangen nach einer wöchentlichen Ruhepause von mindestens 36 Stunden und das Verbot des Truckſystems sind Programmpunkte, welche mit der heute schon geltenden Arbeiterschutzgesetzgebung auf gleicher Grundlage stehen.

3. Viel weiter gehen die Forderungen nach einer Überwachung aller gewerblichen Betriebe, nach einer Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, durch Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern, sowie nach einer durchgreifenden gewerblichen Hygieine. Auf den ersten Anblick haben diese Forderungen noch Raum im Rahmen einer sehr gründlichen sozialen Reform; je nach ihrer Ausgestaltung böten sie aber auch Gelegenheit zu einer vollständigen Sozialisierung aller Betriebe. Denn man kann die „Überwachung der Betriebe", die „Regelung der Arbeitsverhältnisse" offenbar in sehr verschiedener Ausgestaltung denken.

Eine solche Überwachung und Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Arbeitsämter könnte — jenachdem, was man unter „Regelung" versteht — in der That zu einer vollständigen Unterordnung der gesamten Produktion unter die Arbeitsämter führen.

Dieser Punkt des Programms wird daher erst diskutierbar, wenn die Urheber desselben eine authentische Interpretation des Ausdruckes „Regelung" gegeben haben. Sonst könnte man auf den Gedanken kommen, die Befugnisse der Arbeitsämter seien als so ausgedehnte gedacht, daß die Ämter den Unternehmern nicht bloß die von ihnen zu zahlenden Löhne, sondern auch Arbeitsmethoden, Produkte, anzuwendende Arbeitsmittel und dergleichen vorschreiben dürften. Damit wären die Unternehmer widerstandslos in die Hände der Arbeitsämter gegeben; sie wären nichts andres mehr, als auf Tantièmen angewiesene Beamte unter Oberleitung der Arbeitsämter.

Das sozialdemokratische Programm ist nur in einem Punkte nicht konsequent, nämlich darin, daß es nicht gleich auch die Forderung aufstellt, die Vorstände der Arbeitsämter müßten ebenfalls durch das Volk gewählt werden.

Es fehlt eigentlich nur dieser Programmpunkt, um selbst ohne eine gesetzlich ausgesprochene Expropriation des Privatkapitals, allein durch eine höchst ausgedehnte Kompetenz der Arbeitsämter den ganzen Produktionsprozeß in die Hände der Arbeiter zu liefern. Seltsam mag es erscheinen, daß ein sozialpolitisches Programm, welches die Wahl der Richterbeamten durch das Volk fordert, nicht auch auf den Gedanken kam, die offenbar weit wichtigeren Vorstände der Arbeitsämter auch durch das Volk wählen zu lassen. Wir vermuten indessen, daß letzteres schon im Gedanken lag und nur durch einen Zufall nicht ausdrücklich im Programm erschienen ist.

4. Die rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; die Beseitigung der Gesindeordnungen sind Programmpunkte, über welche sich reden läßt. Ob dem

größeren Teile der Dienstboten ein Gefallen damit geschieht, daß man sie genau so behandelt wie die gewerblichen Arbeiter, dürfte noch sehr fraglich sein.

5. Das Verlangen nach einer Sicherstellung des Koalitionsrechtes und

6. die Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich sind gleichfalls Programmpunkte, mit welchen sich das Programm der Sozialdemokratie nicht in einen unversöhnlichen Gegensatz zur herrschenden Wirtschaftsordnung setzt. Auch in dieser Hinsicht sind friedliche Auseinandersetzungen und Ausgleichungen möglich und erwünscht.

So stellt sich der zweite Teil des Erfurter Programms als eine Grundlage dar, von welcher aus zwischen der Sozialdemokratie und ihren Gegnern immerhin eine Verständigung angebahnt werden könnte, wenn von der Sozialdemokratie zunächst die Taktik des absoluten und unversöhnlichen Klassenhasses aufgegeben und an eine solche Verständigung ernsthaft gedacht würde.

11. Taktik und Agitation.

In der Erwägung, daß es zwar nicht aufrichtig, aber klug sei, ihr Programm nicht breit zu entfalten, begnügen sich die sozialdemokratischen Führer einstweilen damit, die gegenwärtige „kapitalistische" Wirtschaftsordnung möglichst schlecht zu machen. In dieser Richtung wird allerdings das denkbar Kräftigste geleistet. Dem Vorbilde ihres großen K. Marx folgend lassen diese Führer die positiven Pläne weit zurücktreten gegenüber einer unablässigen zersetzenden Kritik aller Einzelheiten des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens. Wer am meisten Haß zu säen weiß, ist der beste Agitator.

Diese verneinende, tadelnde Richtung der Agitation hat für die Sozialdemokratie einerseits den Vorteil, ihr die Aufstellung ihrer letzten Pläne vorläufig zu ersparen; anderseits führt sie der Partei eine Unzahl von unzufriedenen

Elementen zu, die in ihrem Herzen und in ihrem Verstande weit davon entfernt sind, sich für den positiven Inhalt des sozialdemokratischen Programms zu begeistern und es zu verstehen. Unzufrieden zu sein ist ja leicht; es kostet kein Opfer und kein bedeutendes Nachdenken; und man kann dabei doch den Mund ziemlich voll nehmen, weil voraussichtlich, so lange Menschen auf Erden wohnen, niemals Gründe zur Unzufriedenheit fehlen werden.

Zunächst werden von der sozialdemokratischen Agitation eine Reihe von Schlagworten gebraucht, die man immer wiederkehren hört, und die den Zweck haben, die große Masse leidenschaftlich zu stimmen und ihr gewisse Urteile und Anschauungen immer fester einzuprägen.

Der Staat ist dem sozialdemokratischen Agitator immer nur eine Einrichtung, die lediglich von den besitzenden Klassen erfunden ist, um ihr Eigentum zu schützen und ihnen die Aussaugung und Bedrückung des Proletariats möglich zu machen. Darum wird er immer als Klassenstaat bezeichnet, seine Einrichtungen als ungerecht und verrottet hingestellt. Ignoriert oder verkleinert wird, was immer im Laufe des Jahrhunderts von den Staatsregierungen oder von einsichtsvollen Kommunalverwaltungen geschehen ist, um die Gleichberechtigung aller Staatsbürger herbeizuführen und das Los der arbeitenden und besitzlosen Klassen zu bessern. Alle derartigen Einrichtungen nimmt die Sozialdemokratie im günstigsten Falle als Abschlagszahlungen an, die sie der geängstigten herrschenden Klasse abgenötigt hat, die aber noch himmelweit von den eigentlichen Zielen des Sozialismus entfernt sind.

Die Gesellschaft besteht nach der sozialdemokratischen Anschauung und Redeweise nur aus Aussaugern und Ausgesaugten; aus fetten, satten Bourgeois und aus ausgepreßten Arbeitern. Dabei wird je nach Bedarf der Bourgeois bald als trotziger übermütiger Zwingherr hingestellt, bald als der um sein Eigentum bangende feige Spießbürger. Und umgekehrt läßt man den Arbeiter bald als den armen gequälten

Arbeitssklaven erscheinen, der unter dem Drucke seiner Zwingherren keucht; bald stellt man ihn als den Helden hin, dessen gewaltiger Tritt die Zukunft erschüttern wird. Von der historisch gewachsenen Gesellschaft, von jener Gesellschaft, die sich in Völkerschaften und Stämme gliedert, in deren Herzen Heimatgefühl und Vaterlandsliebe leben: von dieser Gesellschaft läßt die sozialdemokratische Agitation nichts hören. Dergleichen paßt nicht in ihre Lehre.

Das sozialdemokratische Programm spricht von einem „Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen". Das ist eine der nichtswürdigsten Phrasen, die jemals gebraucht worden sind. Eine weite Strecke trennt allerdings den reichen Mann vom Bettler; aber diese Strecke wird ausgefüllt von den Millionen der Kleinbesitzer. Wenn man uns von einem trennenden Abgrunde spricht, so fragen wir: Wo ist dieser Abgrund? Ist er zwischen dem, der keinen Pfennig hat, und dem, der fünf Mark sein eigen nennt? Oder ist er zwischen dem Besitzer der fünf Mark und dem Eigentümer eines Sparkassenbuchs über hundert Mark? Oder ist er zwischen diesem und dem Besitzer von tausend Mark? Oder zwischen diesem und dem Eigentümer eines Taglöhnerhäuschens, das dreitausend Mark wert ist? Oder wo sonst?

Die Übergänge von den Besitzlosen zu den Besitzenden sind unmerklich, undefinierbar. Wer uns von einem Abgrunde spricht, muß uns sagen können, wo dieser Abgrund ist. Wenn aber die trennende Strecke ausgefüllt wird von Unzähligen, von denen jeder seinem Nachbarn sich fast gleich dünkt: dann ist eben kein Abgrund vorhanden, sondern bloß unzählige kleine Gräben, die durch Fleiß und Sparsamkeit Schritt für Schritt ausgefüllt werden können!

12. Folgen.

Jene deutschen Arbeiter, die der sozialdemokratischen Partei angehören, glauben sie an den Erfolg des sozialdemokratischen Programms? Glauben sie voll und ganz daran?

Es ist, wie bei allen Parteien, auch bei der sozialdemokratischen nur ein kleiner Teil aller Parteigenossen, welcher mit wirklichem Eifer und Verständnis die Parteiziele studiert und durchdenkt. Und unter diesem kleinen Teile müssen sich wieder, wie bei allen Gruppen der menschlichen und politischen Gesellschaft, Optimisten und Pessimisten finden. Keine Partei ist so diszipliniert, daß in ihr dieser Gegensatz verschwände und daß in allen Einzelheiten des Programms nur eine Überzeugung in allen Mitgliedern herrschte. Und so sind denn auch unter den denkenden und kenntnisreichen Mitgliedern der Sozialdemokratie ziemlich große Unterschiede von Hoffnung und Vertrauen vorhanden. Ungleich größer aber müssen diese Unterschiede bei der großen Masse der sozialdemokratischen Arbeiter werden, die nicht die Fähigkeiten oder die Lust hat, das Programm in seinen Einzelheiten und Folgerungen durchzudenken. Man muß sich nur bemühen, mit Arbeitern aus dieser Masse über ihre Anschauungen von den Zielen der Sozialdemokratie zu sprechen.

Die Schattenseiten ihrer eigenen Lage und der Neid gegen die wohlhabenden Klassen erfüllt sie Alle, den letzteren überwinden die Edelsten. Aber ihre Hoffnungen, die sie in die Verwirklichung der sozialdemokratischen Pläne setzen, gehen himmelweit auseinander. Der Gegensatz von Optimisten und Pessimisten zeigt sich nicht bloß unter den geschulten Philosophen, sondern er scheidet die Menschen überhaupt; er findet sich in Kreisen, welche niemals mehr ein Buch lasen, seit sie die Schule verließen. Und so findet er sich auch unter den Arbeitern. Wer die thatsächlich bestehenden Zustände aus pessimistischer Weltanschauung schlimm beurteilt, wird auch die Weltverbesserungsprobleme schlimm beurteilen — und umgekehrt. Das liegt in der Natur des menschlichen Herzens.

Was den einzelnen Arbeiter diesem oder jenem Parteiprogramm in das Netz treibt, ist in den meisten Fällen

eine äußerliche Veranlassung: irgend eine Form der Partei-Agitation.

Hoffnung ist die Nahrung des Herzens. Die liberale wie die sozialistische Weltanschauung hat ihre Hoffnungen. Die Anhänger der liberalen Wirtschaftsordnung begeistern sich als Einzelne an der Hoffnung, daß sie oder ihre Kinder und Enkel eine der besseren Stellungen in ihrer wirtschaftlichen Welt einnehmen werden; daraufhin richten sie ihr Trachten und Streben; darum sparen und arbeiten sie. Und die Anhänger des Sozialismus begeistern sich an der andern Hoffnung, daß sie oder ihre Kinder die sozialistische Umwälzung erleben werden, und daraufhin richten sie ihre Agitation. Es ist immer die Hoffnung, die als beseelende Macht wirkt; und bei denen, die schon im Besitze sind, ist es der Wunsch, den Besitz zu erhalten, die Furcht, ihn zu verlieren.

Ein gewisser Zweifel an der Erreichbarkeit des Zieles, oder wenigstens an seiner Nähe, mag wohl auch manchen Anhänger des Sozialismus beschleichen, wenn er überblickt, was bisher erreicht worden ist. Seit dem Auftreten von Ferdinand Lassalle sind dreißig Jahre verstrichen — eine Generation. Was haben die Sozialisten im Laufe dieser dreißig Jahre erreicht?

Zunächst ein Anschwellen ihrer Stimmenzahl. Ohne Zweifel ein Erfolg. Aber die Gegner lassen sich durch diese wachsende Stimmenzahl nicht einschüchtern. Sie wissen, daß immer nur ein Bruchteil der sozialdemokratischen Wähler wirklich aus zielbewußten Sozialdemokraten besteht, während ein großer Teil der Wählerschaft sich aus Leuten zusammensetzt, die nur im allgemeinen unzufrieden sind, ohne zu wissen und zu prüfen, was die Sozialdemokratie will. Das sind unsichere Parteigänger; sie machen wohl die Zahlen größer, aber der Idee geben sie keinen Halt. Die sozialistischen Führer wissen sehr wohl, daß sie solche Elemente in ihren Reihen haben; und man muß es diesen Führern lassen, daß sie ihre zweifelhafte Anhängerschaft mit vollem politischen

Verständnis behandeln. Das heißt: rücksichtsvoll oder rücksichtslos, je nach Bedarf. Das Anschwellen der sozialdemokratischen Anhängerschaft geschieht übrigens, so schnell es auch überängstlichen Bourgeois erscheinen mag, langsam genug für die Geduld mancher Anhänger.

Höher stellen wir die Errungenschaft der Sozialdemokratie, daß die staatserhaltenden Parteien durch das Wachstum des Gegners gezwungen worden sind, die Wege einer fortschreitenden bessernden Sozialpolitik zu beschreiten. Ob man nun dasjenige, was die Gesetzgebung auf diesem Gebiete seit Jahren gethan hat, als Konzessionen gegen die Sozialdemokratie bezeichnet oder nicht: jedenfalls sind es Zugeständnisse an die arbeitenden Klassen. Und man darf nicht glauben, daß mit der Arbeiterschutzgesetzgebung und mit der staatlichen Regelung der Arbeiterversicherung das Gebiet dieser Konzessionen abgeschlossen ist. Es handelt sich bei einer Sozialgesetzgebung nicht um ein Gebäude, das vollendet werden kann, sondern um einen Weg, der in die Zukunft führt und fortschreitend begangen werden kann und soll; nicht um ein für alle Zeit Abgeschlossenes, sondern um ein Werdendes, wie ja auch die menschliche Gesellschaft und ihre Gesittung stets ein Werdendes ist.

Ein dritter großer Erfolg ist die zunehmende politische und wirtschaftliche Bildung der arbeitenden Klassen. Dieser Erfolg bleibt. Die Parteidisziplin der Sozialdemokratie und die fortwährende politische Schulung hat nicht bloß die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft der Kulturvölker auf ein höheres Niveau politischer und volkswirtschaftlicher Bildung gehoben. Die Arbeiter sind zu einer sich fühlenden, strebenden Klasse voll energischen Willens geworden. Mag dieses Klassenbewußtsein für die übrigen Klassen auch recht unbequem sein: für die Arbeiter ist es ein gutes Zeugnis. Nur dem wird geholfen, der sich selbst helfen will. Und diese politische und volkswirtschaftliche Bildung würde für die Arbeiter selbst dann ein Gewinn sein, wenn die Sozialdemokratie den Kernpunkt

ihres Programms, die Aufhebung des Privatkapitals einmal ganz fallen ließe und dadurch einfach zu einer radikaldemokratischen Partei würde.

Wie die Wissenschaft vom Bekannten ausgehend zum Unbekannten vordringt, so müßte ein vernünftiger Sozialismus vorgehen und das, was überhaupt erreichbar ist, nach dem Grade der Erreichbarkeit unterscheiden, um von dem leichter Erreichbaren allmählich zu dem schwerer Erreichbaren überzugehen. Für sozialistische Theoretiker vom Schlage Bebels ist freilich alles gleich leicht erreichbar. Die neueren sozialdemokratischen Programme sind in dieser Hinsicht etwas einsichtsvoller geworden, indem sie gewisse Ziele als nächstliegende, andre als fernerstehende hinstellen. Aber man ist doch nicht ehrlich genug, um seinen Anhängern offen alles zu sagen. Wollte man ehrlich sein, so müßte man den Arbeitern sagen, daß der Kernpunkt des sozialdemokratischen Programms, die Enteignung des Privatkapitals, in nebelhafter Ferne steht, und daß die lebende Generation wenigstens sich keine Hoffnung machen darf, diesen Kernpunkt verwirklicht zu sehen. Statt eines solchen ehrlichen Eingeständnisses haben die sozialdemokratischen Führer ihre Anhänger in trügerische Hoffnungen eingesponnen; Bebel hat sogar den großen ‚Kladderadatsch' an die Wand des neunzehnten Jahrhunderts hingemalt.

Die Früchte, die der Haß zeitigt, können nur bitter sein. Seit dreißig Jahren predigt die Sozialdemokratie nur Haß, fanatischen blindwütigen Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Man braucht nur einen Blick in eine der sozialdemokratischen Zeitschriften zu thun, um zu erkennen, wie alles Positive, was die sozialistische Presse bietet, verschwindend gering ist gegenüber dem haßerfüllten Tadel, womit sie alle Einrichtungen der heutigen Kulturgesellschaft übergießt.

Der Same, den Karl Marx gesäet hat, ist aufgegangen und trägt hundertfältige Früchte. Es ist eine Drachensaat.

Was die rollende Zeit an Ereignissen bringt: von der sozialdemokratischen Presse wird alles nur als Agitationsmittel benützt, in ihrem Sinne gefärbt. Was sich nicht als Agitationsmittel benützen läßt, wird von ihr ignoriert. Wozu braucht der Arbeiter es zu wissen? In den Augen der sozialdemokratischen Agitatoren ist es schade um jedes Milligramm Druckerschwärze, das nicht dazu dient, den Geist des Hasses und des Ingrimms zu vertiefen und zu verbreitern.

Dieses fortwährende Vergiften der Volksseele mit eingetrichtertem Haß muß schließlich häßliche Früchte tragen. Möglich, daß dieser angesammelte Haß sich in revolutionären gewaltsamen Eruptionen Luft macht. So lange derartige Eruptionen lokal beschränkt wären, könnten sie zwar innerhalb ihres Wirkungskreises fühlbare Störungen verursachen, würden aber nur den staatserhaltenden Parteien die ihnen zur Zeit fehlende Eintracht der Sozialdemokratie gegenüber aufnötigen, sogar zu drakonischen Wiederholungen des Sozialistengesetzes führen, was vom Standpunkte eines wahren Liberalismus zwar zu bedauern, aber nicht abzuwenden wäre.

Möglich ist ferner eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Schon während der letzten Jahre ist diese Möglichkeit zu Tage getreten, als einerseits die Jungsozialisten mit ausgeprägt revolutionärer Richtung sich vom Gros der sozialdemokratischen Partei loslösten und anderseits eine gemäßigtere Richtung (geführt von Vollmar) nur mühsam mit dem Gros in Verbindung erhalten werden konnte. Abzweigungen von der auf dem Boden des Erfurter Programms stehenden Hauptmasse der Sozialdemokratie wären nach verschiedenen Richtungen hin denkbar: nach der Richtung des Anarchismus, nach dem Staatssozialismus, nach dem Ganzkommunismus, nach einer radikalen Demokratie. Welche dieser Abzweigungen am meisten Aussicht hätte, innerhalb der Sozialdemokratie eine für diese bedenkliche Spaltung zu erzeugen: darüber kann sich heute kein vernünftiger Mensch eine bestimmte Vorstellung machen.

Denkbar wäre es aber auch, daß der fortwährend genährte Haß sich schließlich selbst aufzehrte, die Lust an seiner eigenen fortdauernden Ernährung verlöre. Das wäre ja der günstigste Fall. So gering auch für den Augenblick diese Hoffnung ist: ganz darf sie nicht aus den Augen gelassen werden. Es hat im Lauf der Kulturgeschichte geistige Epidemien gegeben, welche Jahrzehnte, mitunter Jahrhunderte lang währten, um schließlich zu erlöschen, ohne daß man behaupten könnte, sie seien gewaltsam unterdrückt worden. Vielleicht handelt es sich auch hier um eine solche krankhafte Verstimmung der Masse.

Denkbar wäre endlich auch, daß der Haß gegen die bestehende Wirtschaftsordnung schließlich wirklich die Majorität eines der Kulturvölker ergriffe, und zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms führte. Die dann folgenden möglichen und vielleicht von dieser Majorität versuchsweise anzustrebenden Zustände sollen den Inhalt unseres dritten Abschnitts bilden.

13. Die Sozialreform.

Während der ersten Hälfte des gegenwärtigen Jahrhunderts machte der Gedanke des wirtschaftlichen Liberalismus großartige Fortschritte, getragen von den Grundlehren der britischen Nationalökonomie. Die breiten Massen der Bevölkerung hatten niemand, der ihnen beständig vorsagte, daß sie elend seien; deshalb beschäftigten sie sich auch nicht mit Nachdenken darüber. Wo wirkliches Elend zu Tage trat, hielt man es entweder für notwendig und unabwendbar, oder für vorübergehend. Einzelne Weitsichtigere aber, welche Fühlung mit der französischen und der geringen deutschen Sozialistenlitteratur hatten, fanden doch auch damals schon, daß etwas existiere, was späterhin als soziale Frage bezeichnet ward.

Diese Einsicht sehen wir bei einzelnen Nationalökonomen, bei Staatsrechtslehrern, Publizisten und Philosophen.

Von Nationalökonomen, welchen schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts die Notwendigkeit sozialer Reformen klar vor Augen stand, müssen erwähnt werden: Der Genfer Simonde de Sismondi (1819), der mit hohem Humanitätsgefühl den Eigennutz, die freie Konkurrenz, die Übermacht des Kapitals bekämpfte; in Deutschland neben Lueder, Graf Soden, Adam Müller und andern in erster Linie Fr. List, welcher vor allem nationale Einigung und Kräftigung, staatliche Fürsorge für die gesamten heimischen Wirtschaftszustände verlangt; v. Thünen (Der isolierte Staat, 1826), welcher dem schweren Problem des naturgemäßen Arbeitslohnes nachgeht; unter den Engländern J. Stuart Mill (Principles of Political Economy, 1847), bei welchem schon gewisse sozialistische Zugeständnisse erscheinen.

Mit redlichem Sammlerfleiße bemühten sich K. H. Rau (Politische Ökonomie), R. v. Mohl (Polizeiwissenschaft) und andere, jene Maßregeln zusammenzustellen, welche in den staatswissenschaftlichen Systemen und in den Regierungskreisen zu ihrer Zeit als solche galten, die geeignet wären, die sozialen Zustände zu verbessern.

Mit den sechziger Jahren trat ein Umschwung ein. Man kam in immer weiteren Kreisen zu der Einsicht, daß zwar der Volksreichtum während der letzten Jahrzehnte enorm gewachsen sei, daß aber die Verteilung des Volkseinkommens große Mißstände zeige, welche sich nicht von selbst heben, daß es mit der bloßen Reichtumsproduktion nicht gethan, sondern auch notwendig sei, daß der Reichtum in humaner und gerechter Weise denen zugeführt werde, die an seiner Erzeugung mitgearbeitet haben; daß ferner der Staat nicht bloß dazu da sei, das Eigentum zu schützen und Verbrechen zu bestrafen, sondern eine viel größere Kulturaufgabe zu verfolgen habe.

Die volkswirtschaftliche Schule, welche in Deutschland von diesen Anschauungen ausging, ist die Schule der Kathedersozialisten. Diesen Namen erhielt sie von ihren Gegnern, den Anhängern der alten ganz liberalen

Nationalökonomie. Die Kathedersozialisten unterscheiden sich von den alten orthodoxen Nationalökonomen durch ihre Ansichten über Wesen und Ziele der Volkswirtschaft, über den Staat, über das Eigentum, über die wirtschaftlichen und politischen Ideale der Freiheit und Gleichheit.

In Hinsicht auf das Wesen und die Ziele der Volkswirtschaft gehen die Kathedersozialisten von der Ansicht aus, daß die Volkswirtschaft nicht bloß eine möglichst rasche Reichtumserzeugung, sondern auch eine gerechte und humane Verteilung der fortwährend neu erzeugten Güter zum Ziele haben muß. In Hinsicht auf den Staat muten sie demselben nicht bloß Nachtwächterdienste zum Schutz der besitzenden Klassen zu, sondern auch eine stetige geordnete Fürsorge für die Besitzlosen und Notleidenden, und zwar eine Fürsorge, welche sich nicht bloß im Rahmen der Armenpflege bewegt, sondern den Staat überall dort zu Eingriffen veranlaßt, wo das Ziel des sozialen Fortschritts durch sein Eingreifen gefördert werden kann. Ebenso haben die Kathedersozialisten auch hinsichtlich des Eigentumsrechtes neue und geläuterte Ansichten gewonnen; sie sehen dasselbe nicht mehr als eine naturgesetzlich ewig gleichbleibende Einrichtung an, sondern als eine Einrichtung, welche, im Wesen der Volkswirtschaft begründet, mit den Änderungen derselben auch ihrerseits für Änderungen zugänglich sein muß.

Der Zeitpunkt, mit dem dieser Umschwung der volkswirtschaftlichen Theorie beginnt, ist nicht genau zu bestimmen. Vorläufer findet er schon in Aristoteles und Montesquieu.

Seit der Kathedersozialismus die deutschen Universitäten beherrscht, wurden seine hervorragendsten Vertreter Brentano, Nasse, Schmoller, Schönberg, Rösler, v. Scheel, Samter, Mangoldt, Ad. Wagner, v. Schäffle. Seinen theoretischen Ausdruck findet er in dem „Handbuch der politischen Ökonomie", von Schönberg im Verein mit Anderen herausgegeben. Auch der belgische Gelehrte E. de Laveleye (Le socialisme contemporain) ist mit in erster Linie unter den Kämpfern dieser Schule zu nennen.

Die Anhänger dieser Schule sammelten sich zuerst zu Eisenach i. J. 1872 bei einem Kongresse und schlossen sich 1873 zu einem „Verein für Sozialpolitik" zusammen, welcher seither eine Reihe von wertvollen Arbeiten geliefert hat. Dem Verein für Sozialpolitik gebührt das große Verdienst, der Hauptträger des Gedankens einer maßvollen Sozialreform zu sein.

Unter Sozialreform versteht man eine Summe von Einrichtungen, welche dahin abzielen, die gesellschaftlichen Zustände zu verbessern. Die Sozialreform beruht auf dem Grundgedanken, daß soziale Fragen existieren, d. h. daß große soziale Mißstände vorhanden sind, und auf dem weitern Grundgedanken, daß diese Mißstände bei der Fortdauer der Kulturstaaten durch ein friedliches Zusammenwirken von Staatsgewalt und Staatsangehörigen allmählich gebessert werden können. Der Gedanke der Sozialreform muß aber sehr verschiedene Formen annehmen, da man die Ursachen der sozialen Übel in sehr verschiedenen wirtschaftsgeschichtlichen Thatsachen finden kann und die Mittel zur Lösung dieser Fragen demnach auch sehr verschiedene Formen annehmen können.

Die gemäßigte Sozialreform ist der Weg, auf dem sich die modernen Kulturstaaten größtenteils befinden. Sie hat sicher den Vorzug, dem Durchschnittsgedanken und dem Durchschnittswillen der verschiedenen Parteien am meisten zu entsprechen. Aber eben wegen ihres vorsichtigen Maßhaltens kann sie auch nur mäßig begeistern, niemand ganz zufriedenstellen. Trotzdem hat sie die Zukunft für sich; denn sie hält sich an das zunächst Durchführbare; sie sucht den Interessen der verschiedenen Einkommensklassen und der verschiedenen Haupterwerbszweige möglichst gleichmäßig zu dienen, soweit nicht die bisher gedrücktesten Klassen ihre besondere Sorgfalt beanspruchen. Die Regierungen können nichts anderes thun, als auf diesem Wege weiter gehen. Ob dabei ein gemäßigteres oder ein rascheres Tempo eingeschlagen wird, ob die Reformziele mit größerer oder

geringerer Energie festgehalten oder geändert werden: das muß natürlich abhängen von der ungleichen Kraft der Regierungen wie von der ungleichen Einsicht und Besonnenheit der Völker, von den abwechselnden Zuständen wirtschaftlichen Aufschwungs und Niedergangs, von dem Grade, in dem die Thätigkeit der Regierungen und der Völker gerade von anderen, als von wirtschaftlichen Fragen in Anspruch genommen ist.

Wie weit die Sozialreform ausgedehnt werden kann, ist gar nicht festzustellen. Die Maßregeln, die sie bis heute getroffen hat, sind offenbar erst ihr Anfang. Die Sozialreform könnte, ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben, so weit gehen, daß ihr Ergebnis ein vollständig sozialistisches Staatswesen darböte. Sie könnte so umfassende, tief einschneidende Vorschriften über die Benützung der Produktionsmittel, über Löhne, Arbeitszeit, Arbeitseinrichtungen, Rechnungstellung, erlaubten und unerlaubten Gewinn ꝛc. liefern, daß in den von diesen Vorschriften betroffenen Produktionszweigen von einer freien kapitalistischen Produktion nicht mehr die Rede wäre.

Unrichtig ist es deshalb zu glauben, daß ein abgeschlossener Plan einer Sozialreform aufgestellt werden könnte. Es ist insbesondere unrichtig, wenn mitunter die zurzeit im Deutschen Reich eingeführten sozialreformatorischen Einrichtungen als ein Abschluß gedacht werden. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind nicht der Abschluß der Sozialreform; diese ist überhaupt nichts abschließendes, sondern etwas ewig fließendes. Von einem Abschluß kann immer nur gesprochen werden, wenn man sich ihn als einen vorläufigen denkt, der die Absicht hat, eine Pause im Reformwerk eintreten zu lassen, um das wirtschaftliche Leben an die bereits eingeführten Reformen zu gewöhnen und Erfahrungen für die Zukunft zu sammeln.

Die überaus zahlreichen Maßregeln, die von den Anhängern der Sozialreform in Vorschlag gebracht werden und im stande wären, ganze Bibliotheken anzufüllen, wenn

auf ihre Würdigung eingegangen werden sollte, unterscheiden sich:

I. In Hinsicht auf ihre Urheber, jenachdem sie von der ganzen Volksgesellschaft oder einzelnen Klassen derselben oder von freien Vereinigungen, auch von kirchlichen Gesellschaften, ohne obrigkeitliche Autorität, oder aber von staatlichen und gemeindlichen Obrigkeiten ausgehen sollen.

II. Jenachdem eine Reformmaßregel den Ereignissen des sozialen Lebens vorbeugen oder ihnen, wenn sie bereits eingetreten sind, entgegenwirken will, ist sie eine präventive oder eine repressive.

III. Die von staatlichen und gemeindlichen Obrigkeiten ausgehenden Reformen können entweder dem Gebiete der Wohlfahrtspflege angehören, in welchem Fall sie keinen Zwang ausüben; oder aber sie können, der Wohlfahrtspolizei angehörend, ein zwingendes Gebot enthalten, welches wieder auf ein Thun oder auf ein Unterlassen gerichtet ist.

IV. Die Reformen können in der Hauptsache entweder den Anschauungen einer vergangenen, einer gegenwärtigen oder einer erst im Werden begriffenen Staats- und Gesellschaftsidee entsprechen und demgemäß reaktionäre, konservative oder fortschrittliche sein. In der Regel werden nur die letzteren den Anspruch, wirkliche Reformen zu sein, erheben können.

Wenn man von den vorgeschlagenen Sozialreformen diejenigen ausscheidet, welche entweder nur eine ganz beschränkte Wirksamkeit äußern oder nur dem Interesse der nicht notleidenden Klassen dienen oder von vornherein als undurchführbar erscheinen müssen, so bleiben folgende übrig, welche sich passend also gruppieren lassen:

I. Reformen des Verfassungslebens: Einführung des allgemeinen Stimmrechts bei allen Wahlen; Ausdehnung desselben auch auf die Frauen.

II. Reformen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik:

A. In Bezug auf die Arbeit und die Arbeiter:

1. Bessere Ausbildung der Arbeitskräfte; Verbesserung des Fachbildungs- und Volksbildungswesens.

2. Staatliche (bezw. gemeindliche) Arbeitsstatistik und Enquêten über Arbeiterverhältnisse. Hierzu

3. Eigene Arbeitsämter.

4. Obrigkeitliche Regelung der Frauen- und Kinderarbeit.

5. Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, durch welche namentlich die Sonntagsruhe, Maximalarbeitstage ꝛc. eingeführt werden sollen.

6. Staatliche Zwangsversicherung gegen Unfall, Alter und Invalidität.

7. Gewerbe- und Fabrikgerichte, in welchen Arbeiter und Arbeitgeber vertreten sind.

8. Fabrikinspektion durch eigene Beamte.

9. Volle Koalitionsfreiheit für die Arbeiter.

10. Im Gegensatze hierzu sind von manchen Sozialpolitikern auch behördlich geregelte Zwangsverbände (Berufsgenossenschaften) angeregt worden.

B. In Bezug auf Kapital und Grundeigentum:

1. Umgestaltung des Erbrechts. Stärkere Betonung des Erbrechts des Staats bei allen Lateralerbschaften. Manche Vorschläge gehen bis zur völligen Aufhebung des Erbrechts.

2. Eine Agrarpolitik, welche dem Aufsaugen kleiner durch große Güter entschieden widerstrebt, dagegen die klein- und mittelbäuerlichen Kreise ausreichend und nachdrücklich unterstützt.

3. Umwandlung des Privateigentums in Lehenbesitz (J. Fröbel).

C. In Bezug auf den Verkehr:

1. Obrigkeitliche Preistaxen. (Im allgemeinen veraltet.)

2. Maßregeln gegen gemeinschädliche Preiskoalitionen.

3. Erleichterung des Sparkredits und des Konsumtivkredits für die ärmeren Klassen.

4. Verwohlfeilerung des Transportwesens.

D. In Bezug auf die Verteilung des Volkseinkommens:

1. Lohntaxen. Eine Ungerechtigkeit, wenn sie die Löhne niederhalten, eine Unmöglichkeit, wenn sie die Löhne hochhalten sollen.

2. Festsetzung eines Minimallohnes. Setzt voraus, daß der Staat bezw. die Gemeinde entweder jenen Lohnzahlern, welche wegen geringen Geschäftsertrags den Minimallohn nicht zahlen können, Zuschüsse leistet oder die Arbeiter eventuell selbst beschäftigt.

3. Strenge Wuchergesetzgebung, um den unlauteren Geschäftsprofit möglichst einzudämmen.

4. Gesetzlicher Zwang zur Beteiligung der Arbeiter am Gewinn des Unternehmens.

5. Reform der Armenpflege in dem Sinne, daß die Unterstützungen in ausreichender Höhe und ohne den Schatten entehrender Bedingungen gewährt werden.

6. Sicherung gegen Arbeitslosigkeit. Garantie des Rechts auf Arbeit. Diese schwierige und wichtige Aufgabe obliegt in erster Linie den Gewerkvereinen. Da letztere aber hauptsächlich nur für die Mitglieder gelernter Berufe sorgen, ist das Eingreifen von Staat und Gemeinde nicht zu entbehren. Für dasselbe bieten sich folgende Wege dar:

a) Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit. Dieser stellen sich aber so große Schwierigkeiten entgegen, daß es ratsamer erscheint, andre Wege zu suchen, nämlich:

b) Kommunale Arbeitsvermittlungsanstalten und, soweit dieselben nicht ausreichen,

c) Beschäftigung Arbeitsloser durch die Gemeinde, eventuell durch den Staat. Welche Arten von Arbeiten die Gemeinde durch die arbeitslosen Kräfte ausführen soll: das hängt vom wirtschaftlichen Charakter der Gemeinde und von einer Menge lokaler Umstände ab. Keinesfalls darf

man bloß an völlig unqualifizierte Arbeit, wie Straßenreinigung, Erdarbeiten ꝛc., denken; aber auch nicht an ein Recht auf Garantie jeder Art qualifizierter Berufsarbeit.

7. Möglichste Vermeidung aller Maßregeln, durch welche arbeitsloses Einkommen geschaffen oder das vorhandene vermehrt wird (A. Menger: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Stuttgart 1891. S. 173).

8. Vermeidung jeder gesetzgeberischen Maßregel, durch welche eine Übertragung der Grundrente und des Kapitalgewinns von einer Volksklasse auf die andre erfolgt. Daher gehört namentlich die von agrarischer Seite mitunter geforderte Ablösung der Hypothekarlasten auf Kosten des Staats (a. a. O., S. 174).

E. In Bezug auf die Konsumtion:

1. Abhilfe der bei den ärmeren Klassen herrschenden Wohnungsnot durch Wohnungsgesetze, welche die Gemeinden zu Reformen auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungswesens nötigen. Reformen des gemeindlichen Wahlrechts, welche den ärmeren Klassen in den Städten einen stärkeren Einfluß auf die Verwaltung gewähren, als bisher. Sanitätskommissionen und staatliche Wohnungsinspektoren für Überwachung der Einhaltung der Wohnungsgesetze. Eventuell Nötigung der Gemeinden zur Erbauung und Vermietung von Wohnungen, wofür ihnen günstigere Expropriationsbefugnisse zu erteilen wären.

F. In Hinsicht auf das Wachstum der Bevölkerung verlangt man Kolonisation, und zwar:

1. Auswärtige Kolonisation, wobei insbesondere, wenn dieselbe in großem Stil erfolgen soll, Rußland, Südamerika und Afrika ins Auge gefaßt werden. Einzelne Sozialreformer gehen so weit, selbst eine mit Waffengewalt zu erzwingende Kolonisation, namentlich Rußlands, Kleinasiens, zu befürworten. So C. Jentsch (Weder Kommunismus noch Kapitalismus), der in dieser Art von Kolonisation sogar die bei weitem wichtigste sozialpolitische Maßregel

für das Deutsche Reich erkennt, gegenüber welcher die übrigen Heilmittel erst in zweiter Ordnung folgen.

2. Innere Kolonisation, welche insbesondere den Zweck verfolgen müßte, die in den Großstädten und Industriebezirken zusammengedrängten Volksmassen über das Land zu zerstreuen. Als Mittel, um den hierfür nötigen Grundbesitz zu gewinnen, wird vorgeschlagen, alle Agrarzölle und agrarischen Steuervergünstigungen aufzuheben, was die Subhastation von etlichen tausend Rittergütern zur Folge hätte (Jentsch, S. 430). Nur müßte dafür gesorgt werden, daß nicht die Bodenspekulation, sondern eine staatliche Rentenkammer zwischen die Falliten und die Käufer treten und daß die Anlage neuer Bauerngüter in umsichtigster Weise betrieben würde.

3. Die von Polizeibeamten älteren Schlages vorgebrachten Maßregeln gegen Übervölkerung, wie namentlich Erschwerung der Verehelichung durch Nachweis eines gesicherten Einkommens, höheres gesetzliches Minimalalter der Heiratenden, Bestrafung unehelicher Geschlechtsverbindungen u. dergl., werden von der modernen Sozialpolitik verworfen.

III. Finanzpolitische Reformen:

1. Progressive Einkommensteuer.

2. Progressive Erbschaftssteuer.

3. Verzicht auf jene Verbrauchssteuern, welche die ärmeren Klassen unverhältnismäßig belasten und nicht (wie die Besteuerung des Alkohols) aus hygieinischen und sittlichen Gründen gerechtfertigt sind.

4. Reformen in den öffentlichen Dienstverhältnissen, so zwar, daß die Haltung des Staats und der Gemeinde, sofern sie als Arbeitgeber auftreten, weniger von fiskalischen, als von sozialreformatorischen Gesichtspunkten bestimmt werde.

5. Ausdehnung der gemeindlichen Erwerbsanstalten, zur Beschaffung von finanziellen Mitteln für die sozialen Reformen (Feuer- und Lebensversicherung; Realkreditanstalten; Kommunalisierung der Apotheken, des Droschkenwesens; gemeindliche Inseratenblätter ꝛc.).

6. Scharfe Besteuerung der oft maßlosen Wertsteigerung der städtischen Grundstücke. Hierzu wäre nur nötig die Ermittlung des Boden- und Häuserwerts zu einem bestimmten Zeitpunkte und sodann die Wertsermittlung bei späteren Verkäufen und Erbgängen, sowie die Ermittlung der etwa in der Zwischenzeit vorgefallenen Kapitalverwendungen, welche von dem Wertzuwachs in Abzug gebracht werden müßten.

IV. Maßregeln, welche von freien Organisationen der arbeitenden Klassen ausgehen sollen:

1. Gewerkvereine, zur Regelung der Lohnfrage.

2. Freie Hilfskassen (wo keine staatliche Zwangsversicherung besteht) zur Sicherstellung gegen Unfall, Krankheit, Alter und Invalidität.

3. Konsumvereine, nicht bloß als Einrichtungen für billigere Beschaffung der Lebensmittel, sondern auch als Erziehung zu wirtschaftlicher Lebensführung.

4. Produktiv-Assoziationen und Arbeiter-Aktiengesellschaften.

5. Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber, nämlich: Gewinnbeteiligung; Arbeiterausschüsse; Herstellung von Arbeiterwohnungen (kann leicht die Arbeiter noch abhängiger machen); Wohlfahrtseinrichtungen verschiedener Art wie Kinderasyle, Fabrikkrankenhäuser, Fabrikschulen, Speiseanstalten, Bäder ꝛc.

6. Gemeinnützige Baugesellschaften zur Beschaffung guter und anständiger Arbeiterwohnungen.

7. Bestrebungen zur hauswirtschaftlichen Ausbildung von Mädchen der Arbeiterklasse.

8. Vereine für Arbeiterbildung mit Unterrichtskursen, Vortragsabenden, Lesezimmern.

(Obengenannte acht Punkte nach H. Herkner: Die Arbeiterfrage. 1894.)

Religiöse und sittliche Erneuerung des Volks wird gleichfalls von den meisten Sozialreformern, seien sie nun liberal, konservativ oder kirchlich gefärbt, verlangt;

wobei freilich die Form einer solchen Erneuerung sehr verschieden gedacht wird. Für die liberalen Sozialreformer ist es am schwierigsten, die Wege zu einer solchen Erneuerung anzugeben: Moralischere Führung der wohlhabenden Klassen, Unterlassung alles unmoralischen Luxus derselben, lebhafteste Beteiligung ihrerseits an allen humanitären Bestrebungen, stete Vervollkommnung der Schulbildung, ethische und Volksbildungsgesellschaften, überhaupt Steigerung des patriotischen und sittlichen Gefühls ꝛc. sind die Mittel dieser Richtung. Die konservativen Sozialreformer denken dabei mehr an eine strammere Erziehung des Volks zur Unterwürfigkeit gegenüber der Polizei, gegenüber den Arbeitgebern und den militärischen Vorgesetzten. Am leichtesten finden den Weg zur moralischen Erneuerung die kirchlich angehauchten Sozialreformer, welche selbstverständlich in einer Wiedererweckung des Glaubens und der christlichen Demut, in hingebendster Übung christlicher Nächstenliebe die wirksamsten Mittel zur Lösung des sozialen Fragengewirrs erkennen.

14. Der Staatssozialismus.

Eine vom demokratischen Sozialismus sehr verschiedene Richtung ist die des Staatssozialismus. Die geschichtlichen Grundlagen desselben reichen weit zurück. Fast in allen Jahrhunderten der Geschichte gab es einzelne Herrscher, welche die Überzeugung hatten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Völker nicht genügend geregelt seien, sondern einer Ordnung bedürften, die insbesondere den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren im Auge haben müsse. Die Durchführung tiefgreifender sozialer Reformen unter Erhaltung der bestehenden Staatsform, im Gegensatze zur Herrschaft einzelner privilegierter Klassen: das ist der Grundsatz des Staatssozialismus. Ein Grundsatz, welcher freilich mitunter sehr schief aufgefaßt ward, so daß er nur zu neuen Privilegien führte.

Der Staatssozialismus ist als Regierungsprinzip viel älter, denn als wissenschaftliche Theorie. Als solche konnte er erst auftauchen als ein Gegengewicht gegen den revolutionären Sozialismus.

Der feurige Jul. Fröbel, begeistert für republikanisches Staatsleben, stellt in seinem „System der sozialen Politik" (Mannh. 1847) als Grundlage aller sozialen Reform das Obereigentum der Staatsgesellschaft an allem Vermögen dar. Die Teile des Staatsvermögens sollen als Lehen an die Staatsangehörigen auf Lebenszeit vergeben werden; es soll den Staatsangehörigen freistehen, mit dem belehnten Vermögen zu wirtschaften. Ihre Geschäftsgewinne werden zumteil durch eine progressive Erwerbssteuer wieder dem öffentlichen Schatz zugeführt, schlechte Wirtschafter werden Besoldete oder Pensionäre des Staates.

Als theoretischen Bahnbrecher des deutschen Staatssozialismus nennt man C. v. Rodbertus-Jagetzow (Soziale Briefe an v. Kirchmann, 1852; Sendschreiben an d. Londoner Arbeiterkongreß 1862 ꝛc.). Er ist kein Agitator, sondern ein vornehmer, humaner, wissenschaftlich hochgebildeter Forscher. Seine Anschauungen gehen von dem Gedanken aus, daß die Arbeiter von den Früchten des Nationalfleißes am wenigsten erhalten und auch unter dem heutigen Wirtschaftssystem immer weniger erhalten werden. Trotzdem müssen sie am meisten zu den Staatslasten beitragen. In einem gesunden Zustande sollen aber Recht auf Arbeit und Pflicht zur Arbeit vom Staat anerkannt werden. Zur Beseitigung der herrschenden ungesunden Zustände muß ein neues Lohnsystem gefunden werden, welches das Privatkapital vorläufig noch in seinen Funktionen läßt, aber den Arbeitern den ihnen gebührenden Anteil am Nationaleinkommen sichert. Das Mittel dazu sieht Rodbertus darin, daß die Arbeiter selbst in maßvoller und gerechter Erwägung die Arbeitstage, eine Normalarbeitszeit und eine normale Lohntaxe festsetzen und auf friedlichem Wege durchzusetzen suchen, wobei der Staat die Verpflichtung hat, zur Ver-

wirklichung eines solchen geläuterten Lohnsystems seine Macht eintreten zu lassen.

Als Nachfolger von Rodbertus werden noch genannt: v. Gerlach, welcher seinerzeit in der Kreuzzeitung die soziale Frage behandelte. Man thut jedoch dem Staatssozialismus Unrecht, wenn man Gerlach einen seiner hervorragenden Theoretiker nennt. Derselbe ist seinem innersten Wesen nach feudal und reaktionär, nur äußerlich von staatssozialistischen Velleitäten angehaucht. Man hat seine Richtung auch als „Zunftreaktion" bezeichnet.

Entschieden bedeutender ist R. Meyer (Der Emanzipationskampf des vierten Standes). Er geht von dem Grundsatze aus, daß der Staat die Verteilung des Volksreichtums mit dem Gerechtigkeitsgefühl in Einklang bringen müsse. (Ein Grundsatz, welcher übrigens schon längst von Montesquieu und schon vor zweitausend Jahren von Aristoteles wiederholt betont worden ist.) Was R. Meyer als Maßregeln zur Lösung der sozialen Frage in Vorschlag bringt, sind freilich teils nur solche, welche auch von den gemäßigtesten Sozialreformern verlangt werden, teils solche, welche als unausführbar oder geradezu nachteilig erscheinen.

Der Staatssozialismus kann geradezu konservative Züge annehmen. Deshalb hat ihn auch ein geistvoller Beurteiler (E. de Laveleye: Le socialisme contemporain) als konservativen Sozialismus bezeichnet und als den berühmtesten Vertreter dieses konservativen Sozialismus den Fürsten Bismarck genannt. Der große Kanzler war thatsächlich ein großer Sozialreformer, welcher dem Staate die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu heben, mit Entschiedenheit zuwies und ebensowenig vor der Verstaatlichung der Eisenbahnen wie vor dem Tabakmonopol zurückschreckte. Aber das waren nur einzelne staatssozialistische Maßregeln. Von wirklichem Staatssozialismus kann nur da gesprochen werden, wo ein ganzes System einer sozialistischen Neuordnung der Volkswirtschaft durch den Staat und mit Aufrechterhaltung des Staats vorliegt.

Das Problem einer Verstaatlichung des Getreidehandels (der vielbesprochene Antrag des Grafen Kanitz) zeigt, daß entschieden konservative Parteien ausgeprägt sozialistische Maßregeln nicht verschmähen, wenn es gilt, durch sie die Interessen bestimmter Klassen zu fördern.

Eine kleine Auseinandersetzung zwischen der gemäßigten Sozialreform und dem weitergehenden Staatssozialismus ist hier geboten.

Gemeinsam haben Sozialreform und Staatssozialismus den Zug, auf dem Boden des historischen Staates zu stehen. Beide wollen nicht umstürzen, sondern reformieren; beide achten das Privateigentum so, daß sie eine Enteignung nur gegen volle Entschädigung zulassen.

Dagegen gehen sie in folgenden Punkten auseinander:

Die Sozialpolitik der modernen Kulturstaaten oder Sozialreform sieht den Schwerpunkt einer Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände nicht in einer Verminderung des Privatkapitals zu Gunsten des Kollektivkapitals, sondern nur in einer stärkeren Disziplinierung und Besteuerung des Egoismus, namentlich des kapitalkräftigen Egoismus zu Gunsten der wirtschaftlich Schwächeren. Der Staatssozialismus dagegen findet das noch nicht genügend; ihm liegt der soziale Fortschritt in der Verwandlung von Privatunternehmungen in staatliche oder kommunale Unternehmungen. Dabei ist er aber genugsam vorsichtig und historisch gebildet, um durchaus nicht ohne weiteres alle Privatunternehmungen in Kollektivunternehmungen verwandeln zu wollen, sondern bloß die, bei denen erfahrungsgemäß die Kollektivunternehmung eben so gut oder nicht schlechter wirtschaftet, als die Privatunternehmung; sowie die, bei denen keine soziale Reform im stande ist, auffallende Übelstände zu beseitigen.

Ein weiterer Differenzpunkt liegt wohl auch darin, daß die Sozialreform in der Hauptsache angeregt wird durch die wissenschaftlichen Theoretiker und durch die Volksvertretungen, während der Staatssozialismus geschichtlich

seinen Ursprung aus der Initiative hervorragender Träger der Staatsgewalt genommen hat. Es hat staatssozialistische Einrichtungen gegeben, ehe die Schlagworte „soziale Frage" und „soziale Reform" in der Welt waren.

Der Staatssozialismus hat es bisher zu keiner ausgedehnten Anhängerschaft bringen können. Seinem Vorzuge, die bestehende Staatsordnung mit tiefgreifenden sozialen Reformen zu vereinigen, stehen allerdings erhebliche Schattenseiten gegenüber. Er beschränkt die freiheitliche Wirtschaftsthätigkeit der Staatsangehörigen, statt ihr weiteren Spielraum zu gewähren; er verlangt notwendig stramme Disziplin in den großen Staatsbetrieben und steigert dadurch die Anzahl und den Gegensatz von untergebenen und übergeordneten Wirtschaftsbeamten des Staats; er will den Erwerbstrieb der Unternehmer durch das Pflichtgefühl einer wirtschaftlichen Bureaukratie ersetzen und gerät dadurch in Gefahr, die Produktion zu verringern, sie schwerfälliger und umständlicher zu machen. Die Nachteile des Staatssozialismus würden sich um so weniger geltend machen, je langsamer und vorsichtiger er seinen Weg ginge; um so weniger aber würde er sich die Zufriedenheit aller erwerben, die eine rasche Besserung der wirtschaftlichen Zustände für möglich und für notwendig halten. Der Staatssozialismus ist in Mißkredit bei den liberalen Wirtschaftsparteien wie bei der Sozialdemokratie; und es bedarf entweder sehr genialer Staatsmänner oder tief eingreifender Änderungen des Wirtschaftslebens, um ihm nach der einen oder der andern Seite hin eine Anhängerschaft von ausreichender Stärke zu verschaffen.

15. Die Sozialdemokratie und der Staatssozialismus.

Dem Staatssozialismus gegenüber hat sich die Sozialdemokratie in ausdrücklichster Weise ablehnend verhalten. Sie behauptet, das System des Staatssozialismus verstaatliche gewisse Betriebe bloß zu fiskalischen Interessen und bewirke nur, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch den Staat geschehe, statt durch Privatunternehmer.

Beide Behauptungen lassen sich ohne Schwierigkeit als unrichtig nachweisen.

Es ist unrichtig, daß der Staat seine wirtschaftlichen Betriebe lediglich nach fiskalischen Gesichtspunkten leitet. Dies trifft am wenigsten zu hinsichtlich der Post und der Telegraphie, die überhaupt bloß aus wirtschaftspolitischen Gründen vom Staate übernommen wurden und betrieben werden. Daß dabei fiskalische Gesichtspunkte nicht ganz aus den Augen gelassen werden dürfen, liegt nur im Interesse der Gesamtheit. Die „fiskalischen Gesichtspunkte" sind ja nichts andres, als die Rücksicht auf die Einnahmen der Staatskasse. Würde der Staat diese Rücksicht ganz aus den Augen lassen und seine Erwerbszweige so betreiben, daß sie keinen Reinertrag mehr lieferten, sondern Zuschüsse forderten, so müßten diese Zuschüsse eben aus der Staatskasse, d. h. von der Gesamtheit der Steuerzahler bestritten werden, während bei der gegenwärtigen Einrichtung des Betriebs Reinerträge sich ergeben, die auf Kosten der Gesellschaftsklassen gewonnen werden, die die staatlichen Verkehrsanstalten am meisten benützen: der Unternehmer und der leistungsfähigeren Konsumenten.

Ähnlich steht es mit dem Betrieb der Staatseisenbahnen. Würde der Staat seine Eisenbahnen bloß nach fiskalischen Gesichtspunkten bauen und betreiben, so würde er sich wohl hüten, ihre Rentabilität, wie er thatsächlich thut, herabzudrücken durch den beständigen Neubau von schlecht rentierlichen Zweigbahnen, die nicht des Gewinns wegen gebaut und betrieben werden, sondern bloß um Landschaften, die bisher außerhalb des Bahnverkehrs standen, auch daran teilnehmen zu lassen.

Beim Betrieb von Staatsforsten, von staatlichen Berg- und Hüttenwerken ꝛc. durch die heutigen Finanzverwaltungen sind allerdings fiskalische Gesichtspunkte vorhanden, aber sie herrschen durchaus nicht ausschließlich; sondern neben ihnen haben auch die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte ganz wesentlichen Anteil an der Verwaltung.

Ebensowenig kann von einer Ausbeutung der Arbeiter in den staatlichen Betrieben gesprochen werden. Die Leiter der staatlichen Wirtschaftsbetriebe haben kein Interesse, ihre Arbeiter auszubeuten; denn was sie an Reineinnahmen aus ihren Betrieben erzielen, fließt in die Staatskasse, kommt also der Gesamtheit der Steuerzahler zu gute, nicht dem eignen Beutel der Dirigenten. Die staatlichen Wirtschaftsbetriebe stehen unter der Kontrolle der Volksvertretungen; es würde ihnen übel bekommen, wenn sie sich wirklich bewußte Arbeiterausbeutung zu Schulden kommen ließen.

Die Anfeindung jedes Staatssozialismus durch die Sozialdemokratie ist nicht bloß ungerecht, sondern auch höchst unpolitisch. Die Sozialdemokratie sollte bedenken, daß, wenn ihr Postulat der Verwandlung des Privatkapitals in Kollektivkapital überhaupt Aussicht auf Verwirklichung hätte, die gründlichsten Vorarbeiten und Vorstudien dafür durch eine möglichste Ausdehnung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe gewonnen würden. Aus nichts andrem könnte die Sozialdemokratie für ihre Ziele so vieles lernen, als aus fleißigem und vorurteilsfreiem Studium der Finanzwirtschaft; daraus könnte sie vor allem Erfahrungen über die Möglichkeit großer zentralisierter Betriebe und über die Grenzen dieser Möglichkeit sammeln.

Aber blinder Haß gegen den modernen Staat, der doch unter öffentlicher Kontrolle nur im Interesse der Allgemeinheit thätig ist, hindert die Sozialdemokratie an der unbefangenen Beurteilung dieser Dinge.

Bei alledem ist es nicht ausgeschlossen, daß das Programm der Sozialdemokratie einmal eine Wandlung erlebt, welche die sozialdemokratischen Bestrebungen dem Staatssozialismus wesentlich nähert. Nach unserem Erachten hängt eine solche Annäherung aber weniger von der Sozialdemokratie ab, als vom Staatssozialismus.

Dieser hat es überhaupt bisher noch zu keinem zusammenhängenden und populären System gebracht. Er konnte sich insbesondere von einem gewissen unangenehm konservativen

Beigeschmack nicht freihalten. Der Staatssozialismus könnte, weil er noch keine politische Geschichte hinter sich hat, unter energischer und kluger Führung eine starke Schwenkung nach links machen. Er brauchte bloß dem demokratischen Prinzip eine Reihe von Konzessionen zu machen. Solche Konzessionen wären unschwer zu finden, wenn man den praktischen Teil des Erfurter Programms betrachtet, in dem ja Forderungen enthalten sind, die sich mit dem Staatssozialismus recht wohl vertrügen. Was der Staatssozialismus nicht aufgeben kann, ist nur die entschiedene Gegnerschaft gegen das Revolutionäre, ist das Festhalten am historischen Staate, der Schutz des historischen Eigentums, die Achtung vor Autoritäten, die Heiligkeit des Rechts. Auf dem Boden des positiven Staatsrechts kann er sich der Sozialdemokratie bedeutend nähern, ohne seinem Wesen als Staatssozialismus untreu zu werden.

Der Staatssozialismus kann sich aber auch von der Sozialdemokratie entfernen, wenn er die ihm innewohnenden konservativen Züge verschärft oder gar reaktionäre Züge annimmt. Diese konservativen und reaktionären Züge zeigen sich in Bemühungen, Klassenprivilegien zu erhalten oder zu erneuen. Es können Klassen, die sich in ihrem Besitz- und Erwerbstande bedrängt sehen, an die Staatsgewalt appellieren und von ihr Schutzmaßregeln fordern, welche geradezu sozialistischen Charakter haben. In diesem Falle findet der Staatssozialismus seine Anregung durch das Klasseninteresse und es ist sehr natürlich, daß diese Schattierungen eines konservativen Sozialismus (Agrarier, Handwerkerpartei, kirchlicher Sozialismus) weder die Sympathie der liberalen Parteien noch jene der Sozialdemokratie finden.

Die Scheidung eines konservativen und eines fortschrittlichen Staatssozialismus ist eben noch nicht vollzogen. Es ist eine von den politischen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte, diese Scheidung herbeizuführen und damit eine wesentliche Klärung in die Ziele und Mittel der sozialpolitischen Parteien zu bringen.

Anderseits hat auch die Sozialdemokratie einen gewissen Spielraum, sich dem Staatssozialismus zu nähern oder sich von ihm zu entfernen. Dieser Spielraum wird ihr geboten durch die zwei politischen Ideale, die sie in ihrem Programm vereinigt, nämlich durch das sozialistische und durch das demokratische Ideal. Je stärker die Sozialdemokratie das sozialistische Ideal betont, um so eher ist eine Annäherung an den Staatssozialismus möglich. Je mehr sie dagegen das Schwergewicht auf das demokratische Ideal stützt, um so fremder, ja antipathischer muß ihr der Staatssozialismus erscheinen. Da nun aus taktischen Gründen die Sozialdemokratie, jenachdem es der Erfolg der Agitation erheischt, manchmal mehr das eine und manchmal mehr das andre ihrer beiden Ideale besonders hervorhebt, sichert sie sich eine gewisse Elastizität.

Wenn der sozialdemokratische Agitator zu Bauern, zu Kleingütlern und Kleinhandwerkern spricht, wird er sich hüten, den Kern des sozialdemokratischen Programms, die Expropriation des Privatkapitals, zu entschleiern. Er wird dann die demokratischen Züge des Programms hervorheben und seinen Zuhörern schildern, wie die Sozialdemokratie bestrebt sei, die Lasten des kleinen Mannes zu mildern, die Militärausgaben zu beseitigen, die kostspielige Bureaukratie zu verringern, die Steuern auf die Schultern der reichen Leute zu legen ꝛc.

Spricht er dagegen zu einer besitzlosen Arbeiterschaft, dann kann er seinem ganzen Hasse gegen das blutsaugerische Kapital, gegen die ausbeutenden Unternehmer freien Lauf lassen und in begeisterten Worten schildern, wie nur die Expropriation des Privatkapitals und die planmäßige Wirtschaft des Sozialismus im stande sei, die Arbeitslosigkeit, die Ausbeutung und das Elend des Arbeiters zu beseitigen, den Wohlstand der Gesamtheit zu heben. Er wird also in diesem Falle die sozialistische Seite des Programms hervorkehren.

In beiden Fällen aber wird er Gelegenheit haben, die positiven Versprechungen zu unterstützen und sie, wo es

nötig ist, in den Hintergrund treten zu lassen durch rücksichtslose Verurteilung der vorhandenen Zustände.

In diesem Punkte wird er nicht in Verlegenheit geraten; liefert ihm doch die sozialdemokratische Presse das Material dazu seit Jahrzehnten.

16. Der kirchliche Sozialismus.

Wie schon christliche Kirchenväter, Ambrosius, Basilius, Clemens, Chrysostomus, Hieronymus, in ihren volkswirtschaftlichen Anschauungen ausgeprägt sozialistische Gesinnung kundgeben, haben auch die christlichen Kirchen in der Gegenwart sich dem Sozialismus keineswegs schroff gegenübergestellt. Vielmehr finden sich Versuche genug, Christentum und Sozialismus zu versöhnen und zu gemeinsamer Thätigkeit zu vereinen. Ein Hindernis, welches dieser Einigung entgegensteht, ist freilich die stark antikirchliche Haltung der Sozialdemokratie. Aber da die Sozialdemokratie nicht die einzige denkbare Schattierung des Sozialismus ist, bleiben für die Allianz die anderen Schattierungen.

Entsprechend den großen herrschenden Kirchen können wir zwei Hauptrichtungen eines kirchlichen Sozialismus unterscheiden: den katholischen und den evangelischen. Der erstere ist bei weitem der interessantere.

Bannerträger des katholischen Sozialismus in Deutschland ward in den sechziger Jahren Bischof Ketteler von Mainz („Die Arbeiterfrage und das Christentum"), nachdem ihm schon französische Schriftsteller (F. Huet) bahnbrechend vorhergegangen waren. Im genannten Werke macht Ketteler den volkswirtschaftlichen Liberalismus und den Großbetrieb für die sozialen Schäden verantwortlich; er predigt Selbstzucht, Brüderlichkeit, Liebe, aber auch — und das macht ihn der Sozialdemokratie unannehmbar — Gehorsam. Schwieriger wird es ihm, die richtigen Hilfsmittel zu finden. Er verfällt auf die Produktivassoziationen, die er aber statt mit Staatshilfe durch die christliche Barmherzigkeit und Einsicht der Unternehmer eingeführt wissen will.

Um Kettelers Theorie in praktische Agitation umzusetzen, ward von dem Mainzer Domkapitular Moufang 1871 ein vollständiges katholisch-soziales Programm bei Gelegenheit einer Wahlversammlung vorgelegt. Der gedrängte Inhalt dieses Programms ist folgender. Verlangt wird:

1) Keine allgemeine gesetzliche Arbeitsorganisation, sondern genossenschaftliche Organisationen der einzelnen Berufszweige; ausgedehnter Arbeiterschutz, staatliche Regelung des Arbeitstages und der Lohnhöhen, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken.

2) Staatliche Vorschüsse an Arbeitergenossenschaften.

3) Minderung der Steuer- und Militärlasten.

4) Beschränkung der Tyrannei des Kapitals (ohne genauere Angabe der hiezu nötigen Maßregeln).

So das katholisch-soziale Programm. Eine Zeitschrift, die „Christlich-sozialen Blätter", bemühte sich, dasselbe weiter auszubauen; Versammlungen und Vereinsgründungen mit gleicher Tendenz folgten. „Es handelt sich um nichts Geringeres", sagt Laveleye, „als um einen allgemeinen Bund, der unter Führung der Kirche die lebendigen Kräfte der Fabrik- und Landbevölkerung ganz Deutschlands vereinigen soll." Dabei wandte sich der katholische Sozialismus von Anbeginn schroff gegen die Sozialdemokratie, suchte aber im weiteren Verlauf eine gewisse Fühlung mit ihr, namentlich zu Wahlzwecken, zu gewinnen. Der Erfolg war ein sehr bedeutender: Gründung zahlloser christlich-sozialer Vereine, katholischer Gesellenvereine, katholischer Arbeitervereine ꝛc.

Die Sozialdemokratie ihrerseits bleibt eiskalt gegenüber der christlich-sozialen Bewegung, in der festen Überzeugung, daß die Führer dieser Bewegung nichts andres wollen, als den endlichen Sieg der Kirche, und daß ihnen die Hebung des Arbeiterstandes nur Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist.

Der evangelische Sozialismus ist jünger, konservativer, monarchischer und nationaler, als der katholische. Sein erster Führer in Deutschland ist Stöcker, seine Träger der

Zentralverein für Sozialreform und die christlich-soziale Arbeiterpartei, sein Hauptorgan ward eine Zeitung „Der Staatssozialist", welche sich das Ziel gesetzt hat, die soziale Frage zu lösen durch den starken monarchischen Staat im Bunde mit den religiösen und sittlichen Faktoren des Volkslebens. Als Mittel dazu sollen dienen: obligatorische Fachgenossenschaften, obligatorische Schiedsgerichte, Witwen- und Waisen-, Invaliden- und Altersversorgungskassen, Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken, Normalarbeitstag, Internationalität der Arbeiterschutzgesetze, Schutz der Gesundheit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitslokalen und Wohnungen, Ausdehnung des Staats- und Kommunaleigentums (innerhalb der technisch und ökonomisch zulässigen Grenzen), progressive Einkommenssteuer und Erbschaftsteuer, hohe Luxussteuern.

Als wissenschaftliche Autoritäten, die dem evangelischen Sozialismus nahestehen, sind Adolph Wagner und Schmoller zu nennen; als geistliche Hauptkämpfer die Pastoren Todt und Naumann. Die Sozialdemokratie steht dem evangelischen Sozialismus noch feindseliger gegenüber, als dem katholischen; wohl in der richtigen Einsicht, daß der erstere für einen Ansturm gegen den gehaßten Klassenstaat viel weniger zu haben ist, als der katholische Sozialismus.

17. Der Anarchismus.

Der Franzose Babeuf, eine der grimmigsten Erscheinungen der Revolutionsgeschichte, ist eher unter die Vorläufer des Anarchismus, als unter jene des Sozialismus zu rechnen. Wenn man den wildesten Kommunismus bezeichnen will, wird sein Name genannt. Nach dem Sturze der französischen Schreckensherrschaft zettelte Babeuf eine kommunistische Verschwörung an, deren Ziel es war: jede Regierung, die Kirche, den Staat, die Wissenschaften und das Eigentum aufzuheben, die Städte zu zerstören, Kunst und Bildung unmöglich zu machen, Alles zu nivellieren,

alle Menschen in gleicher Unwissenheit zu erhalten. Ein unheimlich düsterer, grausam fanatischer Zug beherrscht diesen wahnsinnigen Gleichheitsdrang; man begreift heute kaum, daß es Menschen gab, die sich für eine solche Weltordnung begeistern und für sie sterben konnten. Und Gracchus Babeuf starb für seine Idee. Mit seinem Freunde Darthé zum Tode verurteilt, bohrten beide sich gegenseitig ihre Dolche in die Brust und fielen am folgenden Tage unter der Guillotine, unerschüttert, mit derselben wilden Begeisterung, in der sie gelebt hatten, im Jahre 1796.

Mehr als vierzig Jahre nach Babeufs tragischem Ende schienen seine Ideen wieder aufleben zu wollen. Es bildeten sich in Paris Gesellschaften, die Travailleurs égalitaires, die wiederum Babeufs Grundsätze von äußerster Gleichheit, von Zerstörung der Ehe, der Familie und der Städte aufnahmen. Aber der „Babeuvismus" fand keine genügende Anhängerschaft mehr; dagegen gelang es dem Advokaten Cabet, die politische und wirtschaftliche Partei der „ikarischen Kommunisten" zu begründen. Er ging von dem Gedanken aus, daß nur Gemeinsamkeit der Güter, der Arbeit und der Erziehung das Glück des Volkes schaffen können; aber nicht Gewalt, nur brüderliche Liebe könne bessere Zustände herbeiführen. Den gegenwärtigen Staat hält Cabet nur für ein Übergangs-Staatswesen, dem die definitive Gütergemeinschaft folgen soll.

In Babeuf und Cabet sehen wir Vorläufer der modernen Anarchisten.

Das Verhältnis des Sozialismus zum Anarchismus wird von Unkundigen meistens schief aufgefaßt, indem der Anarchismus gewöhnlich nur als eine besonders weitgehende fanatische Spielart des Sozialismus aufgefaßt wird.

Das ist nicht der Fall. Gemeinsam haben der Anarchismus und der Sozialismus allerdings die Feindschaft gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Der Sozialismus aber will eine einheitliche Regelung der Produktion, des Verkehrs und der Einkommensverteilung

und ist aus diesem Grunde ein Gegner der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, die nach seiner Ansicht nicht planmäßig, nicht geordnet ist, sondern anarchisch, auf dem System der Ausbeutung beruhend.

Der Anarchismus dagegen wendet sich gegen jede Zwangsorganisation, sowohl gegen die größtenteils auf öffentlichem Recht beruhende Zwangsorganisation des Sozialismus, als auch gegen die auf öffentlichem Recht und auf ausgedehnten Privatrechtsverhältnissen beruhende Zwangsorganisation des modernen Rechtsstaats. Der Anarchismus will überhaupt keinen Zwang und sieht in jeder Rechtsinstitution einen Zwang.

Theoretisch begründet wurde der Anarchismus ziemlich gleichzeitig in Frankreich durch P. J. Proudhon und in Deutschland durch Max Stirner (Pseudonym für Kaspar Schmidt).

Proudhon und Stirner waren in ihrer Art Idealisten des Anarchismus, in ihrer Zeit allein stehend und keine Schule bildend.

Was sich heutzutage Anarchismus nennt, läßt zwei verschiedene Richtungen unterscheiden, von denen die eine mit dem heutigen Sozialismus das Wichtigste, die andere dagegen sehr wenig gemein hat. Zu unterscheiden sind nämlich:

I. Der kommunistische Anarchismus, als dessen Begründer hauptsächlich die Russen Bakunin und Krapotkin zu nennen sind. Diese Richtung sieht in allem rechtlichen und gesetzlichen Zwange nur Gewalthandlungen und hält sich für befugt, dieser Gewalt wiederum Gewalthandlungen entgegenzusetzen. Sie hat das Losungswort von der „Propaganda der That" geschaffen, will die Kulturwelt durch ihre Schreckensthaten in Furcht und Entsetzen bringen und erstrebt im Gegensatze zu den bestehenden rechtlichen und staatlichen Einrichtungen freie Genossenschaften eines gesetzlosen brüderlichen Kommunismus. Der kommunistische Anarchismus will kein Staatswesen mehr, keine dynastische oder temporäre, gewählte oder autokratische Regierung. Sein

wirtschaftlicher Grundsatz ist: Thue, was dir beliebt; alle Güter sind gemeinsam; also nimm vom allgemeinen Besitze, was du gebrauchst. Als Geburtsstätte des neuesten Anarchismus erscheint der Anarchisten-Kongreß zu Bern im Jahre 1876.

Neben den obengenannten müssen wir auch Elysée Reclus, Paul Brousse, Jankofsky, J. Guillaume, Salvioni und J. Grave nennen. Unter den lebenden Anarchisten dieser Richtung ist wohl Krapotkin der bedeutendste; aber auch aus seinen Schriften sprüht der helle Wahnsinn, wenn er das Recht auf Wohlstand für Alle proklamiert und ausruft: „Alles gehört Allen, weil Alle es nötig haben und weil Alle nach ihrem Können gearbeitet haben". Es ist eben einfach falsch, daß Alle Alles nötig haben, und daß Alle nach ihrem Können gearbeitet haben.

Der kommunistische Anarchismus ist als eine Richtung des Sozialismus anzusehen, insofern er gruppenweises Gesamteigentum fordert. Aber der Sozialismus ist beim kommunistischen Anarchismus nicht konsequent gedacht, da bei dem letzteren doch eine Konkurrenz zwischen den einzelnen wirtschaftenden Gruppen möglich wäre. Dafür geht dieser Anarchismus in seinem Hasse gegen den Staat und gegen die bestehenden Gesellschaftseinrichtungen am weitesten. Seine positiven Ziele sind die denkbar unklarsten. Denn es ist nicht entfernt abzusehen, wie die einzelnen Gruppen, denen der Anarchismus gemeinsames Eigentum und gemeinsame Wirtschaft übertragen will, ohne leitende Obrigkeit neben einander existieren sollen. Jedes gegensätzliche Interesse müßte sie sofort zu gegenseitigen Gewaltthaten führen.

Der Anarchismus stellt als oberste Wirtschaftsgrundsätze auf: Alles gehört Allen, und Jeder darf sich von Allem nehmen, was ihm gutdünkt. Mit diesen Wirtschaftsgrundsätzen stellt sich der Anarchismus vollständig auf den Boden der frühesten, wildesten Barbarei.

Die positiven Ziele des Anarchismus können eigentlich nur als völliger Wahnsinn bezeichnet werden. Wie im System des Anarchismus überhaupt noch die notwendigen Güter für

die Menschheit produziert werden können, darüber machen sich die Anarchisten selbst entweder gar keine oder nur höchst verworrene Vorstellungen. Der Gedanke des gleichen Rechts Aller auf Alles überwuchert bei ihnen jeden anderen Gedanken, jede vernünftige Folgerung.

Wie kommt es nun, daß der Anarchismus und der moderne Sozialismus sich doch nicht so feindlich gegenüberstehen, als man glauben sollte? Daß vielmehr die Anarchisten sehr häufig nur als besonders weitgehende Sozialisten angesehen werden; daß selbst ein hervorragender Denker wie Proudhon sich abwechselnd als Anarchist und als Sozialist bezeichnen konnte; daß die sozialistische Presse den anarchistischen Greuelthaten durchaus nicht energisch gegenübertritt?

Diese merkwürdige Thatsache erklärt sich zunächst aus dem kommunistischen Zuge, den die Sozialdemokratie und der Anarchismus gemeinsam haben. Das „Alles gehört Allen" der Anarchisten ist ja, auf Produktionsmittel beschränkt, auch Grundsatz der Sozialdemokratie; nur daß diese mit den der Gesamtheit gehörigen Produktionsmitteln eine planmäßige Produktion einrichten will, während der Anarchismus auf eine einheitlich geleitete planmäßige Produktion mit Bewußtsein verzichtet.

Sodann erklärt sich dieses Liebäugeln auch durch den gemeinsamen Haß der Sozialdemokratie und des Anarchismus gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. In diesem Hasse finden sich die Seelen. Er ist ein furchtbar starkes Bindemittel, viel stärker in dieser Bedeutung, als die Trennungspunkte zwischen beiden Richtungen sind. Die Sozialrevolution ist es, was Sozialdemokratie und Anarchismus zunächst begehren und anstreben; darin treffen sich beide.

Es ist natürlich, daß sie einander bis zu einem gewissen Grade als Mitarbeiter ansehen, daß jede der beiden Parteien die Verstimmung und Leidenschaft, welche die andere erregt, für sich auszubeuten sucht.

II. Im Gegensatze zum kommunistischen steht der individualistische Anarchismus, als dessen wichtigste litterarische Vertreter Tucker und Mackay genannt werden. Der individualistische Anarchismus ist theoretisch interessanter und auch nicht so gemeingefährlich, da er die Propaganda der That nicht billigt. Er erwartet vielmehr alles von der allmählichen Verbesserung des Menschengeschlechts, so daß man schließlich alle staatliche und rechtliche Gewalt überflüssig machen und in Harmonie und Freiheit dahinleben werde, in Zuständen, die bloß durch freie Übereinkunft geregelt würden. Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung hält auch dieser Anarchismus für ein Unding; ebenso verwirft er aber auch den Sozialismus, den er als „die letzte Universaldummheit der Menschheit" bezeichnet (R. Stammler: Die Theorie des Anarchismus, 1894).

Der individualistische Anarchismus ist nichts anderes, als ein über sich selbst hinaus gesteigerter Liberalismus, der zugleich verbunden ist mit den Vorstellungen einer, bisher auf Erden nicht vorhandenen Brüderlichkeit, Uneigennützigkeit und wirtschaftlichen Einsicht. Wo aber nur mit idealen Menschen und mit idealen Zielen gerechnet wird, ist die ganze Rechnung von vornherein ein einziger großer Rechnungsfehler.

18. Geschichtschreiber des Sozialismus.

Von geschichtlichen Darstellungen des Sozialismus sind hauptsächlich zu nennen: Eine Reihe von vortrefflichen Artikeln im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften", herausgeg. v. Conrad u. A.; L. Stein: Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs, 1842; K. Marlo: Untersuchungen über die Organisation der Arbeit, 1850; Fr. Mehring: Die deutsche Sozialdemokratie, 1879; R. Meyer: Der Emanzipationskampf des vierten Standes, 1882; E. de Laveleye: Le socialisme contemporain, deutsch 1884; Leroy-Beaulieu: Le collectivisme, 1893; A. Held: Sozialismus, Sozialdemokratie

und Sozialpolitik; Schönberg: Handbuch d. politischen Ökonomie, 1885; E. v. Philippovich: Grundriß der politischen Ökonomie, 1893; H. v. Scheel: Unsere sozialpolitischen Parteien, 1878; H. Herkner: Die Arbeiterfrage, 1894; G. Cohn: System der Nationalökonomie, 1885; E. Dühring: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus, 1875.

Zweiter Abschnitt.

Die Übel des Kapitalismus.

1. Im allgemeinen.

Der Sozialismus richtet sich gegen die Übel der jeweiligen Wirtschaftsordnung. Die heutige Wirtschaftsordnung ist eine in der Hauptsache liberale Wirtschaftsordnung, ausgehend von den Grundgedanken, daß in wirtschaftlichen Dingen jeder Einzelne möglichst freie Hand haben müsse; daß die wirtschaftlichen Verhältnisse durch Angebot und Nachfrage geregelt werden; daß an der Güterproduktion Naturkräfte, Arbeit und Kapital zusammenwirken; daß die Preise der Güter sich auf freiem Markte bilden müssen; daß Arbeitsteilung und Anwendung arbeitsparender Maschinen sowie der Unternehmergewinn die wichtigsten Mittel zu einer beständigen Steigerung der Produktion sind, während Geld, Kredit und Kapitalzins dazu dienen, den Güterumlauf rege zu erhalten und neue Kapitalbildung im Interesse der Produktion zu ermöglichen. Die Verteilung des durch die ganze wirtschaftliche Thätigkeit der Gesellschaft gewonnenen Einkommens erfolgt in der Weise, daß sich das Einkommen als Arbeitslohn, Kapitalzins, Grundrente oder Unternehmergewinn an die mit seiner Erzeugung beschäftigten Klassen verteilt. Als rechtliche Grundlage dieser ganzen Wirtschafts-

ordnung aber erscheint das Privateigentum an Produktionsmitteln wie an Verbrauchsgütern.

Gegen diese Wirtschaftsordnung nun wendet sich der Sozialismus.

Er erklärt diese Wirtschaftsordnung mit Vorliebe als eine kapitalistische, d. h. als eine solche, welche zu Gunsten des Kapitals geschaffen sei. Er zergliedert ihre einzelnen Teile und Funktionen und sucht an allen diesen Teilen und Funktionen nachzuweisen, daß sie fehlerhaft und ungerecht seien und daß daraus Fehlerhaftigkeit, Planlosigkeit und Ungerechtigkeit des Ganzen erwachsen müßten.

In dieser Kritik des Bestehenden war der Sozialismus von jeher besonders thätig. Er war darin viel glücklicher, als in all seinen positiven Verbesserungsvorschlägen, weil es ja immer leichter ist, Bestehendes zu tadeln als zu verbessern. Daß bei dieser Kritik die Fehler des heutigen Wirtschaftssystems übermäßig aufgebauscht, seine Vorzüge ignoriert oder herabgewürdigt werden, ist ein taktischer Kniff, welchen man zwar nicht verzeihlich, aber begreiflich finden muß.

Wir wollen dem Sozialismus auf dieses Gebiet wenigstens mit einem allgemein orientierenden Überblick folgen. Wer den Sozialismus würdigen will, muß ihn nach seiner negativen wie nach seiner positiven Seite hin beurteilen lernen; in dem, was er verwirft, wie in dem, was er schaffen will.

Die verschiedenen Richtungen des Sozialismus gehen in ihrer Beurteilung des Kapitalismus weit auseinander. Während die Sozialdemokratie bloß Fehlerhaftes in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sieht und dieselbe mit Stumpf und Stiel ausrotten möchte, sehen die Anhänger des Staatssozialismus und der Sozialreform in der heutigen Wirtschaftsordnung allerdings manche Schattenseite; aber sie sehen doch auch das Bessere, was diese Wirtschaftsordnung gegenüber früheren Zuständen aufzuweisen hat. Sie bemühen sich, die Licht- und Schattenseiten der Gegenwart zu vergleichen und eine Wirtschaftsordnung ausfindig zu machen,

welche im stande wäre, die Übel der Gegenwart abzuschwächen oder aufzuheben, ohne die wertvollen Errungenschaften an Gesittung und Wohlstand, deren wir uns trotz Allem erfreuen, zu beseitigen.

Wenn wir unter Kapitalismus im allgemeinen nichts andres verstehen können, als jene Wirtschaftsordnung, in welcher die Produktionsmittel größtenteils Privateigentum sind, müssen wir einen gesunden und einen entarteten Kapitalismus unterscheiden. Im System eines gesunden Kapitalismus erscheint das Kapital als ein jedem Einzelnen zugängliches Produktionsmittel; während der entartete Kapitalismus das Kapital in immer weniger Händen konzentriert, das kleine und mittlere Kapital durch das Großkapital unterdrückt und das Kapital überhaupt der Arbeit überordnet.

2. Arbeit und Kapital. Der Marxismus.

Der scharfe Vorwurf, welcher der heutigen Wirtschaftsordnung vom Sozialismus gemacht wird, liegt in einer behaupteten Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. Die Machtstellung des Kapitals im Wirtschaftsleben wird als eine stets zunehmende, gesellschaftsfeindliche und verderbliche dargestellt; wegen dieser Machtstellung wird auch die heutige Wirtschaftsordnung eine „kapitalistische" genannt im Gegensatze zu der geforderten sozialistischen.

Seit K. Marx sein Buch gegen das Kapital geschrieben, ist der Marxismus, die erbittertste Anfeindung des Kapitals, zu einer Art Religion geworden, welche die Sozialdemokratie beherrscht. Die einfachsten volkswirtschaftlichen Thatsachen werden verkannt, verdreht. Man thut, als wenn das Kapital eine teuflische Macht wäre, der sich einzelne Menschen, die Kapitalisten, verschrieben haben, um mit ihrer Hilfe den übrigen, größeren Teil der Menschheit zu unterjochen.

„Unsere ökonomischen Kinderfibeln erzählen uns, der Ursprung des Kapitals liege in der Sparsamkeit." Das ist

alles, was K. Kautsky (Erfurter Programm, S. 11) über die Entstehung des Kapitals auf dem Wege der Sparsamkeit zu sagen weiß, während er sich in seitenlangen Ausmalungen jener Mißbräuche ergeht, welchen in vergangenen Jahrhunderten die Entstehung mancher Großvermögen zu verdanken war.

So behandelt die sozialdemokratische Agitation die wirtschaftsgeschichtlichen Thatsachen. Mögen neun Zehnteile aller vorhandenen Kapitalien auf dem Wege ehrlicher Erwerbsthätigkeit erspart und ein Zehnteil durch Wucher oder arglistige Übervorteilung verdient sein: jene neun Zehnteile werden verschwiegen, und das eine Zehnteil wird in möglichst grelles Licht gesetzt. Das ist der Weg, auf welchem K. Marx vorangegangen ist und auf welchem seine Nachbeter ihm rückhaltlos folgen.

Es ist eigentlich nicht anzukämpfen gegen eine Partei, welche gewisse Dinge nicht sehen will, obwohl sie vorhanden sind, welche geflissentlich alles verschweigt und ignoriert, was gegen ihre Theorie spricht.

Wir wollen uns daher hinsichtlich der Entstehung und Mehrung des Kapitals nur mit ein paar ganz kurzen Bemerkungen begnügen, um unseren Standpunkt zu erklären.

Das Kapital wird in der That vom Unternehmer in die Produktion eingeworfen, um einen Mehrwert zu erzeugen. Von dem durch Zusammenwirken von Arbeit und Kapital erzeugten Mehrwert fließt ein Teil als Gewinn dem Unternehmer zu, aber nur in dem Falle, daß das Unternehmen prosperiert. Wenn das Unternehmen mißlingt, ist das Kapital eben dem Unternehmer verloren gegangen. Der aus der Produktion hervorgehende Mehrwert dagegen ist zu einem Teile für den Unternehmer die Belohnung dafür, daß er vorhandenes Kapital schont, erhält, wirtschaftlich verwendet, in vorteilhaftester Weise als Produktionsmittel gebrauchen läßt. Aber nur ein Teil des aus einer Produktion hervorgehenden Mehrwertes wird zu einem Gewinn für den Unternehmer; ein anderer Teil kommt in der Gestalt von Lohn-

erhöhungen, von Arbeiterversicherungen ꝛc. den Arbeitern direkt zu gute; ein weiterer Teil geht als Steuern an die Gesamtheit; der größte Teil dieses Mehrwerts aber wird absorbiert durch die Verwohlfeilerung der Produkte, kommt also der Gesamtheit der Konsumenten zu.

Diese mit der Theorie vom entstehenden Mehrwert zusammenhängenden Thatsachen werden von der Sozialdemokratie beharrlich ignoriert. Die Nachtreter von Marx thun beständig, als ob überhaupt nur Unternehmungen existierten, welche beständig Mehrwerte erzeugen, und als ob immer der ganze aus dem Produktionsprozeß hervorgehende Mehrwert dem Unternehmer zufließe. Sie ignorieren beharrlich, daß die Thätigkeit der Unternehmer auch eine Arbeit ist, und zwar diejenige Arbeit, welche überhaupt erst im stande ist, die Thätigkeit der Handarbeiter fruchtbar zu machen. Wenn die Arbeit der Unternehmer so leicht, so gefahrlos und unter allen Umständen so erfolgreich wäre, wie es nach den Darstellungen der sozialdemokratischen Theoretiker scheint: dann würden ja doch alle jene Kapitalbesitzer, welche sich heute mit einem vierprozentigen Zins ihrer ausgeliehenen Kapitalien begnügen, sich nicht besinnen, selbst Unternehmer zu werden. Aber sie werden es nicht, weil sie einerseits das Risiko des Unternehmers scheuen und weil nur ein Teil von ihnen jene Eigenschaften besitzt, welche zu einer erfolgreichen Unternehmerthätigkeit gehören: jenes Organisationstalent, jenen geschäftlichen Scharfblick, jene rastlose Spürkraft, welche ununterbrochen darauf ausgeht, die Produktionskosten zu ermäßigen, die Produkte zu verbessern, den Absatz zu erweitern und zu festigen.

Die Sozialdemokratie erkennt es an, daß die Produktionsmittel, d. h. das Kapital, zur Produktion notwendig sind. Aber sie will denen, welche das Hauptverdienst haben, daß Produktionsmittel geschaffen, erhalten, verbessert, verstärkt und möglichst fruchtbar angewendet werden, keinen entsprechenden Lohn dafür gewähren. Sie sieht die Notwendigkeit des Kapitals ein, hält dasselbe aber, weil es Privatkapital

ist, für eine Art von Moloch, welcher bloß immerfort verschlingt, mit dem Schweiße der Arbeiter sich mästet. Und darum will sie die Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum verwandeln, ohne daran zu denken, daß diese Umwandlung wegen ihrer Schwierigkeit nur sehr langsam von statten gehen könnte und daß den Vorteilen, die man sich von ihr verspricht, notwendig Nachteile zur Seite stehen müssen, die so ziemlich den ganzen Gewinn aus dieser Umwandlung illusorisch machen.

Der Haß gegen das Privatkapital ist bei der Sozialdemokratie ein so blinder und tiefwurzelnder, daß es fast unmöglich scheint, gegen ihn anzukämpfen. So sicher es nun auch ist, daß die Zeit eine Änderung in diesem Punkte herbeiführen wird, darf man doch im Interesse der ganzen Kultur und ihrer ruhigen Weiterentwickelung nichts versäumen, was geeignet ist, diesen Haß abzuschwächen.

3. Arbeit und Grundeigentum.

Wie das Kapital, so erscheint auch das Grundeigentum und die aus ihm hervorgehende Grundrente den Sozialisten als ein arbeitsloses Einkommen, um welches die Arbeiter verkürzt werden. Die Sozialisten können sich dabei auf einen großen liberalen Nationalökonomen, auf Ricardo, stützen, wenn er sagt, die Grundrente sei jener Teil des Bodenertrags, der dem Grundeigentümer für die Benützung der ursprünglichen und unzerstörbaren Bodenkräfte gezahlt werde.

Daß dem Boden ursprüngliche und unzerstörbare Eigenschaften gegeben sind, ist im allgemeinen unzweifelhaft, aber doch mit einer gewissen Einschränkung zu nehmen.

Ursprünglich und von der Natur als Geschenk gegeben ist die Eigenschaft der meisten Grundstücke, Pflanzen ernähren zu können. Aber es giebt auch wüste Grundstücke, denen diese Eigenschaft von Natur aus versagt ist und nur durch menschliche Arbeit und durch Kapital verliehen werden konnte.

Und auch jene Grundstücke, welche von Natur aus Pflanzen ernähren konnten, behalten diese Eigenschaft nur bei sorgfältiger Pflege und ausreichender Düngung. Diese Eigenschaft des Bodens kann daher zum mindesten nicht unzerstörbar genannt werden.

Unzerstörbar und ursprünglich — abgesehen von den seltensten Ausnahmsfällen — sind dagegen jene Eigenschaften des Bodens, die darin bestehen, daß er als Standort für menschliche Arbeitsthätigkeit (als Bauplatz, Werkplatz, Lagerplatz, Verkehrsraum) dient und als solcher absolut notwendig ist.

Der Boden in unseren Kulturländern ist längst nicht mehr ein bloßes Geschenk der Natur. Sondern in seinen wirtschaftlichen Eigenschaften sind Natur und mehrtausendjährige Arbeitsthätigkeit vereint, und zwar dergestalt, daß in den meisten Fällen gar nicht mehr auszuscheiden ist, wieviel vom Werte eines einzelnen Bodenstücks Naturgeschenk, wieviel Kulturergebnis ist. In den Kulturländern hat auch das mindest ergiebige Grundstück doch seinen Wert und Preis, was sich schon daraus erklärt, daß es zum mindesten eine fortdauernde Arbeitsgelegenheit bietet.

Aber es ist nicht ohne Kapital möglich, die natürlichen Eigenschaften des Bodens nutzbar zu machen. Ein Arbeiter, dem man ein Grundstück von der Größe eines Bauerngutes schenken würde, könnte nicht ein Pfund Brot aus diesem Grundstück herausarbeiten, wenn er nicht das nötige Betriebskapital bekäme, um Wirtschaftsgebäude, Gefährt, Vieh, Saatkorn, Futtermittel und Lebensunterhalt (bis zur nächsten Ernte) zu beschaffen. So stellt sich die Grundrente dar als ein Geschenk des Bodens zwar, aber als ein Geschenk, welches nur mittels Kapitals und Arbeit nutzbar gemacht werden kann. Wer die Arbeit und wer das Kapital zu dieser Nutzbarmachung liefert: das ist für die Existenz der Grundrente gleichgültig; sie fließt dem Eigentümer des Grundstücks zu. Und dessen Eigentumsrecht beruht vermittelst einer längeren oder kürzeren Reihe von Eigentumsübertragungen auf dem

natürlichen Rechte des ersten Erwerbers, welcher das Grundstück für seine Arbeitsthätigkeit okkupierte zu einer Zeit, da es noch überall unbenutzte Grundstücke genug gab. Für die Arbeit, die er in das Grundstück gewendet hat, ist er mit allen seinen Rechtsnachfolgern in den Bezug der Grundrente getreten. Die Verwandlung der Grundstücke in Privateigentum durch ihre ersten Besitznehmer geschah seitens der Letzteren allerdings aus Privatinteresse; aber sie schädigten dadurch Niemanden zu einer Zeit, da es noch überall eigentumslose Grundstücke gab.

Erst als infolge der Bevölkerungszunahme die herrenlosen Grundstücke alle in Besitz genommen wurden, als zugleich die Grundrente immer fühlbarer ward, konnten an der Berechtigung des privaten Grundeigentums Zweifel entstehen. Die Schuld daran, daß jetzt eine Grundrente besteht und daß dieselbe auch ohne Arbeitsthätigkeit (durch Verpachtung) vom Eigentümer bezogen oder (durch Verkauf) in eine Kapitalsrente umgewandelt werden kann, tragen weder die ersten Erwerber der Grundstücke, noch deren Rechtsnachfolger, sondern diese Schuld trägt die ganze Gesellschaft, und zwar nicht bloß die lebenden, sondern auch die vergangenen Geschlechter. Und die letzteren namentlich tragen die Schuld an allen Ungerechtigkeiten, welche sich zwischen die Kette der Eigentumsübertragungen drängten.

Heute begründet nun der Sozialismus die Lehre von der Verwerflichkeit der Grundrente dadurch, daß er auf jene Ungerechtigkeiten in der Geschichte des Grundeigentums hinweist, und auf die keineswegs allgemein richtige Behauptung (Rodbertus), daß stets andere den Boden bearbeitet hätten, als die Eigentümer. Die Ungerechtigkeiten, die in der Geschichte des Grundeigentums früher sich zugetragen haben, sind am einzelnen Grundbesitz heute nicht mehr nachweisbar; dagegen kann jeder heutige Eigentümer sein Eigentumsrecht als ein solches nachweisen, das er wenigstens in einer von der Gesellschaft als rechtsgültig erkannten Form erworben hat. Und die Behauptung, daß der Boden immer von

anderen, als von den Eigentümern, bearbeitet worden sei, ist falsch, weil es notorisch sehr viele Kleingütler giebt und immer gab, die bloß mit eigener, nicht mit fremder Arbeit wirtschaften.

Wenn man nun auch, ausgehend von dem Gedanken, daß die Erde ursprünglich allen Menschen gehöre, theoretisch zu dem Grundsatze kommen kann, daß die ganze Gesellschaft Obereigentümerin von Grund und Boden sei, und wenn auch dieser Grundsatz in der Territorialhoheit und dem modernen Expropriationsrecht einen deutlichen Ausdruck findet, führt er doch noch durchaus nicht zur Expropriation alles Grundbesitzes. Auch wenn die Gesellschaft das Obereigentum am Boden für sich beansprucht, muß sie jenes Untereigentum anerkennen und schützen, welches sie Jahrhunderte lang anerkannt und geschützt hat.

Die Expropriationsfrage soll indessen an anderer Stelle ausführlicher erörtert werden. Hier ist noch folgendes zu berücksichtigen.

Der Gedanke eines Obereigentums der Gesellschaft am Grund und Boden ist theoretisch unanfechtbar. Dieser Gedanke muß der Gesellschaft um so mehr zum Bewußtsein kommen, je mehr mit der zunehmenden Bevölkerung das Verhältnis zwischen verfügbarer Bodenfläche und Bevölkerungszahl sich ändert. Die Gesellschaft kann nicht ohne weiteres das Privatgrundeigentum für ungerecht erklären, nachdem sie es über ein Jahrtausend als eine rechtliche Einrichtung anerkannt hat; aber sie kann zu dem Bewußtsein kommen, daß es an der Zeit sei, von ihrem Obereigentum einen entschiedeneren Gebrauch zu machen, als bisher.

Wie diese Überzeugung mit den wohlerworbenen Rechten der bisherigen Grundeigentümer in Einklang zu setzen sei: das ist die Aufgabe einer Reform der Agrargesetzgebung, welche von langer Hand vorbereitet werden muß. Eine Reform, welche alle entscheidenden Faktoren berücksichtigen muß: die geschichtliche Entwickelung des Grundeigentums, die Besitzverhältnisse, die lokalen Unterschiede der Boden-

benutzung, die Verschuldung, die Besteuerung. Eine Reform endlich, welche keinen revolutionären Zug hat, sondern getragen ist von einer weisen und gerechten Majorität.

4. Der Untergang des Kleinbetriebs.

Das Programm der Sozialdemokratie behauptet, daß die ganze wirtschaftliche Entwickelung zum Untergange des Kleinbetriebs führe.

Prüfen wir diese Behauptung auf ihre Haltbarkeit.

Jedenfalls ist sie in dieser Allgemeinheit eine großartige Übertreibung. Es ist richtig, daß einzelne Kleinbetriebe fortwährend an Boden verlieren. Damit ist aber noch lange nicht nachgewiesen, daß „der Kleinbetrieb" untergehe. Es wird sich vielmehr ohne Schwierigkeit darlegen lassen:

daß die wirklich untergehenden Zweige des Kleinbetriebs nur ein Teil desselben sind;

daß ferner wichtige Erwerbszweige, welche heute Großbetriebe sind, niemals Anderes als Großbetriebe waren;

daß das Verdrängen des kleinen durch den großen Betrieb langsam genug geschieht, um nicht für die ganze Volkswirtschaft verderblich wirken zu müssen;

daß in vielen Erwerbszweigen der Kleinbetrieb dauernde Grundlagen hat;

daß sich gleichfalls in vielen Erwerbszweigen ein allmählicher Übergang vom kleinen zum mittleren und zum großen Betrieb ermöglichen läßt;

daß also das von der Sozialdemokratie hingestellte Übel nicht so groß, nicht so allgemein und nicht so unabwendbar ist, als sie behauptet.

Jene Betriebe, in welchen heute der Großbetrieb am stärksten dominiert, nämlich das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, waren schon seit Jahrhunderten Großbetriebe. Im Bergbau konnte wegen der Größe des notwendigen Anlagekapitals und des Risikos der Kleinbetrieb immer nur ausnahmsweise thätig werden. Er ist aber merkwürdigerweise

selbst heute noch unter besonderen Umständen möglich. Das spricht, nachdem schon seit Herodots Zeiten Bergbau im Großen getrieben wird, jedenfalls hier für ein recht langsames Tempo im Verdrängen des Kleinbetriebs. Wenn auch das Hüttenwesen in noch höherem Grade dem Großbetriebe zugefallen ist, kann man bezüglich desselben doch nicht behaupten, daß alles das, was heute Großbetrieb ist, auf dem Boden verdrängten Kleinbetriebs stehe. Die Salinen waren gleichfalls schon seit Jahrhunderten größere und mittlere Betriebe. Die chemische Industrie, welche heutzutage auch vorzugsweise als Großbetrieb erscheint, hat kaum ein einziges Kleingewerbe wirklich und plötzlich verdrängt; sondern in ihrem Bereiche ist Raum für große, mittlere und kleine Unternehmungen. Auch die Porzellanindustrie war niemals Kleinbetrieb.

So sehen wir hier eine Reihe von Großbetrieben, die zwar die Konkurrenz des Kleinbetriebs unmöglich machen oder stark erschweren, von denen man aber doch nicht sagen kann, daß sie den Kleinbetrieb verdrängt hätten.

Am zahlreichsten und am stärksten besetzt erscheint jene Gruppe der Kleingewerbe, welche zwar auch die Konkurrenz mit dem Großbetrieb verspürt, aber doch eine gewisse Gewähr für ihre Fortdauer als Kleingewerbe hat; teils wegen der Notwendigkeit örtlicher Vertretung an zahlreichen Plätzen, teils weil ihr Produkt individuellen Bedürfnissen der Konsumtion angepaßt werden muß, teils auch wegen fortdauernden Bedarfs an Reparaturarbeiten. Hieher gehören die meisten Zweige der Bekleidungsindustrie, der Holzindustrie, viele Zweige der Metallverarbeitung (Schlosser- und Schmiedehandwerk). Dabei ergeben sich mancherlei Unterschiede, jenachdem bei einzelnen Gewerben nur gewisse Artikel der Großindustrie ganz zufallen (so beim Schlosser-, Sattler- und Böttchergewerbe, beim Spenglergewerbe u. a.), während bei anderen die Konkurrenz der Großindustrie sich im Gesamtbetrieb fühlbar macht (Schuhmacherei, Töpferei, Gerberei u. a.). Bei manchen kommt weniger die technische, als die

kaufmännische Überlegenheit des großen Betriebs zur Geltung.

Wichtige Zweige der Nahrungsmittelindustrie, wie das Metzger- und Bäckergewerbe und die Müllerei, sind wegen gewisser Absatzvorteile in der Lage, fortdauernd als Kleingewerbe zu bestehen. Andere Zweige der Nahrungsmittelindustrie sind zwar Großbetriebe, haben aber kein Kleinhandwerk verdrängt, wie z. B. die Rübenzuckerfabrikation, die ja als Gewerbe erst dem laufenden Jahrhundert angehört. Daß in der Bierbrauerei und in der Branntweinbrennerei ein Verdrängen des kleinen Betriebs stattfindet, ist unschwer nachzuweisen. Bei der Bierbrauerei aber hat dieses Verdrängen eine wesentliche Verbesserung des Produktes zur Folge, kommt also der Gesamtheit der Konsumenten zu gute.

Dauernd gesichert bleibt der kleine Betrieb neben dem großen in den Baugewerben, wo auch ohne Schwierigkeit große Bauunternehmer aus einfachen Maurer- und Zimmermeistern hervorgehen können.

Wirklich durch den Großbetrieb erdrückt wurden bisher nur ganz wenige Zweige des Kleinbetriebs. Nachweisbar ist diese Niederlage hinsichtlich der Flachsspinnerei, während die Wollspinnerei niemals ein eigentliches Handwerk war, sondern häusliche Nebenbeschäftigung. In der Färberei ist zwar der Kleinbetrieb durch den großen verdrängt worden, aber das Verdrängen vollzog sich langsam und in der Weise, daß die intelligenten und thätigen Kleinmeister selbst Großfabrikanten werden konnten. Auch die Seilerei ist als Kleingewerbe ziemlich unmöglich geworden; doch konnten die wohlhabenderen Kleinmeister zum fabrikmäßigen Betrieb übergehen, die minder wohlhabenden im Ladengeschäft einigermaßen Ersatz finden. Die Weberei sehen wir heute noch um ihre Existenz als Kleingewerbe ringen, freilich in den einzelnen Zweigen mit sehr verschiedenem Erfolge, im ganzen aber mit der Aussicht auf den sicheren Sieg des Großbetriebs. Im ganzen ist die Textilindustrie jedenfalls auf dem Wege, eine Domäne des

Großbetriebs zu werden, manche Zweige rascher, manche langsamer.

Auch in der Papierindustrie kann von einem Kleinbetriebe kaum mehr die Rede sein; aber sie war immer schon Gegenstand keiner ganz kleinen, sondern mittlerer Unternehmungen. Dagegen ist das Buchbindergewerbe, bis vor kurzer Zeit kleiner Handwerksbetrieb, völlig auf dem Wege, dem maschinenmäßigen Großbetrieb zu erliegen.

Geradezu falsch ist es, wenn das sozialdemokratische Programm die Behauptung von der Verdrängung des kleinen Betriebs durch den Großbetrieb auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe ausdehnt. Großbritannien, wo allerdings der Großgrundbesitz dominiert, darf hier nicht als Regel angesehen werden, nach welcher die gesamten europäischen Länder zu beurteilen wären. In den mitteleuropäischen Ländern hat seit dem Anfange des Jahrhunderts keine Zunahme des landwirtschaftlichen Großbetriebs auf Kosten des Kleinbetriebs stattgefunden. Ganz im Gegenteil. In Frankreich, sowie im mittleren, westlichen und südlichen Deutschland herrscht durchgängig der mittlere und kleine Betrieb vor; von einer Akkumulation des landwirtschaftlichen Kapitals ist da nichts zu spüren; weit eher vernimmt man Klagen über Zwergwirtschaft und zunehmende Bodenzersplitterung, namentlich in dichtbevölkerten Gegenden, in der Nähe größerer Städte, wo es durchaus nichts seltenes ist, daß Taglöhner zu selbständigen kleinen Grundbesitzern werden.

So ist es mit dem „Untergang des Kleinbetriebs" bestellt. Die sozialdemokratische Phrase stellt ihn als ein Verhängnis hin, welches ohne weiteres allen Kleinbetrieben droht. Es ist richtig, daß einzelne Kleingewerbe vom Großbetrieb erdrückt, andere wenigstens beschränkt werden. Aber vom gesamten Kleinbetrieb oder auch nur von jenen Betriebszweigen, welche die Mehrheit aller Volksangehörigen beschäftigen, eine solche Behauptung aufzustellen: das ist eine Verfälschung der Wahrheit. Und falsch ist es demnach

auch zu behaupten, daß die jetzige Wirtschaftsmethode den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln trenne und ihn in einen besitzlosen Proletarier verwandle. Bei weitem die übergroße Mehrzahl aller Erwerbsthätigen ist heute noch im Besitz eigener Produktionsmittel. Die Ersetzung von Kleinbetrieben durch große Betriebe ist nicht, wie die Sozialdemokratie folgern möchte, eine Wirkung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern ein Ergebnis des technischen und ökonomischen Fortschritts, welcher nicht ohne gewisse Opfer erreicht werden kann.

Wo der Kleinbetrieb gegen den Großbetrieb unhaltbar geworden ist: da wird ihn kein Vernünftiger gegen den Strom der Zeit als Kleinbetrieb festhalten wollen. Zünftlerei im Gewerbewesen ist freilich nur Wasser auf die sozialistische Mühle.

5. Arbeiter und Bourgeois.

Die Sozialdemokratie kennt nur zwei Menschenklassen: Arbeiter und Bourgeois. Aber es würde dem klügsten Sozialdemokraten schwer werden, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob Jemand Arbeiter ist oder Bourgeois. Daß der Häuer in einer Kohlengrube, der Steinklopfer auf der Landstraße, das Fabrikmädchen an der Maschine Arbeiter sind, sieht ja Jedermann ein, ebenso wie Niemand in einem Fabrikbesitzer oder Bankier den Bourgeois verkennen wird. Aber wohin zählt der kleine Handwerksmeister, der sich mit einem Reparaturgewerbe kümmerlich forthilft? Wohin der Karrenführer, der nur zwei Gäule und einen Wagen besitzt, mit dem er Sand- und Steinfuhren besorgt? Wohin der Kleinhäusler auf dem Lande, der von seinem geringfügigen Grundbesitz nicht leben kann und deshalb irgend ein Handwerk oder eine Taglöhnerei nebenher betreibt? Alle diese Leute sind Unternehmer, sind Eigentümer. Zählen sie deshalb zu den Bourgeois? Zu den „fetten“ gewiß nicht.

Der Unternehmer als solcher kann nicht schon Bourgeois sein. Sonst müßte ja der ärmste Lumpensammler und

Hausierer auch schon zu der gehaßten Bourgeoisie gehören. Nein — der Bourgeois fängt erst mit jenem Unternehmer an, welcher Arbeiter beschäftigt oder — wie der sozialdemokratische Agitator sagt — sich vom Schweiße der Arbeiter mästet.

Aber auch der eingefleischteste Sozialdemokrat kann eigentlich im Bourgeois noch nichts verderbliches, gefährliches und arbeiterfeindliches sehen, so lange es sich um Kleinbetriebe handelt, in welchen jeder Arbeiter die Hoffnung und das Bestreben hat, nach einigen Jahren unselbständiger Thätigkeit, die er als Gehilfe eines Unternehmers zugebracht hat, selber Unternehmer zu werden. Wo jeder „Bourgeois" selbst Arbeiter war und jeder Arbeiter die Hoffnung hat, Bourgeois zu werden, ist ja kein unversöhnlicher Gegensatz zwischen beiden; sie sind bloß verschiedene Entwickelungsstadien eines und desselben wirtschaftlichen Prozesses, jenes Prozesses, welcher vom Lehrling durch den Gesellen zum Meister aufsteigen läßt.

Indessen — dieser harmlose Entwickelungs-Gegensatz verwandelt sich zum schneidenden Konflikt bei allen Großbetrieben, wo der Arbeiter wegen seines Kapitalmangels von vornherein auf die Möglichkeit verzichten muß, jemals selbst Unternehmer zu werden.

Dem Arbeiter erscheint das Kapital in zwei Gestalten. Es erscheint ihm einmal als das ausgeliehene Kapital des Kapitalisten, welches demselben ohne nennenswerte Bemühung Zinsen trägt. In dieser Erscheinungsform ist das Kapital kein Gegner des Arbeiters, sondern ein Mittel, dessen er sich ja selber allmählich durch Ersparnis bemächtigen kann. In unseren Wirtschaftszuständen kann jeder Dienstbote, jeder Fabrikarbeiter (vorausgesetzt, daß er nicht zu früh blindlings darauflosheiratet) in wenigen Jahren ein Sparkassenbuch oder ein paar Pfandbriefe sich ersparen. Das verzinsliche Leihkapital ist also gewiß nichts Arbeiterfeindliches.

Die andre Gestalt, in welcher das Kapital dem Arbeiter sich zeigt, ist die des Unternehmerkapitals, das in den Unternehmungen als Grundlage und Mittel der geschäftlichen Thätigkeit erscheint. Auch dieses tritt nicht im Kleingewerbe, nur im größeren Betriebe dem Arbeiter als etwas Unerreichbares, Übermächtiges und Fremdes gegenüber. Hier allerdings wird durch die Wucht und Größe der Arbeitsmittel, und zugleich durch den Bildungsunterschied, welcher den Arbeiter und seinen Arbeitgeber trennt, eine Kluft aufgerissen, die unausfüllbar scheint.

Das Schicksal jenes Arbeiters, der als junger Bursche sein ganzes Hab und Gut in einem baumwollenen Taschentuche trug, um vierzig oder fünfzig Jahre später als Großfabrikant hunderte von Arbeitern zu kommandieren, ist zwar kein vereinzeltes. Und wenn man die Geschichte aller unserer großen Fabriken aufzeichnete, so könnte man unzweifelhaft finden, daß neun Zehnteile derselben vor einer, zwei oder drei Generationen von einfachen Arbeitern oder Kleinmeistern gegründet worden und im Lauf der Jahrzehnte allmählich zu ihrem heutigen Umfange emporgewachsen sind, durch die Sparsamkeit, den Fleiß und das Talent ihres ersten, zweiten und dritten Herrn. Aber mit dieser Thatsache wollen wir nicht rechnen; man könnte ihr ja mit Recht entgegenhalten, daß solch ein günstiges Geschick notwendig nur immer Einem aus Vielen beschieden sein kann. Nein — wir müssen zugeben, daß jene Kluft zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitgeber unausfüllbar und unüberwindlich ist, wenn auch von hundert oder zweihundert Arbeitern einer einmal darüber hinwegspringt. Wir müssen zugeben, daß unsere industriellen Großbetriebe, in welchen kärglich belohnte Arbeiterscharen sich abmühen für die Gewinnste von einem oder ein paar Unternehmern, Erscheinungen sind, die den Menschenfreund betrüben müssen, so viel Achtung vor dem industriellen Genius sie ihm auch einflößen mögen.

Hier ist ein wunder Punkt unseres Wirtschaftslebens.

Aber die Heilung findet sich nicht in einer Unterdrückung des Großbetriebs; denn das hieße den menschlichen Fortschritt rückwärtsschrauben. Sie findet sich auch nicht darin, daß man die Produktionsmittel zum Eigentum der ganzen Gesellschaft macht. Denn dabei würde nur die schaffende Thätigkeit ihres gewaltigsten Antriebs, der Gewinnsthoffnung, beraubt.

Die Heilung kann nur darin liegen, daß man allmählich die Mittel und Wege finden lernt, um auch im Großbetrieb die ganze Stellung des Arbeiters zu heben. Ob dann diese Stellung mehr derjenigen eines menschenwürdig bezahlten Beamten sich nähert, oder derjenigen eines am Gewinn der Unternehmung beteiligten Aktionärs: das wird sich nach der Art und nach der ferneren Geschichte der Unternehmungen richten.

Die Sozialdemokratie will den Bourgeois aufheben. Das Ziel einer geläuterten Zukunft wird es allerdings sein, den Bourgeois aufzuheben; aber nur jenen häßlichen, von der Agitation geschaffenen Begriff des Bourgeois. Sobald jedem Arbeiter der Weg eröffnet wird, auf welchem er durch Fleiß, Sparsamkeit und Mäßigkeit in eine Stellung gelangen kann, welche ökonomisch und gesellschaftlich derjenigen des kleinen Bourgeois sich nähert, sinkt der Gegensatz von Arbeiter und Bourgeois in nichts zusammen. Der Bourgeois wird nicht ausgerottet oder davongejagt; aber der Arbeiter wird zum freien, menschenwürdig gestellten Bürger eines gesitteten Staatswesens, in welchem jede pflichttreue Arbeit geachtet und nur selbstverschuldete Unbrauchbarkeit mißachtet und auf Bettelbrot verwiesen ist; in welchem jeder die Möglichkeit hat, während eines ganzen Lebens langsam aufzusteigen auf der Stufenleiter des Einkommens und der gesellschaftlichen Achtung und Bedeutung.

Man kann nicht daran denken, daß eine derartige Entwickelung im Sprunge geschieht. Sie ist eine Arbeit für Generationen; eine Arbeit, an welcher der einsichtigere, das

Beste der Gesamtheit anstrebende Teil der Kulturwelt ununterbrochen arbeiten muß.

Rechtliche Schranken, welche die Entwickelung zu einem vollkommneren Zustande hindern, lassen sich durch eine große und starke That der Gesetzgebung niederwerfen. Aber hier handelt es sich nicht mehr bloß um solches, sondern um einen Ausgleich wirtschaftlicher Gegensätze, der nur durch die unverdrossene Thätigkeit von Jahrzehnten herbeigeführt werden kann, vielleicht von Jahrhunderten.

Großbetriebe können auf dem Wege der Gesetzgebung, unter Entschädigung ihrer seitherigen Besitzer, allmählich in den Besitz von Teilhaberschaften hinübergeführt werden, welche aus den Arbeitern der Unternehmungen bestehen. Eine solche Umgestaltung ist ausführbar eben so gut, als um die Mitte dieses Jahrhunderts die auf dem Landvolk liegenden Lasten teils aufgehoben, teils für ablösbar erklärt wurden. Sie wird ausführbar, sobald die Mehrheit eines gesitteten Volkes sie fordert und sich bemüht eine passende Form für sie zu finden.

Die Gegenwart kennt schon eine derartige Form von Großbetrieb: die industrielle Partnerschaft. Es handelt sich nur darum, diese oder ähnliche Formen auf eine immer größere Anzahl von Großbetrieben auszudehnen und sie schließlich zu gesetzlich notwendigen werden zu lassen.

Darin liegt noch lange keine „Gemeinsamkeit der Produktionsmittel". Aber es liegt darin eine Möglichkeit, daß der Arbeiter, ebenso wie er jetzt schon Kapitalist und Zinsgläubiger werden kann, auch zu einer geregelten Teilnahme am Gewinn des Unternehmens herangezogen werde. Damit verschwindet der Gegensatz zwischen Arbeiter und Unternehmer zwar nicht auf einmal; aber er verliert seine ganze Härte und Schroffheit.

Es gehört freilich eine bedeutende Einsicht und wirtschaftliche Bildung des Arbeiterstandes dazu, um diesen Weg als möglich und ersprießlich erscheinen zu lassen. Aber der Arbeiter von heute hat sich schon eine weit bessere wirt-

schaftliche Bildung angeeignet, als sie der Arbeiter vor einem Menschenalter besaß; er wird in dieser wirtschaftlichen Bildung auch weiter fortschreiten, um so entschiedener, je mehr ihm die Möglichkeit, in die Unternehmerstellung aufzurücken, nahe gelegt wird, und je weniger er sich durch eine Agitation blenden läßt, die ihn bloß blinden Haß gegen den Unternehmer lehren will.

6. Das „wachsende Elend".

Ein weiteres Dogma der Sozialdemokratie ist die Behauptung, daß für das Proletariat die Unsicherheit der Existenz, das Elend, der Druck, die Knechtung, Erniedrigung und Ausbeutung in stetem Wachstume begriffen seien.

Die Unsicherheit der Existenz war für den eigentumslosen Proletarier vor tausend, vor fünfhundert oder vor hundert Jahren nicht geringer, als sie heute ist, sondern erheblich größer. Die Sozialpolitik des modernen Kulturstaats und der großen Gemeinwesen innerhalb desselben ist ununterbrochen bemüht, die Existenz der besitzlosen Proletarier zu sichern; und wenn diese Bemühungen bis jetzt noch nicht zu dem Erfolge geführt haben, welchen jeder Menschenfreund ihnen wünschen möchte, so liegt die Schuld nicht am Kulturstaat und seinen Einrichtungen, nicht am Privatkapital und dem Unternehmertum, sondern daran, daß so viele besitzlose Proletarier ohne alle wirtschaftliche Überlegung wiederum Massen von besitzlosen Proletariern in die Welt setzen. Das ist indessen ein Kapitel, welches erst später aufgerollt werden soll.

Wie wird nun von der Sozialdemokratie die zunehmende Verelendung der Proletarier bewiesen?

Sie wird in der Art bewiesen, daß man jedes einzelne Vorkommnis, welches geeignet wäre, sie nachzuweisen, hervorhebt und beleuchtet, dagegen alles verschweigt, ignoriert oder geradezu ableugnet, was geeignet wäre, das Gegenteil zu beweisen. Nach dem Vorbilde von K. Marx werden einzelne

Fälle und Erscheinungen gewählt, um das fortschreitende Elend zu illustrieren. Die Frage, ob solche Fälle in früheren Epochen der Wirtschaftsgeschichte häufiger oder seltener gewesen seien, wird gar nicht berührt. Wenn heute in den Straßen von Berlin oder von London einmal ein Mensch Hungers stirbt, so ist das für die Sozialdemokratie ein Beweis des zunehmenden Elends. Ob vor hundert Jahren zehnmal oder zwanzigmal so viel Menschen Hungers gestorben sind — das ist ihr völlig gleichgültig.

Einer solchen Beweisführung gegenüber ist allerdings schwer zu streiten.

Trotzdem hat Prof. Julius Wolf (System der Sozialpolitik, 1892) sich der Aufgabe unterzogen, das Dogma von der zunehmenden Verelendung des Proletariats zu widerlegen. Jeder ehrliche Leser seines Buches wird zugeben, daß ihm dies gelungen ist. Hier kann seinen sehr ausführlichen und gründlichen Darlegungen weiter nichts hinzugefügt werden; wir wollen nur kurz zur Übersicht bringen, mit welchem Beweismaterial Wolf arbeitet.

Als ersten Beweisgrund führt Wolf die großartige Zunahme des Volksreichtums an. Er bringt zunächst Ziffern über die Vermehrung des britischen Volksreichtums. Solche Ziffern ließen sich ohne Schwierigkeit für die übrigen Kulturstaaten auch erbringen. In allen Kulturstaaten ist die Gesamtproduktion, sind die Werte der Aus- und Einfuhr, die Versicherungssummen, Sparkapitalien, die versteuerten Vermögen und Einkünfte, der Häuserbau ꝛc. in einer stetigen imponierenden Zunahme.

Wolf sucht nun aber ferner — und das ist der bei weitem schwierigere Teil seiner Aufgabe — nachzuweisen, daß es nicht bloß die besitzenden Klassen sind, auf welche sich die berauschende Vermehrung von Reichtum und Macht beschränkt, sondern daß diese Vermehrung allen Klassen der Bevölkerung zu gute kommt, also auch verbunden ist mit einer Hebung des Mittelstandes und der Arbeiter. Mit Recht hebt er, die Einkommensverteilung in England betrachtend,

hervor, daß man doch gewiß nicht von einem Zerbröckeln des Mittelstandes sprechen kann, wenn in England während des Zeitraums von 1843—1880 die Zahl jener Steuerpflichtigen, welche in Gewerb und Handel ein Einkommen von 3000—10000 Mark bezogen, von 88000 auf 275000 gestiegen ist (S. 163). Es ist, wenn man diesen britischen Einkommensteuerziffern solche der kontinentalen Staaten hinzufügt, geradezu eine Fälschung, eine Ableugnung der Wirklichkeit, von einem Schwinden der Mittelklassen, von einem Herabsinken ins Proletariat reden zu wollen.

Wir erfahren aber noch mehr. Im Königreich Sachsen hat sich von 1879 bis 1890 das gesamte steuerpflichtige Einkommen von 1045 Millionen Mark auf 1611 Millionen Mark vermehrt. Den stärksten Anteil an dieser Vermehrung hatten die Einkünfte an Gehalten und Löhnen, welche sich von 364.7 auf 665.1 Millionen Mark vermehrten. Es zeigt sich in Sachsen nicht etwa eine zunehmende Kluft zwischen Reich und Arm, sondern eine Emporhebung der ganzen Gesellschaft in ihrem Einkommen. Der Übergang von den Ärmsten zu den Wohlhabendsten ist nicht brüchig geworden, sondern breiter, mächtiger. In Preußen hat sich das Einkommen Privater von 1876 auf 1888 um 1475 Millionen Mark (= 19 Proz.) gehoben. An diesem Zuwachs nehmen Anteil die Klassen mit

dürftigem Einkommen (bis 525 Mk.)	326.0 Millionen	= 22.1 Proz.	
kleinem Eink. (526—2000 Mk.)	450.6 „	= 30.5 „	
mäßigem Eink. (2001—6000 Mk.)	266.9 „	= 18.1 „	
mittlerem Eink. (6001—20000 Mk.)	246.6 „	= 16.7 „	
großem Eink. (20001—100000 Mk.)	131.4 „	= 8.8 „	
sehr großem Eink. (über 100000 Mk.)	53.8 „	= 3.7 „	

Also auch diese Ziffern ergeben deutlich nicht etwa eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, sondern eine Kraftzunahme der ganzen wirtschaftlichen Gesellschaft in allen ihren Abstufungen.

Als weiteren Nachweis für die Steigerung der Wohlhabenheit auch der ärmeren Klassen führt J. Wolf die

Konsumtionsstatistik vor. Es ist das ein Gebiet, welches die Sozialdemokratie zu ignorieren pflegt, weil die Ziffern der Konsumtionsstatistik zu auffallend gegen das Dogma vom wachsenden Elend Zeugnis geben.

Betrachten wir zunächst die bezeichnenden Zahlen für England, wie Wolf sie giebt. Der Import für den Kopf der Bevölkerung stieg von der Periode 1840/49 bis 1885/89 bei:

Weizen und Weizenmehl	um	497	Proz.
Kartoffeln	„	579	„
Reis	„	572	„
Speck und Schinken	„	3827	„
Butter	„	810	„
Käse	„	479	„
Eiern	„	960	„
Zucker	„	282	„
Thee	„	319	„
Wein	„	161	„
Branntwein	„	104	„
Tabak	„	159	„

Das sind doch lauter Artikel, von welchen die wirklich reichen, ja die wohlhabenden Leute in England schon im Jahre 1840 so viel konsumierten, als ihre Konstitution überhaupt vertrug. Eine Steigerung der Kopfquoten kann also nur zeigen, daß diese Konsumtionen in den minder wohlhabenden Klassen Verbreitung fanden. Kann eine Bevölkerung, deren ärmere Klassen ihre Konsumtion in solchen Prozentsätzen steigert, eine verarmende sein?

Die Sparkassenstatistik spricht auch ein gewichtiges Wort gegen die Verelendung der Massen. Die britischen Sparkassen und Postsparkassen hatten (gleichfalls nach J. Wolf, S. 171) folgende eingelegte Beträge:

im Jahre	1850	28.9	Mill.	Pf.	St.
„ „	1860	41.8	„	„	„
„ „	1870	53.1	„	„	„
„ „	1880	77.7	„	„	„
„ „	1890	108.1	„	„	„

Nun behaupten zwar manche sozialdemokratische Stimmen, die Sparkasseneinleger seien keine Arbeiter, sondern Angehörige des Mittelstandes. Aber entweder sprechen dann diese Zahlen gegen die von der Sozialdemokratie behauptete Zerbröckelung und Verarmung des Mittelstandes, oder die Einleger sind doch auch in den Arbeiterkreisen zu suchen. Für letztere Annahme spricht unzweifelhaft die Thatsache, daß in England auf je sieben Einwohner ein Sparkassen-Einleger trifft. Zu den britischen Sparkassen kommen übrigens noch die friendly societies (Spar- und Versicherungsgenossenschaften der kleinen Leute) hinzu, welche 1889 nicht weniger als sieben Millionen Mitglieder in England zählten, während ganz England nur etwas über sechs Millionen Familien besaß!

Auch die Verminderung in der Zahl der öffentlich unterstützten Armen ist ein Nachweis für die Hebung der untersten Schicht. K. Marx und seine Anhänger, da sie diese Verminderung zugeben müssen, suchen sie zu entkräften durch die Behauptung, das im Laufe der Zeit steigende Selbstgefühl des Arbeiters erlaube ihm heute nicht mehr so leicht, sich in die schlechte Behandlung des workhouse zu begeben. Wenn aber das Selbstgefühl des Arbeiters gestiegen ist — wie kann dann das sozialdemokratische Programm von zunehmender „Knechtung und Erniedrigung" reden?

Die Zahl der offiziellen Armen spricht mit überwältigender Deutlichkeit. In England mit Wales betrug diese Zahl im Durchschnitt der Jahre (J. Wolf, a. a. O.):

1855/59	4.7	Proz.	der	Bevölkerung
1860/64	4.7	„	„	„
1865/69	4.5	„	„	„
1870/74	4.2	„	„	„
1875/79	3.1	„	„	„
1880/84	3.0	„	„	„
1885/89	2.8	„	„	„

Und daß die Behandlung der Armen durch die öffentliche Armenpflege keine schlechtere, sondern eine bessere geworden

ist, beweist die Steigerung des Aufwands für jeden Kopf der Armen von 6 Pf. 10 Schill. im Jahresdurchschnitt 1855/59 auf 10 Pf. 12 Schill. im Jahresdurchschnitt 1885/89.

Die Behauptung der Sozialdemokratie, daß Druck, Knechtung und Erniedrigung in stetem Wachstume begriffen seien, ist geradezu frivol. Niemals war die Gesamtheit der Bevölkerung, niemals war insbesondere die Arbeiterklasse so frei, wie sie heute ist. Die Vertreter der Sozialdemokratie sitzen heute in Parlamenten und in gemeindlichen Vertretungen; sie reden in denselben, was ihnen beliebt; sie haben ihre Presse, welche unverfroren gegen den Staat und die Gesellschaft schreibt. Die Arbeiter haben das Vereins- und Versammlungsrecht; sie haben das Recht zu streiken oder zu arbeiten, jenachdem sie das eine oder das andre für besser halten. Sie haben das Recht der Freizügigkeit und der Verehlichungsfreiheit; sie haben das Recht, Eigentum zu erwerben und Unternehmer zu werden, ebenso wie der verhaßte ‚Bourgeois'. Und da wagt man, von zunehmender Knechtung zu reden, ohne einen Blick auf vergangene Zeiten der Wirtschaftsgeschichte zu werfen, auf die Zeiten der Leibeigenschaft, des Zunftzwanges, des absolutistischen Polizeistaats! Das waren Zeiten der Knechtung, nicht aber die Gegenwart, welche das Selbstgefühl auch des Geringsten aus der Nation in einer früher nie erhörten Weise gesteigert hat. Knechtung und Erniedrigung — es sind die verlogensten Schlagworte, welche jemals eine Partei im Munde geführt hat!

Man muß übrigens zum Lobe des gesunden Menschenverstandes mancher Sozialdemokraten doch konstatieren, daß denselben ab und zu Äußerungen entschlüpfen, welche zeigen, daß die Phrase von der zunehmenden „Knechtung und Erniedrigung" nicht recht ernsthaft gemeint ist. Sagt doch K. Kautsky (Erfurter Programm, S. 208): „Die Leiden und Entbehrungen, die das Sozialistengesetz dem deutschen Proletariat gebracht, waren, obwohl an und für sich schlimm

genug, Kinderspiel gegen das, was die Arbeiter während der letzten Jahrhunderte und bis in die Mitte des jetzigen in manchen Ländern zu erdulden gehabt".

Wie sich eine solche Behauptung, die wir gern als richtig festnageln wollen, mit der Phrase von der „zunehmenden Knechtschaft" vereinigen läßt: das überlassen wir ihrem Urheber.

Einen Gegensatz von Mangel und Überfluß finden wir in allen Jahrhunderten der Kulturgeschichte, soweit wir zurückschauen können. Wenn wir diesen Gegensatz ins Auge fassen, wirft er uns eine ganze Reihe von Fragen vor: die Fragen, ob dieser Gegensatz notwendig und nützlich ist, ob er im Laufe der Geschichte verschärft oder verringert worden ist oder ob seine Schärfe periodischer Zunahme und Abnahme fähig ist; ob und in welchem Grade die Menschheit ihm gegenüber empfindlicher geworden ist; in welchen politischen, gesellschaftlichen und moralischen Erscheinungen seine Auffassung zum Ausdrucke kommt; welche Aufgaben er der Sozialpolitik stellt.

Der Gegensatz von Mangel und Überfluß ist zunächst ein naturnotwendiger. Ob wir uns die Menschheit von einem Punkte ausgegangen und dann ganz allmählich über alle Länder der Erde hingewandert denken oder von Anbeginn ihrer Geschichte über die bewohnbaren Länder verteilt: in beiden Fällen sind ihr durch die Natur ihrer verschiedenen Heimatstätten höchst ungleiche Lebensbedingungen gegeben. Mangel und Überfluß sind Wiegengeschenke der Natur. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß die Gesellschaft, seit sie zum Bewußtsein dieses Gegensatzes gekommen ist, auch systematisch und fortdauernd an seiner Beseitigung arbeiten konnte.

Die Gesellschaft war also von Anbeginn darauf angewiesen, mit diesem Gegensatze zu rechnen. Und er äußerte sich nicht bloß in der verschiedenen Natur ganzer Weltteile und Länder, sondern bis in die kleinsten örtlichen Verschiedenheiten hinein. Innerhalb eines Quadratkilometers Erdoberfläche

können die Lebensbedingungen von Natur aus höchst ungleich gelagert sein. Fruchtbarer Boden liegt neben unfruchtbarem; die ungleiche Ausstattung des Bodens mit nutzbaren wildwachsenden Pflanzen, mit brauchbaren Mineralstoffen, mit Wild- und Fischreichtum, mit Baumaterial, Wasser und dergleichen macht die Menschen von Anfang darauf aufmerksam, daß es Mangel und Überfluß giebt.

Von Anfang auch werden sie darauf aufmerksam, daß der Gegensatz von Mangel und Überfluß durch Zusammenarbeiten sich ausgleichen läßt; aber auch darauf, daß ein solches Zusammenarbeiten seine Bedingungen und seine Grenzen hat. Eine Familie oder eine Gruppe von Familien, die in ein bis dahin menschenleeres Wirtschaftsgebiet eindringt, kann innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes den Gegensatz von Mangel und Überfluß durch gemeinsame Produktion und Konsumtion ausgleichen; aber sie wird sich weigern, mit einer ihr stammfremden Gruppe eine größere Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden, wenn sie dadurch aus dem Überfluß oder dem Genughaben in den Zustand des Mangels versetzt würde. Es muß also der Gegensatz von Überfluß und Mangel, von Reichtum und Armut schon seit Anbeginn das Bewußtsein entgegengesetzter wirtschaftlicher Interessen entstehen lassen und abgesonderte Wirtschaftsgruppen bilden.

Ist nun der Gegensatz von Mangel und Überfluß im Laufe der Geschichte verschärft oder verringert worden?

Die Frage ist, in dieser Fassung gestellt, nicht zu beantworten. Um sie zu beantworten, müßte man zuvor den Begriff des Existenzminimums feststellen.

So, wie die Natur diesen Gegensatz dem Menschen ursprünglich aufgezwungen hat, besteht er längst nicht mehr. Die internationale Arbeitsteilung und der Weltverkehr haben sich seit Jahrtausenden bemüht, den Gegensatz auszugleichen. Aber während dieses langen Ausgleichungsprozesses ist er nach Richtungen hin fortgewachsen, in welchen er ursprünglich nicht vorhanden war. Er hat sich umgestaltet zu einem Gegensatze von Besitzlosen und Besitzenden. Nachdem er

ursprünglich mehr natürlich und sachlich gewesen, ist er immer mehr menschlich und persönlich geworden.

Der Gegensatz von Mangel und Überfluß hat sich nach vielen Richtungen hin verringert.

Er hat sich vor allem verringert durch eine Reihe von Gebrauchsgütern, welche die Gesamtheiten für gemeinsamen Genuß geschaffen haben und welche den Besitzlosen wie den Besitzenden entweder in gleicher Weise oder nur mit geringen Unterschieden zur Verfügung stehen, mit Unterschieden, welche wegen ihrer Geringfügigkeit schon einen starken Ausgleich gegenüber vergangenen Kulturperioden darstellen. Solche gemeinsame Gebrauchsgüter und Wohlfahrtseinrichtungen sind die größere Sicherheit der Rechtszustände, die Einrichtungen der Sicherheits- und Gesundheitspolizei, der wohlfeile oder ganz unentgeltliche Elementarunterricht, die öffentlichen Verkehrsanstalten, Straßen, großstädtischer Comfort in Bezug auf Wasserversorgung, Reinlichkeit, Beleuchtung, öffentliche Gärten, öffentliche Kunstschätze und manches andere.

Er hat sich ferner verringert auch durch eine gewisse Ausgleichung wichtiger individueller Gebrauchsgüter. Man braucht nur daran zu erinnern, daß heute das Sonntagsgewand eines ordentlichen Arbeiters sich kaum mehr von der äußeren Hülle des reichsten Bürgers unterscheidet. Der Millionär darf heute, wenn er nicht als geschmacklos verlacht werden will, nicht mehr Schmuck an sich tragen, als der Arbeiter an Festtagen trägt. Mit Ausnahme von seltenen Hof- und Staatsfesten kann auch der Reichste und Hochstehende heutzutage nicht mehr durch prunkvolle Equipagen und zahlreiche Dienerschaft öffentlich imponieren wollen, wie ehedem. In den neuen Stadtvierteln großer Städte sieht man es auch den Häusern keineswegs an, ob in den einzelnen Wohnungen wohlhabende oder dürftige Leute wohnen. Wie in England der Thee tägliches Getränk im Herzogschloß und in der Arbeiterwohnung ist, so trinkt in Deutschland der Groß-

fabrikant dasselbe Bier, wie es seinem letzten Arbeiter wenigstens nicht unerschwinglich ist.

Jedem Betrachter der Dinge, der nicht geradezu bösen Willen mitbringt, muß es unverkennbar sein, daß an vielen Punkten Ausgleichung stattgefunden hat. Diese Ausgleichung wird hauptsächlich herbeigeführt durch die wohlfeile Massenproduktion gewisser allgemein beliebter Verbrauchsgüter, die in den Kreisen von Wohlhabenden wie von Ärmeren üblich geworden sind. Es ist ein unbewußtes Streben des gesellschaftlichen Körpers, Lebensgenüsse zu nivellieren; die Gesellschaft thut dies instinktmäßig, um dem Neide entgegenzutreten, von dem sie weiß, daß jedes Übermaß davon dem Glück der Gesellschaft schadet.

Verschärft dagegen hat sich der Gegensatz von Mangel und Überfluß durch eine größere Öffentlichkeit des Genußlebens, welche dem Besitzlosen mehr als früher Einsicht gewährt in die Lebenshaltung des Besitzenden; durch das dichtgedrängte Leben der Großstädte, in welchen die Gegensätze deutlicher zum Vorschein kommen; durch die Freiheit von Wort und Schrift, welche es heutzutage mehr als vordem gestattet, diese Gegensätze auszumalen und zu politischen Zwecken breitzutreten.

Alle diese Verschärfungen liegen aber nur im äußeren Eindruck, nicht in den Dingen selbst.

Wenn in diesen Blättern der Versuch gemacht worden ist, zu zeigen, daß die heutige Kulturwelt reicher geworden ist, als frühere Jahrhunderte waren, so darf man daraus noch lange nicht folgern, daß wir wirklich schon reich sind. Deutlicher wäre unser Zustand geschildert, wenn man sagte: wir sind weniger arm, als man in vergangenen Zeiten war; aber arm sind wir immer noch, sehr arm.

Das kann der Welt nicht oft genug gesagt werden, den Armen wie den Reichen.

Einer der hervorragendsten deutschen Wirtschaftsstatistiker, Soetbeer, berechnet (Conrads Jahrbücher 1889, S. 418) nach den Einkommensteuerlisten das preußische Volks-

einkommen für 1888 pro Kopf der Bevölkerung auf 329 Mark; J. Wolf (Sozialpolitik, S. 333) auf rund 500 Mark. Das ist wirklich noch Armut. Wenn die Einkünfte der Wohlhabenderen dazu verwendet werden könnten, die Einkünfte der Ärmeren auf die genannten Durchschnittsbeträge zu erhöhen, so würde unzweifelhaft die ganze Gesellschaft sich als arm erscheinen. Denn mit 329 oder selbst mit 500 Mark Jahreseinkommen hätte eben Jeder nur dasjenige, was heute als kaum über das Unentbehrlichste hinausgehend erscheint.

Warum wir nicht schneller reich werden? Die Antwort ist sehr einfach. Wir können nicht schneller reich werden, weil die Kulturmenschheit sich zu rasch vermehrt.

Das zu Anfang des Jahrhunderts von 175 Millionen Menschen besetzte Europa hat jetzt 360 Millionen zu ernähren, zu kleiden, zu beherbergen und mit Gütern aller Art zu versorgen. „Die technischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts sind zumteil zu Schanden geworden an der maßlosen, in diesem Umfange nie erlebten Prokreation". (J. Wolf.)

Wir wollen diesen Punkt vorläufig nur andeuten. Einem der letzten Kapitel soll es vorbehalten bleiben, ihn ausführlicher zu entwickeln.

7. Die steigende Unzufriedenheit.

Gegenüber der Thatsache, daß wir langsam reicher und reicher — oder sagen wir lieber, weniger arm werden, steht nun aber die andere Thatsache, daß wir mit dem steigenden Reichtume keineswegs glücklicher werden. Und hier müssen wir auch wieder einige Fragen aufwerfen, die freilich nicht erledigt, sondern bloß gestreift werden können. Es sind die Fragen: Ist es wirklich wahr, daß die Menschheit dem Glücksziele nicht näher kommt? Läßt sich diese Thatsache bestimmt nachweisen? Und wenn sie sich nachweisen läßt — worin hat sie ihre Gründe?

Stimmen, welche Unzufriedenheit mit den Zuständen ihrer Zeit äußerten, hat es zu allen Zeiten gegeben; wir vernehmen sie seit den Tagen des Jeremias bis herauf in die jüngste Vergangenheit und in unsere Gegenwart. Das Gewicht dieser Stimmen abzuwägen, fehlt uns ein gültiges Maß; der Versuch dazu wäre eine Arbeit für Danaiden.

Daß die Menschheit aber dem Glücksziele nicht näher kommt, beweist eine Thatsache mit grauenhafter Deutlichkeit. Diese Thatsache ist die wachsende Selbstmordziffer.

Die Moralstatistik findet den Grund der wachsenden Selbstmordzahlen darin, daß die Kraft jener sittlichen Faktoren, welche im Menschen selbst wider das Unglück ankämpfen, im Abnehmen ist. (Vgl. ausführlich Alex. v. Öttingens Moralstatistik.) Wir wollen auf die ferneren Gründe dieses Abnehmens gewisser sittlicher Faktoren nicht eingehen. Das liegt zu weit ab vom Zwecke dieser Blätter.

Was aber betont werden muß, ist der notwendige innere Zusammenhang zwischen der Selbstmordziffer und der Bevölkerungszunahme. Je zahlreicher die Menschen sich anhäufen: um so häufiger muß auch im Einzelnen das Bewußtsein seiner Überflüssigkeit werden, hervorgehend aus der Erwägung, daß er ja doch nur eine winzige Einheit im Schwarm der Millionen ist; eine Einheit, die durch tausend und abertausend gleichwertige Einheiten sofort wieder ersetzt wird. Jeder Einzelne hat eben seinen Anteil am Denken des Kollektivmenschen. Und sobald der Kollektivmensch die Überflüssigkeit einer Anzahl seiner Mitglieder empfindet, teilt sich diese Empfindung Einzelnen mit und wirkt in ihnen als einer jener Faktoren, welche unbewußt das Handeln der Menschen beeinflussen. Weil aber das Bewußtsein der Überflüssigkeit am stärksten werden muß, wo die größten Massen sich zusammenfinden, ist auch der Selbstmord häufiger in den Städten, als auf dem Lande, und in den großen Städten häufiger, als in den kleinen. Daß der Selbstmord bei germanischen und romanischen Völkern weit häufiger ist, als bei slawischen Völkern, mag gleichfalls mit der Volksdichtigkeit

zusammenhängen. Hierbei darf natürlich nicht außer acht gelassen werden, daß dieses instinktive Gefühl der Überflüssigkeit nur eines jener bestimmenden Momente ist, die zum Selbstmord führen können. Weil es aber auch im Kollektivmenschen lebt, beurteilt heute die Gesellschaft den Selbstmörder mit weniger Abscheu und mit mehr Mitleid, als ehedem. Denn die Gesellschaft ahnt, daß dieses Gefühl der Überflüssigkeit als prädisponierende Selbstmord-Ursache in zahlreichen Einzelnen lebt und den Boden bereitet, in welchem hernach wirkliches Unglück als unmittelbare Selbstmord-Ursache wirken kann.

Wenn nun die steigende Selbstmordziffer ein Beweis für die steigende Unzufriedenheit der Gesellschaft ist — woraus geht wieder diese Unzufriedenheit hervor? Wie sie einerseits mit dem Gefühl persönlicher Überflüssigkeit zusammenhängt, ward schon erwähnt. Das kann indessen kaum ihr einziger Grund sein. Es dürfte daher geraten scheinen, die Unzufriedenheit noch einer weiteren Untersuchung zu unterziehen.

Die Unzufriedenheit ist zumteil eine *natürliche*, zumteil eine *künstlich gemachte*.

Natürlich ist sie, soweit sie auf der Einsicht beruht, daß der Fortschritt in der Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände *nicht so rasch* von statten geht, als die Gesellschaft möchte. Die Gesellschaft ist durch einzelne glänzende Fortschritte, welche das Jahrhundert aufweist, verwöhnt worden, namentlich durch die Fortschritte im Verkehrswesen. Die erstaunliche Entwickelung des Verkehrswesens hat der menschlichen Gesellschaft gezeigt, welches betäubende Tempo des Fortschritts für einzelne Gebiete ihres Lebens möglich ist; nun möchte sie natürlich dieses Tempo auch übertragen sehen auf alle anderen Lebensgebiete: auf die Produktion von notwendigen, von nützlichen und von Luxusgütern, auf die Vermehrung aller Arbeitsmittel und auf die Erleichterung der Arbeit; auf die Einkommens- und Vermögensbildung; auf die ganze materielle Lebenshaltung; aber auch auf ihre körperlichen und geistigen Eigenschaften, auf die Entwickelung

ihrer eigenen Genußfähigkeit. Und wenn sie nun sehen muß, daß sie in allen diesen Beziehungen wesentlich zurückbleibt hinter der gedachten glanzvollen Entwickelung: dann muß natürlich die Unzufriedenheit wachsen.

Ein weiterer sehr natürlicher Grund der Unzufriedenheit liegt darin, daß die Wenigsten mit der Verteilung der Erfolge des Gesamtfortschritts zufrieden sind. Das wird immer der Fall sein. So lange es eine Vielheit der Berufe und Arbeiten, so lange es Unterschiede der Gesundheit, der Bildung, des Talents, Unterschiede der Heimat, der Abstammung und des Wohnsitzes giebt: so lange werden auch Klassen von Menschen nebeneinander bestehen. Und jede Klasse wird sich mit den anderen Klassen vergleichen und wird prüfen, wie viel von dem gesamten Fortschritt ihr und anderen Klassen zugekommen ist. Und immer wird die Mehrheit der Klassen sich dabei für benachteiligt halten, wie auch jeder Einzelne sich gegenüber allen anderen für benachteiligt halten wird. Und wenn man Jedem nachweisen könnte, daß seine Lebenshaltung innerhalb der letzten zehn, zwanzig oder dreißig Jahre eine bessere geworden sei, so würden doch neunzig oder fünfundneunzig Prozent der Gesamtheit finden, daß ihre Lebenshaltung nicht in dem Maße besser geworden sei, als sie es — gegenüber Anderen — verdienten. Und man wird hierbei immer unterstützt werden durch den Zufall, der an sich keine Billigkeit und Gerechtigkeit kennt, aber aus dem Leben der Gesellschaft nicht auszumerzen ist.

Als einen sehr natürlichen Grund der steigenden Unzufriedenheit müssen wir auch die zunehmende Unnatur unserer Lebensverhältnisse ansehen. Unser Arbeitsleben wie unser Genußleben wird von Geschlecht zu Geschlecht unnatürlicher. Unser Arbeitsleben wird unnatürlicher durch die zunehmende Arbeitsteilung, durch die immer kompliziertere Arbeitsanordnung, durch die technischen Fortschritte. Alle diese Veränderungen im Arbeitsprozesse tragen dazu bei, die Arbeit von dem, was sie in den natürlichen Zuständen

der Gesellschaft war, immer weiter zu entfernen, ihr die natürlichen Reize des Spürens, Suchens und Erfindens, des siegreichen Kampfes gegen eine widerstrebende Natur zu benehmen. Diese Denaturierung des Arbeitslebens ist eine unabweisbare Folge einerseits des technischen Fortschritts und anderseits der zunehmenden Volksdichtigkeit; sie muß an den Tag treten, gleichviel ob die Wirtschaftsordnung eine sozialistische oder eine kapitalistische ist.

Und wie das Arbeitsleben, so entfernt sich auch das Genußleben von den Naturzuständen, teils infolge der städtischen Konzentration, teils wegen der gesteigerten Durchschnittsbildung und wegen jener Lebenshast, welche ihrerseits wieder mit dem gesteigerten Verkehr zusammenhängt. Die wachsende Nervosität des Zeitalters kann dasselbe nur immer unzufriedener stimmen.

Daß aber die zunehmende Unnatur an der wachsenden Unzufriedenheit als Hauptursache beteiligt sein muß, geht aus einer ganzen Reihe von Thatsachen notwendig hervor. Je natürlicher der Mensch lebt, um so einfacher sind seine Bedürfnisse; je einfacher die Bedürfnisse sind, um so leichter und vollständiger lassen sie sich befriedigen. Hunger und Durst, die einfachsten Bedürfnisse des Menschen, lassen sich bis zur vollen Sättigung befriedigen. Aber der Ehrgeiz, die Eitelkeit, Herrschsucht und Habsucht, Neid und Eifersucht — kurz alle jene Triebe, die erst mit dem Zusammenleben der Menschen erwachsen, sind niemals ganz zu sättigen, zu stillen, zu ertöten, und müssen daher immer nagende Unzufriedenheit schaffen. Und selbst die höchsten Ziele, selbst der Wunsch, das Beste für die Mitwelt zu leisten, sind für den, dessen Leben sie voll beherrschen, ein Grund zu beständiger Unzufriedenheit mit der eigenen Leistung.

Auch die zunehmende Volksaufklärung muß ihren Anteil an der steigenden Unzufriedenheit haben — ohne daß ihr hieraus ein Vorwurf gemacht werden soll. Je unwissender und gedankenloser die Menge dahinlebt, um so eher wird sie geneigt sein, üble Zustände als unabweisbares Geschick hin-

zunehmen — sei es nun, daß sie sich diese Zustände als von einem blinden Fatum oder als von einer unerforschlichen Vorsehung verhängt vorstellt. Je mehr dagegen die Aufklärung fortschreitet, um so mehr wird sich die Menge veranlaßt sehen, hinter allen üblen Zuständen irgend eine Verkettung von Ursachen zu suchen, welche mit menschlichen Einrichtungen zusammenhängt; und man wird demgemäß lebhafte Äußerungen der Unzufriedenheit für berechtigt und für wirkungsvoll halten.

Zu einem guten Teile ist aber die allgemeine Unzufriedenheit nicht natürlich, sondern eine künstlich gemachte, ein Resultat der Agitation. Daß in der Erregung von Unzufriedenheit nicht bloß die Sozialdemokratie arbeitet, sondern sehr lebhaft zeitweise auch die Agitation anderer Parteien, soll nicht verschwiegen bleiben; nur ist die sozialdemokratische Hetze zur Unzufriedenheit heute am stärksten, rücksichtslosesten und erfolgreichsten.

Die künstliche Erschaffung von Unzufriedenheit ist aber heutzutage nicht bloß leichter, sondern auch für das politische Leben notwendiger, als in früheren Zeiten.

Sie ist leichter, weil sie die wirksamen Mittel der Presse und des freien Vereins- und Versammlungsrechtes anwenden kann und weil die Statistik wie das öffentliche Leben eine unendliche Reihe von Thatsachen bekannt werden lassen, aus welchen man bloß diejenigen hervorzuheben braucht, welche zur Unzufriedenheit stimmen, während man diejenigen, die eigentlich zufrieden stimmen müßten, verschweigen kann. Ein unbeschreiblich einfaches Verfahren, welches denn auch von der sozialdemokratischen Agitation in einer früher nie erhörten Weise geübt wird.

Die künstlich gemachte Unzufriedenheit wird aber auch für jede politische Aktionspartei immer notwendiger mit der zunehmenden Demokratisierung unseres Staatslebens. Wer die Massen bewegen will, muß sie natürlich zuerst aufgeregt und empfänglich machen; das werden sie aber nur im Zustande der Unzufriedenheit.

Und die Ergebnisse dieser allgemeinen Unzufriedenheit? Nun — ein gewisser Grad der Unzufriedenheit ist immer ein Sporn des Fortschritts. Allgemeine Zufriedenheit wäre gleichbedeutend mit Stagnation. Aber eine bis zum Übermaß geschürte Unzufriedenheit ist vielleicht noch unheilvoller, als selbst eine zeitweilige Stagnation werden könnte. Ein Übermaß von Unzufriedenheit muß die Kulturmenschheit von dem ersehnten Glücksziele weiter entfernen, als sie dieselbe dem Kulturziele näher bringt; muß eine Summe von Bitterkeit anhäufen, welche den der Menschheit verbliebenen Rest von Frohsinn mehr und mehr verdrängt.

Ob die Kulturmenschheit ihr heutiges Übermaß von Unzufriedenheit selber satt bekommen wird; ob sich ein großer erlösender Genius findet, der sie davon befreit; oder ob sich diese Unzufriedenheit in wilden Ausbrüchen Luft machen wird, deren Ergebnisse doch nur wieder Reaktionen sein können: das ist heute nicht vorherzusehen. Vor dem Übermaße der Unzufriedenheit zu warnen, ist und bleibt aber die Pflicht eines Jeden, der das Wohl der Allgemeinheit aufrichtig im Auge hat.

Dritter Abschnitt.

Die Verwandlung des Privatkapitals in Gemeineigentum.

1. Das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Der unhistorische Sinn der Sozialdemokratie läßt sie das Verhältnis des Menschen zur Natur verkennen. Sie denkt nicht mehr daran, daß das Menschengeschlecht ursprünglich in eine erdrückende übermächtige Natur gesetzt worden ist, mit deren zähnefletschender Grausamkeit gerungen werden mußte; und daß es ein Kulturverdienst jedes Einzelnen war, der dieser Natur ein Stück ihres ungezähmten Wesens abrang und sich zum Meister desselben machte. Die ersten Eigentümer waren auch die ersten Kultur-Pioniere, während die Sozialdemokratie sie bloß als die Pioniere der Ausbeutung ansieht. Die ersten Eigentümer beeinträchtigten keinen Mitlebenden, weil damals noch freie Güter in reichster Fülle zu okkupieren waren. Sie beeinträchtigten bloß die Enkel, von denen sie nichts wissen und nicht ahnen konnten, daß diesen Enkeln einst der Ellenbogenraum knapp zugemessen sein würde.

Das Eigentum der ersten Eigentümer war immer nur aufgespeicherte Arbeit, verkörperte Einsicht und angesammelter wirtschaftlicher Sinn.

Übrigens verschließen sich durchaus nicht alle Sozialdemokraten der Einsicht in den geschichtlichen Gang des Privateigentums. K. Kautsky (Das Erfurter Programm, S. 4, 5) spricht ausdrücklich von der Notwendigkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln für Bauern und Kleinhandwerker, so lange der Kleinbetrieb ersprießlich ist.

Erst lange nach der Erfindung des Privateigentums an Produktionsmitteln konnte dasselbe auch ein gesellschaftsfeindliches Gesicht zeigen. Erst nachdem die Menschheit an Zahl und an wirtschaftlicher Einsicht so gewachsen war, um zu erkennen, daß die von der Natur gebotenen Schätze nicht unendlich waren, daß nicht immerfort neues, ursprüngliches Eigentum geschaffen werden konnte; erst dann fingen die Beraubungen an, welche in die Geschichte des Eigentums ihre Schatten werfen. Erst dann konnte es kommen, daß Eigentum nicht nur durch Unterzwingung der Natur, sondern auch durch Beeinträchtigung anderer Eigentümer entstehen konnte: durch Eroberung, durch Austreibung von Hörigen, durch Ausraubung von Kolonien, durch Mißbrauch öffentlicher Gewalt, durch Aneignung von nutzbaren Hoheitsrechten, durch unzählige Handlungen der Täuschung und Übervorteilung.

Erst dann konnte also eine beginnende „Monopolisierung der Produktionsmittel" fühlbar werden.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist an sich kein Monopol irgend einer Gesellschaftsklasse. Die Produktionsmittel sind vielmehr abgestuft von den bescheidensten bis zu den umfangreichsten. Und die bescheideneren Produktionsmittel sind jedem Arbeiter zugänglich, der ein paar Jahre lang Ersparnisse von seinem Arbeitslohne zu machen verstand. Die sozialdemokratische Agitation freilich will weder das eine noch das andre gelten lassen. Von den kleinen Produktionsmitteln, deren Existenz sie ja nicht leugnen kann, behauptet sie schlechthin, daß alle diese kleinen Produktionsmittel durch die großen erdrückt und erstickt würden; und von der Fähigkeit des Arbeiters, Ersparnisse zu sammeln,

will sie nichts wissen, obwohl die glänzende Zunahme der Sparkasseneinlagen immerfort den Nachweis dieser Fähigkeit liefert.

Und so fordert sie denn schlechthin den Übergang der Produktionsmittel aus Privateigentum in Kollektiveigentum. Die Expropriation des Privatkapitals ist der Kernpunkt des sozialdemokratischen Programms; an ihn schließt sich dann als notwendige Folge die gemeinsame Produktion mit gemeinsamen Produktionsmitteln.

Es muß jede Betrachtung der Sozialdemokratie auf diese Kernpunkte des Programms ihre ganze Aufmerksamkeit richten. Das soll denn auch in den folgenden Blättern geschehen.

2. Rechtsgrund der Expropriation.

Als rechtliche Grundlage der Expropriation des Privatkapitals kann die Sozialdemokratie nur die vermeintliche Besserung des Gemeinwohls angeben. Das heißt: die Hoffnung, daß mit der Expropriation und mit der sozialistischen Regelung von Produktion und Handel das Gemeinwohl gesteigert würde, daß die menschliche Gesellschaft dem Glücksziele und dem Kulturziele nähergebracht würde.

Diese Hoffnung, das Truggespenst, mit welchem die Sozialdemokratie sich Anhänger wirbt, ist in keiner Form begründet.

So viele Jahrtausende auch die menschliche Kultur durchschritten, so viele Wandlungen sie erlebt hat: ein dauerndes, gelungenes sozialistisches Gemeinwesen hat sie nicht aufzuweisen. Wo wir in irgend einem geschichtlichen Staatswesen ausgeprägte sozialistische Züge finden, waren es Staatswesen, die entweder keinen höheren Kulturgang nahmen oder jene sozialistischen Züge im Fortgang ihrer Gesittung selbst verwischten. Wären gemeinsame Produktionsmittel und sozialistische Produktion wirklich von so

günstigen glänzenden Wirkungen begleitet, wie die Sozialisten diese Wirkungen schildern, so hätte die fortschreitende Menschheit auf jene sozialistischen Züge nicht verzichtet, sondern sie stetig ausgebildet, wie sie anderes stetig ausgebildet hat.

Die Frage um den Rechtsgrund der Expropriation des Privatkapitals ist demnach folgendermaßen gelagert. Diejenigen, welche die Expropriation fordern, müssen den Nachweis dafür liefern, daß die Expropriation dem Gemeinwohl mehr Vorteile, als Nachteile bringen werde. Dieser Nachweis ist bis jetzt nicht im entferntesten geliefert. Die Staatsromane, die sich bisher mit der Schilderung der glückseligen Zustände einer sozialistischen Gemeinschaft befaßten, waren genötigt, eine plötzliche und unbegreifliche Verbesserung des menschlichen Charakters als Grundlage ihrer erträumten paradiesischen Zustände anzunehmen. Wenn man aber eine solche Verbesserung als möglich hinstellt: dann bedarf es nicht erst einer Expropriation des Privatkapitals; dann wird jede Staats- und Gesellschaftsform als zu solchen paradiesischen Zuständen hinführend dargestellt werden können. Als man die Leibeigenschaft und die Frondienste aufhob: da lag die Förderung des Gemeinwohls und damit auch der Rechtsgrund dieser Maßregel offen zu Tage. Eine Berufung auf diesen Vorgang ist kein Beweis für einen Rechtsgrund der Aufhebung des Privatkapitals.

Aber gehen wir einen Schritt weiter, zur Betrachtung der Möglichkeit und Schwierigkeit einer Durchführung der Expropriation.

3. Was sind Produktionsmittel?

Schon die Ausscheidung dessen, was überhaupt als Produktionsmittel zu bezeichnen ist, wäre durchaus keine ganz leichte Aufgabe. Daß ein Ackerfeld, eine Schafherde, eine Fabrik, ein Wald, ein Bergwerk Produktionsmittel sind, ist ja zweifellos, ebenso wie es zweifellos ist, daß eine Reihe von Dingen nur als Konsumtionsgüter erscheinen. Aber es giebt Dinge genug, die gleichzeitig als Produktionsmittel

und als Konsumtionsgüter erscheinen, wie etwa ein Pferd, welches zum Arbeiten oder zum Spazierenfahren, ein Klavier, welches zum Konzertgeben oder zum häuslichen Spiel benutzt werden kann.

Indessen würde doch die Ausscheidung durchaus nicht unmöglich sein, wenn sie auch von vornherein schon Ärgernis und Verstimmung genug in den großen Expropriationsprozeß hineintragen würde. Die expropriierende Sozialdemokratie könnte vielleicht großmütig genug sein, um sich für den Anfang mit der Sozialisierung der Grundstücke und ihres Zubehörs, der Fabriken, Werkstätten, Maschinen, Verkehrsmittel, Bergwerke ꝛc. zu begnügen und jene beweglichen Vermögensbestände, welche gleichzeitig als Produktionsmittel und Verbrauchsgegenstände dienen können, ihren bisherigen Eigentümern zu belassen, in der Erwägung, daß diese Gegenstände doch zu keiner weiteren Anhäufung von Privatkapital mehr führen können.

Schwierigkeiten würde der fehlende scharfe Unterschied von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern immer bereiten. Es würde sich bald zeigen, daß Gebrauchsgüter durch Menschen von technischem Geschick wieder in Produktionsmittel umgewandelt werden können. Ein silberner Löffel z. B. kann von künstlerischer Hand in ein Schmuckstück umgewandelt, ein altes schlechtes Ölbild kann von einem Maler als Malerleinwand verwendet werden. Es ist also schlechterdings unmöglich, eine ganz bestimmte Grenze zwischen Produktionsmitteln und Verbrauchsgütern zu ziehen. Und man darf nicht glauben, daß der menschliche Erfindungsgeist bei diesen einfachen Vorgängen der Verwandlung stehen bleiben würde. Wollte die Sozialdemokratie solche Leistungen verbieten und bestrafen, so würde sie den harmlosesten Dilettantismus auch unmöglich machen; wollte sie dieselben zulassen, so würde neues Unternehmertum entstehen. Und die Fälle, wo Verbrauchsgüter als Produktionsmittel verwendet oder in solche umgewandelt werden können, sind nicht etwa seltene Ausnahmen. Jeder Bettüberzug, jeder Vorhang läßt sich als

Kleiderstoff, also als Produktionsmittel verwenden; jedes Stück Brennholz als Werkholz, jedes alte Möbel als Rohstoff für die Erzeugung eines neuen, jedes alte Eisengerät als Rohmaterial für Schmiede und Schlosser; jeder Glasscherben als solches für Glasfabriken u. s. f.

Man sieht leicht: die Schwierigkeit in der Bestimmung dessen, was als Produktionsmittel und was als Gebrauchsgut zu bezeichnen sei, hebt hauptsächlich bei dem an, was die bisherige Nationalökonomie als umlaufendes Kapital bezeichnet. Rohstoffe für die Fabrikation sind unzweifelhaft Produktionsmittel und müssen nach sozialdemokratischem Grundsatz Kollektiveigentum sein. Als Rohstoffe für die Fabrikation lassen sich aber auch Verbrauchsgüter verwenden. Wo ist die Grenze?

Die sozialistische Gesetzgebung und Verwaltung würde ununterbrochen in die Lage kommen, hierüber Entscheidungen treffen zu müssen.

Hammer und Zange, Nägel, Bleistifte, Maßstäbe, Nadel und Faden, Kochgeschirr ꝛc.: das sind im gewöhnlichen Familienhaushalt Gebrauchsgegenstände. Sie sind aber zugleich Produktionsmittel. Wie will die sozialistische Verwaltung hier eine Ausscheidung treffen?

Und sobald sie nicht ausscheidet, sondern Rohstoffe und Werkzeuge Privateigentum bleiben läßt — wie will sie es einrichten, daß mit diesem Privateigentum doch eine gemeinsame planmäßige Produktion getrieben werde? Wie will sie es verhüten, daß der private Handel sich dieser Dinge bemächtige?

Auf solche Fragen aber geht die sozialdemokratische Theorie nicht ein, da pflegt sie vorsichtig auszuweichen.

Ebenso vorsichtig drücken sich manche Sozialdemokraten um die Frage, ob alle oder bloß gewisse Produktionsmittel sozialisiert werden sollen. K. Kautsky (Erfurter Programm, S. 150) erkennt an, daß für einen sozialistischen Betrieb nur das genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln des Großbetriebs notwendig und vorteilhaft sei,

während Kleinbetrieb mit genossenschaftlichen Produktionsmitteln ein Widerspruch sei.

Es scheint also, daß ein Teil der Sozialdemokraten bloß das Großbetriebskapital expropriieren will. Wenn diese Absicht nicht bloß Bauernfang ist, der die Kleinhandwerker und Kleingrundbesitzer auf die Seite der Sozialdemokratie ziehen soll, würde freilich eine solche Auslegung des sozialdemokratischen Programms dasselbe wesentlich erreichbarer erscheinen lassen. Schließlich — meint auch Kautsky — würde doch der Kleinbetrieb auch aufhören; aber nicht indem er, wie es heute geschieht, durch den Großbetrieb gegen seinen Willen aufgesogen wird, sondern indem er in schmerzloser und rascher Weise vom Großbetrieb angezogen wird; indem die Kleinunternehmungen freiwillig ihre Produktionsmittel der Gesamtheit zur Verfügung stellen.

Bis das von Seiten der Kleingrundbesitzer geschieht, können wohl noch ziemlich viele Jahrhunderte vergehen, wenn man erwägt, wie alt der landwirtschaftliche Kleinbetrieb jetzt schon ist.

Auf jeden Fall verdient das Projekt, bloß die Großbetriebe zu sozialisieren, die Sozialisierung der Kleinbetriebe aber den Kleinunternehmern selbst zu überlassen, eine besondere Beleuchtung — ob es nun ernsthaft gemeint ist oder nicht.

In diesem Projekt liegt ein auf halbem Wege stehen gebliebener Sozialismus. Die Sozialisierung bloß der Großbetriebe würde den größten Teil des Privatkapitals fortbestehen lassen. Sie würde den sozialdemokratischen Grundsatz der Umwandlung des Privatkapitals in Kollektivkapital unvollendet lassen. Zum Schutze des noch verbleibenden Privatkapitals müßten bestehende Eigentums- und Rechtsverhältnisse bleiben; ebenso würde das Geld- und Kreditwesen der heutigen Wirtschaftsordnung in der Hauptsache fortdauern. Da aber eine plötzliche und durchgreifende Besserung aller sozialen Zustände durch die Sozialisierung der Großbetriebe nicht herbeigeführt werden könnte, würden Unzufriedenheit und sozialistische Agitation fortdauern.

4. Wer soll expropriieren?

Einen schwierigen Punkt seines Kerns hat das sozialdemokratische Programm hinter einer objektivischen Fassung versteckt, indem es die Umwandlung des Privat-Produktivkapitals in gesellschaftliches Eigentum fordert.

Wer soll die „Gesellschaft" sein?

Daß es sich nicht mehr um bloße Produktivassociationen handelt, ist bekannt. Das Postulat Lassalles ist längst verlassen; ein Übergang der Produktionsmittel an Produktivassociationen würde nur zu einer Konkurrenz derselben untereinander, zu einer anderen Form des Privatkapitals führen. Damit könnte sich die Sozialdemokratie nicht mehr zufrieden geben.

Ein Übergang der Produktionsmittel an kleinere politische Gemeinschaften. liegt ebenfalls nicht im Sinne der Sozialdemokratie. Sie könnte ihn vielleicht als einen vorübergehenden Zustand, als Mittel zum Zwecke acceptieren; doch erscheint dies zum mindesten als zweifelhaft. Denn leicht könnten Städte, Distrikte, Provinzen einen partikularistischen Sozialismus der Bildung größerer sozialisierter Gemeinschaften vorziehen und ihr, wenn sie einmal im Eigentum der Produktionsmittel säßen, viel energischeren Widerstand leisten, als es die zu expropriierenden Privateigentümer und Aktiengesellschaften vermöchten.

Entsteht also die Frage, ob die expropriierenden Produktionsmittel Eigentum der in einem Staate oder in einem Staatenbunde zusammengeschlossenen Volksgesellschaft werden sollen. Von hervorragenden Sozialdemokraten wird das Fortbestehen des Staates nach Einführung der sozialistischen Ordnung geleugnet.

An Stelle des Staates tritt nach dieser Anschauung die „geordnete Gesellschaft".

Das ist entweder ein Irrtum oder eine bloße Wortklauberei.

Die sozialdemokratische Theorie begründet ihre Anschauung damit, daß der Staat nur eine auf Klassenherrschaft beruhende Gesellschaftsordnung sei, daß er keinen Zweck habe, als die Aufrechterhaltung der jeweiligen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse.

Das ist entschieden falsch. Wir wissen ja aus der Geschichte, daß Staaten sich erhalten haben, auch wenn die jeweiligen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse sich änderten. Es ist falsch, den Staat lediglich als eine Anstalt zum Schutze des Privateigentums anzusehen. Der Staat ist vielmehr eine Einrichtung, unter deren Schutz eine geordnete Entwickelung des ganzen Volkslebens sich vollziehen soll. Ob Kapitalismus, ob Sozialismus herrscht: eine Macht wird immer vorhanden sein müssen, welche eine bestehende Ordnung gegen gewaltthätige Übergriffe des Einzelnen zu schirmen hätte.

Wenn es dem Sozialismus gelänge, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen, müßte immer noch eine Macht vorhanden sein, um das gemeinsame Eigentum gegen Übergriffe der Einzelnen zu schützen. Dann bestünde also doch wieder eine Autorität, welche dem Einzelnen sowie gewissen Gruppen und Gesamtheiten Pflichten auferlegt und Rechte zuerkennt — um des geordneten Weiterlebens willen.

Eine solche Macht ist dann eben auch ein Staat, wenn auch ein Staat in anderer Form. Einen solchen Staat nicht mehr Staat nennen zu wollen, ist eine zwecklose Wortklauberei.

Eine sozialistische Ordnung müßte sich aber notwendig innerhalb eines bestimmten räumlichen Gebiets bethätigen. Denn da alle Produktionsmittel irgend einen Platz im irdischen Raum einnehmen, kann man nicht die Gemeinsamkeit der Produktionsmittel dekretieren, ohne ein bestimmtes geographisches Gebiet im Auge zu haben, für welches eine solche Bestimmung Geltung haben soll.

Und da der einzelne Staat es ist, welcher bei der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung das Privateigentum innerhalb seines Gebietes beschützt, könnte eine Verwandlung des Privatkapitals in Gesellschaftseigentum nur staatenweise vor sich gehen.

Auf unsere deutschen Verhältnisse angewendet, würden sich diese Erwägungen in den Fragen zuspitzen, ob die Sozialdemokratie eines einzelnen deutschen Staates im stande wäre, unabhängig von den übrigen deutschen Staaten eine Umwandlung des Privatkapitals in Kollektivkapital innerhalb ihres Staates durchzusetzen; und ob umgekehrt ein von einer sozialdemokratischen Reichstagsmehrheit etwa einmal gefaßter Beschluß ohne Zustimmung des Bundesrates und der Einzelstaaten in das staatliche Leben der letzteren übersetzt werden könnte.

Abgesehen von etlichen Verfassungsbrüchen, welche hierzu erforderlich wären, müßte der föderative Charakter des Reiches jeder Plötzlichkeit in der Umwandlung der sozialen Zustände die stärksten Hindernisse entgegensetzen.

5. Der Zeitpunkt der Expropriation.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Expropriation lassen die Sozialdemokraten kaum etwas ahnen. Bebel hat zwar den Zusammenbruch der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung noch im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts prophezeit; allein diese Prophezeihung ist mit derselben Kühlheit zu beurteilen, wie alle Überschwänglichkeiten dieses Führers.

Weit sicherer dürfen wir annehmen, daß die Besonneneren unter den Sozialdemokraten sich in diesem Punkte keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben.

Die deutsche Sozialdemokratie insbesondere ist genügend geschult, um den plötzlichen, „blitzartigen" Sieg der sozialdemokratischen Idee, wie ihn Bebel in Aussicht stellt, für eine phantastische Übertreibung zu halten. Wenn sie nicht von Größenwahn befangen ist, muß sie mit dem allmählichen

Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl rechnen, wie sich dieses Anwachsen in den seitherigen Wahlkämpfen zum Reichstage gestaltet hat. Wenn man erwägt, daß seit dem Auftreten Lassalles nunmehr dreißig Jahre verflossen sind, kann man sich einigermaßen Vorstellungen über das Tempo in der Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen machen.

Wir wissen nicht, wie weit die Geduld der deutschen Sozialdemokratie reicht, wie lange sie sich damit begnügen wird, die Herren Liebknecht und Bebel, Singer und Vollmar im Reichstag sprechen zu hören und aus diesen Reden den Trost zu schöpfen dafür, daß man noch so weit entfernt ist von der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms.

Jedenfalls aber wird die Sozialdemokratie Geduld haben müssen. Und wenn der große ‚Kladderadatsch' nicht, wie Bebel prophezeite, noch im Laufe des Jahrhunderts eintritt, wird man sich ein weiteres Hinausschieben dieses Termins gefallen lassen müssen. Nimmt einstweilen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zu, so kann mit ihr natürlich auch die Hoffnung auf die Verwirklichung des Programms bei den Parteiangehörigen wachsen. Es ist Sache der parlamentarischen Taktik und der Agitation, wie sie dafür sorgt, daß das Vertrauen in die Führerschaft erhalten bleibe.

Es ist aber nicht bloß möglich, sondern sehr wahrscheinlich, daß mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl zugleich der Gegensatz zwischen den Geduldigen und den Ungeduldigen innerhalb der Partei sich verschärft. Das liegt in der Menschennatur. Die Geschichte alles Parteiwesens zeigt uns, daß im Innern von Parteien, welche sehr lange bestehen, nach und nach tiefgehende Spaltungen einreißen.

Sollte die sozialdemokratische Partei eine Ausnahme machen?

Die Expropriation des Privatkapitals wäre unzweifelhaft eine Riesenaufgabe. Man könnte daran denken, diese Riesenaufgabe allmählich zu lösen, jene Gruppen von Produktions-

mitteln, die durch ihre Entwickelungsgeschichte der Expropriation selbst am meisten vorgearbeitet haben, zuerst zu expropriieren; die übrigen dagegen noch eine zeitlang als Privatkapitalien fortbestehen zu lassen.

Die Expropriation würde bei solchem schrittweisen Vorgehen voraussichtlich zuerst die noch bestehenden Privateisenbahnen ergreifen; dann das Bergwerkseigentum und im Zusammenhange mit demselben die Hüttenwerke, soweit sie Eigentum von Handelsgesellschaften sind; hernach das Eigentum aller auf Aktien gegründeten industriellen Unternehmungen. In welcher Reihenfolge das Gemeinde-, Korporations- und Stiftungseigentum an die Expropriation glauben müßte: das zu untersuchen, ist vorläufig müßige Spekulation, wie auch die Untersuchung, ob die Expropriation des städtischen Grundeigentums der des landwirtschaftlichen Eigentums notwendig vorangehen müßte oder nicht, und ob das Grundeigentum zunächst an die Gemeinden und von ihnen erst an die Gesamtheit oder gleich direkt an die letztere übergehen sollte. Wir wollen es den sozialistischen Theoretikern überlassen, die Opportunität der Reihenfolge näher zu untersuchen.

Hier muß nur auf zwei Thatsachen hingewiesen werden, die mit einer solchen schrittweisen Expropriation notwendig zusammenhängen.

Die eine dieser Thatsachen ist die, daß die schrittweise Expropriation zunächst eine fortwährende Stärkung des staatssozialistischen Gedankens sein muß. Eine schrittweise Expropriation kann nur durch den Staat erfolgen; denn so lange noch ausgedehnte Bestandteile von Privatkapital bestehen bleiben, müßte ja auch der Staat bestehen bleiben. Durch jede gelungene Expropriation würde nur der Staatsallmacht neue Kraft zugeführt werden. Es würden immer mehr Betriebszweige verstaatlicht und von Staatsbeamten geleitet, die Leiter jedes verstaatlichten Betriebs würden Stützen und Pfeiler der bestehenden Gesellschaftsordnung

werden. Im Sinne der Sozialdemokratie kann dieser Vorgang kaum liegen.

Die andere Thatsache aber ist die, daß eine schrittweise Expropriation, durch den bestehenden Staat vollzogen, nur stattfinden könnte unter dem vollen gesetzlichen Schutz dieses Staates, also auch nur gegen eine volle Entschädigung an die expropriierten Unternehmer. Wir wollen hier die Frage nicht erörtern, ob und wie die modernen, mit Schulden schon überlasteten Kulturstaaten eine solche Entschädigungslast zu tragen vermöchten. Aber darauf muß doch hingewiesen werden, daß jeder Rententitel der Entschädigungssummen nur eine weitere Stütze des historischen Staats und des Kapitalismus würde, und zwar um so stärker, je mehr der Volkswohlstand stiege und die Rententitel in den breitesten Schichten der Bevölkerung untergebracht werden können. Die Entschädigung würde eben die Staatsgläubiger enorm vermehren; jeder neue Staatsgläubiger aber wäre wieder ein Parteigänger mehr für die staatserhaltenden Parteien.

Also auch von diesem Gesichtspunkte aus hat die schrittweise Expropriation, die Verstaatlichung, Bedenkliches für die Sozialdemokratie. Vielleicht können einzelne sozialistische Theoretiker sich über diese Bedenken mit Hilfe des Gedankens hinwegtrösten, daß, während der Staatssozialismus ihnen allerhand technische Vorarbeiten besorgt, gleichzeitig die sozialdemokratische Idee an innerer Kraft und Verbreitung gewinnen kann, daß daher der Staatssozialismus als Übergangsstufe benutzt werden kann.

Viele Freunde hat dieser Gedanke heute unter der Sozialdemokratie nicht. Das kann sich aber ändern. Eine derartige Änderung wäre nicht einmal die bedeutendste unter den Wandlungen und Häutungen der Sozialdemokratie.

6. Die Mittel zur Expropriation.

Die zwangsmäßige Enteignung der privaten Produktionsmittel fordert ferner zur Erörterung der Frage auf, in welcher Form sich die Sozialdemokratie die Expropriation

denkt. Genauer ausgedrückt: ob man an eine Entschädigung der Expropriierten denkt; in welcher Höhe und in welchen Werten diese Entschädigung geleistet werden soll.

Alle diese Fragen hängen unter sich zusammen, so daß sie nicht gut gesondert betrachtet werden können.

Die Entschädigungsfrage wird von den sozialistischen Theoretikern meist flüchtig behandelt. Es liegt nahe zu vermuten, daß die Frage, falls sie jemals praktisch werden würde, als Gewaltfrage behandelt würde. Die Leiter der sozialistischen Umwälzung würden eben im Moment der Umwälzung zu erwägen haben, wie weit sie Entschädigung gewähren oder wenigstens versprechen müssen, um eine genügende Majorität für ihre Umwälzung zu finden und nicht den erbittertsten Verzweiflungskampf der Eigentümer heraufzubeschwören.

Ohne einen solchen Verzweiflungskampf würde es nicht abgehen, sobald die Entschädigung eine ungenügende wäre. Und zwar müßte dieser Verzweiflungskampf örtlich sehr verschiedene Dimensionen und ungleiche Lebhaftigkeit annehmen je nach der Anzahl, nach der Kraft und Energie der Eigentümer in den einzelnen Landesteilen.

Eine genügende Entschädigung zu bieten wäre die sozialdemokratische Verwaltung niemals imstande. Denn sie könnte, ihrem Prinzip entsprechend, die Entschädigung weder in ewigen Renten, noch in akkumulationsfähigen Kapitalien gewähren, sondern nur in Gebrauchsgütern, oder — da Gebrauchsgüter in genügender Menge und von entsprechender Dauerhaftigkeit nicht vorhanden sind — in Anweisungen auf den künftigen Bezug von Gebrauchsgütern, in „Genußscheinen".

Kein Eigentümer von Grundstücken, Häusern oder verzinslichen Forderungen würde mit solcher Entschädigung zufrieden sein und sich gutwillig zu derselben herbeilassen. Nur durch Drohungen oder Gewaltmaßregeln könnten die Eigentümer gezwungen werden, in die Entschädigung zu willigen.

Dabei hätten die Leiter der sozialdemokratischen Umwälzung freilich die Möglichkeit, mancherlei Umwege zu machen, ehe sie zur vollen Expropriation gelangen.

Hinsichtlich der ländlichen Grundbesitzer liegt zunächst die Möglichkeit vor, denselben Vorschläge zu einer Form der Expropriation zu machen, welche zwar das Grundeigentum zum Gesellschaftseigentum macht, aber doch die bisherigen Eigentümer, etwa als erbliche Verwalter, oder doch für eine oder ein paar Generationen in der Bewirtschaftung beläßt.

Ohne Zweifel würden sich stark verschuldete Grundeigentümer in eine Expropriation auf solcher Grundlage finden.

In ähnlicher Weise ginge es auch an, die Bergwerks- und Fabriksbesitzer, die Unternehmer von Verkehrsanstalten, die Besitzer großer städtischer Zinshäuser und andere Eigentümer ansehnlicher Produktionsmittel in der Weise zu entschädigen, daß sie als entsprechend besoldete Verwalter gesellschaftlicher Unternehmungen weiter fungierten.

In all diesen Fällen hätte man eine Entschädigung mittels garantierter nutzbarer Rechte, statt der unmöglichen und unzulässigen Entschädigung in Kapitalsform.

So bestechend diese Entschädigungsform auf den ersten Anblick erscheint, darf man sich doch die ungeheuren Schwierigkeiten nicht verhehlen, mit welchen sie verbunden wäre. In jedem zu expropriierenden Unternehmer wäre sofort ein aufs höchste gesteigertes Interesse vorhanden, die günstigsten Entschädigungsbedingungen zu erhalten. Wenn auch die bis dahin von den Unternehmern gezahlten direkten Steuern gewisse Anhaltspunkte für die ihnen zu gewährenden Entschädigungswerte bieten könnten, müßte doch ein einmaliges allgemeines Entschädigungsverfahren die geschäftskundigen Unternehmer, welche expropriiert werden sollen und die im Schätzungswesen noch ungewandten Expropriationsbehörden in einen Gegensatz bringen, der überreich an Schwierigkeiten wäre. Die ganze geschäftliche Erfahrung würde von den Unternehmern und Eigentümern angespannt, um in der

Erreichung günstigster Entschädigungsbedingungen auf Kosten der Gesamtheit Vorteile zu erhaschen. Man erinnere sich nur an die Schwierigkeiten, welche seinerzeit, als das Tabakmonopol dem Reichstage vorlag, hinsichtlich der Entschädigungsfrage sich boten. Und damals handelte es sich bloß um die Expropriation eines einzigen Geschäftszweiges!

Und welches Labyrinth verwickeltster Rechtsverhältnisse würde durch eine derartige Form der Entschädigung geschaffen! Welche beständige Quelle von Zwistigkeiten zwischen den mit dauernden Rechten ausgestatteten Entschädigten und den Behörden der sozialistischen Verwaltung!

Und doch erscheint diese Art der Entschädigung als die einzige Möglichkeit einer halbwegs friedlichen Lösung der Expropriationsfrage und zugleich als die einzige Möglichkeit, die Geschäftskenntnis der bisherigen Unternehmer fortdauernd im Interesse der Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Eine Entschädigung der Eigentümer und Unternehmer durch erbliche Rechte wäre zwar sozialistisch, aber nicht sozialdemokratisch. Die Sozialdemokratie würde sich grundsätzlich kaum dazu verstehen, eine Klasse von erblich Berechtigten zu schaffen, wenn auch diese Berechtigten nur Verwalter im Dienste der sozialistischen Gemeinschaft wären. Sie würden doch als eine bevorzugte Klasse erscheinen; und das könnte die Sozialdemokratie nicht dulden.

Aus diesem Grunde wohl hat Schäffle in seiner „Quintessenz des Sozialismus" die Möglichkeit einer Ablösung durch erbliche Berechtigungen gar nicht ins Auge gefaßt, sondern angenommen, daß die Entschädigung nur in der Zuweisung von Genußmitteln geschieht. Man wird ihm zustimmen müssen, daß bei dieser Art von Ablösung auch die Riesenvermögen der heutigen Großmillionäre in kurzer Zeit verschwinden sein würden. Diese kolossalen Kapitalvermögen würden jedes zunächst in einen erstickenden Reichtum von Genußmitteln umgewandelt, mit dessen Verbrauch

eine oder wenige Generationen fertig würden. Eine Anhäufung neuer Renten, neuen arbeitslosen Einkommens aus solchen Entschädigungsmassen wäre ausgeschlossen.

Einen fast ähnlichen Erfolg würde die Ablösung der Produktionsmittel durch ein in enormen Summen auszugebendes Staatspapiergeld haben. Es läge ja nahe, zu diesem Mittel zu greifen. Nachdem aber die französische Nation mit den Assignaten so üble Erfahrungen gemacht hat, ist es doch einigermaßen zweifelhaft, ob noch einmal ein Kulturvolk so thöricht ist, sich einer mit solcher Papiergeldwirtschaft verbundenen Krisis auszusetzen.

Immerhin muß die Möglichkeit hier gestreift werden.

Dabei wären freilich die Wirkungen ziemlich verschieden, jenachdem durch ein zu diesem Zweck emittiertes Papiergeld die Produktionsmittel auf einmal oder allmählich, in einer gewissen Reihenfolge, abgekauft würden.

Eine plötzliche Ablösung aller Produktionsmittel durch Papiergeld würde notwendig den furchtbarsten Kurssturz dieser papiernen Umlaufsmittel zur Folge haben, eine Veränderung aller Werte, eine wirtschaftliche Verwirrung, von deren Umfang wir uns kaum einen Begriff machen können. Da neue Produktionsmittel nicht mehr erworben werden könnten, würde der durch die Entschädigungssummen in die Volkswirtschaft gebrachte Vorrat an Papiergeld nur mehr zum Ankaufe von Genußmitteln, sowie zu Leihgeschäften verwendet werden.

Eine allmähliche Ablösung durch solches Papiergeld könnte nur die Wirkung einer allmählichen Entwertung desselben haben. Dabei wäre der Schaden im ganzen der gleiche, nur würde er sich höchst ungleichartig auf die Reihenfolge der expropriierten Produktivmittel verteilen. Die zuerst Expropriierten hätten die höchsten Schäden zu tragen. Aber schon nach den ersten Expropriationen würde der Wert des Papiergeldes ein so unsicherer, daß die Abschätzung der zu expropriierenden Produktionsmittel zu den gröbsten Will-

kürhandlungen und zur äußersten Unzufriedenheit der Expropriierten führen müßte.

7. Konfiskation ohne Entschädigung.

Wir müssen aber auch, so unbegreiflich sie dem in modernen Rechtsbegriffen aufgewachsenen Menschen klingen mag, die Expropriation ohne Entschädigung ins Auge fassen. Es wäre ja nicht undenkbar, daß während und infolge der sozialistischen Umwälzung alle Rechtsbegriffe bei einer Majorität umgestaltet würden.

Bei der Expropriation ohne Entschädigung hätte die sozialistische Gesellschaft bloß zu erklären, daß alle Produktionsmittel, einschließlich der Wertpapiere und des Bargeldes, fortan Kollektiveigentum seien. Da man aber das Kollektiveigentum nicht schutzlos, ohne Inventar und ohne bewirtschaftende Leitung lassen kann, müßten die bisherigen Eigentümer vorläufig zu Verwaltern des in ihren Händen befindlichen Kollektiveigentums ernannt und ihnen ein Schutzrecht und vorläufiges Nutzungsrecht desselben übertragen werden. Über die Art und Weise, wie sie dieses Nutzungsrecht ausüben, müßten die Inhaber von Kollektiveigentum alljährlich Berichte an eine vorgesetzte Behörde erstatten; bei ungeeigneter, antisozialer Benutzung würde ihnen, etwa nach vorhergehenden Mahnungen, das Nutzungsrecht entzogen; ungenaue Berichte unterlägen strengen Defraudationsstrafen; zur Kontrolle der Berichte könnten Visitationen, Ausschüsse von Berufsgenossen und, bei größeren wirtschaftlichen Unternehmungen, ergänzende Berichte von Arbeiterausschüssen dienen. Man denke sich den Organismus unserer heutigen Steuerverwaltung im höchsten Grade vervollkommnet und mit ausgedehnten sozialpolitischen Machtbefugnissen, bis zur Vermögenskonfiskation, ausgestattet: dann hätte man diese Form des Sozialismus. Es wäre eine Form des Sozialismus, welche ausginge von dem Grundgedanken, dem Egoismus der Einzelnen Spielraum zu lassen, aber doch ihn innerhalb der Grenzen der Moral zu halten, ihn

an schädlicher Ausbeutung der Schwachen zu hindern und ihn zum allgemeinen Wohle recht gründlich zu besteuern. Ob und wie weit die den einzelnen Inhabern von Kollektiveigentum überlassenen Nutzungsrechte erbliche oder bloß persönliche wären: das wäre wieder eine Frage für sich, deren Entscheidung freilich dem ganzen System ein sehr verschiedenes Gesicht geben müßte. Eine wirklich energische Bethätigung des Egoismus im Interesse lebhafter Produktion wäre nur von der Erblichkeit der Nutzungsrechte zu erwarten.

Der sozialistische Gedanke läge bei diesem System also nur darin, daß das Eigentum geteilt gedacht ist. Der Einzelne ist Untereigentümer auf Ruf und Widerruf, Obereigentümerin die Gesamtheit. Und der Egoismus der Untereigentümer in der Bewirtschaftung ihres Lehens ist frei, aber schuldig, Rechenschaft abzulegen und zu steuern.

Das System hätte gewisse theoretisch richtige Züge, wäre aber praktisch, wie jedes sozialistische System, nur durchführbar, wenn man Gewähr dafür hätte, daß die leitenden Wirtschaftsbeamten, vor welchen der Einzelne über seine Wirtschaftsführung Rechenschaft abzulegen hat, stets das nötige Maß von Weisheit und Gerechtigkeit, von Wohlwollen und Strenge, von wirtschaftlicher und technischer Erfahrung hätten. Ohne diese idealen Eigenschaften der Aufsichtsbeamten müßte das System entweder zu Schlendrian und Korruption oder zur unerträglichsten Polizeiherrschaft und zu einer unendlichen Kontrollarbeit führen.

Gesetzlich das ganze System zu ordnen wäre unmöglich wegen der unendlichen Mannigfaltigkeit und wegen des steten Fließens der einzelnen zu regelnden Wirtschaften. Man wäre genötigt, nur die Grundzüge des Wirtschaftsbetriebes für die Haupterwerbszweige festzustellen und die Regelung der Einzelheiten den einzelnen wirtschaftenden Persönlichkeiten und den die Aufsicht über sie führenden Wirtschaftsbeamten, Kontrolleuren und Inspektoren zu überlassen. Die mannigfachsten Abstufungen in der Strenge der

Bevormundung wären dabei denkbar; von Seiten waschechter Sozialisten könnte das System aber immer nur als eine Übergangsstufe zum reinen Gesellschaftsbetrieb acceptiert werden.

Es ist zweifellos, daß die Überführung der Privatkapitalien in Gemeinbesitz auf diese Weise denkbar wäre. Es würden eben die Privatunternehmer so lange mit Arbeiterschutzmaßregeln, Steuern, obrigkeitlichen Lohnbestimmungen, vielleicht auch mit Bestimmungen über erzwungene Aufnahme arbeitsloser Arbeiter drangsaliert, bis eine Unternehmung nach der andren ihren Betrieb aufgeben, ihn der Gesellschaft zur Verfügung stellen würde.

Diese Form der Sozialisierung hätte nur den Nachteil, an eine sehr lange Übergangszeit gebunden zu sein und während dieser Übergangszeit die Produktion notwendig stark zu verringern, weil die Unternehmer die Lust an ihren Unternehmungen verlieren und Verbesserungen ihrer Produktionsmittel, die sie ja doch als verfallen ansehen, nicht mehr vornehmen würden. Namentlich würden jene Unternehmungen, die auf auswärtigen Absatz angewiesen sind, die Konkurrenzfähigkeit im Auslande verlieren und der Reihe nach den Betrieb einstellen.

Verarmung der Gesellschaft würde in diesem Falle schon vor der vollendeten Durchführung der Sozialisierung die wahrscheinliche Folge sein.

Vierter Abschnitt.

Die sozialdemokratische Betriebsordnung.

1. Die Bedarfsbestimmung.

Gehen wir einen Schritt weiter und nehmen wir an, die Expropriation des Privatkapitals sei in irgend einer Weise erfolgt und es handle sich nun darum, die sozialistische Produktion und Güterverteilung einzurichten.

Selbstverständlich müßten die Schwierigkeiten der Betriebsorganisation sehr verschiedene sein, jenachdem die Expropriation des Privatkapitals eine schrittweise oder eine plötzliche, einmalige wäre.

Bei einer schrittweisen Expropriation würde ja die Betriebseinrichtung jedes einzelnen sozialisierten Betriebszweiges eine Lehrmeisterin für die später sozialisierten Zweige werden; bei einer plötzlichen Expropriation müßte die ganze Riesenaufgabe der Betriebseinrichtung auf einmal gelöst werden.

Die Grundlage alles Wirtschaftslebens ist der Bedarf. Eine sozialistische Lebensordnung müßte damit beginnen, den Gesamtbedarf an Gütern festzustellen, um darnach die Produktion zu regeln.

Auf den ersten Anblick erscheint die Feststellung des Bedarfs keineswegs als eine unerfüllbare Aufgabe. Man möchte meinen, daß es der wirtschaftlichen Statistik recht wohl möglich sein müßte, den Bedarf einer Nation an den einzelnen Gütern für einen bestimmten Zeitraum, etwa für ein Jahr, zu ermitteln.

Bei näherer Betrachtung aber zeigen sich sofort die ungeheuren Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe.

In der heutigen Wirtschaftsordnung äußert sich der Bedarf in der Nachfrage. Die Nachfrage ist es, welche die Hauptsumme des Bedarfs gegenüber der Produktion geltend macht.

Die gesamte Gesellschaft als millionenköpfige Konsumentin giebt ihrem Bedarf einen Ausdruck, indem sie Tag für Tag und Stunde für Stunde bei Krämern, Kaufleuten, Wirten, Bäckern, Metzgern, in Schneider- und Schuhmachergeschäften und bei zahllosen anderen Kleingewerbtreibenden nach den Waren fragt, welche sie braucht. Die zunächst Gefragten haben die Ware entweder vorrätig, fertigen sie auf Bestellung oder beziehen sie von Produzenten und Großhändlern, äußern also die Nachfrage weiter. So wird durch unzählige Einzel-Nachfragen die Gesamt-Nachfrage der einzelnen Produzenten und Lieferanten übermittelt. Es sind Milliarden von Äußerungen notwendig, die durch eben so vielfache Thätigkeit aufgenommen werden müssen, um den Bedarf zu bestimmen. Und es handelt sich dabei nicht bloß um die Quantität der gebrauchten Güter, sondern auch um die zahllosen Qualitätsunterschiede.

Wie wollte die sozialistische Wirtschaftsordnung damit fertig werden?

Könnte sie die heute vorhandene Freiheit in der Bedarfsbestimmung erhalten?

Heute ist es eines der wichtigsten Rechte freier Lebensäußerung, daß Jeder sich, soweit er sie bezahlen kann, jene Güter kauft, die ihm behagen, daß er sie dort einkauft, wo er die reichste Auswahl findet oder wo er am besten bedient

wird oder wohin ihn sonst seine Laune führt. Nichts von seinem Genußleben wird ihm aufgenötigt; will man ihm irgend einen Genuß, irgend eine Ware aufnötigen, so kann er solchen Zwang so grob oder so fein, als ihm beliebt, zurückweisen.

Mit der Ermittelung des Bedarfs hängt noch eine nicht unwichtige Frage zusammen. Die Frage nämlich, ob die sozialistische Verwaltung auf die Einzelheiten des Bedarfs mit solchem Entgegenkommen eingehen wollte und könnte, wie die heutige kapitalistische Produktion.

In der letzteren bewirkt die Konkurrenz der Unternehmer, daß dieselben den Bedürfnissen des Konsumentenpublikums gegenüber beständig Konzessionen machen. Sie gehen auf die Wünsche, auf die Launen der Konsumenten ein; denn jener Unternehmer, der diesen Launen am freundlichsten entgegenkommt, ja sie von vornherein ahnt und leitet, gewinnt dadurch die Gunst der Konsumtion. Der Wohlhabende kann sich sein Haus in jedem beliebigen Stil bauen, seine Wohnung einrichten lassen, wie es seinen Vorstellungen von Geschmack entspricht; der minder Wohlhabende kann sich wenigstens seinen Anzug bestellen, wie er ihn tragen mag.

Das ist eine gewisse Freiheit der individuellen Bedarfsbestimmung, welche mit dem kleineren und mittleren Betrieb der Produktion zusammenhängt und im Großbetrieb aufhört. Der Großbetrieb erzeugt nichts Kleines auf Bestellung; er erzeugt nur schablonenmäßige Massenware. Würde, wie es die Sozialdemokratie will, zentralisierter Großbetrieb alle Produktionszweige beherrschen, so ginge jedenfalls ein gutes Stück von der Freiheit in der Bedarfsbestimmung verloren.

Das ist indessen ein Nachteil, welcher die sozialistische Wirtschaftsordnung noch nicht unleidlich machen würde; ein Nachteil, den ja auch die Großbetriebe der kapitalistischen Wirtschaftsordnung schon bezüglich mancher Produkte haben. Auch heute schon steht der Konsument unter einer gewissen Tyrannei der Großbetriebe und der Mode und läßt sich diese Tyrannei ruhig gefallen.

Immerhin aber sind heute auch die Großbetriebe Konkurrenten unter sich in Bezug auf die Gunst des Konsumentenpublikums. Wenn es aber nur mehr einen einzigen Produzenten, die sozialistische Verwaltung, giebt, hat diese Konkurrenz ein Ende; dann ist das Konsumentenpublikum darauf angewiesen, zu nehmen, was die Produktion giebt. Und wenn die Produktion eine geringere Auswahl bietet, als heute, muß das Konsumentenpublikum auch zufrieden sein. Sein Bedürfnis nach reichhaltiger Auswahl wird dann eben souverän beherrscht durch die jeweiligen Leiter der Produktionsverwaltung.

Es fragt sich nur, wie weit die Produktionsverwaltung in der Beschränkung der Bedarfsfreiheit gehen könnte und müßte.

Wenn die sozialistische Lebensordnung die vollste Freiheit in der Bedarfsbestimmung plötzlich und stark beschränken wollte, wäre sie damit ohne weiteres gerichtet. Sie würde dann nur das Ziel erreichen, der Gesellschaft ihre ganze Lebensfreude verdorben und sich mit allgemeinen Flüchen beladen zu haben.

Manche sozialistischen Schriftsteller bieten zwar den Lesern einen Ausblick in großartige Luxusgenüsse, welche die sozialistische Ordnung dem Proletariat ermöglichen würde. Sie können aber die Möglichkeit solcher Genüsse nicht nachweisen. Im Gegenteil. Es ist eine unabweisbare Folge wenigstens des sozialdemokratischen Prinzips, daß eine zunehmende Verödung und Verrohung des Genußlebens eintreten müßte. Die sozialdemokratische Gemeinschaft — auch wenn ihre Führer das Zeug zu einem feineren Genußleben hätten — *darf* sich nicht auf das letztere einlassen. Sie darf nicht den Bewohnern einer Stadt ein gutes Theater, Konzerte, Kunstsammlungen und dergleichen bieten, wenn sie diese Dinge nicht auch dem letzten Dorfe bieten könnte. Sie darf das nicht, weil derartige Genüsse von ihr ausgingen, nicht von einzelnen Unternehmungen, wie in der Gegenwart. Die große Masse der Nichtteilnehmer würde

dawider schreien und sich empören. Bier und Branntwein und Tabak wären die einzigen Genüsse, welche die sozialdemokratische Ordnung gleichheitlich der gesamten Gesellschaft zu bieten vermöchte; daneben an künstlerischen Leistungen Farbendrucke, Bilderbogen, Wirtschaftsmusiken und die Zirkusspäße wandernder Gaukler.

Nach der Höhe und Tiefe zu könnte die Sphäre des Lebensgenusses nicht wachsen; sie könnte nur in die Breite gehen.

Die Gesellschaft als alleiniger Produzent könnte aus der Güterwelt alles verschwinden lassen, was ihr nicht paßt. Sie würde nichts produzieren dürfen, was der Gesamtheit als unvernünftig oder als unmoralisch erscheinen würde. Manche Entartungen der Konsumtion würden in der sozialdemokratischen Welt verschwinden. Das wäre ja ein Vorzug — aber wie verschwindend gering muß dieser Vorzug erscheinen gegenüber der allgemeinen Verödung und Uniformierung des Genußlebens, welche mit der Sozialisierung notwendig verbunden wäre! Die Verwaltung könnte Volksfeste dekretieren so viel sie wollte: alle diese Feste, alle öffentlichen Vergnügungshallen und dergleichen wären ein bettelhafter Ersatz für die Beschränkung jener individuellen Freiheit des Genußlebens, welche im heutigen Wirtschaftssystem herrscht.

Man denke sich ein solches Volksfest. In strenger Konsequenz des demokratischen Gleichheitsgedankens darf die Zentralverwaltung nur dasjenige bieten, was sie im ganzen Bereich ihrer Herrschaft gleichmäßig allen bieten kann. Das wäre nichts, als die gröbsten, gemeinsten Massengenüsse, von denen alle feinfühlenden Naturen gelangweilt und angewidert sich fernhalten würden. Die sozialdemokratische Lebensordnung bietet nichts für die Phantasie, nichts für das Herz des Volkes. Dürr bis ins Mark hinein blickt sie bloß auf das Gemeine.

Man muß nur bedenken, daß aller Fortschritt im Genußleben der Völker teils von den Konsumenten ausgeht, die

neue Lebensgenüsse oder Verfeinerungen der bisherigen ersinnen und jene Güter und Arbeitsleistungen, die zur Befriedigung dieser Genüsse führen können, bei den Produzenten bestellen; teils aber und wohl in der Hauptsache von unternehmenden Produzenten, die es riskieren, neue dem Genußleben dienende Leistungen zu ersinnen, die sie mit einem Wagnis von Kapital und Arbeit den Konsumenten anbieten.

Beides würde in einer sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung notwendig ein Ende haben müssen, weil ihre Produktion weder auf Launen der Konsumenten eingehen noch selbst Neuerungslaunen haben darf.

Es ist eben einer von den großen Grundirrtümern der Sozialdemokratie, daß sie glaubt oder glauben machen will, eine sozialistische Regelung der Produktion sei möglich, ohne die Freiheit der Konsumtion zu beschränken. Diese Möglichkeit fehlt. Jede Beschränkung der freien Konkurrenz der Produktion muß nach irgend einer Richtung hin auch die Gebrauchsfreiheit beschränken. Wie in den Staaten, wo das Tabakmonopol besteht, der Raucher auf die von der Monopolverwaltung hergestellten wenigen Sorten beschränkt ist, muß in einer Wirtschaftsordnung, wo alle Produktionszweige Monopol der sozialistischen Verwaltung sind, jeder Zweig der Konsumtion entsprechenden Beschränkungen seiner Freiheit unterworfen werden. Der Kollektivismus der Produktion fordert auch einen Kollektivismus der Konsumtion; und an letzteren könnte sich die Kulturmenschheit nur allmählich im Laufe von vielen Jahrhunderten gewöhnen, wenn ihr für jede verloren gehende Freiheit des Genußlebens ein ausreichender Ersatz nach anderer Richtung hin geboten würde.

2. Städtische und ländliche Wirtschaftsunterschiede.

Wichtige Eigentümlichkeiten des heutigen Kulturlebens hängen mit dem Gegensatze von Stadt und Land zusammen.

Die sozialdemokratische Lebensordnung müßte diesen Gegensatz Schritt für Schritt beseitigen. Sie könnte gar

nicht anders. Man kann nicht demokratische Gleichheit der Lebensbedingungen fordern und eine so wichtige und beständige Ursache von Ungleichheiten fortbestehen lassen.

Ob man nun den Comfort der Städte gegenüber den Annehmlichkeiten des Landlebens zu hoch oder ob man ihn zu niedrig anschlägt: keinesfalls könnte eine sozialdemokratische Gemeinschaft sich dazu verstehen, für eine halbe Million städtischer Bevölkerung einen größeren Aufwand an öffentlichen Einrichtungen und Anstalten zu machen, als für eine halbe Million ländlicher Bevölkerung gemacht wird. Die Städte brauchen aber, um als Städte existieren zu können, einen größeren Aufwand an öffentlichen Einrichtungen. Sie brauchen einen Aufwand für Straßenpflaster, Straßenreinigung, Beleuchtungswesen, Kanalisierung, Wasserleitung, öffentliche Anlagen, städtisches Verkehrswesen. Ferner für ihr geistiges und politisches Leben. Nur Städte, nicht Dörfer, können und müssen die Sitze sein für Gerichtshöfe, für mittlere und höhere Schulen, für wirtschaftliche und politische Zentralstellen, für Museen, Theater, Kunstsammlungen und dergleichen. Würde man all diese Anstalten aus den Städten hinauslegen wollen, so wäre die Benutzung derselben auf eine winzige Zahl von Nachbaransiedelungen beschränkt, ihre Wirksamkeit gelähmt und die Städte selbst würden zu öden Steinhaufen, in welchen Niemand mehr wohnen mag. Beließe man sie dagegen in den Städten, so würde in einer sozialdemokratischen Gemeinschaft Alles, was nicht in den Städten wohnt, über Benachteiligung durch die Gesellschaft im höchsten Grade empört sein. Und mit Recht.

Denn in der heutigen Gesellschaft wird das intensivere Genußleben (geistiges wie materielles) der Städte ermöglicht teils durch das Zusammendrängen der Kapitalbesitzer, teils durch den Bestand (besonderer) städtischer Verwaltungen mit einer besonderen Autonomie und Besteuerung, teils durch das Vorhandensein von Staatsbehörden und Staatsanstalten. Alles dieses müßte in der sozialdemokratischen Lebensordnung ein Ende finden. Städte mit Autonomie könnte die

sozialdemokratische Gemeinschaft aus politischen Gründen nicht dulden; Kapitalisten gäbe es keine mehr, und was die sozialisierte Gemeinschaft etwa an öffentlichen Anstalten besäße, müßte sie, dem Grundsatze der Gleichberechtigung folgend, möglichst gleichmäßig über ihr ganzes Territorium verteilen. So wäre der ganzen städtischen Kultur ein Ende gemacht.

Einzelnen sozialistischen Schriftstellern scheint von dieser notwendigen Konsequenz des sozialdemokratischen Prinzips eine Ahnung aufzudämmern. Wenigstens giebt Bebel selbst zu, daß in seiner neuen Gesellschaftsordnung die großen Städte allmählich sich selbst aufheben und die Bevölkerung sich dezentralisieren werde. Aber getreu allen seinen übrigen Einseitigkeiten übersieht er die historischen und geographischen Bedingungen der Städtebildung, übersieht ihre kulturgeschichtliche Bedeutung und unterschätzt die Schwierigkeiten und die notwendige Dauer des Dezentralisationswerkes.

Man kann die Übelstände des modernen Großstadtwesens voll und ganz zugeben und ein begeisterter Freund der Dezentralisation sein; aber man wird doch, wenn man die Frage vernünftig betrachtet, einsehen, daß ohne die wahnsinnigste Verschleuderung von gesellschaftlichem Eigentum das Werk der Dezentralisation eben so viele Jahrhunderte brauchen müßte, als der Gang der Zentralisation bisher gebraucht hat.

3. Die Betriebseinrichtung der sozialistischen Wirtschaft.

Sobald das Privatkapital Eigentum der Gesellschaft geworden wäre, würde mit demselben die sozialistische Produktion beginnen. Die Gesellschaft würde Produzentin, sie würde für jeden einzelnen Betriebszweig Anlage- und Betriebskapital bestimmen und beschaffen, diesem Anlage- und Betriebskapital die nötigen Arbeitskräfte zuteilen, die Produkte herstellen, sammeln, lagern und versenden und schließlich an

die Konsumenten abgeben; und zwar nach einer Werttaxe, welche durch die in den Produkten aufgegangene Arbeit bestimmt wird.

Denkt man sich diese Organisation auf alle Produktionszweige ausgedehnt, so würden mit ihrer Vollendung die Privatunternehmungen, das Geld, der Handel, der Kredit und der Kapitalzins unmöglich geworden sein.

Es wäre indessen — selbst wenn man einen vollständigen Sieg der sozialdemokratischen Idee voraussetzt — keineswegs ratsam und wahrscheinlich, daß mit einem Schlage alle Produktionszweige sozialisiert würden. Der Widerstand, welchen die mannigfachen Produktionszweige einer Sozialisierung leisten würden, wäre ein so verschiedener, daß die Sozialdemokratie, wenn sie sich nur einen Schimmer von praktischem Blicke bewahrt hätte, eine schrittweise Sozialisierung vorziehen würde. Dabei könnte sie, ohne sich untreu zu werden, als Grundsatz die Sozialisierung aller Betriebe aufstellen, aber eine schrittweise Verwirklichung dieses Grundsatzes von vornherein dekretieren.

Wir dürfen in dieser Hinsicht dem Gedankengange Schäffles folgen (Quintessenz, S. 27), wenn er sagt: „Der Sozialismus könnte an territorial gegliederte Korporationen der einzelnen Produktionszweige und Produktionsstufen denken und zuerst nur den bereits dem Großbetrieb verfallenen Teil der nationalen Produktionszweige zu einheitlichen Produktionskörpern öffentlich-rechtlicher Art, zu Großbetriebs-Zünften unter öffentlichem Einfluß gestalten. Das Produkt der bereits sozialisierten Geschäfte würde dann auf den freien Markt geworfen oder zu einer bestimmten, dem Arbeits- und Kapitalaufwand proportionalen Taxe abgegeben und der Erlös unter die öffentlichen Arbeiter verteilt, welche nach ihrer Leistung sich allseitig selbst zu kontrollieren und zu disziplinieren ein Interesse hätten. Nur die jeweils sozialisierten Teile der Produktion wären ein solidarischer Kapital- und Arbeitskörper. Ihm beizutreten könnte bis auf weiteres in vielen Produktionsgebieten freigestellt werden. Die

Attraktionskraft des sozialisierten Produktionskörpers müßte in dessen Vorteilhaftigkeit bestehen".

Auch darin müssen wir Schäffle beistimmen, wenn er den sozialistischen Produktionsprozeß nicht als etwas absolut Neues anerkennt, sondern nur als eine Verallgemeinerung öffentlichen Dienstes und öffentlicher Anstalten.

Aber nicht bloß die Produktion dürfte in einer ganz sozialistischen Ordnung Sache der Gemeinschaft sein, sondern neben der Produktion müßte notwendig auch die Zirkulation der Güter durch die sozialistische Verwaltung erfolgen. Die Verwaltung hätte den Wert aller Produkte festzusetzen und zwar nach Maßgabe der in den Produkten aufgegangenen gesellschaftlichen Arbeit. Wertmaß würde die Arbeitszeit; die Arbeiter erhielten für ihre der Gesellschaft geleistete Arbeit Anweisungen, Arbeitscertifikate, welche es ihnen ermöglichen würden, dafür entsprechende Mengen von Gebrauchsgegenständen aus den öffentlichen Vorräten ausgefolgt zu erhalten.

Wie groß auch die Schwierigkeiten einer Einrichtung der sozialistischen Verwaltung wären: die Sozialdemokratie hätte ein Argument, um diese Schwierigkeiten als doch zu überwindende hinzustellen. Sie braucht nur etwa hinzuweisen auf die Raschheit und Pünktlichkeit, mit welcher heutzutage eine Mobilisierung großer Heereskörper zustande kommt. So gut eine Armee von Hunderttausenden binnen wenigen Tagen kriegsbereit gemacht werden kann, ließen sich ohne Zweifel auch die Arbeitskräfte und Arbeitsmittel einer ganzen Nation in organisierte Thätigkeit setzen — wenn es zulässig wäre, hier auch jene eiserne Disziplin in Anwendung zu bringen, die den Wehrpflichtigen gegenüber angewandt werden kann und muß. Das ist der Punkt, wo die Sache hapert. Die schwersten Hindernisse der Betriebseinrichtung wären nicht technischer, sondern moralischer Natur. Es würde sich darum handeln, die Gesamtbevölkerung unter gleich strengen Gehorsam, unter dieselben Kontrollmaßregeln zu stellen, unter welchen heutzutage die wehrpflichtigen Männer

stehen. Wer irgendwie dem sich widersetzen wollte, was die sozialistische Verwaltung über seine Arbeitskraft und seine Arbeitsmittel, über seinen und seiner Familie Aufenthalt verfügt, müßte mit derselben Strenge behandelt werden, wie heute der fahnenflüchtige Soldat.

Haben die Gegner der Sozialdemokratie Unrecht, solchem furchtbaren Zwange gegenüber von Zuchthausarbeit zu reden?

4. Die sozialistische Großproduktion.

Die Frage, wie sich in der Hauptsache der sozialistische Betrieb zu dem heutigen Regiebetrieb (Post, Staatseisenbahnen, Telegraph, Staatsforstwirtschaft, staatliche Berg- und Hüttenwerke) stellen würde, dürfte sich in Folgendem andeuten lassen.

Man hat dem sozialistischen Betrieb den Vorwurf gemacht, daß bei ihm die Nachteile des modernen Regiebetriebs allgemein würden. Als solche Nachteile gelten bekanntlich: Schwerfälligkeit, umständliches Kontrollsystem, Vielschreiberei, und vor allem der Mangel an genügendem, zu bester Bewirtschaftung anregendem eigenen Interesse auf Seiten der leitenden Beamten.

Die Vertreter der sozialistischen Idee behaupten dagegen, daß die Staatsindustrie des modernen kapitalistischen Staats und die gesellschaftliche Produktion des Sozialismus ganz verschiedene Voraussetzungen haben, sich nicht vergleichen lassen.

Eine Vergleichung ist allerdings geboten; aber man wird finden, daß bei dem Vergleichsobjekte Einzelheiten sich ergeben, die nicht, und andere, die sicherlich vergleichbar sind.

Schwierig ist es natürlich immer, Bestehendes zu vergleichen mit Einrichtungen, die noch nicht bestehen, sondern bloß Projekt sind.

Das Interesse des Regie-Beamten im heutigen Staate ist einerseits ein technisches. Jeder gebildete und mit hinreichenden Machtmitteln ausgestattete Mensch, der einer

technischen Aufgabe gegenübergestellt wird, hat ein gewisses Interesse am technischen Gelingen. Dieses Interesse geht jedenfalls so weit, daß er mit dem Arbeitsaufwande, den er überhaupt machen muß, das möglichst Vollkommene zu leisten suchen wird. Ob dieses Interesse noch weiter geht, ist eine Sache individueller Anlage. Dieses Interesse kann in einem sozialistischen Betrieb ebenso vorhanden sein.

Weit schwerer wiegt aber das Interesse an seiner Aufgabe, das dem Regie-Beamten durch seine Pflicht und seine Beamtenehre beigebracht ist. Pflichtgefühl und Beamtenehre sind Triebfedern, die speziell der moderne Rechtsstaat, und zwar durchaus nicht bei allen Nationen zu gleicher Stärke, erzogen hat. Ob diese Triebfedern in einem sozialistischen Gemeinwesen ebenso erzogen werden könnten: das verdient offenbar ein großes Fragezeichen. Das käme auf den Geist an, der die ganze Verwaltung durchweht. An sich wäre der Sozialismus gewiß den edlen Charakterzügen der Pflichttreue und Beamtenehre nicht feindselig. Aber hervorragende Pflichttreue und Beamtenehre stehen auch im Zusammenhange mit der Gliederung einer Ämterhierarchie. Auf diese könnte sich ein demokratischer Sozialismus nicht einlassen; sie würde seinem innersten Wesen widerstreben.

Bei den modernen Staatsbetrieben lastet auf deren Leitern eine bedeutende Verantwortlichkeit. Völlig falsch ist die Anschauung, daß beim modernen Regie-Betrieb der Staat seinen Regie-Beamten die Besoldung zahle, gleichviel ob sie Gutes oder Schlechtes leisten. So steht die Sache doch nicht. Einen Regie-Beamten, der mit Bewußtsein Schlechtes leistet, kann der Staat disziplinieren und entlassen; und jener, der einfach aus Indolenz oder Unfähigkeit Schlechtes leistet, kann wenigstens pensioniert werden, statt zu avancieren. Der Regie-Beamte ist verantwortlich gegenüber seinen Kollegen, gegenüber seinen Vorgesetzten und gegenüber den Spürnasen der Parlamente; diese Verantwortlichkeit in der Verbindung mit seinem Avancement sind selbst da, wo Pflichtgefühl und Beamtenehre nicht fein genug entwickelt sind, immerhin ein

starker Sporn, um das Bessere zu leisten. Wie weit ein sozialistischer Betrieb dieses Interesse erwecken könnte, erscheint fraglich; ein ausgeprägt demokratischer Sozialismus dürfte sich auf eine fest angestellte Beamtenschaft mit geregeltem Avancement und strengem Standesbewußtsein, wie erwähnt, nicht einlassen, weil er in diesem Falle eine seinem Wesen entgegengesetzte Beamten-Aristokratie schaffen würde.

Ein anderes persönliches Interesse kann weder der Regie-Beamte im heutigen Staate, noch der Verwaltungs-Beamte in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung an der besten Wirtschaftsführung haben. Es sei denn, daß er etwa durch Tantièmen oder Prämien an derselben interessiert wird.

Falsch ist es insbesondere, zu hoffen, daß der Einzelne die höchsten Anstrengungen deshalb machen werde, weil Jeder „desto mehr Einkommen erlange, je mehr alle Übrigen in allen und jeden Geschäften leisten" (Schäffle, S. 29). Dieses Interesse könnte den Einzelnen nur dann anspornen, wenn er die Sicherheit hätte, daß alle Übrigen sich vom gleichen Interesse spornen lassen. Diese Sicherheit aber hat der Einzelne nicht und kann sie nicht haben; er kann sie um so weniger gewinnen, je umfangreicher und mannigfacher in seinen Einzelheiten der Wirtschaftskörper ist, welchem er zu dienen hat.

Hier ist eine der schwächsten Seiten der sozialistischen Lehre. Die Menschen sind von Natur aus zu verschieden an Anlagen und an Fleiß, als daß Jeder die Überzeugung vom fruchtbarsten Schaffen und vom besten Willen aller seiner Mitmenschen haben und daraus allein die Anregung schöpfen könnte, um auch in seinem Arbeitsgebiete immer und überall mit den geringsten Kosten auf die höchsten Erträge hinzuarbeiten.

Jeder, der seine Mitmenschen bei der Arbeit beobachtet hat, weiß aus dieser Beobachtung, daß die Anzahl derjenigen sehr groß ist, welche in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht ihr Bestes für die Allgemeinheit leisten wollten

und leisten würden. Erheuchelter Fleiß, unterschlagene Arbeitsleistung, schlechte Behandlung der gemeinsamen Produktionsmittel, unrichtige Schätzungen der Arbeitsleistung, künstliches Aufbauschen eigener Tüchtigkeit, Abladen von Mühe auf fremde Schultern: das wären die Mittel, welche die minderwertige Hälfte der sozialistischen Gemeinschaft ohne Zweifel anwenden würde, um sich Vorteile auf Kosten der Tüchtigeren, der Leistungsfähigen, der Pflichttreuen zu verschaffen. Mundus vult decipi — ergo decipiatur: das wäre der arge Spruch, das Arbeitsmotto der faulen und egoistischen Hälfte der Gemeinschaft.

Jedenfalls darf man überzeugt sein, daß, hinsichtlich der Leitung sozialistischer Großbetriebe, ein Staatssozialismus mit einer Beamtenaristokratie weit Besseres leisten könnte, als eine sozialdemokratische Verwaltung.

5. Bedingungen sozialistischer Produktion.

Die Bedingungen, unter welchen ein Betriebszweig ganz sozialistisch betrieben werden könnte, sind: vollständige Kontrollierbarkeit aller Arbeiten und Materialverwendungen, und Abwesenheit der geschäftlichen Risikos.

In der sozialistischen Gemeinschaft arbeitet Keiner für sich, Jeder für die Gemeinschaft. Die Gemeinschaft aber kann eine für sie geleistete Arbeit nur acceptieren, wenn sie überzeugt ist, daß die Arbeitsleistung nicht besser, als sie vorliegt, hätte gethan werden können. Die sozialistische Gemeinschaft kann sich nicht damit begnügen, zu konstatieren, daß Jemand zwei Stunden lang bei einer Arbeit stand oder saß; sie muß vielmehr konstatieren können, ob er in diesen zwei Stunden die übliche und mögliche Leistung vollbracht hat, wenn sie diese zwei Stunden als für sie geleistete Arbeit anerkennen und vergelten soll.

Die Gesellschaft wird also Empfängerin der Leistung und es kann ihr nicht erspart bleiben, die Leistung nach Quantität und Qualität zu prüfen und zu beurteilen. Von den sozialistischen Theoretikern wird diese Aufgabe der sozialistischen

Verwaltung entweder völlig übersehen oder mit einer staunenswerten Leichtigkeit abgethan.

Daß die Arbeitskontrolle überhaupt unter den verschiedensten Bedingungen stattfinden muß, ist klar. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird die Arbeitskontrolle bald durch Mitarbeiter, bald durch Vorgesetzte, durch Inspektoren, Werkführer, Aufseher, Meister, Dirigenten, Verwalter ꝛc. ausgeübt, bald durch den Kaufmann, welcher das Arbeitsprodukt in Umsatz bringt, bald durch das Konsumentenpublikum, welches die Produkte kaufen soll.

Bei einer sozialistischen Produktion darf die Arbeitskontrolle nicht dem Konsumentenpublikum zugeschoben werden; demselben dürfen von der Verwaltung der Produkte nur solche Waren zur Verfügung gestellt werden, die ganz tadellos sind; sonst würde ja die sozialistische Arbeitsverwaltung in kürzester Zeit allgemeines Mißtrauen und gerechtfertigte Unzufriedenheit erregen. Es wäre also die schärfste Arbeitskontrolle schon während des Produktionsprozesses geboten; und sie müßte besorgt werden durch die Arbeitsbeamten des sozialistischen Gemeinwesens.

Die Kontrolle-Frage soll indessen erst später ausführlicher behandelt werden.

Die Abwesenheit des geschäftlichen Risikos wäre eine Bedingung für die sozialistischen Betriebe, weil die Gesellschaft es nicht wagen darf, Güter zu erzeugen, für welche sich nachher keine Konsumenten fänden. Nun darf man freilich den Begriff des geschäftlichen Risikos nicht so streng nehmen, daß dem Staate oder der Gesellschaft jedes, auch das geringste Risiko versagt sein sollte. Seit die Kulturstaaten Staatsdomänen bewirtschaften und Staatsindustrie treiben, haben sie immer damit ein gewisses Risiko übernommen. Staatswaldungen und Staatseisenbahnen sind nicht frei von einem gewissen Risiko; denn in den Staatswaldungen können Windbruch und Raupenfraß unerwarteten Schaden bringen; bei Staatseisenbahnen und bei Staatstelegraphen können zufällige Ereignisse die vermutete

Rentabilität beeinträchtigen. Aber im ganzen sind es doch notwendige Produkte und Arbeitsleistungen, welche von der Forstwirtschaft, von Eisenbahnen und Telegraphenanstalten geliefert werden. Und derartige Produkte und Leistungen werden aller menschlichen Vernunft nach immer notwendig sein und Absatz finden, ebenso wie die Produkte von Kohlen-, Salz- und Eisengruben, sodaß bei ihnen wenigstens das Risiko einer verlorenen Arbeit und vergeudeter Arbeitsmittel wegfällt.

Gewissen Erwerbszweigen aber bleibt dieses Risiko; und sie eignen sich eben deshalb nicht für den Betrieb durch die Gesellschaft. Daher gehören alle Erwerbszweige, welche Luxusware erzeugen, Ware, die der Mode unterworfen ist, bei der auch nur die Möglichkeit vorliegt, daß sie durch irgend ein Ereignis unverkäuflich gemacht würde. Die Gesellschaft darf nichts produzieren, was ein wirtschaftlicher Fehler wäre. Je mehr sie die Wirtschaftsfreiheit der Einzelnen einschränkt: in um so höherem Grade ist sie zu wirtschaftlicher Fehlerfreiheit verpflichtet.

Aus diesem Grunde bleiben Künste und Kunstgewerbe vom sozialistischen Betriebe ausgeschlossen — es sei denn, daß einzelne ihrer Aufgaben als Aufgaben von Bildungs- und Musteranstalten angesehen werden, oder daß es sich um solche Produkte handelt, welche für den Gebrauch des Gemeinwesens hergestellt und mit künstlerischem Luxus ausgestattet werden sollen, wie z. B. öffentliche Bauten.

Wenn nun das sozialistische Gemeinwesen gewisse Erwerbszweige nicht betreibt: ist damit behauptet, daß die Gesellschaft auf den Gebrauch und Verbrauch gewisser Produkte ganz verzichten müßte? Es müßten dann Wege gefunden werden, welche es möglich machen, daß trotzdem derartige Produkte hergestellt werden könnten.

Ein Loch müßte dabei in das sozialdemokratische Prinzip der gemeinsamen Produktionsmittel gerissen werden.

Entweder die sozialistische Gesellschaft verzichtet auf feinere Luxusgüter: Verrohung des Genußlebens.

Oder sie verzichtet auf das Postulat, daß mit den gemeinsamen Produktionsmitteln nur eine absolut richtige Produktion getrieben wird, daß also keine unverkäufliche Luxusware produziert wird.

Oder aber sie macht Ausnahmen vom Prinzip der gemeinsamen Produktionsmittel und überläßt gewisse Produktionsmittel zu völliger Verfügung, demnach als Eigentum an einzelne ihrer Mitglieder.

Der letztere Weg, wenn er auch dem sozialdemokratischen Prinzip direkt zuwider ist, bleibt wohl derjenige, welcher am natürlichsten erscheint. Man würde in der sozialdemokratischen Gesellschaft verzichten müssen, jemals eine gute Instrumentalmusik zu hören, wenn nicht die Instrumente, die doch Produktionsmittel sind, Privateigentum der Musiker wären. Es würde auch kein Bild mehr gemalt werden können, weil die Farben Produktionsmittel sind und weil die Gesellschaft ja dem Einzelnen nicht überlassen kann, mit den ‚gesellschaftlichen' Farben dasjenige zu malen, was ihm als Einzelnem gerade gut und schön dünkt.

Noch eine weitere Schwierigkeit einer sozialistischen Gestaltung der Produktion muß hier erwähnt werden.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung produzieren die verschiedenen Betriebsstätten *mit ungleichen Kosten*, je nach ihrer mehr oder minder glücklichen Anlage und Führung, je nach den mehr oder minder günstigen Bedingungen, unter welchen sie arbeiten. Die Produkte aus den verschiedenen Betriebsstätten aber werden, sofern sie gleiche Brauchbarkeit haben, auf dem Markte zu gleichen Preisen ausgeboten. Das hat zur Folge, daß jene Produzenten, die mit den geringsten Kosten arbeiten, die größten Gewinne erzielen, während diejenigen, die mit den größten Kosten arbeiten, entweder keine Gewinne erzielen oder mit Verlust arbeiten und schließlich bankrott werden.

Wie würde sich das nun in den sozialistischen Betrieben gestalten?

In den sozialistischen Betrieben müßten die Arbeiter und Leitungsbeamten überall gleich viele Arbeitscertifikate für ihre geleistete Arbeitszeit erhalten; gleichviel ob die Betriebsstätten unter günstigeren oder unter ungünstigeren Umständen, d. h. mit weniger oder mit mehr Selbstkosten arbeiten. Die sozialistische Verwaltung bekäme also in ihre Warenlager Produkte derselben Art, die aber mit verschiedenen Produktionskosten erzeugt wären. Nun wäre es allerdings nicht unmöglich, zu berechnen, wieviel die sämtlichen Produkte einer Gattung an Arbeitszeit gekostet haben, und hienach ihren Kostenwert in Arbeitscertifikaten auszudrücken. Muß ja doch z. B. heute jedes einzelne Steinkohlenwerk auch die Kohlenmengen, die es aus größerer Tiefe, also mit mehr Selbstkosten fördert, zu demselben Preise abgeben, wie diejenigen, die aus geringerer Tiefe, also auch mit geringeren Kosten, gewonnen werden.

Wer aber ersetzt in einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung jene Thätigkeit der Unternehmer, welche darin besteht, daß die ungünstigsten, nicht mehr konkurrenzfähigen Betriebe und Betriebsmethoden aufgegeben werden?

Niemand und nichts! Auch Verlust und Bankrott sind wirtschaftliche Lehrmeister, wenn auch sehr grausame Lehrmeister, für die Unternehmer. Diesen Lehrmeistern würde die sozialistische Gemeinschaft das Wort verbieten; sie würde es ihnen unmöglich machen, zu sagen, was und wo und wann nicht mehr produziert werden kann, bis sie plötzlich, zu Riesen angewachsen, sich breit und schwarz und erdrückend auf die ganze sozialistische Produktion werfen würden!

6. Neubildung und Erhaltung der Produktionsmittel.

In einer sozialistischen Gemeinschaft könnte die Neubildung und Erhaltung von Produktionsmitteln immer nur auf Kosten der dem laufenden Verbrauch gewidmeten Vorräte, Werte und Arbeitsleistungen stattfinden. Das Gleiche ist ja in der kapitalistischen Wirtschaftsform auch der Fall.

Die Neubildung und selbst die Erhaltung von bestehenden Produktionsmitteln ist aber immer eine Wirtschaftsfunktion, mit welcher ein Risiko verbunden ist. Denn keiner der Unternehmer, welche heutzutage neue Schachte abteufen, neue Fabriken bauen, neue Maschinen herstellen lassen, neue Rohstoffe und Hülfsstoffe erwerben, weiß mit vollster Sicherheit, ob gerade die gewählte Art von Produktionsmitteln die richtigste war, ob sie zur Zeit und am Orte die bestgewählte war.

Dieses Wagnis des Unternehmers kann ihm durch den Gewinn des Unternehmens vergütet werden, wenn es ihm gelingt, jenen vielbesprochenen Mehrwert zu erzielen. Er kann aber auch Minderwerte erzielen, wenn sein Unternehmen als Ganzes oder in wichtigen Teilen ein verfehltes war. Dann hat er Vermögensverluste, die sich bis zum Bankrott steigern können.

Jedenfalls lastet die Gefahr der Neubildung und Erhaltung der Produktionsmittel auf ihm.

In einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung würde diese Gefahr nicht mehr auf einzelnen Unternehmern lasten, sondern auf der ganzen Gesellschaft. Hinwegfallen könnte sie nicht.

Was wäre die Folge?

Die ganze Gesellschaft hätte eben die schlimmen Wirkungen jeder verfehlten Bildung oder Verwendung von Produktionsmitteln zu tragen. Ihre Organe bei der Schöpfung und Verwendung der Produktionsmittel wären ihre Verwaltungsbeamten. Es käme auf den Organismus ihrer Verwaltung, auf die technische und wirtschaftliche Bildung ihrer Beamten, auf deren Disziplin, Kontrolle und Instruktionswesen an, daneben auch auf den Charakter derselben, ob sie eher zu riskierten, leichtsinnigen Versuchen geneigt oder vorsichtiger und zurückhaltender wären.

Je zerfahrener, unsicherer und unbeständiger die Oberleitung des Ganzen wäre: um so mehr läge die Wohlfahrt der gesellschaftlichen Unternehmungen in den Händen der

einzelnen Wirtschaftsbeamten. Also in den Händen der Leiter von Bergwerken, Fabriken, Eisenbahnen, Schiffahrtskursen, Werften, Baustellen, Forsten, Gutskomplexen u. s. f.

Es sind nun offenbar hinsichtlich der Neubildung und Erhaltung der Produktionsmittel zwei Fehler denkbar, von welchen sich eine gute Wirtschaftsführung gleichmäßig entfernt halten muß.

Es muß das Zuviel und das Zuwenig vermieden werden.

Ein Zuviel in der Neubildung und Erhaltung der Produktionsmittel hätte die Wirkung, daß dem Gebrauch übermäßig viel sachliche Güter und Arbeitsleistungen entzogen würden zu Gunsten der Verstärkung der Produktion. Also mit anderen Worten die Wirkung, daß die Gegenwart zu bedeutende Opfer zu Gunsten der Zukunft brächte. Ein Zuwenig müßte notwendig die entgegengesetzte Wirkung haben, die Wirkung, daß auf Kosten künftiger Produktionsgelegenheit die Gegenwart sich für den Moment Leben und Arbeit erleichtert.

Dieser Gegensatz ist nichts neues; er veranlaßt in der Finanzwirtschaft aller Staaten, wie im Haushalt von Städten und andren Gemeinschaften, auch in der Wirtschaftsführung von Handelsgesellschaften eine beständige Wiederkehr schwerer und wichtiger Fragen. Ob es weiser, besser, erträglicher, sicherer sei, mehr die Sorge für die Zukunft oder jene für die Gegenwart den Ausschlag geben zu lassen, ist durchaus nicht immer einfach zu entscheiden. Und es ist eine Frage nicht bloß der wirtschaftlichen Einsicht, sondern auch des Charakters.

Und die Vermeidung des Zuviel und des Zuwenig muß nicht bloß hinsichtlich der Gesamtheit der Produktions- und Gebrauchsmittel beachtet werden; sie gilt auch als Regel für jeden einzelnen Zweig der Produktion im Verhältnis zu den übrigen Zweigen. Es dürfen sich nicht die Produktionsmittel eines einzelnen Zweiges der Produktion übermäßig stärken und sättigen wollen auf Kosten der übrigen.

Diese notwendige Harmonie in der Neubildung des Produktivkapitals ist es, welche in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch tausende und abertausende von überlegenden Unternehmern auf eigene Gefahr angestrebt wird. Sobald diese Harmonie gestört wird, werden jene Unternehmer, die ihre Produktion zu sehr ausgedehnt haben, durch Absatzkrisen dafür bestraft.

In einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung müßte die Frage, welchen Betriebszweigen neues Produktivkapital zuzuwenden sei, von den Beamten der Produktionsverwaltung entschieden werden. Aber sicher nicht von ihnen allein, sondern wegen der enormen volkswirtschaftlichen Wichtigkeit dieser Frage müßte auch die Vertretung der Gesamtheit darin mitzureden haben. Wie im heutigen Staate die Volksvertretungen es sich nicht nehmen lassen, über jeden neuen Bahnhof, den die Staatseisenbahnverwaltung in Vorschlag bringt, abstimmen zu dürfen: so würde in einem sozialistischen Gemeinwesen die Vertretung der Gesamtheit das Recht beanspruchen müssen, bezüglich jedes neuen Dampfkessels, jedes Magazins ꝛc., kurz bezüglich jeder, einen Aufwand fordernden Neuerung in einem der sozialistischen Betriebe ihre Meinung abzugeben. Alles, was heute die zahllosen Unternehmer auf ihre Kosten und Gefahr besorgen, müßte die sozialistische Arbeitsverwaltung im Einvernehmen mit der Volksvertretung erledigen.

Und wie würden sich die sozialistischen Arbeitsbeamten zu dieser Frage stellen?

Das käme ganz auf die Stellung an, welche das sozialistische Gemeinwesen ihnen verleiht.

Gewährt die sozialistische Verwaltung ihren Beamten eine Stellung, wie sie heute die staatlichen Eisenbahndirektoren, Forstmeister, Oberbergräte ꝛc. haben: dann könnte sie wohl sicher sein, daß jeder dieser Beamten für die zu seinem Betriebszweige gehörigen Betriebsanlagen aufs beste sorgen und stets darauf bedacht sein würde, die ganzen Anlagen der fortschreitenden Technik entsprechend, muster-

gültig auszustatten und zu erhalten — selbst auf Kosten der Rentabilität. Aber eine derartige Stellung der Arbeitsbeamten wäre staatssozialistisch, nicht sozialdemokratisch.

Die Frage, ob und wie weit der Einzelne noch ein Interesse an der Erhaltung, dem Schutze, der Verbesserung und Vermehrung der gesellschaftlichen Produktionsmittel hätte, erledigt sich demnach in Folgendem:

Im kapitalistischen Wirtschaftssysteme, wo die Mehrheit der Produktionsmittel Privateigentum sind, ist das Privatinteresse der Eigentümer auf die Erhaltung, den Schutz, die Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel bedacht. Und zwar das Interesse jedes Eigentümers, soweit sein Verstand, seine wirtschaftliche Einsicht und seine sonstigen wirtschaftlichen Eigenschaften reichen. Durch diese Thätigkeit wird eine beständige Schonung und Vermehrung der gesamten Produktionsmittel, welche sich im Volksvermögen befinden, herbeigeführt.

In einer staatssozialistischen Verwaltung könnten pflichttreue Beamte sicherlich auch mit vollster Hingebung auf Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel bedacht sein, obgleich das ohne Zweifel häufig auf Kosten der Rentabilität geschähe.

In einer sozialdemokratischen Verwaltung aber, wo der verwaltende Beamte keine staatliche Autorität und keine dauernde Stellung besäße, sondern von der Gunst oder Ungunst der Wählerschaft abhinge, die ihm ein Amt verleihen oder nehmen kann, könnte er kein dauerndes Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der Produktionsmittel gewinnen. Eine geradezu liebevolle Behandlung der Produktionsmittel, wie sie sich heute in Privatbetrieben und auch in Staatsbetrieben findet, wäre durch nichts garantiert.

Der moderne Staat besitzt eine Reihe von Vermögensbeständen, welche wir gut, ja musterhaft erhalten sehen: Staatsforsten, Staatsbergwerke und Salinen, Staatseisenbahnen und Telegraphenanstalten; das Inventar der Staatspostanstalten. Ferner: Gerichts- und Amtsgebäude, Gefäng-

nisse, höhere und mittlere Lehranstalten mit reichhaltigem Inventar, Sanitätsanstalten, Museen für Kunst und Wissenschaft, Bibliotheken, Kasernen, Arsenale, Kriegsschiffe, Seehäfen mit ihren Einrichtungen, Festungen und dergleichen. Alle diese Bestände öffentlichen Vermögens sehen wir gut verwaltet und verwahrt, geschützt gegen vorzeitige Abnutzung und Beschädigung, ausgestattet mit vortrefflichen Neuerungen der modernen Technik.

Die sozialistische Theorie hat eine gewisse Berechtigung, auf diese Dinge hinzuweisen, als auf Beweise dafür, daß durchaus nicht alles öffentliche Eigentum schlecht behandelt, vernachlässigt, durch den widerstreitenden Egoismus des Einzelnen geschädigt werden muß.

Aber diese Berechtigung erscheint doch sehr fraglich, wenn man Folgendes erwägt:

Alle die genannten Bestandteile des öffentlichen Vermögens stehen heute unter der Leitung und Aufsicht von hochstehenden, fest angestellten und gut besoldeten Beamten des Staates, von Beamten, welche wissen, daß sie, so lange sie pflichtgetreu ihrer Ämter walten, aus denselben nicht entfernt werden können; von Beamten, welche ihrerseits wieder durch die Leiter der Staatsregierung und durch die Volksvertretung, sowie durch die öffentliche Meinung kontrolliert werden; von Beamten endlich, welche unter sich ein wohlgeschultes, straffer Disziplin unterworfenes Personal von mittleren und niederen Bediensteten haben, von dem sie zwar nicht ihre eigene Erfahrung und Bildung, nicht ihren großen Überblick, aber doch volle Pflichttreue verlangen und erzwingen können. Und diese Beamten sind ihren Anstalten für viele Jahre, häufig für die Dauer ihres Lebens vorgesetzt; sie wachsen mit denselben zusammen und sehen ihre Lebensaufgabe und ihren größten Stolz darin, daß ihre Anstalten nicht bloß leistungsfähig sind, sondern immer leistungsfähiger werden und daß die sachlichen Bestandteile, die dazu gehören, erhalten und gepflegt werden.

Dem staatlichen Forstmeister wird der von ihm bewirtschaftete Wald sein Wald, ebenso wie dem Festungskommandanten seine Festung, dem Schiffskapitän sein Schiff, dem Eisenbahndirektor seine Bahnlinie, dem Bergwerksdirektor sein Werk zu Gegenständen werden, die er zwar nicht rechtlich, aber geistig als sein Eigentum ansieht, für welches er sich verantwortlich fühlt, in dessen Erhaltung und Verbesserung er die Aufgabe seines Lebens sieht.

Das sind Verhältnisse und Zustände, welche die sozialdemokratische Gesellschaft nicht herbeiführen kann, wenn sie nicht — was sie ja verabscheut — Staatssozialismus sein will; Zustände und Verhältnisse, die eben im Wesen der staatlichen Organisation beruhen, in der Thatsache, daß die Beamten, denen man die größten Werte anvertraut, durch eine lange Stufenreihe von Ämtern zu ihrer Stellung vorgeschritten sind und von derselben aus eine eiserne Disziplin handhaben können.

Man wird hiegegen einwenden, daß auch in demokratischen Staatswesen, wie in der Schweiz, in Norwegen, in den Vereinigten Staaten, Staatseigentum und Staatsanstalten in blühendstem Stande sich befinden, selbst in solchen Staaten, wo die Beamten vom Volke gewählt werden. Immer aber ist es doch die staatliche Autorität, welche diesen Beamten wiederum ihre Autorität einflößt und sie nach geschichtlich entwickelten Verwaltungsgrundsätzen verwalten läßt und sie kontrolliert.

Und gerade von der Autorität im Staatsleben will die Sozialdemokratie nichts wissen; denn sie verabscheut den Klassenstaat, zu welchem natürlich das Vorhandensein dauernder Autoritäten notwendig führen muß.

7. Berufswahl und Freizügigkeit.

In der heutigen Wirtschaftsordnung vollzieht sich die Zuteilung der nötigen Arbeitskräfte an die einzelnen Erwerbs- und Berufszweige bekanntlich auf dem Wege der freien Berufswahl und der Freizügigkeit. Die einzelnen

Arbeitskräfte suchen ihren Weg nach jenen Produktionszweigen, welche ihnen die besten Löhne bieten, die besten Löhne aber bieten jene Produktionszweige, welche die Arbeit am besten verwerten können. Kann ein Erwerbszweig nicht mehr so gute Bedingungen bieten, wie andere, so wenden sich ihm keine neuen Arbeitskräfte zu; er bleibt in der Produktion zurück, so lange, bis seine Produkte wieder stärker gefragt werden und diese stärkere Nachfrage es ihm möglich macht, wieder höhere Löhne zu zahlen und damit mehr Arbeitskräfte anzuziehen.

So stellt sich der Arbeitsmarkt in der Theorie. In der Praxis des Lebens kommt freilich manches hinzu, was den naturgemäßen Gang der Ereignisse störend beeinflußt und es den einzelnen Arbeitskräften keineswegs immer als möglich und leicht erscheinen läßt, den besten Arbeitsbedingungen nachzugehen. Die gemeine Taglöhnerarbeit ist in dieser Hinsicht am freiesten; sie hat die reichste Auswahl, welchem Erwerbszweige sie sich zuwenden will. Aber weil sie die an sich wertloseste Arbeit ist, wird sie am schlechtesten bezahlt und leidet an beständigem übermäßigen Angebot.

Wie soll sich nun in einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung die Frage der Zuwendung der Arbeitskräfte an die einzelnen Erwerbszweige regeln?

Lassen wir hier der Sozialdemokratie das Wort!

„Der Einzelne" — sagt Bebel — „entscheidet selbst, in welcher Thätigkeit er sich beschäftigen will." In diesem Satze wird also die freie Berufswahl für die sozialisierte Gesellschaft in Aussicht gestellt. Gleich darauf wird sie aber wieder geleugnet; denn Bebel sagt: „Stellt sich auf dem einen Gebiete ein Überschuß, auf dem anderen ein Mangel an Kräften heraus, so hat die Verwaltung die Arrangements zu treffen und einen Ausgleich herbeizuführen." Solche Arrangements sind aber nur in zweierlei Weise denkbar. Entweder so, daß die Gesellschaft jene Arbeitszweige, für welche sich zu wenig Arbeiter finden, höher lohnt, also die

alte verurteilte Ungleichheit wieder einführt. Oder so, daß die Gesellschaft nach Bedarf Arbeiter versetzt oder sie zu Arbeiten kommandiert, für welche Kräfte nötig sind. Und durch solche Maßregeln will die Sozialdemokratie Lust und Freude zur Arbeit erwecken! Denkt man nicht daran, was es für den gebildeten und gemütvollen Menschen bedeutet, auf einmal aus einer gewohnten Thätigkeit und Umgebung gewaltsam herausgerissen zu werden?

Man wird hiegegen bereit sein zu der Einwendung: im heutigen Staate werden Beamte und Offiziere auch versetzt und lassen sich das gefallen.

Dieser Einwand ist aber nur bei oberflächlichster Betrachtung haltbar. Denn einerseits haben die Männer, welche im Offiziers- und Beamtenstande versetzt werden, bei ihrer Berufswahl die volle Freiheit gehabt, sich einen anderen Beruf zu wählen, in welchem sie sich keine Versetzung gefallen zu lassen brauchten. Wenn sie dennoch den Beamten- oder Offiziersstand wählten, sind sie eben einverstanden damit, daß sie auch versetzt werden können.

Und anderseits sind die Versetzungen, die im Offiziers- und Beamtenberufe vorkommen, meist mit Beförderungen verbunden, können also viel leichter ertragen werden. Sie erfolgen immer unter Umständen, welche es dem Versetzten möglich machen, mit seiner ganzen Familie überzusiedeln. Ganz andere Wirkungen müßten die Versetzungen im Arbeiterstande haben, wo sehr häufig die Frau einen eigenen Beruf hat.

In der heutigen Wirtschaftsordnung wissen die Arbeiter sehr wohl, daß jene Arbeitszweige, welche gleiche technische Schwierigkeiten bieten, doch sehr verschieden sind hinsichtlich der Annehmlichkeit oder Unannehmlichkeit der Arbeit. Da werden die besonderen Unannehmlichkeiten einzelner Arbeiten ausgeglichen durch etwas höhere Löhne.

Wollte die sozialdemokratische Verwaltung für die unangenehmen und besonders beschwerlichen Leistungen Arbeiter bekommen, so müßte sie entweder diesen Arbeitern

für eine gleiche Arbeitszeit einen höheren Wert an Arbeitscertifikaten ausliefern oder sie müßte Arbeiter zu den unangenehmeren Arbeiten kommandieren.

Entschließt sich die Verwaltung zu dem erstgenannten Wege, so stößt sie auf die unüberwindliche Schwierigkeit, die Unannehmlichkeit und Mühsal der hundertfältig verschiedenen Arbeitszweige in ein ziffermäßiges Verhältnis zu bringen. Wer könnte es wagen, zu bestimmen, um wie viel die Arbeit eines Kanalräumers, eines Heizers in einem überseeischen Dampfer, oder eines Steinkohlengräbers unangenehmer und beschwerlicher ist, als die Arbeit eines Schleusenwärters, eines Sägknechtes oder eines Schafhirten? Derartige Bestimmungen würden immer an den gröbsten Fehlern leiden. Die Arbeiter selbst würden freilich sehr rasch ein Urteil darüber haben, welche Arbeiten im Verhältnis zur Mühewaltung und Unannehmlichkeit gut, und welche schlecht mit Certifikaten dotiert wären. Es würden sich dann immer die meisten Arbeiter zu bestbezahlten Arbeiten drängen. Man hätte also nur wieder die Konkurrenz und das Lohnsystem, nur mit einer viel größeren Unsicherheit tastend, als in der heutigen Wirtschaftsordnung. Die sozialdemokratische Verwaltung müßte, um dem Andrang von Arbeitern zu steuern oder dem Mangel abzuhelfen, beständig die Bestimmungen über die Certifikate ändern und dabei auch noch die örtlichen Verschiedenheiten des Angebots von Arbeitskräften berücksichtigen. Welche Unsumme von Verwaltungsaufgaben! Und welches Übermaß von Unzufriedenheit bei den Arbeitern, die auf einmal geringere Certifikate, als bisher, erhalten müßten, weil die Verwaltung einsähe, daß sie bisher zu viel gegeben hat! Damit wäre ja erst recht wieder die Veranlassung zu beständig wiederkehrenden Strikes geboten!

Wollte die Verwaltung aber alle Arbeiten streng gleich nach der Arbeitszeit mit gleichen Certifikaten dotieren, so würde sie natürlich sofort in die Lage gesetzt sein, daß sich nur für die angenehmeren und leichteren Arbeiten Kräfte

finden würden. Diese Arbeiten würden zu begehrten Stellen werden, um welche eine unendliche Zahl von Bewerbern konkurrieren würden. Von welchen Gesichtspunkten sollte nun die Arbeitsverwaltung bei der Besetzung der Arbeiterposten ausgehen? Wollte sie möglichst gerecht sein, so müßte sie in erster Linie das Dienstalter der einzelnen Bewerber berücksichtigen, unter Hintansetzung der Brauchbarkeit. Wollte sie sich ausschließlich durch das Interesse für die beste Arbeitsleistung leiten lassen, so müßte sie bestrebt sein, jeden Arbeiter dorthin zu stellen, wo er nach seiner Fähigkeit und Übung das Beste leistet. Das wäre möglich unter Zuhilfenahme von Zeugnissen und Qualifikationen, mit welchen nur dem Irrtume, sowie persönlicher Gunst oder Mißgunst der größte Spielraum eröffnet wäre. Und Jeder, der nach seinen Fähigkeiten in einer schwierigen und zugleich unangenehmen Arbeit Vorzügliches leisten könnte, hätte dann ein zwingendes Interesse, seine Fähigkeiten zu verleugnen, um lieber an eine leichtere und angenehmere Arbeit postiert zu werden. Die Arbeitsverwaltung aber wäre gezwungen, an alle unangenehmeren Arbeiten Arbeiter hinzukommandieren. Und nach welchen Gesichtspunkten sollte diese Kommandierung erfolgen? Wieder nach dem Gesichtspunkte des Dienstalters, so daß die Dienstjüngsten zu den unangenehmsten Arbeiten kommandiert würden? Oder nach dem Gesichtspunkte der Brauchbarkeit? Die letztere wäre ja überhaupt bei den unangenehmsten Arbeiten nicht nachzuweisen, weil sich für sie keine Lehrlinge finden würden und Jeder nur das Schlechteste leisten würde, da ihm nichts passieren kann, als Versetzung zu einer angenehmeren Arbeit!

Wie aber würde sich die Kommandierung in bestimmte Arbeitsgebiete verhalten zu den hochtrabenden Phrasen von Freiheit, welche die Sozialdemokratie nicht aufhört im Munde zu führen? Ist es nicht Wahnsinn oder cynische Frivolität, da noch von Freiheit zu sprechen?

Aber darüber gleitet ein Apostel wie Bebel glatt hinweg. „Die Verwaltung hat die Arrangements zu treffen.“ Das ist alles, was wir erfahren.

Diese „Arrangements" sind es, die den Gegnern der sozialistischen Lehre das geflügelte Wort von der „Zuchthaus-Arbeit" in den Mund gelegt haben.

Heute können Soldaten zu unangenehmen Arbeiten im Kasernendienste kommandiert werden. Sie ertragen es, weil sie an eiserne Disziplin gewöhnt sind; und sie ertragen diese Disziplin, weil sie nur zwei, höchstens drei Jahre dauert. Wie aber wären solche Kommandierungen zu ertragen, wenn ihnen der Mann sein ganzes Leben hindurch ausgesetzt wäre? Wenn er niemals sicher wäre, von Weib und Kind fortkommandiert zu werden, weil die sozialistische Verwaltung ein solches „Arrangement" für gut befindet?

Die Zuteilung der nötigen Arbeitskräfte an die Arbeitszweige wäre eine der dunkelsten Schattenseiten des sozialdemokratischen Betriebs; sie würde am ersten erkennen lassen, wie frivol es von der sozialdemokratischen Lehre ist, das Wort „Freiheit" in den Mund zu nehmen.

In einer staatssozialistischen Wirtschaftsordnung würde sich diese Frage viel freiheitlicher gestalten, da der Staatssozialismus den freien Arbeitsvertrag und das Lohnsystem nicht beseitigen will. Hier ergäbe sich die immerhin recht schwierige Aufgabe, die Lohnhöhen aller einzelnen Arbeitszweige, bezw. die Arbeitszeiten so zu bestimmen, daß jeder Arbeitszweig stets die entsprechende Anzahl von Arbeitskräften bekäme. Zur Ergänzung könnte auch die Einrichtung dienen, daß die Arbeitsverwaltung sich mittels Arbeitsvertrags eine Auslese zuverlässiger Arbeiter sichert, welche sich vertragsmäßig verpflichten, sich gegen höhere Ausnahmslöhne sofort bei jeder beliebigen Arbeit verwenden zu lassen.

8. Arbeitsordnung und Arbeitskontrolle.

Bezüglich der Arbeitsordnung und Arbeitskontrolle lehrt uns die sozialdemokratische Theorie folgendes (Bebel):

„Die einzelnen Arbeitszweige und Abteilungen wählen ihre Ordner, welche die Leitung zu übernehmen haben. Das sind keine Zuchtmeister, wie die meisten heutigen Arbeits-

inspektoren und Werkführer, sondern Genossen, die die ihnen übertragene verwaltende Funktion an Stelle einer produzierenden ausüben."

Hat Herr Bebel, als er diesen Satz schrieb, auch bedacht, welche Folgen eine solche Wahl der Arbeitsaufseher haben muß? Selbst gewissenhafte und redliche Arbeiter würden sich doch immer lieber den nachsichtigsten, als den strengsten Aufseher wählen. Das Ergebnis wäre unzweifelhaft ein mit Riesenschritten zunehmender Arbeitsschlendrian. Wollte man aber diesem vorbeugen, etwa durch eine Oberaufsicht über die Aufseher, so würde das gleiche Verfahren bei der Wahl der Oberaufseher einreißen. Wollte man, wie Bebel auch in Aussicht stellt, die Funktion der Arbeitsaufseher zu einer alternierenden machen, welche im Turnus alle an einem Arbeitszweige Beteiligten trifft, so würde das in der großen Mehrzahl der Fälle dahin führen, daß der Geschicktere, Tüchtigere, Fleißigere zeitweilig von dem minder Geschickten, Tüchtigen und Fleißigen beaufsichtigt wird. Welch ein Widersinn liegt darin! Das heißt ja den Lehrling zum Aufseher über den Meister machen, das Pferd zum Kutscher! — Eine dritte Möglichkeit, solche Aufseher zu erhalten, läge darin, daß dieselben von der Zentralverwaltung eingesetzt würden. Diese Möglichkeit berührt Bebel nicht; offenbar wäre ihm diese Einrichtung nicht demokratisch genug. In der That ist sie auch nicht demokratisch; sie würde nur die von Bebel perhorreszierten „Zuchtmeister" wieder schaffen. Bebel aber fährt fort:

„Eine solche auf voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisierte Arbeit, wo Einer für Alle, Alle für einen stehen, die das höchste Gefühl der Solidarität erweckt, wird einen Geist freudiger Schaffenslust und einen Wetteifer erzeugen, wie er in dem heutigen Wirtschaftssystem nie und nirgends zu finden ist."

Das könnte ja geschehen, wenn man überhaupt den Egoismus mit der tiefsten Wurzel aus dem Herzen des Menschen entfernen könnte. Aber so lange es egoistische Regungen giebt, werden stets diejenigen, welchen der stärkere

Egoismus innewohnt, nach bevorzugtem Dasein streben. Und wenn man in aller denkbaren Weise die Daseinsbedingungen gleich zu machen sucht: man kann sie doch niemals so gleichartig gestalten, daß nicht entweder der stärkere Egoismus oder das stärkere Talent oder beide zusammen irgendwelche Wege finden, um sich geltend zu machen und zu einem bevorzugten Dasein zu gelangen, bestehe nun dieses bevorzugte Dasein in zahlreicheren materiellen Genüssen, in geringerer Arbeit, in größerer Ehre oder in größerer Freiheit. Dadurch allein schon, daß der sozialdemokratische Theoretiker die Notwendigkeit von Arbeitsaufsehern zugiebt, liefert er den schlagendsten Beweis gegen jenen „Geist freudigen Schaffens".

Das Interesse, welches bei einer gemeinsamen Produktion jeder Einzelne am vollkommensten Gelingen der Arbeit hat, kann unmöglich, wie Bebel glaubt, ein gesteigertes, sondern nur mehr ein ganz minimales sein. An jedem Fortschritt der Produktion ist ja der Einzelne nur zu einem ganz minimalen Bruchteil interessiert, während er an jeder Erleichterung oder Bevorzugung, die er sich selber verschaffen kann, voll und ganz interessiert ist. Es würde daher jeder Einzelne seinen Scharfsinn und Erfindungsgeist darauf richten, sich möglichst viel Arbeitserleichterungen zu verschaffen. Kann er dieselben nicht für sich allein beanspruchen, weil ihn die Augen seiner nächsten Mitarbeiter überwachen, so wird er eben trachten, diese Erleichterungen auch allen seinen nächsten Mitarbeitern zu verschaffen — auf Kosten der Gesamtheit. Und seine Mitarbeiter werden ihn als freiwillige Bundesgenossen in diesem Streben gern unterstützen. An Vorschlägen und Ideen zur Verbesserung des Betriebs wird es freilich nicht fehlen. Aber bei weitem die meisten und durchführbarsten dieser Vorschläge und Ideen werden zum Vorteile Einzelner oder kleinerer und größerer Cliquen ersonnen sein.

In der sozialisierten Gesellschaft, meint Bebel, wird Jeder seine Fähigkeiten entfalten, um sich zu nützen, und indem er dies thut, nützt er zugleich der Gesellschaft.

Hierin liegt ein entschiedener Appell an den Egoismus; und wirklich behauptet Bebel einige Zeilen weiter unten, daß in der sozialisierten Gesellschaft persönlicher Egoismus und Gemeinwohl miteinander in Harmonie stehen, sich decken.

Aber kann dies denn jemals möglich sein? Der persönliche Egoismus steckt ja im Einzelnen und das Gemeinwohl ist eine Sache der Gesamtheit, an welcher allerdings auch der Einzelne interessiert ist. Man kann doch unmöglich die Menschen so gleichartig machen, daß in jedem Einzelnen sein Gemeinsinn und sein Egoismus sich genau das Gleichgewicht halten, daß in allen Einzelnen das Pflichtgefühl genau zu gleicher Stärke entwickelt wird! Und so lange dies nicht möglich ist, so lange wird immer der persönliche Egoismus Einzelner mit dem Gemeinwohl in Disharmonie geraten.

Man denke sich ein paar Arbeiter der sozialisierten Gesellschaft, die mit einer sehr unangenehmen Arbeit beschäftigt sind, etwa in einer Steinkohlengrube, in einer chemischen Fabrik oder dergleichen. Der Arbeitsaufseher entfernt sich, um anderwärts nachzusehen. Werden nicht die Arbeiter instinktmäßig die Hände sinken lassen, um auszuruhen oder frische Luft zu schöpfen? In diesem Augenblicke kommen ihr persönlicher Egoismus und das Allgemeinwohl in Konflikt — wer findet es nicht begreiflich, daß der persönliche Egoismus siegt? Und solche Umstände und Verhältnisse würden sich im Leben jedes einzelnen Mitgliedes der sozialisierten Gesellschaft Stunde für Stunde vorfinden. Unaufhörlich würde der Einzelne durch seinen Egoismus angetrieben, sich Anstrengung zu ersparen, entweder durch Verringerung seiner Leistung oder durch Vergeudung von Arbeitsmitteln, welche der Gesamtheit gehören. Wie man heutzutage sich bemüht, Kapital zu ersparen, würde man sich in der sozialisierten Gesellschaft bemühen, sich Mühe, das heißt Arbeit zu ersparen.

Und wenn die sozialisierte Gesellschaft durch die sorgfältigste Organisation und strengste Aufsicht dies verhüten wollte: dann dürfte sie sicher sein, daß sie in erstaunlich

kurzer Frist denselben Haß der Arbeiter auf sich geladen hätte, den heute ein oder der andere unmenschliche Arbeitgeber trägt.

Charakteristisch sind die Täuschungen, welchen sich die sozialistischen Theoretiker hingeben in Bezug auf die Kontrollierbarkeit der Arbeit. Sie halten insgesamt die Kontrolle jeder Arbeit für leichter und einfacher, als dieselbe wirklich ist.

Nun giebt es ja in der That Arbeitsleistungen, welche leicht und einfach zu kontrollieren sind, wie die Thätigkeit des Rekruten auf dem Exerzierplatze, wo jedes Zurückbleiben, jedes seitliche Ausbiegen, jede Verzögerung des Tempo sofort von dem Vorgesetzten bemerkt wird. Aber nur die wenigsten Arbeiter haben eine derartig in uniformen Bewegungen taktmäßig sich vollziehende Leistung zu vollbringen. Bei sehr vielen Arbeitsleistungen ist ihre Qualität durchaus nicht sofort offenkundig; sie sind daher unkontrollierbar. Aber obgleich sie ihrem Wesen nach unkontrollierbar sind, müßten sie in der sozialistischen Arbeitsordnung doch kontrolliert werden. Das müßte notwendig zu zahlreichen Kraftvergeudungen, Irrtümern, Täuschungen und Unbilligkeiten führen. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird ungefähr die Hälfte aller Arbeitsleistung von kleinen Unternehmern ohne Kontrollaufsicht vollbracht; in einer ganz sozialistischen Arbeitsordnung müßte alle Arbeit, weil nach der Zeit gelohnt wird, hinsichtlich des aufgewendeten Fleißes während der Arbeitsausführung kontrolliert werden. Welch ungeheures Anfordernis an Aufsichtspersonal und welche Beeinträchtigung der Arbeitsfreiheit liegt darin!

Die sozialdemokratischen Theoretiker wollen keinen Klassenunterschied, keinen Klassenstaat mehr. Sie denken aber nicht daran, daß in ihrer Gesellschaftsordnung immer noch ein gefährlicher Klassenunterschied bestehen bliebe: der Unterschied von Arbeitern und Arbeitsaufsehern. Dieser Gegensatz könnte sich nur nach zwei Richtungen hin entwickeln. Entweder so, daß die Autorität der Aufseher von

Anbeginn schon bedeutend wäre und mit der Zeit noch zunähme — ein Verhältnis, welches rasch wieder zum Klassenhaß, zur Unterdrückung und Empörung führen würde. Oder so, daß die Autorität der Aufseher geringer würde und damit die Arbeitsleistung der Beaufsichtigten schwinden müßte. Letzteres scheint das Wahrscheinlichere; man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der ganze Organismus von Beaufsichtigten, von Aufsehern und Oberaufsehern zu einer Reihe von stillschweigenden oder ausdrücklichen Kompromissen führen würde, wobei jede einzelne Kompromißgruppe von dem Gedanken der Arbeitserleichterung geleitet und das Endergebnis eine ständige Verminderung der Produktion, eine stets zunehmende Verarmung wäre. Jede Gruppe von Arbeitern, die miteinander ein wirtschaftliches Unternehmen, eine Fabrik, eine Verkaufshalle, ein Transportwerkzeug oder dergleichen fruchtbar machen sollen, würde naturgemäß eine Association zur Arbeitserleichterung, d. h. zur Schädigung der Gesamtheit bilden.

9. Verbesserung der Produktion.

Über die Art und Weise, in welcher technische Verbesserungen der Produktion zunächst eingebürgert werden sollen, sagt Bebel nichts. Er begnügt sich damit, auf den Geist freudiger Schaffenslust hinzuweisen, den die sozialistische Gesellschaftsordnung erwecken soll.

Es klingt wie der bitterste Hohn, wenn man von einem Geiste freudiger Schaffenslust hört in einer Gesellschaftsordnung, die dem Einzelnen die freie Berufswahl, den freien Aufenthaltsort, kurz die freie Verfügung über seine Kräfte notwendig entziehen muß. Stellen wir uns vor, daß ein einzelner Arbeiter in der sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung irgend eine Verbesserung des Produktes, der Arbeitsmethode oder des Arbeitsmittels entdeckt. Welches Interesse hat er daran, diese Verbesserung in Vorschlag zu

bringen, über sie nachzudenken? Es bringt ihm ja keinen persönlichen Erfolg. Er wird also vielleicht seine vorgesetzten Arbeitsaufseher von seiner Erfindung in Kenntnis setzen. Sind sie ihm wohlgesinnt und einsichtig genug, so werden sie die Verbesserung durchzuführen suchen; andernfalls wird sie begraben. Heutzutage ringt jeder technische Fortschritt, wenn er überhaupt ein Fortschritt ist, sich durch, weil der freie Unternehmungsgeist der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Allem hascht, was Erfolge verspricht. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung wäre dem technischen Fortschritt der kräftigste Antrieb genommen.

Bebel erwartet auch eine sehr bedeutende Steigerung der Produktivität der sozialistischen Gesellschaft dadurch, daß in ihr die Zwergbetriebe verschwinden werden. Hierauf muß aber entgegnet werden, daß die Zwergbetriebe, soweit sie den Großbetrieben gegenüber unwirtschaftlich sind, auch in dem kapitalistischen Wirtschaftssysteme allmählich verschwinden. Sie ganz plötzlich aufzuheben wäre auch in der sozialistischen Gesellschaft unthunlich, weil das mit einer Verschleuderung von Arbeitsmitteln verbunden wäre. Gewisse Kleinbetriebe würden auch in der sozialistischen Gesellschaft fortexistieren müssen. Auch darf man Bebel nicht ohne weiteres glauben, daß die durch die Kleinbetriebe herbeigeführte Verschwendung an Zeit, Kraft und Material gar so enorm ist gegenüber den möglichen Vorzügen eines sozialistischen Betriebs. Im Kleinbetrieb sind Arbeitsmittel und Arbeitsmaterial Eigentum des Produzenten; er wird deshalb mit ihnen sparsam umgehen. Im sozialistischen Großbetriebe sind Arbeitsmittel und Arbeitsmaterial Eigentum der Gesellschaft; der Arbeiter hat dabei keinen Beweggrund zu besonders sparsamer Behandlung derselben. Wollte man seine Behandlung der Arbeitsmittel und Materialien wieder sorgfältig überwachen, so würde diese Kontrolle wieder Arbeitskräfte beanspruchen. Je größer der Betrieb, um so leichter wird das wirtschaftlich schädliche Entwischen von Einzelheiten aus der Kontrolle.

Man muß jedem sozialistischen Theoretiker vollständig beistimmen, wenn er fordert, es müsse ein Ziel der Gesellschaft sein, daß die Arbeit immer annehmlicher gemacht werde.

Praktisch und schön eingerichtete Produktionsstätten, möglichste Verhütung jeder Gefahr, Beseitigung unangenehmer Gerüche und Dünste: das sind gewiß Fortschritte, die jeder Menschenfreund wünscht. Aber es ist nicht denkbar, daß die sozialisierte Gesellschaft diese Fortschritte wesentlich rascher und besser herbeiführen könnte, als die heutige Gesellschaft. Denn jede solche Verbesserung könnte ja immer nur mit einem Aufwand an Arbeitskräften und Arbeitsmitteln herbeigeführt werden, welcher anderen produktiven Zwecken entzogen werden müßte. Was die gesamte Gesellschaft für Verbesserung ihrer Arbeitsräume verwendet, müßte sie entweder der Nahrungsmittelproduktion oder irgend einem anderen Zweige der Gesamtproduktion entziehen. Wenn man alle Arbeitsräume tapezieren wollte, so müßte entweder eine Zeit lang das Tapezieren der Wohnräume unterbleiben oder es müßten Schuhmacher und Schneider in Tapezierer verwandelt werden und könnten dann eine Zeit lang keine Schuhe und Kleider machen. Das ist eine ziemlich klare Rechnung.

Bebel übersieht das. Er glaubt fest an eine enorme Steigerung der Produktion durch die Sozialisierung. „Die großartigste Anwendung motorischer Kräfte und der vollkommensten Maschinen und Werkzeuge, die detaillierteste Arbeitsteilung und die geschickteste Kombination aller Arbeitskräfte werden die Produktion auf eine Höhe bringen, ... daß zur Erzeugung des nötigen Quantums von Lebensbedürfnissen die Arbeitszeit sehr erheblich reduziert werden kann."

Wir glauben nicht an diese Steigerung der Produktion durch den Sozialismus. Gegenwärtig sind an der Steigerung der Produktion außer den wenigen Arbeitern, welche lediglich aus Produktionstrieb oder aus Opferwilligkeit wirklich

angestrengt arbeiten, auch alle jene interessiert, welche bloß aus Egoismus oder aus Not arbeiten. Diese große Mehrzahl aller Arbeitenden würde in einem sozialistisch geordneten Wirtschaftssysteme das Interesse an einer Steigerung der Produktion verlieren, das heißt an jener Steigerung, die durch ihre Anstrengung herbeigeführt würde, jedem Einzelnen aber nur unberechenbar kleine Vorteile bringen könnte.

An einer Stelle zitiert Bebel Thünens berühmten Satz: „In der Trennung des Arbeiters von seinem Erzeugnis liegt das Übel". Dieser Satz ist richtig, allerdings in der Variante: In der Trennung des Arbeiters von seinem Erzeugnis liegt das Übel, aber auch der Fortschritt. Denn nur durch die Trennung des Arbeiters von seinem Erzeugnis ist Berufsgliederung, Handel und Verkehr möglich. Ungetrennt von seinem Erzeuger bleibt das Erzeugnis nur bei der reinsten Naturalwirtschaft, nur da, wo der Produzent das, was er produziert, auch selbst konsumiert. Die Trennung des Arbeiters von seinem Erzeugnis beginnt, sobald der Produzent sein Produkt verkauft oder vertauscht; und damit beginnen allerdings auch Täuschung und Irrtum. Aber vollständig ist die Trennung erst dort, wo der Arbeiter das Produkt gar nicht einmal selbst ganz herstellt, sondern nur einen Teil desselben, und diesen Teil mit fremden Arbeitsmitteln und für einen ihm unbekannten Abnehmer. Die Trennung des Arbeiters von seinem Produkte wäre aber auch sehr vollkommen durchgeführt in jeder ganz sozialistischen Großproduktion. Auch da würde ja der einzelne Arbeiter sein Produkt nicht mehr selbst verbrauchen, sondern es an die Gesamtheit abgeben; und es wäre immer Täuschung und Irrtum möglich hinsichtlich der Frage, ob das, was er für seine Arbeit erhält, dem Werte derselben entspricht oder nicht.

Die sozialistischen Theoretiker waren immer begeisterte Freunde einer Abwechselung in der Arbeit. Man kann ihnen da Recht geben; die Einseitigkeit, zu welcher das

moderne Wirtschaftssystem den Arbeiter verdammt, ist ein Unglück. Aber wenn Bebels Gesellschaft alle Betriebe möglichst zu Großbetrieben konzentrieren will, unterstützt sie nur diese Vereinseitigung. Er freilich hofft das Gegenteil. Er hofft, daß die künftige Gesellschaft Künstler und Gelehrte in Menge haben wird, und daß jeder derselben einen Teil des Tages physisch arbeiten und in der übrigen Zeit seinen Studien und Künsten und geselligem Umgang obliegen wird. Nun — Leute, welche sich den ganzen Tag mit wissenschaftlicher oder künstlerischer Thätigkeit beschäftigen, werden dem Sozialistenführer gern bestätigen, daß sie mit Vergnügen zwei oder drei Stunden am Tage lieber die geistig nicht anstrengende Arbeit eines Tischlers oder Schuhmachers thun würden, wenn sie nicht fürchten müßten, dabei in ihrer geistigen Berufsarbeit zurückzubleiben. Wer überhaupt geistig oder künstlerisch thätig ist, will eben das Vollkommenste leisten, was in seinem Fache geleistet werden kann; er scheut sich deshalb, in irgend einem Handwerk als Dilettant zu arbeiten, so gesund ihm das auch wäre. Es ist nicht Hochmut, was die Angehörigen der liberalen Berufsarten an solchem Dilettantismus verhindert, sondern wirklich nur das Streben, das Beste zu leisten — weil das Leben kurz ist und die Kunst lang.

Alle Arbeiten angenehm zu machen, wird im Laufe von vielen Jahrhunderten nicht gelingen, weder in einer kapitalistischen, noch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, braucht man sich nur die Gründe zu vergegenwärtigen, weshalb einzelne Arbeiten angenehm, die meisten unangenehm sind.

Angenehm können einzelne Arbeiten in manchen Momenten oder unter besonderen Umständen werden.

Sie können angenehm werden, wenn ein günstiger Erfolg so rasch und so leicht erzielt wird, daß hinter dem Glanz dieses Erfolges die Arbeitsmühe gänzlich verschwindet. Derartige Arbeitsmomente können immer nur Ausnahmen sein. Sie können vorkommen bei der Thätigkeit eines Arztes,

dem es dann und wann gelingt, durch einen einfachen ärztlichen Eingriff ein ſchweres Übel zu heben; bei einem Künſtler, dem in einer beſonders guten Stunde ein Werk vorzüglich gelingt; bei einem Techniker, dem ſich durch ein Zuſammentreffen günſtiger Umſtände eine Erfindung oder weſentliche Verbeſſerung eines techniſchen Prozeſſes offenbart; bei einem Lehrer, dem eine ausnahmsweiſe gute Leiſtung eines Schülers vorkommt; bei jedem Arbeiter, der durch etwas beſonders gelungenes das Lob ſeiner Mitarbeiter, Lehrer oder Leiter erntet.

Angenehm können Arbeiten auch dann werden, wenn der Arbeiter ſieht, daß eine beſondere Gunſt des Zufalls oder der Natur ihn unterſtützt. So kann der Jäger eine Freude an ſeiner Arbeit haben bei einem guten Schuß, der Fiſcher bei einem reichen Fiſchzug; der Bauer, wenn er ſeinen letzten Erntewagen vor einem drohenden Gewitter hereinbringt.

Angenehm kann eine Arbeit auch werden, wenn von außenher große und ſchöne Anregungen mit ihr verbunden ſind, wie etwa Naturgenuß, intereſſante Reiſen, künſtleriſche Eindrücke ꝛc.

Ferner kann eine Arbeit angenehm werden, wenn ſie den Ehrgeiz des Menſchen in ſo hohem Grade anregt, daß er darüber die Arbeitsmühe völlig vergißt: wenn man unter dem Beifall der Menge, oder mit der Gewißheit des Sieges über einen Mitbewerber arbeitet.

Alle dieſe Fälle ſind aber immer nur einzelne Momente aus einer länger fortgeſetzten Arbeitsthätigkeit.

Was die Arbeit dem Menſchen unangenehm macht, ſind hauptſächlich folgende Umſtände: Unfreiheit, übermäßig lange Dauer, ſchwere Anſtrengung, Mangel an menſchenwürdiger ſchöner Umgebung, Beſchäftigung in ſchlechter Luft und mit widerwärtigen Stoffen, naturwidrige Haltung, unangenehme Mitarbeiter, Ärger über mangelhaftes Arbeitsmaterial und mangelhafte Arbeitsmittel, feindſelige Zufälle, exceſſive Temperaturen, mangelnder

Erfolg, Mangel an Abwechselung und an selbständigem Denken.

Wo diese Schäden sich nicht bemerkbar machen, wird man eine Arbeit als normal bezeichnen können; sie ist, wenn auch nicht positiv angenehm, doch nicht geradezu unangenehm.

Leider muß man zugestehen, daß von Seiten liberaler und konservativer Sozialtheoretiker manchmal recht oberflächlich über das Wesen der Arbeit geurteilt worden ist. Nur zu oft hat man schlechtweg alle Arbeit als einen Segen, als etwas den Menschen unter allen Umständen bildendes und veredelndes hingestellt. In Bezug auf den Einfluß, welchen sie auf des Menschen Geist, Gemüt und Glück nehmen, sind die einzelnen Arbeitsthätigkeiten eben so verschieden, wie sie technisch verschieden sind.

Geistbildend sind Arbeiten nur, wenn sie Spür- und Erfindungskraft anregen. Und das wird immer nur dort der Fall sein, wo der Arbeiter das Ganze oder wenigstens die Hauptteile seines Arbeitsprozesses mit technischem Blick überschaut und beherrscht, wo er eine Wahl hat zwischen verschiedenen Arbeitsmaterialien, Arbeitskräften, Arbeitsmitteln und Arbeitsmethoden; wo er bei dieser Wahl das für ihn und für seine Arbeit ersprießlichste und angenehmste ausfindig machen kann. Wo er aber vollständig schablonenmäßig, bloß nach den höheren Anweisungen Anderer, mit gegebenen Arbeitsmitteln und Arbeitskräften zu arbeiten hat: da hört dieses Spüren und Suchen mit seinen geistigen Anregungen auf. Das ist ein Fluch alles Großbetriebes. Die sozialdemokratische Ordnung würde aber in diesem Punkte nichts bessern, nur verschlechtern können.

Die Sozialdemokratie erwartet von der Durchführung ihrer Wirtschaftsordnung glänzende Fortschritte der Technik, eine Ära überraschender Erfindungen. Aber auch dafür bleibt man den Beweis schuldig.

Der technische Fortschritt ist einerseits abhängig von der Vertiefung und Verallgemeinerung der technischen Bildung, anderseits davon, daß dem Techniker die Möglichkeit geboten

wird, entweder in Staatsstellungen oder als Dirigent größerer Unternehmungen oder als selbständiger Unternehmer seine Kenntnisse zu verwerten, und zwar so zu verwerten, daß er auch für sich um so mehr persönlichen Erfolg erzielt, je wichtigere Dienste er der Allgemeinheit leistet. Diese Bedingungen sind in einem sozialdemokratischen Gemeinwesen nicht gegeben. In der sozialdemokratischen Gesellschaft wäre für einen erfindungsreichen bahnbrechenden Techniker kein Raum, weil sie ihm nicht das zu bieten hätte, was einem Arkwright oder Stephenson, einem Edison oder Krupp geboten ward. Es soll damit nicht gesagt sein, daß diese Männer bloß um des materiellen Erfolgs willen ihren erfinderischen Geist angestrengt hätten. Aber der materielle Erfolg war nötig, um ihnen die Gelegenheit zum thatkräftigen Fortarbeiten zu bieten. Was hätte die sozialdemokratische Gesellschaft überhaupt hervorragenden Talenten zu bieten? Weder Reichtum, den sie abgeschafft hat, noch Machtstellung, die sie nicht dulden kann, noch auch Ruhm und Anerkennung, weil sie ja den Personenkultus verwirft. Das Bewußtsein, der Gesellschaft einen Dienst erwiesen zu haben? Es ist viel für einen edeldenkenden Menschen; aber nicht genug, um die rastloseste Konkurrenz der Geister zu entfesseln.

Nicht jede Erfindung ist derart, daß der Fortschritt, welchen sie verursacht, sofort in die Augen springt. Bei vielen, ja bei den meisten und wichtigsten Erfindungen muß ihrer Einführung in den Gebrauch noch ein Stadium von prüfenden Versuchen vorangehen, von Versuchen, welche einen Aufwand fordern, mit einem Risiko verbunden und deshalb die Sache wagemutiger Unternehmer sind. Die Gemeinschaft hat zu solchen Versuchen keinen Beruf und kann ihn nicht haben, weil sie zu viel Verantwortung trägt. Sie kann nur dasjenige einführen, was sich schon bewährt hat. Wenn sie ausnahmsweise Unbewährtes einführen, einen Sprung ins Dunkle wagen will, kann sie das nur auf Grund von schwerfälligen Majoritätsbeschlüssen.

10. Gleichgewicht von Produktion und Verbrauch.

Die Sozialdemokratie ist der Überzeugung, daß im sozialistischen Wirtschaftssysteme keine Überproduktion und kein Mangel mehr vorhanden sein wird. Auch hier denkt man sich den Ausgleich offenbar als mit spielender Leichtigkeit herzustellen.

Es scheint in der That auf den ersten Anblick erstaunlich einfach, diesen Ausgleich zu schaffen. Zeigt sich, daß in einem Zweige der Gesamtproduktion zu viel, in einem anderen zu wenig produziert worden ist, so braucht man ja bloß den überthätigen Produktionszweig eine Zeit lang ruhen zu lassen und den ungenügenden zeitweilig stärker zu besetzen.

In der Theorie erscheint dies ganz richtig; in der Praxis wäre es auch im sozialistischen Betrieb mit so ziemlich denselben Opfern, Entbehrungen, Unannehmlichkeiten und Umständen verknüpft, wie im modernen Wirtschaftsbetrieb. Auch im modernen Wirtschaftsbetriebe giebt es keine Überproduktion in dem Sinne, daß Produkte überhaupt nicht konsumiert werden. Die im Übermaß produzierten Gegenstände bleiben bloß eine Zeit lang zinslos liegen; oder sie müssen zu gedrückten Preisen verkauft werden. Dasselbe würde ihnen aber auch in der sozialistischen Gesellschaft passieren; nur mit dem Unterschiede, daß in letzterer den Schaden nicht bloß einzelne Unternehmer und arbeitslos gewordene Arbeiter, sondern die Gesamtheit als Unternehmerin und alle Arbeiter zu tragen hätten.

Man versetze sich nur in die Lage der sozialistischen Verwaltung. Gesetzt den Fall, die Verwaltung spürt in einem bestimmten Betriebszweige, z. B. in der Baumwollweberei, daß die Konsumtion hinter der Produktion zurückbleibt, also eine Überproduktion droht. Ist sie sofort im stande, die Baumwollweberei zu reduzieren? Als sozialistische Verwaltung könnte sie keine Arbeiter entlassen, ohne denselben gleich eine ersprießliche Wiederverwendung zu sichern. Das geht aber nicht ohne umständliche und zeit-

raubende Erhebungen. Denn die Arbeiter, die bisher in der Baumwollweberei ganz Tüchtiges leisteten, eignen sich durchaus nicht alle und nicht auf der Stelle zu Schmieden, Zimmerleuten oder Maurern. Würde man sie trotzdem in Berufen, die ihnen entlegen sind, verwenden, so müßte darunter einfach der Wert der geleisteten Gesamtarbeit Schaden leiden. Würde man sie dagegen unbeschäftigt lassen und auf Kosten der Gesellschaft unterhalten, so hätte auch die letztere dieses Opfer zu bringen. Opfer müssen jedesmal gebracht werden, sobald die Konsumtion hinter der Produktion zurückbleibt; und man kann die Konsumtion nicht zwingen, ganz gleichmäßig zu bleiben. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung lasten diese Opfer auf den Unternehmern, die sich mit geringerem Gewinn, und auf den Arbeitern der betroffenen Betriebszweige, die sich mit geringeren Löhnen begnügen müssen. Dafür haben die Unternehmer wie die Arbeiter auch die Chance, bei günstigem Geschäftsgange höhere Gewinnste und höhere Löhne einzustreichen. Die etwa im Übermaß produzierten Waren verlieren in der sozialistischen Wirtschaftsordnung genau so viel an Wert und verursachen dieselben Aufbewahrungskosten, wie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Und die Behauptung, daß die sozialistische Verwaltung ein feineres Gefühl für eine herannahende Überproduktion haben würde, als die heutigen Unternehmer, ist durchaus unbeweisbar. Denn in der sozialistischen Wirtschaftsordnung werden ja auch die produzierten Waren in zahlreiche einzelne Lager verteilt; und die Lagerbeamten können nicht beurteilen, ob eine zufällige Anhäufung einer bestimmten Warengattung schon ein Zeichen von allgemeiner Überproduktion oder lediglich einer vorübergehenden Laune der lokalen Konsumtion zu verdanken sei. Die Lagerbeamten hätten auch nicht, wie der heutige Kaufmann, ein höchst persönliches Interesse daran, die Verwaltung des fraglichen Produktionszweiges schleunigst merken zu lassen, daß eine Überproduktion im Anzuge sei.

Die Schwierigkeit der Vermeidung einer Überproduktion müßte sich natürlich für die sozialistische Verwaltung ganz enorm steigern, wenn es sich um einen Betriebszweig handelt, welcher auf auswärtigen Absatz angewiesen ist.

Nehmen wir nun den entgegengesetzten Fall, daß die Produktion hinter der Konsumtion zurückbleibt. Die sozialistische Verwaltung wird auch davon die nötige Kenntnis durch die einzelnen Lagerverwaltungen erhalten, welche Nachsendungen der ausgegangenen Produkte fordern. Handelt es sich dabei um Erzeugnisse, welche entbehrt werden können, so ist der Schaden nicht beträchtlich; die Konsumenten müssen sich eben gedulden, bis zuerst durch Aushilfe der verschiedenen Lager untereinander, später durch vermehrte Produktion dem Mangel abgeholfen wird. Nur ist es bei entbehrlichen Produktionsgegenständen leicht möglich, daß die Konsumenten, welche nicht gleich befriedigt werden, nachher ganz auf den Gegenstand verzichten. Hat dann die Lagerverwaltung die Gegenstände nachbeschafft, so liegen sie unverwendbar da; die Gesellschaft hat dann den Aufwand für Lagerung und Weitertransport zu bestreiten.

Handelt es sich dagegen um unentbehrliche Gegenstände, so steht die Sache schlimmer. Kein Verwalter eines Detaillagers dürfte sich zu Schulden kommen lassen, das völlige Ausgehen eines notwendigen Verbrauchsgegenstandes eintreten zu lassen. Ein Sturm der Entrüstung gegen die sozialistische Ordnung wäre die notwendige Folge. Da müssen also die Vorräte stets rechtzeitig ergänzt werden. Die Verantwortung der Lagerbeamten für rechtzeitige Ergänzung würde aber leicht zu übergroßen Lagervorräten führen; die Gemeinschaft hätte dann die Kosten übermäßig großer Lagerhäuser und die Fürsorge für weitschichtige Vorräte zu tragen. An diesen Kosten ließe sich wieder ersparen durch Beschränkung der Anzahl der Lager auf das Notwendigste; sie fände aber nur statt auf Kosten der Konsumenten, welche weitere Wege zum Warenlager zu machen hätten.

Wenn nun aber bei einem unentbehrlichen Erzeugnis die Vorräte der Detaillager nicht rechtzeitig ergänzt werden können, weil in den Zentrallagern keine genügenden Vorräte aufgespeichert sind?

Daß der Fall eintreten kann, ist nicht zu bezweifeln. Infolge anhaltender Dürre können die Futtermittel, infolge einer sehr schlechten Ernte die Getreide- und Mehlvorräte vorzeitig ausgehen. Das Herannahen eines solchen Mangels kann die Verwaltung der Zentrallager beurteilen nach der Nachfrage der Detaillager und nach den Berichten der Produktionsstätten; aber außerordentlich schwierig würde für sie die Aufgabe sein, die noch vorhandenen Vorräte gerecht in die einzelnen Detaillager zu verteilen. Denn die Einwohner derjenigen Plätze, deren Detaillager zuerst nichts mehr abgeben können, würden sich mit vollstem Rechte für benachteiligt erklären gegenüber jenen Plätzen, wo noch Vorräte wären. Die letzten Vorräte müßten beständig auf Reisen sein. Die hierdurch erwachsenden Transportkosten, sowie die Kosten für die teure und rasche Beschaffung von Ersatzvorräten aus dem nichtsozialistischen Auslande würden auf den Schultern der Gesamtheit lasten und wären für sie ein entsprechendes Opfer, wie es in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Teuerungen wichtiger Gebrauchsgegenstände sind.

Das Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion in vollkommenster Weise herbeizuführen und aufrecht zu erhalten, könnte also der sozialistischen Wirtschaftsordnung ebensowenig gelingen, wie der kapitalistischen. Denn auch die sozialistische Verwaltung kann weder die Konsumtion noch die Produktion vollständig und momentan beherrschen. Sie kann einen starken Einfluß auf die Konsumtion geltend machen; ebenso kann sie auch die Produktion steigern oder verringern, wenn auch nicht mit solcher Schnelligkeit und Elastizität, als von sozialistischen Theoretikern behauptet wird. Aber diese Beherrschung von Produktion und Konsumtion geht nicht so weit, daß sie alle Störungen vermeiden könnte; sie geht nicht

weiter, als sie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch Nachfrage und Angebot gebracht werden kann.

Eine Vermeidung jedes Mißverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion wäre in der sozialistischen Wirtschaftsordnung nur möglich, wenn die Verwaltung nicht bloß die Produktion, sondern auch die Konsumtion vollständig beherrschen würde. Es ist ein Widersinn, die ganze Produktion planmäßig einrichten zu wollen, während man die ganze Konsumtion freithätig bleiben läßt.

Weiß man aber, was es heißt: die ganze Konsumtion beherrschen? Das heißt einfach die Freiheit der Bedarfsbestimmung aufheben. Damit wäre die unerhörteste Knechtung des ganzen Daseins Thatsache.

Ein völliges Vermeiden des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion wäre eben nur dann möglich, wenn die sozialistische Verwaltung allen denen, die an der Produktion thätig waren oder denen sie sonst Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, für ihre Arbeitscertifikate ꝛc. nicht dasjenige an Gebrauchsgütern giebt, was die Einzelnen wollen, sondern dasjenige, was produziert worden ist, und was deshalb konsumiert werden muß. Die sozialdemokratische Verwaltung würde sich eben vorbehalten müssen, unter Umständen überzählige Produkte den Konsumenten statt eines Teils der verlangten aufzunötigen. So könnte es kommen, daß der sozialdemokratische Genosse, welcher zwei Päckchen Tabak im Lager verlangt, zur Antwort erhielte: Tabak ist nicht mehr genug da; aber gieb dein Certifikat her; du kannst ein Päckchen Tabak haben und statt des zweiten Päckchens kriegst du einen Lebkuchen; mit diesen müssen wir aufräumen, damit keine Überproduktion entsteht!

Dann bleibt freilich dem Genossen nichts übrig, als seinen Lebkuchen dem Lagerhalter ins Gesicht zu werfen, sich für freundliche Bedienung zu bedanken und die sozialistische Wirtschaftsordnung zu preisen.

Aber das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion würde auf diese Weise prächtig hergestellt.

11. Die sozialistische Produktion in ihren Hauptzweigen.

Die einzelnen Zweige der Produktion eignen sich für einen Gemeinbetrieb in sehr ungleicher Weise. Wir finden Produktionszweige, die sich vorzüglich, und daneben auch solche, die sich schlecht oder gar nicht für den Gemeinbetrieb eignen. Die sozialistischen Theoretiker pflegen diesen großen Unterschied zu ignorieren oder wenigstens zu unterschätzen.

Die Ursachen, welche diesen Unterschied veranlassen, liegen teils in der natürlichen Beschaffenheit der Produktionsmittel: in ihrer zerstreuten Lage, in der Verschiedenartigkeit ihrer Eigenschaften, welche keine einheitliche Bewirtschaftungsmethode gestattet; in den stark wechselnden zeitlichen Einflüssen, welche die Wirksamkeit der Produktionsmittel beherrschen.

Zumteil liegen diese Unterschiede auch begründet in dem ungleichen Risiko der einzelnen Produktionszweige; in der ungleichen Schwierigkeit der Betriebseinrichtung und Kontrolle; in der höchst ungleichen Häufigkeit der Nachfrage.

Es ist eine ganze Anzahl von Charakterzügen, welche die einzelnen Produktionszweige auszeichnen, und welche für jeden von ihnen die Frage, ob er sich zum Gemeinbetrieb eigne, anders entscheiden lassen.

Wir wollen in Folgendem nur die Hauptzweige der Produktion einer kurzen Betrachtung würdigen.

I. Unter den Produktionszweigen, die sich schlecht oder gar nicht für den Gemeinbetrieb eignen, steht der allerwichtigste, die Landwirtschaft, obenan. Es ist längst bekannt, daß der Grundeigentümer auf eigenem Boden in jeder Hinsicht günstiger wirtschaftet, als der Verwalter oder der Pächter. Man ist in diesem Punkte reich an wirtschaftsgeschichtlichen Erfahrungen. Nirgends in der Wirtschaftsgeschichte findet sich ein dauernd gelungener landwirtschaft-

licher Gemeinbetrieb. Selbst Staaten, in welchen einzelne andere Produktionszweige als wohlgelungene Staatsbetriebe geführt werden, haben sich veranlaßt gesehen, landwirtschaftliche Domänen aufzugeben oder zu verpachten.

Wo nämlich eine Gemeinschaft landwirtschaftlich nutzbares Eigentum besitzt, hat sie nur zwei Wege, dasselbe nutzbar zu machen: die Selbstverwaltung oder die Verpachtung.

Beide Wege haben Schwierigkeiten, welche längst bekannt und oft genug geschildert sind; Schwierigkeiten, welche auch den sozialistischen Theoretikern bekannt sein müßten, wenn die letzteren sich die Mühe gegeben hätten, in der Geschichte der finanzwirtschaftlichen Praxis sich umzusehen. Aber dergleichen liegt diesen Theoretikern ganz fern.

In welcher Form auch eine ganz sozialistische Gesellschaft die Bodenbewirtschaftung betreiben wollte: nimmermehr würden sich die Landarbeiter angelegen sein lassen, durch sorgfältigste Beackerung und Düngung, durch jene Pflege, welche jeder Kleinigkeit achtet, den ihnen von der Gesellschaft anvertrauten Boden zu verbessern. Kann man vom Landarbeiter verlangen und erwarten, daß er im Schweiße seines Angesichtes sich bückt, um Steine vom Acker zu lesen oder Unkraut zu jäten — von einem Acker, der nicht ihm gehört und nicht seinen Kindern gehören wird, sondern der Gesellschaft? Wird er, wenn ein Wildbach Erdreich abzulösen und wegzuschwemmen droht, darauf bedacht sein, den Bach einzudämmen, wie es heute die bäuerlichen Grundeigentümer in Gebirgsgegenden thun? Es ist ja Eigentum der Gesellschaft, das er verwaltet — was liegt ihm daran, wenn ein Stück davon hinabschwimmt? Wird er je dahin gebracht werden können, einen Weinberg, einen Obstgarten mit jener hingebenden Sorgfalt zu behandeln, die ein Eigentümer solchen Besitztümern widmet? Der Arbeiter im sozialistischen Weinberge arbeitet ja nicht für sich, sondern für die Gesellschaft — was liegt ihm daran, wieviel im nächsten Herbst eingeheimst wird?

Die Landwirtschaft widerstrebt dem sozialistischen Betriebe in jeder Einzelheit. Durch die örtliche Zerstreutheit der Grundstücke, durch die ungleiche Bodenfruchtbarkeit, durch die starke Rücksicht, welche der Betrieb auf die Witterung nehmen muß, ergeben sich für die lokal getrennten Betriebsstätten ungleichartige Betriebsregeln, welche eine Bewirtschaftung von einer Zentralstelle aus als unmöglich erscheinen lassen. Aber auch bei der weitestgehenden provinzialen und distriktiven Dezentralisation wäre eine ausreichende Kontrolle der einzelnen Betriebe undenkbar.

Die landwirtschaftlichen Betriebsstätten sind einmal da; viele derselben stehen seit tausend Jahren auf ihrem Platze. Die Gehöfte mit ihren Stallungen und Scheunen sind vorhanden; sie müssen bewohnt werden, und zwar bewohnt von den Leuten, welche die umliegenden Äcker zu bebauen, die Scheunen zu füllen haben. Auf die Anzahl der Betriebsstätten also, und damit auf den ortsüblichen Betriebsumfang könnte eine sozialistische Bodenreform nur in Einzelheiten und nur ganz allmählich umgestaltend einwirken. Den tief einschneidenden Gegensatz von extensivem und intensivem Betrieb könnte auch eine sozialistische Landwirtschaftsverwaltung nicht beseitigen; sie müßte mit ihm rechnen.

Wie oben erwähnt ward, wären nur zwei Formen des Betriebs denkbar: Eigenverwaltung durch die Gesamtheit oder Verpachtung.

Eine Eigenverwaltung ihres landwirtschaftlichen Besitzes durch die Gesamtheit ist nur in der Weise denkbar, daß die Besitztümer zu Kollektiveigentum erklärt und die bisherigen Eigentümer zu Verwaltern ernannt werden. Die bisherigen Eigentümer müßte man wählen, weil sie die zunächst sachverständigen Wirtschaftsbeamten sind, und weil man sie und ihre Familien nicht an die Luft setzen kann. Diesen Verwaltern würde die Bewirtschaftung und ein bestimmtes Inventar anvertraut. Sie hätten jährlich nach bestimmten Instruktionen die Wirtschaft zu führen. Was sie an Betriebsmitteln brauchen, wird ihnen von ihrer vor-

gesetzten Verwaltungsstelle geliefert, was sie an Produkten erzeugen, haben sie an diese Stelle abzuliefern und über ihre Thätigkeit Verwaltungsberichte zu erstatten. Da aber in der Landwirtschaft ein großer Teil, bei Kleinwirtschaften sogar der größte Teil des Rohertrags vom Produzenten selbst im eigenen Haushalt konsumiert wird, müßte diese ganze Selbstkonsumtion verbucht und dem Verwalter zur Last geschrieben werden, als ob sie ihm aus den Lagern der Gesellschaft geliefert worden wäre. Es müßte also jeder Bauer und Kleinhäusler zur sorgfältigsten landwirtschaftlichen Buchführung genötigt werden. Diese Buchführung hätte aber einen Sinn nur dann, wenn sie auch bezüglich ihrer Richtigkeit kontrolliert werden könnte; und das kann sie nun und nimmermehr. Keine landwirtschaftliche Behörde kann darüber wachen, wieviel Eier im Hühnerhof des einzelnen Verwalters gelegt wurden, welchen Teil seiner Kartoffelernte, seines Milch- und Butterertrags der Verwalter selbst konsumiert hat. Die Bewirtschaftung durch diese Verwaltung würde also nichts andres bedeuten, als eine beständige Übervorteilung der Gesamtheit durch ihre Millionen von landwirtschaftlichen Verwaltern.

Und dabei wäre keinem dieser unzähligen Verwalter jene Arbeitsquantität nachzurechnen, die er auf die gemeinschaftliche Produktion verwendet hat.

Man müßte also notgedrungen von der Eigenverwaltung abstehen und das System der Verpachtung wählen. Auch bezüglich dieses Systems fehlt es nicht an den reichsten Erfahrungen.

An eine Erbpacht ist nicht wohl zu denken. Die sozialistische Gemeinschaft könnte sich ja nicht auf die Dauer des Verfügungsrechtes über ihren Grundbesitz begeben.

Denkbar wäre also nur das System der Verpachtung auf Zeit.

Die bisherigen Grundeigentümer erhielten demnach ihr bisheriges Eigentum als Pächter zugewiesen: einen bestimmten Grundkomplex, Wirtschaftsgebäude und ein Inventar an

Vieh, Gefährt, Futtervorräten ꝛc. Mit diesen Betriebsmitteln hätten sie zu wirtschaften. Was sie der Gemeinschaft zu leisten hätten, würde bestimmt nach einem Ertragsanschlage des Gutes; dieser Pachtschilling wäre in Naturalien zu liefern.

Die wesentlichsten Schwierigkeiten und Nachtseiten dieses Systems lägen in Folgendem.

Zunächst wäre es sehr schwierig, den geeignetsten Organismus von leitenden Behörden ausfindig zu machen. Wegen der überaus zahlreichen Einzelwirtschaften, sowie wegen der örtlichen Betriebsverschiedenheiten wäre es nötig, gemeindliche, distriktive und provinziale Landwirtschaftsbehörden zu schaffen; über ihnen dann noch eine Zentralbehörde. Auch wenn man sich einen solchen Behördenorganismus möglichst demokratisch denkt, also durch die einzelnen Pächter gewählt, müßte man doch den höheren Instanzen desselben eine gewisse Macht gegenüber den niedrigeren verleihen, die Kompetenzen abgrenzen, die Aufgaben des ganzen Organismus feststellen und einteilen. Allein schon die Frage, welcher Grad von Freiheit und Verantwortlichkeit den einzelnen Pächtern zustehen solle, wäre schwieriger zu erledigen, als Alles, was die Agrarpolitik bisher geleistet hat.

Sodann müßten die Pachtverträge für alle einzelnen Pachtungen festgesetzt werden. Alle Anhaltspunkte, die man durch die Grundsteuerkataster, durch die sachverständigen Gutachten von Landwirtschafts-Ausschüssen ꝛc. gewänne, würden nicht verhindern können, daß die Gemeinschaft in bei weitem den meisten Fällen Verträge abschließen müßte, die für sie ungünstig wären. Bei der ersten Regulierung wie später bei Neuregulierungen der Verträge wäre der weiteste Spielraum für verwandtschaftliche Begünstigungen, für Täuschungen und Irrtümer gröbster Art gegeben.

Geht die sozialistische Gemeinschaft so weit, Geld und Wertpapiere abzuschaffen, so wären auch Kautionen der Pächter unmöglich; die Gemeinschaft wäre dem Schaden, den sie durch schlechte Pächter erleiden muß, rückhaltlos ausgesetzt; ebenso den fortwährenden Gesuchen einzelner Pächter

um Pachtnachlässe. Das Maß der den Pächtern gegenüber anzuwendenden Strenge wäre eine dauernde Frage von nicht geringerer Schwierigkeit, als heute die irische Landfrage ist.

Weitere Schwierigkeiten würden die Inventare darbieten. Wo alle Produktionsmittel Kollektiveigentum sind, müssen es auch die landwirtschaftlichen Betriebskapitalien sein. Welche kolossale Aufgabe läge in der Aufstellung und Evidenthaltung des Inventars einer nach Millionen zählenden landwirtschaftlichen Bevölkerung! Welcher Summe von Übervorteilungen durch den Egoismus der Einzelnen wäre auch hier die Gesellschaft ausgesetzt!

Und wie wollte man endlich die notwendigen Bestimmungen über die Meliorationen und zu vermeidende Verschlechterungen aufstellen und ihre Einhaltung kontrollieren? Auch hier wieder der weiteste Spielraum für beabsichtigte und unbeabsichtigte Täuschungen, für einseitige Begünstigungen, für endlose Gehässigkeiten zwischen den Pächtern und den ihnen vorgesetzten landwirtschaftlichen Ausschüssen oder Behörden! Dazu distriktive und provinziale Eifersüchteleien — kurz Wirrsal und Streben nach Übervorteilung an allen Enden!

Ein eingefleischter und zielbewußter Sozialdemokrat wird zweifellos geneigt sein, zu behaupten, daß weder die in vorliegenden Blättern in Aussicht gestellte Form der Verwaltung noch die der Verpachtung das Richtige sei, sondern daß die sozialdemokratische Gesellschaft für den landwirtschaftlichen Betrieb eine ganz neue Betriebsform finden müsse und finden werde.

Vorläufig ist die Sozialdemokratie die Darlegung einer solchen idealen Betriebsform noch schuldig.

II. Wesentlich anders als hinsichtlich der Landwirtschaft gestaltet sich die Frage in Bezug auf die Forstwirtschaft.

Die Bewirtschaftung der deutschen Staatswaldungen beweist, daß ein einer öffentlichen politischen Gemeinschaft gehörender Waldbesitz mit liebender Sorgfalt behandelt werden

kann, wenn nur die richtige Verwaltungsform gefunden wird. In der That lassen es die deutschen Forstbeamten an Liebe für den Wald nicht fehlen. Aber es wäre weit gefehlt, wollte man hieraus den Schluß ziehen, daß auch alle anderen Bodenkapitalien, wenn sie Eigentum des Staates oder — nach sozialdemokratischer Ausdrucksweise — der sozialisierten Gesellschaft würden, mit gleicher Liebe und Hingebung behandelt würden. Die Waldwirtschaft hat ja ihre charakteristischen Eigentümlichkeiten, derentwegen sie sich besser für den gemeinwirtschaftlichen Betrieb eignet, als irgend ein anderer Betriebszweig; und die Eigenart des Waldes gegenüber anderen Produktionsmitteln ist es auch, welche es allein möglich macht, daß hier ein Wert, der der ganzen Volksgemeinschaft gehört, von angestellten Beamten mit einer oft an Leidenschaft grenzenden Hingebung gepflegt wird. Für die Waldwirtschaft eignen sich nur Menschen mit großer Liebe zur Natur. Der Wald ist das Schönste, was die Natur in unserem Klima erzeugt; deshalb ist es einleuchtend, warum die naturliebenden Menschen, die ihn zu bewirtschaften haben, ihn so sorgsam behandeln. Es ist eben ihre eigene Freude an der Natur, die sie im Walde schützen und pflegen — ein Verhältnis, welches sich bei keinem anderen Wirtschaftszweige so ausgeprägt findet.

Die gelungene Bewirtschaftung unserer Staatswaldungen ist aber das ausgeprägte Bild eines staatswirtschaftlichen Betriebes, mit starken historischen Wurzeln. Es ist sehr fraglich, ob die Vorzüge dieses Betriebes in einer sozialdemokratischen Ordnung festgehalten werden könnten.

Hinsichtlich des Forstpersonals nämlich besteht ein tiefgreifender sozialer Unterschied zwischen den mit einer langjährigen wissenschaftlichen Vorbildung versehenen technischen Beamten, welche die eigentliche Bewirtschaftung, die Oberleitung und Inspektion zu besorgen haben, und dem untergeordneten Forstschutz- und Waldarbeiter-Personal. Diese Kluft wird wohl verschönt durch einen gewissen patriarchalischen Zug; aber sie ist vorhanden und ist etwas sehr

unsozialdemokratisches. Sozialdemokratisch wäre die Einrichtung des Forstbetriebes, wenn die Holzfäller, Holzfuhrleute und Waldhüter aus ihrer Mitte ihre Revierförster und Forstmeister wählten. Wie es dann mit den schwierigen Geschäften der Waldwertberechnung und Betriebseinrichtung aussehen würde, bedarf wohl keiner Schilderung.

III. Wie gestaltet sich nun diese Frage bezüglich des Bergwerkseigentums? Die Sozialdemokratie reklamiert auch dieses als Produktionsmittel für die Gesellschaft.

Es giebt Staatsbergwerke, welche ganz gut bewirtschaftet werden. Wenn auch von der modernen Finanzwissenschaft die Rentabilität der Staatswerke gegenüber den Privatwerken ungünstig beurteilt wird: die Behandlung des in ihnen liegenden Wertes hinsichtlich seiner Schonung und Erhaltung stellt sich nicht ungünstiger, als bei Privatwerken. Bergwerkseigentum ist bekanntlich vielfach weniger im Privatbesitz des Einzelnen; es ist Besitz von Aktiengesellschaften oder von Gewerkschaften und wird von Direktionen und deren Beamten verwaltet, welche ebenso wie die Direktionen und Beamten von Staatswerken an bestimmten technischen Grundsätzen festhalten müssen. Die Verantwortlichkeit für ein großes technisches Unternehmen und für Leben und Gesundheit zahlreicher Arbeiter bestimmt die Handlungsweise dieser Beamten; unter dem moralischen Drucke dieser Verantwortlichkeit sorgen sie in der Regel für das ihnen unterstellte Werk und seine Bestandteile nach bestem Können und Wissen.

Auch beim Bergwerkseigentum spricht also grundsätzlich die Erfahrung nicht dagegen, daß eine Benutzung desselben durch den Staat mit der besten Erhaltung und Pflege des ersteren vereinbar sei.

Aber auch hier fände eine sozialdemokratische Verwaltung dieselben Schwierigkeiten wie beim Staatsforstbetrieb; die Schwierigkeiten, daß ein großartiger Betrieb nur geführt werden kann mit strammer Disziplin. Vermeidet man diese Disziplin, so leidet darunter der Betrieb; hält man sie aufrecht, so wird jeder beaufsichtigte Arbeiter Klage darüber

führen, daß der Betrieb nicht sozialdemokratisch genug sei. Und wie man heutzutage in den deutschen Landtagen immerfort das Thema der Soldatenschinderei besprechen hört, würde dann das Thema der Arbeiterschinderei kein Ende nehmen.

IV. Der industrielle Großbetrieb widerstrebt einer Einfügung in eine sozialistische Wirtschaftsform nicht so unbedingt, als manchmal dargestellt wird. Halten wir uns behufs seiner Beurteilung zunächst an die Erfahrung.

Die Finanzverwaltung der Kulturstaaten hat industrielle Betriebe, die früher häufiger waren, nur ausnahmsweise noch beibehalten. Außer staatlichen Hüttenwerken gab es staatliche Porzellanfabriken, Teppichfabriken, Glasfabriken und Glasmalerei-Anstalten, staatliche Waffenfabriken u. dergl. Die meisten dieser Staatsfabriken sind im Laufe der Zeit wegen mangelnder Rentabilität eingegangen. In Bezug auf die Erhaltung der Produktionsmittel, wie in Bezug auf die Teilnahme am technischen Fortschritt konnte man diesen Staatsanstalten keine ernsthaften Vorwürfe machen; die Vorwürfe bezogen sich nur auf die kaufmännische Gebahrung. Es war eben den Staatsfabriken nicht möglich, mit der Privatindustrie erfolgreich zu konkurrieren bezüglich der Ermäßigung der Produktionskosten, bezüglich der Fühlung mit der Konsumtion, bezüglich der raschen Benutzung von Konjunkturen und der rastlosen Aufsuchung bester Absatzgelegenheit.

Das sind indessen Nachteile, welche in einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung zum Teil verschwinden würden, zum Teil nur mehr wenig fühlbar wären und nur bei gewissen Produktionszweigen dauernd fortbeständen.

Der Nachteil, teurer zu produzieren, würde in einer sozialistischen Ordnung überhaupt nichts mehr bedeuten, sofern die höheren Produktionskosten aus einer besseren Stellung der Arbeiter hervorgingen. Kostenersparungen am Anlagekapital, sowie an Roh- und Hilfsstoffen könnten in großen Fabriken, welche Kollektiveigentum wären, eben so gut durchgeführt werden, wie in den heutigen Aktienfabriken

— vorausgesetzt, daß es an der nötigen Disziplin nicht fehlt, welche für eine zweckmäßige Arbeitsteilung und Arbeitsordnung notwendig ist. Eine kaufmännische Fühlung mit der Konsumtion und Aufsuchung bester Absatzgelegenheit wäre aber in einem sozialistischen Gemeinwesen nur notwendig hinsichtlich jener Betriebe, welche entbehrliche Waren erzeugen, und hinsichtlich derjenigen, die für das nichtsozialistische Ausland arbeiten. Diese könnten ohne kaufmännischen Spekulationsgeist und ohne beständige Übernahme neuen Risikos nicht gedeihen.

Das Gedeihen industrieller Großbetriebe in einem sozialistischen Gemeinwesen setzt also voraus:

1. Notwendigkeit der Produkte für das Konsumentenpublikum;
2. Beschränkung des Absatzes auf das sozialistische Inland;
3. Technisch vollkommene Leitung und
4. Stramme Arbeitsdisziplin.

Die ersten beiden Bedingungen würden bei manchen Betriebszweigen noch zutreffen. Die letzteren beiden lassen sich in staatssozialistischen Betriebsstätten denken; in sozialdemokratischen schwer oder gar nicht. Denn das sozialdemokratische Prinzip duldet keine Disziplin von oben nach unten; es duldet nur eine Disziplinierung und Kontrolle durch die gleichgestellten Arbeitsgenossen. In ganz auserlesenen, von ganz gleichem Gerechtigkeitsgefühl und gleichem wirtschaftlichen Verständnis durchdrungenen Arbeiterschaften wäre diese genossenschaftliche Disziplin denkbar; sie ist aber undenkbar bei der heutigen Verschiedenheit der menschlichen Charaktere und Talente, bei dem überaus ungleichen Gewicht, mit welchem der Egoismus jedes Einzelnen in die Gesamtarbeit eintritt.

V. Das industrielle Kleingewerbe kann durch eine sozialistische Gemeinschaft absolut nicht betrieben werden. Dasselbe bildet den schroffsten Gegensatz zu allem sozialistischen Betrieb. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung ist nur denkbar, wenn sie entweder die Kleinbetriebe alle in

Großbetriebe umzuwandeln vermag, oder wenn sie neben sozialistischen Großbetrieben kapitalistische Kleinbetriebe fortbestehen läßt. In letzterem Falle wäre sie eben ein auf halbem Wege stehen gebliebener Sozialismus.

Der Nachweis für diese Sätze ist nicht schwer zu führen.

Ein Kleingewerbe mit Produktionsmitteln, welche der Gesellschaft gehören, ist undenkbar — mit ganz wenigen Ausnahmsfällen. Es ist nicht möglich, daß die Gesellschaft ihre Produktionsmittel, ihre Werkzeuge, Rohstoffe und Maschinen den einzelnen Gewerbtreibenden überläßt, damit dieselben mit diesen Produktionsmitteln produzieren, so viel oder so wenig ihnen beliebt, und das Produzierte hernach einliefern und dafür Arbeitsstunden liquidieren, auch so viel oder so wenig als ihnen beliebt. Sozialistische Arbeit muß bis in jede Einzelheit hinein kontrollierbar sein. Wollte man dem Kleinhandwerker überlassen, mit Produktionsmitteln der Gesamtheit auf eigene Faust zu produzieren, so wäre gar keine Gewähr für sparsamen Gebrauch geboten, ebensowenig für richtige Arbeitsmethode, Arbeitsanordnung und Berechnung der in den Produkten aufgegangenen Arbeit. Es kommt heutzutage ausnahmsweise vor, daß Kleinhandwerker zumteil mit fremden Produktionsmitteln arbeiten, daß z. B. Weber das von Unternehmern ihnen gelieferte Garn verweben und hernach den gewebten Stoff einliefern. Dieses Verfahren ist möglich, wo der Rohstoff zugewogen und das Produkt nachgemessen und zugleich leicht auf seine Qualität geprüft werden kann. Es ist aber überall unmöglich, wo die sparsame Verwendung der Produktionsmittel Sache des Arbeiters ist, also ziemlich bei allen Kleingewerben.

Das wird auch von sozialistischen Theoretikern, welche die Frage streifen, anerkannt. Die Sozialisten sehen ja gerade in dem von ihnen behaupteten Verschwinden des Kleinbetriebs den Weg zum Sozialismus.

Nun ist aber die Frage zu beantworten, ob denn alle Kleingewerbe in Großbetriebe umgewandelt werden können. Diese Frage muß entschieden verneint werden.

Es giebt eine Reihe von Kleingewerben, welche nach der Natur ihres Erzeugnisses als dezentralisierte Kleingewerbe fortbestehen müssen, selbst dann, wenn ihr Erzeugnis auch in fabrikmäßigen Großbetrieben an einzelnen Punkten hergestellt wird. Jedes größere Dorf muß notwendig einen Metzger, einen Bäcker, einen Schuhmacher, einen Schmied, etwa auch noch einen Maurer und einen Zimmermann haben, um dem täglich sich ergebenden Neubedarf, sowie dem Bedarf an Reparaturen zu genügen. Das Schuhmachergewerbe z. B. wird, auch wenn die Herstellung neuer Schuhware in noch größerem Maß als bisher eine Domäne des fabrikmäßigen Großbetriebs wird, doch als lokalisiertes Reparaturgewerbe fortbestehen müssen, so lange Schuhe aus Leder gemacht werden. Der Einwohner eines kleinen Ortes kann unmöglich wegen jeder bescheidenen Flickarbeit sich an die nächste Schuhfabrik wenden. Der Schuhflicker aber muß sein Werkzeug und sein Leder haben, ebenso wie der Schmied seine Werkstatt und sein Eisen haben muß, also eigene Produktionsmittel, für deren sparsame Verwendung er sich selber verantwortlich ist.

Und dieselben Verhältnisse ergeben sich, wenn auch für etwas größere Bevölkerungskreise, hinsichtlich des Schneidergewerbes, der Schlosserei, Schreinerei und des Wagenbaues, hinsichtlich der Böttcherei, des Riemer- und Sattlergewerbes, der Kupferschmiede, Klempner und Dachdecker u. s. f.

Man sieht: das ist eine Reihe der ältesten und wichtigsten Kleingewerbe, die nicht ganz in Großbetriebe umgewandelt werden können.

Darf nun die sozialistische Wirtschaftsordnung diese Kleingewerbe als selbständige Unternehmungen mit kapitalistischer Betriebsform fortbestehen lassen? Konsequent wäre es nicht; aber es würde sich nicht vermeiden lassen. Die sozialistische Verwaltung müßte in diesem Falle Bestimmungen darüber erlassen, welche Produktionsmittel Privateigentum sein, welche Kleingewerbe als kapitalistische Unternehmungen fortbestehen dürften u. s. f.

Wollte die sozialistische Wirtschaftsordnung ganz konsequent bleiben, so dürfte sie das nicht zulassen. Sie müßte dann dezentralisierte Werkstätten errichten, die in ihrer örtlichen Verteilung ungefähr der heutigen Verteilung der Kleingewerbe entsprächen. Wie es die sozialistische Arbeitsverwaltung anfangen müßte, um den in diesen Werkstätten exponierten Arbeitern die nötige Sorgfalt für die ihnen anvertrauten gesellschaftlichen Produktionsmittel beizubringen, wollen wir einer sozialistischen Feder zu schildern überlassen; ebenso auch die Instruktionen, welche diesen exponierten Arbeitern hinsichtlich ihrer Arbeitszeit, Verpflichtung zur Arbeitsannahme, Erledigungstermine ꝛc. gegeben werden müßten, hinsichtlich der in den Werkstätten aufzulegenden Beschwerdebücher, der Materialrechnungen u. s. f. Zu vermuten ist aber, daß ein solcher exponierter sozialistischer Arbeitsbeamter entweder vor lauter Rechnungsablegung keine Zeit mehr zur Handwerksarbeit übrig behielte, oder daß er, falls er keine genaue Rechnung über Materialverwendung und Arbeitsthätigkeit abzulegen hätte, auf Kosten der Gesellschaft thun dürfte, was ihm beliebte. Die Kontrolle, welche im kapitalistischen Wirtschaftsleben über die wirtschaftliche Gebarung des Kleinhandwerkers die Konkurrenz übt: diese vermöchte in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nichts zu ersetzen.

Wie stünde es aber mit jenen Berufsarten, welche keine sachlichen Güter mit bestimmten Arbeitskostenwerten in die gesellschaftlichen Lager liefern können, sondern welche Leistungen vollbringen, die sich direkt als Befriedigungen eines Bedarfs darstellen? Wir meinen jene Berufsarten, welche die Nationalökonomie als Dienstleistungen bezeichnet und in höhere und niedere gliedert.

VI. Was die höheren Dienstleistungen betrifft, die sogenannten liberalen Berufsarten, so müßten dieselben in der sozialistischen Lebensordnung verschieden behandelt werden. Ein Teil der sie ausübenden Leute, die Lehrer, Rechtsanwälte und Ärzte, würden wohl Beamte der Gesellschaft

sein müssen, wenn man nicht — wie manche Sozialisten vermuten lassen — alle geistige Berufsarbeit zu dilettantischen Nebenbeschäftigungen der „Arbeiter" machen will. Geistliche könnten nur mehr von einzelnen kirchlichen Vereinigungen angestellt werden; es wäre dann Sache der Angehörigen dieser Vereinigungen, wie sie ihre Priester belohnen wollten. Künstler und Schriftsteller wären als selbständige Berufsarten kaum mehr denkbar, nur noch als dilettantische Nebenbeschäftigungen. Darüber an andrer Stelle.

VII. Mehr Schwierigkeiten müßten die niederen Dienstleistungen verursachen: die des Hausgesindes, der Barbiere, Friseure, Schlotfeger, Straßenkehrer, Droschkenkutscher, Packträger, Fuhrleute, Taglöhner u. dergl.

Ein Teil dieser Berufszweige könnte in einer sozialistischen Gemeinschaft ohne Zweifel durch öffentlich Angestellte versehen werden, wie etwa die Dienste von Krankenwärtern, Straßenkehrern, Schlotfegern. Ein anderer Teil müßte von denjenigen Personen unterhalten werden, welche sich den Luxus solcher Dienste gestatten wollen. So insbesondere das Hausgesinde. Ein dritter Teil aber müßte wohl oder übel als kleine selbständige Unternehmerschaft fortbestehen bleiben. Also als Kleingewerbtreibende, welche für ihre Dienstleistungen vom Publikum durch Abtretung von Arbeitscertifikaten (bezw. Bruchteilen derselben) entlohnt werden. Sie würden doch wieder einen Riß in das System darstellen.

Völlig utopistische Sozialisten machen aus den niederen Dienstleistungen eine Kategorie von Arbeiten, welche in einer sozialistischen Gesellschaft, wenigstens zum Teil, als Pflichtthätigkeit der Jugend aufgebürdet werden könnten.

12. Abschaffung des Geldes.

Nicht jede Richtung des Sozialismus, aber jeder extreme Sozialismus will das Geld abschaffen.

Die Feindschaft gegen das Geld ist nichts Neues. Wir finden sie im Altertum schon bei einzelnen Moralphilosophen,

wie wir sie in den Schriften der hervorragendsten sozialistischen Theoretiker der Neuzeit finden.

Ihren Grund hat die Feindschaft gegen das Geld in gewissen Eigentümlichkeiten desselben. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das Geld notwendig als Wertmaßstab und als Tauschwerkzeug. In diesen beiden Funktionen, so behauptet der Sozialismus, dient das Geld dazu, die Ausbeutung der Arbeit zu begünstigen. Der Arbeiter, welcher für seine Arbeit Geldlohn erhalte, würde durch denselben getäuscht und übervorteilt. Er erhalte durch den Geldlohn nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit, sondern immer etwas weniger, als diesen; den Mehrwert, welcher eigentlich ihm zukommen sollte, müsse er dem Arbeitgeber, dem Kapital überlassen. Das Geld ermögliche seinen Eigentümern störende Eingriffe in die Produktion und den Umlauf der Güter und gestatte die fortwährende Anhäufung kolossalen Reichtums in den Händen Einzelner zum Schaden der Gesamtheit.

Als Tauschmittel nun wäre das Geld offenbar überflüssig in einer Wirtschaftsordnung, welche, wie die ganz sozialistische, keinen privaten Tausch- und Leihverkehr mehr kennt. In einer solchen Wirtschaftsordnung würde kein Einzelner regelmäßige zwingende Gründe haben, von einem Einzelnen etwas zu kaufen, ihm etwas zu leihen oder etwas von ihm geliehen zu erhalten. Was der Einzelne zur Befriedigung seines Lebensbedarfes braucht, erhält er aus öffentlichen Lagerhäusern gegen Certifikate, die ihm von der sozialistischen Verwaltung über sein Arbeitsguthaben ausgestellt werden.

Als Wertmaßstab aber würde das Geld ersetzt durch den Arbeitstag oder durch die Arbeitsstunden, also durch Bruchteile der gesellschaftlichen Arbeitszeit.

Da der Sozialismus von dem Gedanken ausgeht, daß der Mensch nur zu leben verdient, wenn er für die Gesellschaft und im Sinne der Gesellschaft arbeitet, ist es von ihm nur folgerichtig gedacht, wenn er die geleistete Arbeit eines Jeden zum Maßstabe dessen machen will, was Jeder genießen

soll. Grundsätzlich erscheint dieser Gedanke einfach und vollberechtigt. Wer zwei Stunden Arbeit (im Sinne und in der Richtung der Gesellschaft, also nach ihren Weisungen und Ordnungen) geleistet hat, der hat damit einen Arbeitswert von zwei Stunden geschaffen und hat daraus ein Recht, irgendwelche Gegenstände, Güter oder Leistungen zu genießen, die auch einen Arbeitswert von zwei Stunden haben.

Der Grundsatz erscheint auf den ersten Anblick richtig, ist aber grundfalsch.

Denn die in einem Produkte aufgegangene Arbeit kann für sich allein unmöglich über den Wert des Produktes entscheiden. Den Wert eines Gutes bestimmt vor allem niemals derjenige allein, der das Gut hergestellt und gewisse Opfer für diese Herstellung gebracht hat, sondern mit ihm auch immer derjenige, der das Gut gebrauchen soll. Und wenn die ganze Gesellschaft als gemeinsamer Produzent aller Güter auftritt, ist sie doch nicht im stande, von ihrem Standpunkt als Produzent allein den Wert der Güter richtig zu bestimmen, sondern sie wird ihn mitbestimmen lassen müssen von den Konsumenten. Die Gesellschaft als Produzent ist aber nicht ganz dasselbe wie die Gesellschaft als Konsument. Denn die Gesellschaft als Produzent setzt sich zusammen aus der Summe aller derjenigen Mitglieder, welche produktiv arbeiten; die Gesellschaft als Konsument aber setzt sich zusammen aus allen ihren Angehörigen, von denen die einzelnen Gruppen aber wieder sehr verschiedene Lebensbedürfnisse und infolgedessen auch eine sehr ungleiche Auffassung vom Gebrauchswert der verschiedenen Güter haben.

„Die neue Gesellschaft" — sagt Bebel — „produziert nicht Waren um zu kaufen oder zu verkaufen, sondern sie produziert Lebensbedürfnisse, die verbraucht, konsumiert werden sollen; sonst haben sie keinen Zweck." Nun — auch die Waren, welche gegenwärtig produziert werden, sollen ja der Konsumtion dienen; der Produzent denkt gewiß nicht daran, daß sie bloß ewig von einer Hand in die andere verkauft werden, sondern daran, daß sie verbraucht werden sollen.

Denn je rascher sie verbraucht werden, um so rascheren Absatz darf ja der Produzent erwarten.

Bebel hält es für ungemein einfach, zu berechnen, welche Menge gesellschaftlicher Arbeit in einem Produkte steckt. Die Gesellschaft wird, meint er, ohne Vermittlung des Geldes direkt ausrechnen, wie viel Arbeitszeit in einem Produkte steckt. Aber gar so einfach ist die Sache doch nicht. Will man zum Beispiel wissen, wie viel Arbeitszeit in hundert Quadratmetern Tuch steckt, so genügt es ja nicht, bloß auszurechnen, wie viel Arbeiter der Tuchfabrik und wie lange jeder derselben an diesem Tuche gearbeitet hat. Das wäre freilich sehr einfach, das kann heutzutage jeder Tuchfabrikant auch. Aber in dem Tuche ist ja nicht bloß die Arbeitszeit der Tuchmacher aufgegangen, sondern, da Bebels Industrie mit gemeinsamen Produktionsmitteln arbeitet, auch die Arbeitszeit der Landwirte und Schäfer, welche die Wolle produziert haben; auch die Arbeitszeit der Maschinenbauer, welche die Webstühle gebaut haben; der Bergleute, welche die Kohlen für den Dampfwebstuhl liefern, und der Berg- und Hüttenleute, die für die Dampfwebstühle Eisen beschafft haben; endlich die Arbeitszeit der Tausende und aber Tausende, die an den Eisenbahnen thätig waren, mit denen all diese Stoffe dahin transportiert wurden, wo sie verwendet worden sind. Die Arbeitszeit, die in einem Quadratmeter Tuch aufgegangen ist, setzt sich aus Tausenden kleiner Arbeitszeiten zusammen. Aber derlei streichen die sozialdemokratischen Theoretiker einfach weg. Sie wollen, daß mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln gearbeitet werde, denken aber nicht daran, daß die Herstellung und Unterhaltung dieser Produktionsmittel mit in die Produktionskosten der Produkte eingerechnet werden müssen. Oder kosten diese Produktionsmittel der Gesellschaft etwa nichts? Werden ihr Elfenhände die Fabriken bauen, die Maschinen und Werkzeuge schmieden, die Kohlenvorräte aufstapeln, so daß sie dann bloß zu berechnen braucht, wie viel Weber an einem Stück Tuch gewebt haben? Und wenn sie jene Produktionskosten

berechnen will, das heißt jene Zeiteinheiten, die alle miteinander in dem Stück Tuch aufgegangen sind — wie will sie das berechnen? Der Tuchfabrikant von heutzutage kann es, weil er weiß, wie viel Geld er für seine Maschinen und Werkzeuge, für seine Wolle, für seine Kohlen verausgabt hat oder noch verausgaben muß. Aber die Gesellschaft Bebels weiß das nicht; und wenn sie die tausende von Zeiteinheiten, welche in jedem Produkt der Großindustrie stecken, berechnen wollte, dürfte sie für jede Fabrik hundert Buchhalter aufstellen und Millionen Briefe verschreiben, ehe sie damit zu stande käme. Wollte sie aber auf eine solche Berechnung verzichten, so würde sie in ein Labyrinth von Täuschungen und Irrtümern verfallen, welches viel ärger wäre, als in der heutigen Kapitalwirtschaft der Spielraum ihrer Irrtümer und Täuschungen ist.

In einem Produkte stecken also nicht bloß wenige, sondern zahllose verschiedene Arbeitsquantitäten. Alle diese Arbeitsquantitäten müßten als Nachnahme dem einzelnen Produkte zur Last geschrieben werden, um, wenn dasselbe endlich fertig in das Warenlager übergehen kann, diejenigen Arbeitsquantitäten zu bestimmen, gegen welche das Produkt an einen Konsumenten abgegeben werden darf. Welche unendliche Arbeit würde diese Buchung notwendig veranlassen!

In dem einzelnen Produkte stecken aber nicht bloß verschiedene Arbeitsquantitäten, sondern auch sehr ungleiche Arbeitsqualitäten. Es entsteht nun die Frage, ob die sozialistische Verwaltung diese Qualitätsunterschiede bei der Berechnung des Tauschwertes der Produkte ignorieren oder berücksichtigen will.

Im ersteren Falle würde die sozialistische Verwaltung einfach den Grundsatz aufstellen: die zweistündige Arbeit eines bemitleidenswerten Stümpers ist eben so viel wert, wie die zweistündige Arbeit eines vollendeten Meisters. Dieser Grundsatz wäre insofern berechtigt, als das Arbeitsopfer des Meisters ihn ebensoviel an Lebenszeit kostet, wie

das Arbeitsopfer des Stümpers denselben kostet: zwei Stunden. Aber der Erfolg der Arbeit des Meisters ist ja doch ein ganz anderer, als der Erfolg des Stümpers. Wollte die sozialistische Verwaltung allein das Arbeitsopfer zur Grundlage der Tauschwertberechnung machen, so hätte das notwendig die Folge, daß jedem einzelnen Arbeiter sein Arbeitserfolg völlig gleichgültig wäre. Wenn er nur überhaupt zwei Stunden an die Arbeit verwendet hat, werden ihm zwei Stunden vergütet, gleichviel ob gut oder miserabel gearbeitet wurde.

Ein Ignorieren der verschiedenen Arbeitsqualitäten hieße den Unfleiß und die Stümperhaftigkeit prämiieren, das Talent brachlegen, die ganze Arbeitsthätigkeit der Gesellschaft in kürzester Zeit auf die tiefste Qualitätsstufe herabdrücken.

Wollte dagegen die sozialistische Verwaltung diesen Unterschied der Arbeitsqualitäten berücksichtigen, so müßte sie Autoritäten schaffen, welche in jedem einzelnen Arbeitszweige über diese Qualitäten entscheiden und sie verschieden zu werten hätten.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entscheiden über die Arbeitsqualitäten die Unternehmer, die Kaufleute und die Konsumenten, indem sie die verschiedenen Arbeitsqualitäten auch verschieden bezahlen. Es ist eine der Hauptaufgaben der Unternehmer, die ungleichen Arbeitsqualitäten richtig zu würdigen und sie ihrem Qualitätsunterschiede entsprechend zu bezahlen. In Ziffern ausdrückbar sind diese Qualitätsunterschiede fast niemals; sie sind eins jener Gebiete des Wirtschaftslebens, wo Irrtum und Täuschung sich immer geltend machen werden, in einer kapitalistischen wie in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Der Unternehmer sucht ein Maß für diese Qualitätsunterschiede zu gewinnen dadurch, daß er beständig Fühlung mit dem Kaufmann und mit dem Konsumenten zu behalten strebt; ihm wird die Würdigung der Qualitätsunterschiede zu einer Lebensaufgabe, zu deren annähernder Lösung ihn nur langjährige Erfahrung und rastloser Geschäftseifer befähigen.

Wer könnte in der sozialistischen Ordnung mit gleichem Erfolg die Qualitätsunterschiede der Arbeiten werten?

Die Arbeitszeit allein ist eben kein richtiger Maßstab für den Wert der Arbeit; weder für jenen Wert, welchen die Arbeit in den Augen des Arbeiters, noch für jenen, den sie für den Erwerber des Arbeitsproduktes hat. Die Zeit, welche der Arbeiter in eine Arbeit gewandt hat, ist immer bloß eine Seite seines gesamten Arbeitsopfers. Außer seiner Zeit opfert der Arbeiter ja seinem Arbeitsziele auch ein größeres oder geringeres Maß von körperlicher und geistiger Kraft und Anstrengung, von ertragener Unbequemlichkeit und Unannehmlichkeit, von übernommener Gefahr und Verantwortung auf. Kein vernünftiger Mensch wird die achtstündige Arbeit eines Flurwächters oder Schafhirten, eines Bootsteurers oder Bahnhofportiers als gleichwertig annehmen mit der achtstündigen Arbeit eines Wasserbauarbeiters, Kohlengräbers, Maschinenheizers oder Schienenwalzers.

Aber das ist einer von den großen Grundirrtümern der Sozialdemokratie, daß sie völlig verrannt ist in die Idee von der Arbeitszeit als Maßstab des Arbeitswertes.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in Folgendem.

So lange die sozialistische Produktion nicht international ist, müßte eine einzelne sozialistische Gemeinschaft einen Teil ihrer Produktionsmittel, Rohstoffe, Halbfabrikate und auch fertige Produkte vom nichtsozialistischen Auslande beziehen und sie dem Auslande nach bestimmten Geldpreisen bezahlen. Die sozialistische Verwaltung hätte dann im Inlande teils solche Waren abzugeben, die bloß mittels inländischer Produktionsmittel und mittels inländischer Arbeit hergestellt sind, teils solche, welche ganz oder teilweise ausländischen Produktionsmitteln und ausländischer Arbeit ihre Entstehung verdanken. Wenn nun die sozialistische Verwaltung die ganz im Inlande entstandenen Produkte nur nach der in ihnen aufgegangenen Arbeit wertet: wie will sie dann die ganz oder halb ausländischen Produkte werten, die sie doch nach

Geldpreisen bezahlen muß? Die sozialistische Verwaltung wird eben dann genötigt, mit zwei Maßstäben zu rechnen, mit der in den Produkten aufgegangenen Arbeitszeit und mit Geldpreisen, und sie wird genötigt, diese beiden Maßstäbe in eine Relation zu bringen, welche überdies nach der Natur der Sache eine beständig wechselnde sein müßte.

Und wenn eine Ware im Inlande abgegeben wird, deren Bestandteile sowohl vom Inland als vom Ausland bezogen wurden: welche Kosten sollen dann für ihren Wert maßgebend sein? die nach der inländischen Arbeitszeit oder die nach den ausländischen Geldpreisen berechneten?

In den Produkten stecken aber noch andere Wertunterschiede, als die Quantitäten und Qualitäten der Arbeit. Auch über diese Wertunterschiede gleitet die sozialdemokratische Theorie mit haarsträubender Oberflächlichkeit hinweg.

Hören wir Bebel.

„Zehn Minuten gesellschaftliche Arbeitszeit in einem Gegenstand sind gleich zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem andern Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger." Sagt Bebel. Schön. An einem neusilbernen Löffel wird so lange gearbeitet, als an einem goldenen. Ist darum der Wert des neusilbernen Löffels so groß, wie jener des goldenen? Gewiß nicht; also kann die Arbeitszeit, die in einem Produkte aufgegangen ist, unmöglich allein bestimmen, wie viel der Konsument, der das Produkt begehrt, von seiner Arbeitszeit dafür geben muß.

Es sind die durch die Natur geschaffenen Wertunterschiede der verschiedenen Rohstoffe, die ja auch in den Produkten stecken und deren Wertunterschiede im höchsten Grade beeinflussen.

Will die sozialistische Verwaltung das berücksichtigen oder nicht? Will sie einfach darüber hinweggleiten?

„Ein Certifikat aus Papier, Blech oder Gold, bescheinigt Jedem die geleistete Arbeitszeit und ermöglicht es ihm, gegen Hingabe dieses Arbeitsnachweises Bedürfnisgegenstände einzutauschen." Theoretisch klingt das ganz einfach und

verständig. Wer zwei Stunden gearbeitet hat, erhält dafür einen Gegenstand, an dem ein Anderer auch zwei Stunden gearbeitet hat. Aber Bebel wird das doch nicht so meinen, daß Jemand, der an einem Stück Buchenholz zwanzig Stunden gearbeitet hat, dafür einen Gegenstand aus Gold verlangen kann, an welchem ein Anderer zwanzig Stunden lang gearbeitet hat? Gewiß nicht. Die Rohstoffe sind Produktionsmittel und gehören als solche nach Bebel der Gesellschaft. Die Gesellschaft läßt aus edleren und aus minder edlen Rohstoffen Gebrauchsartikel verfertigen. Da es ihr unmöglich einfallen kann, aus ihren Vorrathäusern gegen eine gleiche Summe von Arbeitscertifikaten goldene oder neusilberne Löffel abzugeben, wird sie sich wohl genötigt sehen, festzusetzen, welches Wertverhältnis die verschiedenen Rohstoffe zu einander haben sollen.

Damit aber ist die ganze Theorie von der Arbeitszeit als alleinigem Maß des Güterwertes über den Haufen geworfen.

Bebel meint, es sei ganz gleichgültig, ob der Ausweis über die geleistete Arbeitszeit ein bedrucktes Stückchen Papier, Gold oder Blech sei. Er bricht, gegen Eugen Richter eifernd, in die Worte aus: „Wir möchten wissen, wie das Mitglied einer sozialistischen Gesellschaft sein goldenes Arbeitscertifikat sparen oder gar an Andere abgeben und Zins dabei herausschlagen kann, wo alle Andern ebenfalls besitzen, was der Eine ausbietet und — von dem er leben muß".

Nun — das scheint doch nicht so ganz unmöglich. Wenn freilich der Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft nur die allerkärglichsten Lebensbedürfnisse gegen seine täglichen Arbeitscertifikate eintauschen könnte: dann würde er die letzteren nicht sparen können. Eine derartige Zukunft wagt aber Bebel dem Arbeiter wohl nicht anzubieten; im Gegenteil: er stellt ihm glänzende Lebensgenüsse in Aussicht. Der Satz „von dem er leben muß" ist also offenbar ein schreiender Widerspruch gegenüber dem, was Bebel an früheren Stellen sagt. Bebel denkt sich gewiß nicht, daß der Arbeiter die

täglichen Certifikate für den kärglichsten Unterhalt verausgaben muß. Sobald aber dem Arbeiter in der sozialistischen Gesellschaft überhaupt noch freisteht, für welche Genüsse und wann er seine Certifikate hingiebt, wird der Sparsame einen Teil derselben sparen, während der Verschwenderische sie sofort verausgabt. Und dann wird — trotz aller entgegengesetzten Behauptungen Bebels — ein Zeitpunkt kommen, in welchem der Sparsame noch Certifikate besitzt, der Verschwender nicht mehr. Die Gesellschaft kann einer Anhäufung von Certifikaten vorbeugen durch die gesetzliche Bestimmung, daß die innerhalb eines bestimmten Zeitraums, eines Jahres oder Monats, ausgegebenen Certifikate nur bis zu einer bestimmten Frist Geltung haben sollen. Damit wäre aber nur wieder ein Stück Freiheit für den Einzelnen verloren gegangen, nämlich die Freiheit, seine Konsumtion nach Belieben über die Zeit zu verteilen. Jeder, der Certifikate mit bald ablaufender Geltungszeit besitzt, wäre dann genötigt, vor Ablauf der Geltungszeit noch irgend etwas für seine Certifikate einzutauschen, nur um sie zu verwerten. Die Folge wäre, daß die minder spekulativen Besitzer von Certifikaten dieselben in solcher Zeit verschleudern würden, während die geschäftsgewandteren doch allerlei kleine Handelsgeschäfte mit den Certifikaten anfangen könnten.

Eine Kleinigkeit darf man bei der Abschaffung des Geldes nicht außer acht lassen: die Notwendigkeit der Scheidemünze.

Die Scheidemünze ist bekanntlich notwendig, um den Umtausch der kleinsten Werte und die Ausgleichung von Bruchteilen möglich zu machen.

Will nun die Sozialdemokratie das Geld durch Arbeitscertifikate ersetzen, so kann man doch unmöglich daran denken, papierne Arbeitscertifikate von Pfennigwert auszugeben. Ihre Handhabung wäre so unbequem und sie würden nach kürzestem Gebrauche so schmutzig, daß sie zweifellos nach wenigen Wochen schon Gegenstand allgemeiner Verluste und allgemeiner Entrüstung wären. Man würde sich also doch genötigt sehen,

für den kleinsten Tauschverkehr ein Umlaufsmittel von Metall einzuführen, also eine Scheidemünze, die immerhin Geld wäre, auch wenn auf ihr verzeichnet stünde: 10 = 1 Arbeitscertifikat oder 50 = 1 Arbeitscertifikat. Und diese Scheidemünzen müßten sogar, um Fälschungen zu erschweren, mit derselben Sorgfalt ausgeprägt sein, wie unsere heutigen Scheidemünzen.

Geld müßte man also haben, wenn auch nur miserables Kleingeld, etwa in Gestalt von Blechmarken.

Das Ansammeln solchen Kleingeldes durch einzelne Besitzer könnte die sozialistische Verwaltung unmöglich verhindern. Sie könnte auch nicht verhindern, daß solches Kleingeld hernach angewandt würde, um Handelsgeschäfte im Kleinen zu treiben. Es würden sich immer spekulative Köpfe für solche Geschäfte finden.

Freilich — zinstragendes Ausleihen dieses Kleingeldes wäre nicht möglich; denn die sozialdemokratische Verwaltung würde keine Darlehnsforderung als klagbar anerkennen. Aber die Form des Darlehns läßt sich mittels Kaufs und Verkaufs umgehen. Der leichtsinnige Haushalter, welcher gerade keine Arbeitscertifikate mehr hat und doch welche braucht, hat sich bloß an einen kleinen Geschäftsmann zu wenden, demselben eine Uhr oder einen Rock unter dem Wert anzubieten und die Zahlung in Empfang zu nehmen. Dann ist das Geschäft gemacht. Ob der verkaufte Gebrauchsgegenstand gegen das Doppelte des Kaufpreises am nächsten Tage in die Hände seines ursprünglichen Besitzers zurückkehrt oder in andere Hände übergeht, ist im Erfolg gleichgültig. Solche verschleierte Darlehen würden aber vorkommen, so lange es leichtsinnige und ihnen gegenüber sparsame Menschen giebt.

So verhält sichs mit der Feindschaft des Sozialismus gegen das Geld. Es ist wahr, daß durch das Eintreten des Geldes in die menschliche Wirtschaft der Spielraum des Irrtums und der Täuschung nach mancher Seite hin erweitert worden ist. Aber anderseits erspart das Geld dem wirt-

schaftenden Menschen einen unberechenbaren Aufwand an Zeit und rechnenden Gedanken und einen eben so großen Aufwand an Buchführung.

Und wenn man es in der denkbar scharfsinnigsten Weise durch Arbeitscertifikate ersetzen wollte, so würde es sich in der Form der Scheidemünze und sei sie auch die miserabelste, der Gesellschaft wieder aufdrängen.

In der Theorie soll nicht verkannt werden, daß ein auf dem Werte der menschlichen Arbeit beruhendes Zahlungsmittel idealer wäre, als das heutige auf dem Wert der seelenlosen Metalle beruhende Zahlungsmittel. Aber den praktischen Nachweis für die Brauchbarkeit eines solchen idealeren Zahlungsmittels sind die sozialistischen Feinde des Geldes heute noch schuldig.

13. Die Aufhebung des Kredits.

Der vollendete Sozialismus kann von seinem Prinzip ausgehend auch den Kredit in allen seinen Erscheinungsformen nicht dulden. Mit dem privaten Produktivkapital müßte auch alles Leih-, Miet- und Pachtwesen verschwinden. Staats- und Privatschulden, Vermietung von Privathäusern, Verpachtung von Grundstücken, Wertpapiere und Börse, Zinsen und Dividenden würden nicht mehr existieren können.

Daß er den Kredit aufheben will, hat der Sozialismus nicht nur offen bekannt; diese Notwendigkeit geht auch aus dem gesellschaftlichen Alleinbesitz an Produktivkapital hervor. Wo es kein Privatkapital mehr giebt, kann auch kein Privatkapital mehr verliehen werden. Es gäbe keine Rentner mehr. Niemand würde mehr Grundstücke verpachten können, weil dieselben nur mehr Eigentum der Gemeinschaft wären; aus dem gleichen Grunde würde auch Niemand aus der Vermietung von Mietwohnungen mehr Erträge haben können, weil auch die Miethäuser Eigentum der sozialistischen Gemeinschaft wären. Ohne zu arbeiten könnte Niemand leben; es sei denn, daß er als arbeitsunfähig von der Gesellschaft versorgt würde. Die Banken, deren Schuldner heute

das nationale Unternehmungskapital ist, hätten keine Schuldner mehr; sie wären bankrott.

Kurz — der Kredit wäre verschwunden.

Und gäbe es hievon keine — nicht die geringste Ausnahme?

Doch. So lange nämlich der Sozialismus noch ein Privateigentum an Gebrauchsgegenständen zuläßt: so lange würde er auch den Kredit nicht verhindern können, in Thätigkeit zu treten. Wo Eigentum möglich ist, ist auch Kredit möglich. So weit wird die sozialistische Gesellschaft kaum gehen, einem ihrer Mitglieder zu verbieten, daß es dem andren ein Päckchen Tabak leiht gegen das Versprechen, am andern Tage ein gleiches Päckchen zurückzugeben. Und wenn die Arbeitscertifikate auf den Inhaber lauten — und als Namenspapiere wird man sie doch kaum ausgeben, weil dies eine namenlose Arbeit an Schreiberei und Buchhaltung verursachen würde —: dann würde auch niemand verhindern können, daß Einer dem Andren Arbeitscertifikate gegen das Versprechen einer Rückgabe gleichen Wertes leiht.

Nur würde eben die Gesellschaft keine Klagbarkeit derartiger Darlehen mehr anerkennen. Der Gläubiger könnte sich, wenn er nicht das vollste persönliche Vertrauen in seinen Schuldner setzt, nur durch Empfangnahme eines Pfandes sichern; und auch auf die Rückgabe dieses Pfandes nach Abtragung seiner Schuld hätte der Pfandgeber keinerlei klagbares Recht.

Der Kredit wäre somit auf das reduziert, was er in den Anfangszuständen aller Volkswirtschaft war: auf eine Funktion in den engsten Grenzen, ohne Rechtsschutz, ohne Kredit-Dokumente; aber doch nicht ohne die Möglichkeit von Zinsversprechen. Wie weit er diese Funktion ausdehnen könnte: das hinge davon ab, wie die Angehörigen der sozialistischen Gemeinschaft derartige Kreditgeschäfte, sowie das Benehmen des Gläubigers und des Schuldners bei denselben beurteilen würden.

Anders stellt sich die Frage bezüglich der Kreditverhältnisse der Gemeinschaft.

So lange die sozialistische Gemeinschaft nicht alle Staaten der Erde umfaßt, sondern bloß auf die Bevölkerung eines oder weniger Staaten sich beschränkt, wäre es unabweisbar, daß im internationalen Handel Kreditverhältnisse entstünden und abgewickelt werden müßten. Die sozialistische Gemeinschaft müßte sich nach dem Auslande hin als einen Kredit nehmenden und Kredit gebenden Körper darstellen. Nehmen wir etwa an, lediglich die Bevölkerung des Deutschen Reiches habe sich als sozialistische Gemeinschaft konstituiert, so müßte sie jedenfalls ihren Bedarf an Kolonialwaren, ferner wichtige Rohstoffe für ihre Industrie, wie die Baumwolle und — falls nicht eine bedeutende Steigerung ihrer landwirtschaftlichen Produktion einträte — auch einen Teil ihrer Nahrungsmittel vom Auslande beziehen. Damit wäre notwendig die Entstehung internationaler Kreditverhältnisse geboten.

Sozialistische Theoretiker vom Schlage Bebels würden zwar wahrscheinlich sofort mit der Antwort parat sein: Die Gesellschaft zahlt bar, was sie vom Auslande bezieht. Aber ist es denn halbwegs vernünftig, Barsendungen nach dem Auslande vorzunehmen, wenn man gleichzeitig von dorther für einen Waren-Export Bezahlung zu empfangen hat? Da ist ja doch eine Abrechnung, also ein Kreditgeschäft, weit näher gelegen. Will die sozialistische Gemeinschaft nicht auf alle internationalen Handelsbeziehungen verzichten, so muß sie sich entweder selbst als große Handelsgesellschaft aufthun und in diesem Falle dem Auslande Kredit geben und auf Kredit beziehen; oder sie müßte im Außenhandel völlig passiv werden und nur durch ihre Beamten das kaufen, was ihr von ausländischen Verkäufern an die Grenze ihres Gebietes gebracht wird, und ebenso nur dasjenige verkaufen, was ihr an dieser Grenze von Ausländern gegen Barzahlung abgenommen wird. Welcher furchtbare Rückgang des ganzen Wirtschaftslebens wäre damit verbunden!

Viel tiefer in das Kulturleben einschneidend ist die Frage, in welcher Weise der Sozialismus den bestehenden Kreditverhältnissen ein Ende bereiten will und kann. Die unter der Herrschaft des liberalen Wirtschaftssystems entstandenen Kreditverhältnisse sind Ursache, daß heute Millionen von Schuldnern und Millionen von Gläubigern existieren. Die Forderungsrechte der Gläubiger und mit ihnen die Schulddokumente, ebenso auch die Verpflichtungen der Schuldner haben die mannigfachsten Formen angenommen. Es giebt kurz- und langfristige, verzinsliche und unverzinsliche Forderungsrechte; Forderungsrechte mit und ohne Pfandrecht. Die Gläubiger bei diesen Kreditverhältnissen sind juristische und physische Personen; es sind Rentner und Kaufleute, Groß- und Kleingewerbtreibende, Beamte, Dienstboten und Arbeiter: alle Klassen der Bevölkerung. Und die Schuldner sind Staaten, Provinzen und Städte, Aktiengesellschaften und Sparkassen, Banken und Versicherungskassen, und endlich ebenfalls Leute aus allen Klassen der Bevölkerung, aber auch Grundstücke und Häuser. Forderungen und Verpflichtungen endlich sind aus den verschiedensten Rechtsgründen entstanden: aus Kauf und Verkauf, aus Darlehen und Übergabe zur Verwahrung, aus Geldleistungen, Warenleistungen und Arbeitsleistungen.

Würde die Sozialdemokratie alle diese so überaus mannigfachen Formen von Kreditverhältnissen nach einer Schablone behandeln, oder Unterscheidungen treffen?

Die sozialistische Litteratur läßt uns darüber nicht recht ins Klare kommen.

Aus einzelnen Andeutungen ist allerdings zu entnehmen, daß Unterscheidungen gemacht würden, daß die in Forderungen bestehenden Privatvermögen auf die Lauterkeit ihrer Entstehung geprüft und darnach behandelt würden. Man kann sich ja denken, daß die Sozialdemokratie einem kleinen Vermögen, welches sich ein talentvoller Arbeiter, ein Künstler oder Techniker aus seinen Arbeitslöhnen erspart hat, viel sympathischer gegenüber stehen muß, als einem Vermögen,

welches etwa aus Erbschaft, aus Spielgewinn, aus Häuserspekulation oder aus wucherischen Geschäften herrührt.

Aber eine derartige Unterscheidung läßt sich nicht durchführen. Geld spricht nicht. Es erzählt nichts über die Art, wie es verdient worden ist. Keiner Staatsobligation, keinem Pfandbriefe, keiner Aktie kann man es mehr ansehen, ob sie durch mühsame Arbeitsersparnis oder auf irgend einem bequemeren Wege in den Besitz ihres derzeitigen Eigentümers gelangt ist.

Wollte die Sozialdemokratie die moralische Berechtigung der bestehenden Forderungsrechte prüfen, eine Art von moralischer Liquidation veranstalten, so würde diese Liquidation mindestens ein Jahrhundert lang alle Gerichtshöfe vollauf beschäftigen, dann doch nicht zu Ende gelangt sein und überdies tausende der ärgsten Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten erzeugen. Und je mehr man das Verfahren bei dieser Liquidation abkürzen und vereinfachen wollte, um so schreiender würden die Ungerechtigkeiten, um so weiteren Spielraum erhielten Haß und Neid, Begünstigung und Gevatterschaft, Meineid und falsches Zeugnis. Wahrlich, eine derartige Liquidation wäre die beste Gelegenheit, um in der neuen Gesellschaft den tollsten Reigentanz aller bösen Geister der Menschheit zu entfesseln und ein Feuer leidenschaftlichsten Hasses zu entzünden, das durch Generationen nicht enden würde!

Verzichtet die Sozialdemokratie auf diese moralische Liquidation der Forderungsrechte, so bleibt ihr nichts übrig, als alle Forderungsrechte gleichmäßig zu behandeln und sie alle entweder ohne Entschädigung oder gegen Entschädigung aufzuheben.

Eine Aufhebung der Forderungsrechte ohne Entschädigung — was bedeutet das? Das bedeutet, daß nicht allein alle Staatsobligationen, Pfandbriefe und Aktien in den Geldschränken der Reichen Makulatur würden; sondern Makulatur würden auch die in saurem Schweiß ersparten Kleinvermögen von Arbeitern, Taglöhnern und Dienstboten. Und Makulatur

die Millionen, die dem fleißigen Arbeiterstande durch seine Sparkassenbücher verbrieft sind; Makulatur die Lebensversicherungsscheine, für die der darbende Kleinbeamte und Kleingewerbtreibende Jahrzehnte lang seine Prämienzahlungen vom Munde sich abgespart hat!

Die Erschütterung des allgemeinen Rechtsgefühls, die durch eine unentgeltliche Aufhebung aller Forderungsrechte erzeugt würde, wäre nie wieder gut zu machen. Die Menschheit hat sich zu sehr daran gewöhnt, daß eingegangene Verbindlichkeiten erfüllt, daß Versprechungen gehalten werden müssen. Eine Gesellschaftsordnung, welche das verhindern wollte, hätte mehr Flüche zu tragen, als sie tragen könnte.

Es bleibt also nur übrig der Gedanke an eine Aufhebung der Forderungsrechte gegen Entschädigung.

Dabei fragt es sich hauptsächlich um zwei Dinge: um die Form der Entschädigung, und um die Person, auf welcher die Entschädigungspflicht haftet.

Was die Form der Entschädigung betrifft, so könnte der Sozialismus nur die Konzession machen, jeden einzelnen Rententitel durch eine Anzahl von Genußmittel-Bezugsscheinen abzulösen. Denn neues rentierliches Kapital dürfte er nicht entstehen lassen. Abgesehen davon, daß auch diese Entschädigung wenigstens einer Generation von Expropriierten noch als ein Raub erscheinen würde, müßten auch hier die Wirkungen der Ablösung sehr verschiedene sein, jenachdem die als Entschädigung geleisteten Genußmittel-Bezugsscheine als Namens- oder als Inhaberpapiere ausgegeben wären.

Hierüber indessen ist an anderer Stelle zu reden.

Bei der großen Anzahl von Ämtern (Verwaltungsstellen, Aufseherposten, Buchhaltern und Verkäufern), über welche die sozialistische Verwaltung zu verfügen haben würde, wäre auch eine Entschädigung von Kapitalisten durch Dienstanwartschaften wohl denkbar. Es wäre zwar traurig für einen Finanzbaron, wenn er sich zum Ersatz für den expro-

priierten Inhalt seines Wertpapierschranks darauf angewiesen sähe, einen gut dotierten Hausmeisterposten mit Dienstwohnung in seinem ehemaligen Palais anzunehmen. Indessen könnten solche Dinge vorkommen und müßten dann eben mit derselben Vornehmheit ertragen werden, mit welcher seinerzeit die depossedierten französischen Aristokraten ihr Schicksal ertrugen.

Die Person des Entschädigungspflichtigen könnte nicht immer mit unzweifelhafter Klarheit aus den Kreditdokumenten hervorgehen. Namentlich nicht bei jenen Privatdarlehen, bei welchen Schuldner in Frage kommen, die durch die soziale Umwälzung eine Veränderung ihrer wirtschaftlichen Stellung und Leistungsfähigkeit erfahren. Können sie noch als verpflichtet angesehen werden und bis zu welchen Beträgen?

Hier würde sich eine Unzahl der schwierigsten Rechtsfragen ergeben.

Die vorsichtigsten sozialdemokratischen Schriftsteller weisen jeden gewaltthätigen Eingriff in die Privatkreditverhältnisse ab. So meint K. Kautsky (Erfurter Programm, S. 149) bezüglich der Sparkasseneinlagen, daß in dem Maße, in dem die kapitalistischen Unternehmungen in das Eigentum der Gesellschaft übergehen, sich die Möglichkeit verringern müsse, die Sparkasseneinlagen zinstragend anzulegen. Sie würden aufhören Kapital zu sein und bloßer unverzinster Schatz, Konsumtionsfonds, werden.

Aber Kautsky selbst fordert nur die Expropriation der Großbetriebe, nicht aber der Kleinbetriebe, läßt vielmehr die letzteren fortbestehen, bis sie selbst freiwillig sich in den sozialistischen Großbetrieb einfügen; und weil das letztere ein Vorgang ist, der in vorläufig nicht absehbare Fernen reicht, mag diese Ansicht hier bloß gestreift werden. So lange es Kleinbetriebe giebt, wird es auch an Gelegenheit zum zinstragenden Ausleihen von Sparkapital nicht fehlen. Eine Verringerung dieser Gelegenheit muß auch ein Sinken des Zinsfußes mit sich bringen; dieses Sinken ist aber ein

Vorgang, welcher sich auch in einer ganz liberalen Wirtschaftsordnung bei wachsendem Volkswohlstand vollzieht.

Und wenn die Kleinbetriebe einmal von selbst ihre Einverleibung in einen sozialistischen Großbetrieb beantragen sollten, weil die Unternehmer einsähen, daß sie dabei besser fahren würden, so wäre das ein Vorgang, der ja in einem sehr fernen Verlauf der Wirtschaftsgeschichte vielleicht möglich ist, wenn einmal die Bedingungen und Zustände des Wirtschaftslebens ganz andere geworden sind; ein Vorgang, mit welchem aber die Gegenwart nicht zu rechnen braucht und für welchen es dann auch keiner sozialdemokratischen Agitation mehr bedarf.

An ein völliges Verschwinden der Gelegenheit zu verzinslicher Kapitalsanlage wäre überhaupt nur dann zu denken, wenn die sozialistische Wirtschaftsordnung vollständig und international durchgeführt wäre.

14. Aufhebung des Privathandels.

Mit der Verwandlung des Produktivkapitals in Gesellschaftseigentum müßte der vollendete Sozialismus grundsätzlich auch den Handel aufheben. Privates Handelskapital und Handelsbetrieb durch Private wären undenkbar.

Denn der ganze private Handelsbetrieb ist ja nichts anderes, als die Vermittlung zwischen der Privatproduktion und der Konsumtion. Mit der Privatproduktion müßte auch diese Vermittlung aufhören. Denkt man sich an Stelle der Privatproduktion eine Produktion durch die Gesellschaft, so ist mit der Konkurrenz der Privatproduzenten auch der Handel überflüssig und unmöglich. Der Handel ist ja nur die letzte Phase des produktiven Prozesses: die Überführung der Produkte in die Hände des Konsumenten.

In einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung würde die Gemeinschaft demnach auch die Aufgabe haben, die fertigen Produkte in Lager- oder Warenhäuser der verschiedenen Landesteile zu bringen, und zwar nach Maßgabe des

vorher ermittelten Bedarfes. Aus großen zentralen Lagern würde sie die Waren in kleinere örtliche Lager zu bringen und von da aus an die Konsumenten abzugeben haben. Ein Vorbild dieser Thätigkeit wäre etwa die Manipulation mit dem Salze in solchen Staaten, wo das Salzmonopol besteht; oder die Abgabe der Postwertzeichen an den Postschaltern. Der Umsatz von Produkten würde zwar nicht aufhören, aber er wäre kein gewinnbringendes Spekulationsgeschäft mehr, sondern eine amtliche Thätigkeit sozialistischer Behörden.

Sache dieser amtlichen Behörden wäre das Studium der Nachfrage (die Ermittelung des Bedarfes); ihre Sache wäre es, der Leitung der Produktion Kenntnis vom Bedarf zu geben und die Menge sowie die Art der herzustellenden Produkte zu bestimmen; sie hätten die Produkte den entsprechenden Transportanstalten zum Transport zu übergeben, die Produkte an die Konsumenten abzugeben und hinsichtlich dieses ganzen Geschäfts die nötigen Korrespondenzen und Buchungen zu führen. Der Preis der Produkte aber würde an den Produktionsstätten bestimmt durch Berechnung der in den Produkten aufgegangenen Kosten. Er wäre ein fester Preis, um welchen nicht mehr gefeilscht werden könnte.

Es entsteht nun die Frage: was von alledem wäre technisch und wirtschaftlich möglich? Welche Vorteile und Nachteile wären für die Gesellschaft davon zu erwarten?

Unter der einen großen Voraussetzung, daß es gelänge *den Preis aller einzelnen Produkte an den Produktionsstätten richtig zu bestimmen*, erscheint dieses ganze Getriebe wohl als schwierig, aber durchaus nicht als unmöglich.

Durchführbar erscheint es, auf amtlichem Wege die Produktionsstätten in Fühlung mit der Konsumtion zu halten, ihnen mitzuteilen, welche Quantitäten und welche Qualitäten von Produkten für die nächste Betriebsperiode herzustellen seien. Die einzelnen Warenabgabestellen müßten eben ihren voraussichtlichen Bedarf den Mittelstellen bekanntgeben.

Von diesen würden Zentralstellen über den Bedarf in Kenntnis gesetzt, die entweder direkt oder wieder durch Mittelstellen den Produktionsstätten die Bestellungen zukommen lassen. Ein direkter Verkehr der Abgabestätten mit den Produktionsstätten wäre nicht unmöglich; er wäre in vielen Fällen sogar notwendig, wenn man den Konsumenten nicht allzu schablonenmäßige Ware aufnötigen und wenn man unnötige Umwege beim Warentransport vermeiden wollte.

In technischen Schwierigkeiten fände also die Sozialisierung des ganzen Handels, so lange er Inlandhandel bliebe, keine unüberwindlichen Hindernisse.

Solche würden sich aber unfehlbar einstellen bezüglich des Handels mit nichtsozialistischem Ausland. So lange die sozialistische Gemeinschaft sich nicht international über alle Länder erstreckt, müssen Export der inländischen und Import von ausländischen Waren durch Handelsbeamte der sozialistischen Gesellschaft besorgt werden. Diese Handelsbeamten würden notwendig, weil ihnen das persönliche Unternehmerinteresse an ihren Geschäften fehlt, niemals mit jenem Eifer, mit jenem unermüdlichen Spürsinn an denselben thätig sein, wie der heutige Exporteur und Importeur, für den jeder hohe Verkaufspreis und jeder niedrige Einkaufspreis stets einen persönlichen Gewinn bedeutet. Die Handelsbeamten der sozialistischen Verwaltung würden wohl immer teurer einkaufen und wohlfeiler verkaufen, als es Privatkaufleute thun; und sie würden das thun selbst bei redlichster Pflichterfüllung, zum Schaden der ganzen sozialistischen Gemeinschaft. Die sozialistische Zentralverwaltung könnte ihnen Maximaleinkaufspreise und Minimalverkaufspreise vorschreiben; aber sie kann ihnen nicht mit Erfolg vorschreiben, daß sie mit der Zähigkeit und mit dem Gewinnstreben des Privatkaufmanns arbeiten, daß sie sich immer möglichst fern von den Maximaleinkaufspreisen und von den Minimalverkaufspreisen halten, daß sie mit der Findigkeit des Privatkaufmanns die besten Einkaufs- und Ver-

kaufszeiten, die günstigsten Transportwege, die für den Einkauf und Verkauf passendsten Qualitäten ausspüren. Das Streben, Millionär zu werden, indem man zugleich seinem Lande einen wirtschaftlichen Dienst erweist, ist doch ein stärkerer Sporn für den kaufmännischen Unternehmungsgeist, als das Streben, seinem Lande einen Dienst zu erweisen, allein sein kann.

Mit der Abschaffung des Handels würden auch keineswegs so viele Arbeitskräfte für die Produktion verfügbar, als die Sozialdemokratie sich vorstellt. Denn ob nun die Gebrauchsartikel gegen Geld oder gegen Arbeitscertifikate an die Konsumenten abgegeben werden: Leute, die sie abgeben, braucht man ja doch noch. Die ganze Vermittelung zwischen Produzenten und Konsumenten, welche heute der Handel besorgt, würde dann doch auch von irgendwelchen Leuten erledigt werden müssen. Die Gebrauchsartikel würden in große Gemeinde-Vorratshäuser und Bazare gebracht, welche nach Bebels Meinung ein „verhältnismäßig sehr geringes Verwaltungspersonal" beanspruchen würden.

Wirklich so gering? Wo die Gesellschaft allein Gebrauchsartikel durch ihre Beamten oder Kommis abgiebt, da hätten offenbar die Bewohner jeder Landgemeinde das Recht, eben so glänzende und reich ausgestattete Bazare zur Verfügung zu haben, wie die Bewohner der heutigen Großstädte. Womit bestreitet Bebel diese Bazare und ihre Kommis, wenn der Handel aufhört? Und womit bestreitet er die Thätigkeit der Posten, der Eisenbahnen, der Telegraphen, der Fluß- und Seeschiffahrt, wenn die Gesellschaft nur den Austausch von Gegenständen gleichen Gebrauchswertes unter ihren Gliedern bewerkstelligen soll?

Bekanntlich entfällt bei der Gesamtheit unserer Verkehrsanstalten der größere Teil ihrer Kosten auf den Gütertransport. In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft werden diese Kosten gedeckt durch die Einnahmen aus den Gütertarifen; die Einnahmen der Bahnen ꝛc. aus den Gütertarifen aber bezahlt der Handel, indem er die Transportspesen auf

die Warenpreise schlägt und schließlich auf die Warenkäufer überwälzt. Die ganzen Kosten des Gütertransportes werden also durch Vermittelung des Handels von den Konsumenten getragen, und der Handel vollbringt neben seinen sonstigen Funktionen auch die, daß er diese Kosten möglichst genau auf die einzelnen Waren schlägt.

Wie würde nun die sozialistische Verwaltung dieser Aufgabe Herr werden?

Denn *getragen werden müssen* die Kosten des Gütertransportes von irgend welchen Schultern — auch in einem sozialistischen Gemeinwesen.

Die sozialistische Verwaltung könnte bei der Erledigung dieser Aufgabe sehr verschiedene Methoden anwenden, jenachdem sie sich mehr an die Thätigkeit des gegenwärtigen Handels anlehnen oder mehr den sozialistischen Prinzipien folgen wollte.

Sie könnte also, wie es der Handel gegenwärtig thut, zu allen Warenpreisen die genau berechneten Transportspesen hinzurechnen. Hierzu wäre ein kaufmännisch geschultes Personal notwendig und zwar von recht erheblichem Umfange.

Die Verwaltung hätte aber auch die Möglichkeit, von einer genauen Berechnung der in jedem Warenpreise steckenden Transportspesen Umgang zu nehmen und nur nach allgemeineren Gesichtspunkten die gesamten Transportkosten auf die Gesamtheit der Warenpreise zu schlagen. Das hätte aber notwendig zur Folge, daß die Preise der an die Konsumenten abgegebenen Waren nicht mehr genau den in ihnen aufgegangenen Arbeitsmengen (Produktionsarbeit, Handelsarbeit und Transportarbeit zusammengenommen) entsprächen. Kaufmännische Arbeit würde dabei allerdings erspart; aber auf Kosten des richtigen Preises der Waren. In diesem Falle würden die Transportkosten auch von der Konsumentenschaft getragen, aber nicht in einem richtigen Verhältnis.

Wollte endlich die sozialistische Verwaltung den Transport der Waren durch ihre Transportanstalten ganz unent-

geltlich besorgen, so hätte das einfach die Wirkung, daß der Personal- und Realbedarf der Verkehrsanstalten von der Gesamtheit der arbeitenden sozialistischen Gesellschaft aufgebracht werden müßte, während der Gewinn dieses Opfers, nämlich die Transportleistung, sich sehr ungleich verteilen würde. Es würden dann auf Kosten der sämtlichen Produzenten die Konsumenten die Waren wohlfeiler erhalten. Die Produzenten könnten eben nicht den vollen Wert ihrer Arbeit vergütet erhalten, sondern müßten einen Teil desselben abgeben zum Unterhalt der gemeinsamen Transportunternehmungen, wie sie einen Teil abgeben müßten zum Unterhalte der öffentlichen Lehranstalten, der Richter- und Polizeibeamten u. s. f.

Wie stünde es mit der Abgabe der Produkte an die Konsumenten?

Heute kauft das Konsumentenpublikum seine Bedarfsgegenstände, wo es ihm behagt. In jedem Geschäfte — ausgenommen bei manchen zurückgebliebenen Kleingewerbtreibenden — wird man aufs höflichste bedient, erhält alles zur Auswahl vorgelegt, was im Geschäft überhaupt zu haben ist. Der Geschäftsinhaber sieht in jedem Kunden Jemand, der ihm Gewinn bringt; und er behandelt die Kunden darnach. Und jeder Kommis, jede Verkäuferin muß das Gleiche thun, wenn sie nicht entlassen werden wollen.

Wie würde sich das in der sozialistischen Wirtschaftsordnung stellen?

Da werden die Waren aus Lagern abgegeben, in welche die gesellschaftliche Verwaltung die Vorräte bringen läßt. Kommt ein Konsument, so ist er für die Lagerbeamten kein gewinnbringender Kunde, sondern ein Mensch, der ihnen bloß Mühe und Arbeit verursacht. Und darnach wird er behandelt. Man giebt ihm pflichtschuldig, was man ihm gegen seine Arbeitscertifikate geben muß; man übervorteilt ihn nicht, aber man hat auch gar keinen Grund, ihm ein liebenswürdiger Berater zu sein. Im Gegenteil: man hat nur Grund, ihn so bald als möglich loszuwerden.

Wenn wir heute an einen Postschalter treten, hinter welchem der Beamte gerade mit einer Rechnung oder mit Geldzählen beschäftigt ist, müssen wir uns unter Umständen bescheiden, ein Weilchen zu warten, bis man uns unsere Postmarken einhändigt. Ähnlich wie an diesem Postschalter erginge es in der sozialistischen Ordnung jedem Konsumenten, der vom Lagerbeamten irgend etwas will. Die Lagerbeamten hätten gar keinen Grund höflicher zu sein, als der gröbste Postbeamte. Und hierbei muß man erwägen, daß dem Postbeamten gegenüber das Publikum weiß, was es will; da sind keine langen, Höflichkeit erfordernden Verhandlungen nötig. Wenn aber ein Konsument in einen sozialistischen Kleiderladen einträte, möchte er doch nicht so kurz abgefertigt werden, wie am Postschalter, sondern er möchte für seine sauer erarbeiteten Arbeitscertifikate doch eine erfreuliche Ware, einen Anzug, der ihm paßt; er möchte Auswahl haben, probieren dürfen. Und nun hat er einen sozialistischen Lagerbeamten vor sich, dessen einziges Interesse darin gipfelt, den Kunden baldigst wieder loszuwerden!

Wie kann man sich ferner die Verteilung der Waren-Abgabestellen denken?

Zunächst jedenfalls im Anschluß an den bisherigen Kleinhandel. Die sozialistische Warenverwaltung wird vernünftigerweise von dem Grundsatze ausgehen, Abgabestellen zu errichten, wo dieselben notwendig erscheinen. Sie kann zunächst alle gut frequentierten Privatkaufläden in öffentliche Abgabestellen umwandeln, sogar das Verkäuferpersonal belassen. Die minder frequenten Kaufläden aber müßten, um müßige Ladenbeamte zu ersparen, aufgehoben werden. Und allmählich müßten auch die kleineren Lager in größere Lager zusammengezogen werden, gleichfalls um Arbeit zu ersparen.

Wer hätte nun über die Anzahl, die Arbeitseinteilung und die örtliche Verteilung der Abgabestellen zu bestimmen?

Jeder Vernünftige wird einsehen, daß diese Anordnungen nur geschehen können auf Grund einer umfassenden Kenntnis des örtlichen Bedarfs und der örtlich verschiedenen Kauf-

kraft. Die Kaufkraft des Konsumentenpublikums, möge man sie nun in Geld oder in Arbeitscertifikaten ausdrücken, würde aber durch die Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung eine gründliche Veränderung erleiden müssen. Selbst der gewiegteste Kaufmann, der die Absatzverhältnisse eines Platzes unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsordnung völlig überschaut hat, wäre nicht im stande, auch nur annäherungsweise vorherzusehen, wie sich nach Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung die Konsumtion des Platzes gestalten kann und muß. Um wie viel weniger wären hierzu sozialistische Wirtschaftsbeamte geeignet! Sie wären rein auf die oberflächlichsten Vermutungen angewiesen. Man könnte es keinem dieser Wirtschaftsbeamten verargen, wenn er die Konsumtion eines Bedarfsartikels für einen bestimmten Platz auf das Doppelte oder auf die Hälfte von dem veranschlagte, was die Konsumtion wirklich verlangen wird. Die Folge davon wären aber Verwirrungen, gegen welche die heutigen Absatzkrisen und Warenmangelskrisen wahres Kinderspiel wären! Erschreckende Überfüllung einzelner Lager bei mangelndem Absatz, unerwartet schnelle Leerung der anderen; verlorene Transportarbeit, müßige Lagerbeamte, verderbende Waren einerseits; unzureichende Warenmengen, Not und Unwille der Konsumenten anderseits: das wären die unvermeidlichen Folgen. Und welch verderblichen Rückschlag müßte diese Verwirrung notwendig auf die Produktion ausüben!

Noch eines muß hinzutreten, um die Leistungsfähigkeit der Abgabelager zu verringern. Die Lagerbeamten hätten kein Interesse, sich um eine richtige Vorausberechnung des Bedarfs zu bemühen. Geben sie den Bedarf zu hoch an, so würden ihnen aus den Zentrallagern mehr Waren geschickt, als sie abzugeben vermögen; diesem größeren Vorrat an Waren entsprechend müßte auch die Zahl der Abgabebeamten des einzelnen Lagers verstärkt werden; die Beamten hätten dann zu wenig zu thun; sie könnten sich behagliche Ruhepausen vergönnen — auf Kosten der Gemeinschaft.

Geben sie dagegen den Bedarf zu gering an, so würde einfach das Konsumentenpublikum in den Lagern zu hören bekommen: die Ware ist eben ausgegangen. Die Konsumenten können sich dann in ein anderes Lager bemühen, sie können sich vielleicht auch bei irgend einer höheren Instanz über die Lagerbeamten beschweren, was aber immer nur Gehässigkeit, neue Mühewaltung, Vielschreiberei, umständliche Beaufsichtigung und Rügen notwendig machen würde. Die Bequemlichkeit des Einkaufs für die Konsumenten, welche Bequemlichkeit die letzteren heutzutage dem Detailverkäufer mit dem Gewinn bezahlen, den sie ihm lassen müssen, wäre dahin.

Ein Verdienst hätte freilich die Aufhebung des Privathandels. Mit ihm würde die kaufmännische Reklame ein Ende finden, mit ihm der größte Teil des kostspieligen Annoncenwesens, der Luxus der Schauläden, die Marktschreierei der Konkurrenz.

Aber man darf doch die Schädlichkeit oder Überflüssigkeit dieser Dinge nicht gar zu hoch anschlagen und ihre Vorteile gänzlich ignorieren.

Das ganze Reklamewesen des modernen Handels, mag es nun in prunkvollen Schauläden, in Annoncen, Handlungsreisenden oder Postzusendungen bestehen, leistet doch dem Konsumentenpublikum den Dienst, ihm eine Reihe von Aufklärungen zu verschaffen über das, was die Produktion und der Handel ihm überhaupt anbieten. Das Konsumentenpublikum will eine solche Aufklärung, weil sie ihm dazu verhilft, seine verschiedenen Bedürfnisse und die dafür vorhandenen Waren zu prüfen und zu vergleichen. Ohne den beständigen Kontakt mit dem kaufmännischen Reklamewesen hätte die Konsumentenschaft eine viel geringere Warenkenntnis; sie käme viel leichter in die unangenehme Lage, wegen mangelhaften Überblicks für ihr Geld (oder für ihre Arbeitscertifikate) einen Gegenstand voreilig zu erwerben, dessen Erwerb dann nachträglich zur Reue gereicht.

Wäre aber der Handel völlig ausgeschlossen? So lange es noch ein Eigentum an Gebrauchsgütern giebt — nein.

So lange es Privateigentum an Gebrauchsgütern, an Kleidern, Möbeln, Nahrungsmittelvorräten und Luxusgütern gäbe, könnten die Eigentümer solcher Gegenstände dieselben unter einander und gegen Arbeitscertifikate austauschen. Und das würde denn auch im reichlichsten Maße geschehen. Das menschliche Streben, mühelos Gewinnste zu machen, würde sich im ausgebreitetsten Trödelhandel äußern. Schmutzige Krämerseelen würden ein gewinnbringendes Geschäft daraus machen können, eine Art Pfandleihgeschäft unter der Maske von Kauf und Verkauf zu betreiben. In jeder Ortschaft fände sich Einer oder Mehrere, die, mit wucherischen Wertüberschüssen für sich, den Umtausch von Gebrauchsgegenständen besorgten.

So wäre nach dem stolzen Aufschwunge, den der Welthandel seit den Tagen der Hansa Jahrhunderte hindurch genommen hat, der kaufmännische Geist wieder auf das erbärmliche Treiben in finstren mittelalterlichen Judengassen reduziert — ohne daß ihm die Sozialdemokratie mit ihrer Abschaffung des Geldes den Todesstoß hätte versetzen können. Nur daß an die Stelle großer, glänzender Züge ein kümmerlicher Krämergeist getreten wäre!

15. Die Verkehrsanstalten.

Von besonderem Interesse in Bezug auf die Durchführbarkeit sozialistischen Betriebs sind die Verkehrsanstalten.

Einzelne unter den modernen Verkehrsanstalten geben nämlich in geradezu glänzender Weise die Überzeugung, daß gewisse Betriebe von einer großen Gemeinschaft eben so gut oder besser geführt werden können, als von der Privatunternehmung.

Sehr verfehlt aber wäre es, diese Erfahrung sofort zu verallgemeinern und etwa aus dem gelungenen Betriebe

von Staatseisenbahnen, von Post und Telegraphie ohne weiteres zu folgern, daß auch alle anderen Arten von Unternehmungen gleich erfolgreich durch große Gemeinschaften geführt werden können.

Gerade bei den Verkehrsanstalten finden wir vielmehr in dieser Hinsicht die größten Unterschiede. Und diese Unterschiede sind deshalb so ungemein lehrreich, weil man es hier nicht mit Einrichtungen zu thun hat, die erst projektiert wären, sondern mit solchen, bezüglich deren schon die reichsten Erfahrungen vorliegen. Es sind bestehende Dinge, die uns hier über die Möglichkeit und den Wert sozialistischer Betriebsweise belehren.

Die heute vom Staat betriebenen großen Verkehrsanstalten sind für Bebel durchaus keine sozialistischen Betriebe. Gegen diese Anschauung verwahrt er sich ausdrücklich (S. 294). „In einem sozialistischen Betrieb giebts keine Arbeitgeber und keine Vorgesetzten, aber auch keine Unterdrückung, Alle sind gleichgestellt und gleichberechtigt."

Wie sich ein Sozialist vom Schlage Bebels einen Eisenbahnbetrieb ohne Vorgesetzte und Untergebene denkt, ist schwer erklärlich. In Urteilen wie das eben angeführte spricht sich aufs deutlichste der gänzliche Mangel an Überlegung aus. Keine Vorgesetzten beim Eisenbahnbetrieb! Also auf jeder Station wahrscheinlich kollegiale Beratung des sämtlichen Zug- und Stationspersonals über den Zeitpunkt des Abgangs des Zuges? Oder wie sonst — wenn es keine Vorgesetzten und demgemäß auch keine Untergebenen giebt?

Und sicher würden auf einem Dampfschiffe, wo den Heizern und Maschinisten, den Steuerleuten und Matrosen kein Kapitän mit der ganzen Wucht seiner Autorität als Vorgesetzter zu befehlen hätte — sicher würden auf einem solchen Dampfschiffe wohl nur mehr Selbstmordkandidaten fahren können.

Sozialdemokratisch sind die heutigen Staatsverkehrsanstalten in der That nicht. Sie tragen durchaus das Gepräge des vollendeten und gelungenen Staatssozialismus.

Aber nicht einmal für die allgemeine Durchführbarkeit des Staatssozialismus liefern die Staatsverkehrsanstalten den Beweis. Sie beweisen eben nur, daß gewisse Verkehrsanstalten durch große Gemeinschaften gut betrieben werden können. Aber sie beweisen nicht, daß auch Produktionsgeschäfte und Handelsgeschäfte gleich vortrefflich durch große Gemeinschaften betrieben werden könnten.

Die Staatsverkehrsanstalten besorgen Transportleistungen. Transportleistungen aber sind an sich viel einfacher, als die Leistungen der Produktion und der Handelsgeschäfte. Die Transportleistungen können vollständig mechanisiert und uniformiert werden. Das ist nicht möglich bei den Leistungen der Produktion und des Handels.

Die Leistungen der Produktion sind gegenüber jenen des Transportwesens ungemein verwickelt, ungemein abhängig von örtlich verschiedenen natürlichen Bedingungen. Die Produktion muß sich diesen natürlichen Bedingungen anschmiegen, während der Transportverkehr, je großartiger er wird, um so mehr die örtlichen Verschiedenheiten ignoriert und mit gleichen einheitlichen Einrichtungen die Welt überzieht. Der Transportverkehr ist eben ein Netz von Fäden und von Knotenpunkten, welch letztere durch die Kreuzungen dieser Fäden geschaffen sind; die Produktion dagegen stellt sich uns dar als eine überaus große Zahl von einzelnen, größeren und kleineren Punkten produktiven Lebens, welche durch die Natur der Länder und durch eine wirtschaftsgeschichtliche Entwickelung geschaffen sind. An den Produktionsstätten findet Stoff- und Formveränderung statt, während das Transportwesen es bloß mit der Ortsveränderung zu thun hat, die in viel gleichförmigerer Weise besorgt werden kann. Darum ist es bei einer staatlichen Post- und Telegraphenstation nicht bloß möglich, sondern notwendig, daß der Dienst in der Hauptsache von denselben Gesichtspunkten, nach denselben Instruktionen geführt werde, wie an allen anderen Post- und Telegraphenanstalten, während jede einzelne Produktionsstätte nach Gesichtspunkten

geleitet werden muß, die aus ihrer geschichtlichen Entwickelung und aus den örtlichen Bedingungen zu entnehmen sind.

Gehen wir aber auf die einzelnen Verkehrsunternehmungen etwas näher ein.

Die Eisenbahnen sind, soweit es sich um Staatsbahnen handelt, wie erwähnt, das Bild eines gelungenen staatssozialistischen Betriebes. Um aus einem solchen ein sozialdemokratischer Betrieb zu werden, müßten die Staatsbahnen eine vollständige Umwandlung ihres Beamtenorganismus sich gefallen lassen. Der Generaldirektor und seine Räte wären einfache „Genossen" wie der letzte Wagenschieber; sie würden aus dem Kreise dieser Genossen für eine bestimmte Zeit gewählt; und wenn sie sich mißliebig machen, werden sie nicht mehr gewählt und können dann wieder Lampen putzen und Weichen stellen. Bei der Wahl der General- und Betriebsdirektoren, der Betriebsinspektoren, Maschineningenieure, Stationschefs ꝛc. werden aber die Genossen leider nicht die fähigsten und erfahrensten Männer wählen, sondern diejenigen, welche sich während der vorhergehenden Wahlagitation als die „zielbewußtesten" Sozialdemokraten darzustellen wissen, als am wenigsten reaktionären Gelüsten zugänglich. Wie es dabei um die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Betriebes bestellt sein würde, kann man sich ungefähr vorstellen. Ebenso leicht kann man sich auch vorstellen, daß beim Neubau von Bahnen und bei der Aufstellung der Fahrpläne die Zentralverwaltung ein Spielzeug in den Händen rücksichtslosester Kirchturmintereſſen werden müßte. Jeder einzelne gewählte Beamte wäre ja abhängig von der Gunst seiner Wähler; die Gunst der Wähler wäre es, welche den Betrieb beherrschen würde.

Von Post- und Telegraphenwesen wollen wir nicht reden. Das sind Betriebszweige, welche durch den von der Sozialdemokratie so viel geschmähten modernen Staat in ein so gefestigtes Geleise gebracht sind, daß sie in diesem Geleise wohl geeignet scheinen, die Lebensdauer einer ganzen sozialistischen Gemeinschaft zu überdauern, falls nicht etwa

Briefträger- und Telegraphistenstreiks unliebsame Störungen bereiteten.

Dagegen müssen wir doch einen Blick auf jene zahlreichen kleineren Verkehrszweige werfen, welche heute nicht verstaatlicht, sondern Eigentum von Aktiengesellschaften oder von kleinen Privatunternehmungen sind.

Die Seeschiffahrt müßte ein Ende finden, wenn nicht die Besatzung jedes Schiffes, um ihrer eigenen Sicherheit willen, die Fähigsten zum Kapitän und zu Offizieren wählen und diese dann, allen sozialdemokratischen Prinzipien zum Trotze, mit aller nötigen Disziplinargewalt ausstatten würde. Was aber geschähe mit der kleinen Binnenschiffahrt, was mit den zahlreichen Straßenfuhrwerken? Die Transportwerkzeuge wären, als Produktionsmittel, Eigentum der Gemeinschaft. Aber der Betrieb, der heute durch das Unternehmerinteresse der einzelnen Transportunternehmer geleitet wird, müßte nunmehr von Beauftragten der Gesamtheit geleistet und diese wieder kontrolliert werden. Welche Schwerfälligkeit, welche Umständlichkeit gegenüber dem heutigen Verfahren ergäbe dies!

16. Gemeinsame Gebrauchsgüter.

In einer sozialistischen Gemeinschaft wären nicht allein die Produktionsmittel gemeinsames Eigentum, sondern auch gewisse Gebrauchsgüter. Und zwar zum mindesten alle jene Gebrauchsgüter, welche im heutigen Staate schon Eigentum der Gesamtheit sind: Gerichtsgebäude, Gefängnisse, Zuchthäuser, Kasernen, Festungen, Arsenale, Amtsgebäude, Spitäler, Irrenhäuser, Schulen, Bibliotheken, Museen, Sammlungen, Laboratorien; endlich — da sie auch auf Grundstücken stehen und mit Grundbesitz verbunden sind — Kirchen, Pfarrgebäude und Klöster; und schließlich alle Privatgebäude.

Soweit nun diese Gebrauchsgüter in einer sozialistischen Gemeinschaft jenen Zwecken weiterhin dienen könnten, denen

sie bisher gedient haben, und sofern diese Zwecke von der sozialistischen Gemeinschaft anerkannte sind, brauchen wir uns nicht weiter mit ihnen zu beschäftigen.

Anders gestaltet sich's aber mit jenen Gebrauchsgütern, welche, da die sozialistische Gemeinschaft ihre bisherige Verwendung nicht mehr als den sozialistischen Zielen entsprechend erachtet, für andere Zwecke frei werden.

Gerichtsgebäude, Gefängnisse und Zuchthäuser wird die sozialistische Gemeinschaft — trotz Bebels gegenteiligen Versicherungen — wohl noch brauchen. Das Gleiche gilt für Kasernen und Festungen, so lange nicht der Weltfriede auf ewig gesichert ist. Amtsgebäude, sowie die Anstalten für öffentliche Gesundheitspflege würden gleichfalls ihrem Dienste gewidmet bleiben, desgleichen die Bildungsanstalten, Museen u. dergl. Nur mit dem kirchlichen Vermögen käme die sozialistische Verwaltung einigermaßen in Verlegenheit. Die Klöster zwar ließen sich ohne viel Umstände in Altersversorgungsanstalten, Findelhäuser, Erziehungshäuser umwandeln. Aber die Pfarrhäuser — und vollends die Kirchen!

Wollte die Sozialdemokratie ihr ganzes kraftvolles Zielbewußtsein auch hier erweisen, so müßte sie natürlich die Pfarrhäuser und Kirchen in profanes Gemeingut verwandeln und den Kirchengesellschaften überlassen, wie dieselben fürderhin ohne Kirchenvermögen zurecht kämen. Sicherer ist aber zu vermuten, daß die sozialdemokratische Verwaltung aus taktischen Gründen das Kirchenvermögen doch etwas behutsam anfassen würde, um nicht einen sehr großen Teil der Bevölkerung von vornherein zu einem grimmig fanatischen Widerstande zu reizen. Man kann sich ziemlich lebhaft vorstellen, mit welchen Instrumenten die sozialistischen Expropriations-Kommissäre von der bäuerlichen Bevölkerung empfangen würden, der sie ihre Kirchen und Pfarrhäuser etwa nehmen wollten.

Schwierigkeiten eigener Art müßte bei einer Sozialisierung der Gesellschaft der städtische Häuserbesitz bieten.

Wenn alles Grundeigentum als Produktionsmittel Gesellschafts-Eigentum werden sollte, könnte man den städtischen Grundbesitz nicht im Privateigentum belassen. Ein Haus, welches von seinem Eigentümer selbst bewohnt und nicht als Werkstätte ꝛc. benutzt wird, ist zwar vom Standpunkte dieses Eigentümers aus nicht Produktionsmittel, sondern Gebrauchskapital. Aber der Boden ist Produktionsmittel und das Haus könnte als Werkstätte, Lagerraum oder dergleichen ein Produktionsmittel sein. Und die von Bauspekulanten erbauten und vermieteten Häuser sind jedenfalls Produktionsmittel.

Es müßte demnach, wenn man nicht völlig haltlosen und ungerechten Unterscheidungen und Begünstigungen Raum gewähren wollte, auch der ganze städtische Grund- und Häuserbesitz Gemein-Eigentum werden; und zwar nach sozialdemokratischem Prinzip nicht Eigentum der Gemeinden, sondern der ganzen Gesellschaft.

Was thäte nun die Gesellschaft mit diesem Besitz? Zunächst müßte sie für jede Stadt eine Schar von Beamten aufstellen, welche sich ausschließlich mit der Überwachung, Instandhaltung und Reparatur der Häuser, mit der Abschätzung ihres Mietwertes und mit der Vergebung der Wohnungen an Wohnparteien zu beschäftigen hätten. Es wäre für diese Aufgabe einerseits ein gewöhnliches Hausmeister-Personal nötig, anderseits ein bautechnisch geschultes Personal von höheren Hausaufsehern oder Baumeistern.

Die technischen Fragen, welche ein solcher Häuserbesitz zur Erledigung stellen würde, wären zweifellos das leichtere, so lange man über gebildete Bauverständige zu verfügen hätte.

Aber die Nutzbarmachung der Häuser!

Es ließen sich zwei Wege denken, um in einem sozialistischen Gemeinwesen die Vergebung der Wohnungen an Wohnparteien zu regeln.

Der erste Weg bestünde darin, daß im Anschluß an die bisherigen Mietzinse beziehungsweise Steuereinschätzungs-

summen alle Wohnungen abgeschätzt und in freier Konkurrenz an Mietparteien vergeben würden, welche den Mietpreis in Arbeitscertifikaten zu erlegen hätten. Einfach in der Theorie, aber doch höchst verwickelt in der Praxis. Ein Geschäft, welches in einer großen Stadt tausende von Hauseigentümern nach sorgfältigster Überlegung besorgen, müßte in diesem Fall von Gesellschaftsbeamten ausgeführt werden. Welches Interesse könnte die Gesellschaftsbeamten veranlassen, die einzelnen Wohnungen, die ja ihren Wert verändern können, stets ganz richtig abzuschätzen? Würden sie dieselben zu hoch schätzen, so blieben die zu hoch geschätzten Wohnungen leer; bei zu niedriger Schätzung müßte die Gesellschaft Verluste erleiden. Heute tragen die einzelnen Hausbesitzer den Verlust, wenn sie ihre Wohnungen nicht zu richtigen Mietpreisen vermieten. Sie werden durch ihr eigenes Interesse jedenfalls zu einer weit größeren Sorgfalt bei der Regulierung der Mietpreise veranlaßt, als Beamte einer sozialistischen Gemeinschaft.

Ein zweiter, viel besser in den sozialistischen Kram passender Weg zur Nutzbarmachung der Stadthäuser bestünde darin, daß von der sozialistischen Verwaltung den Einzelnen ihre Wohnungen angewiesen und ihnen dafür gewisse Arbeitsleistungen (in **natura** oder in Certifikaten abzutragen) auferlegt würden. Hiebei wäre also die Konkurrenz der Nachfrage seitens der Mietparteien ausgeschlossen. Ohne eine Schätzung der Wohnungen würde dieses Verfahren nur zu den ärgsten Unbilligkeiten und Begünstigungen führen. Neun Zehnteile aller Inwohner wären sofort mit den ihnen zugewiesenen Wohnungen im höchsten Grade unzufrieden. Und überdies müßte in diesem Falle von der sozialistischen Verwaltung festgesetzt werden, wer überhaupt befugt sein solle, in einer bestimmten Stadt Wohnung zu nehmen, weil ja die sozialistische Verwaltung es doch in der Hand haben müßte, der Überfüllung einzelner und der Entvölkerung anderer Städte vorzubeugen. Die Freizügigkeit ginge verloren; der Mensch, welcher sein ganzes Leben dem Dienste

der Gesellschaft gewidmet hat, hätte schließlich nicht mehr das Recht, sich den Ort aufzusuchen, wo er seine alten Tage beschließen will.

Wie weit ist das noch vom Zuchthaus entfernt?

Welchen Weg immer aber die sozialistische Verwaltung einschlägt, um ihr städtisches Häuser-Eigentum nutzbar zu machen: keinesfalls könnten ihre Wohnungen in Bezug auf Comfort und Sauberkeit mit dem heutigen Wohnungswesen nur annähernd konkurrieren. Jeder mit dem städtischen Wohnungswesen nur einigermaßen Vertraute weiß, daß heutzutage der gesamte Wohnungs-Comfort nicht durch den Zustand der Mietkasernen bestimmt wird, sondern durch den Zustand jener Häuser, welche von ihren Eigentümern bewohnt werden. Nach dem Zustande der Familienhäuser richtet sich das gesamte Wohnbedürfnis. Eine Expropriation der Familienhäuser würde sofort unsere ganzen Städte in Kasernen verwandeln, und zwar Kasernen, in welchen nicht eiserne Militärdisziplin für die nötige Reinlichkeit sorgte, wie in unseren heutigen Soldatenkasernen.

Und welche Myriaden von Klagen hätte in beiden Fällen die sozialistische Häuserverwaltung zu bescheiden; welche Unsumme von mehr oder weniger berechtigten Ansprüchen der Mietparteien zu würdigen; wie zahllose Unzukömmlichkeiten zu rügen und Streitigkeiten zwischen Mietparteien zu erledigen! Und welche Unzahl von freundschaftlichen und verwandtschaftlichen Begünstigungen, welche Fülle von Neid und Gehässigkeit müßte die notwendige Folge von alledem werden! Wenn heutzutage eine Mietpartei durch Unreinlichkeit, Lärm oder dergleichen den übrigen Parteien lästig fällt, wird ihr durch den Hauseigentümer gekündigt; bei einer sozialistischen Häuserverwaltung müßte die Wohnbehörde darüber entscheiden. Alles Odium, welches heute zwischen Mietparteien und Hauseigentümern entstehen kann, würde sich eben verwandeln in Zwistigkeiten und Reibereien zwischen den Inwohnern und der Verwaltungsbehörde.

Welche Zustände!

In der That: das städtische Wohnwesen unter der Herrschaft einer sozialistischen Verwaltung böte nur die Wahl zwischen der erzwungenen Reinlichkeit eines Zuchthauses und der Unreinlichkeit eines riesigen Schweinestalles!

17. Das Einkommen.

Das Einkommen des Einzelnen würde in einer ganz sozialistischen Gemeinschaft nur mehr aus dem Arbeitslohne bestehen, den er nach Maßgabe seiner, der Gesellschaft geleisteten Arbeit bezieht; oder aber in Gütern, welche die arbeitsunfähigen Mitglieder der Gesellschaft von ihr erhalten. Von einem Einkommen des Einzelnen aus Kapitalzins, aus Grundrente oder aus Unternehmergewinn könnte nicht mehr die Rede sein; demgemäß gäbe es auch keine Kapitalisten und keine Unternehmer mehr, nur Arbeiter und Pensionisten.

Das Einkommen der Arbeitsthätigen (Arbeiter, Arbeitsaufseher und sonstige Beamte) bestünde demnach in Anweisungen oder Arbeitscertifikaten, für welche ein gewisser Wert an Gütern aus dem Vorrat der Gesellschaft bezogen werden könnte. Wir haben schon früher dargethan, daß uns die sozialistische Theorie vollständig im Dunkeln läßt über die Frage, wie sie eine richtige und ersprießliche Wertung der einzelnen Arbeitsleistung herbeizuführen gedenkt. Die Dunkelheit dieser Frage läßt uns auch in völliger Unsicherheit hinsichtlich der anderen, damit zusammenhängenden Fragen, namentlich hinsichtlich der Frage nach den Höhenunterschieden der Einzeleinkommen.

Würde die Arbeitsleistung des Einzelnen lediglich nach der aufgewandten Arbeitszeit beurteilt (wozu allerdings nach den Äußerungen der sozialistischen Theoretiker eine starke Tendenz besteht), so wäre es immerhin möglich, daß ziemlich starke Einkommensunterschiede bestehen blieben. Denn das ist ja sicher, daß dann derjenige, welcher in einer Woche achtundvierzig Stunden gearbeitet hat, ein doppelt so großes Einkommen beziehen müßte, als derjenige, welcher

bloß vierundzwanzig Stunden gearbeitet hat. Ungleich großartiger aber würden die Einkommensunterschiede werden, wenn bei der Wertung der Arbeitsleistung nicht bloß die aufgewandte Arbeitszeit, sondern auch die ungleiche Arbeitsenergie, Geschicklichkeit, Erfahrung, Geschmack ꝛc. mit in Betracht gezogen würden. Dann könnten sich in der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung eben so große Einkommensunterschiede herausstellen, wie in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Indessen ist daran kaum zu denken. Jeder, der vermöge irgend einer außerordentlichen Arbeitsbegabung das Zeug hätte, Außergewöhnliches zu leisten, müßte in der sozialdemokratischen Lebensordnung die Lust zu einer solchen außergewöhnlichen Leistung verlieren, weil ihm der Lohn dafür, nämlich der Erwerb von Grund- und Hausbesitz, von zinstragendem Vermögen für seine Kinder, versagt bliebe. Aus diesem Grunde würde unzweifelhaft eine gewisse Nivellierung der Einzeleinkommen eintreten; aber eine Nivellierung nach unten zu.

Die Einkünfte der nicht arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft, ebenfalls in Anweisungen auf Gebrauchsgegenstände bestehend, würden sich in ihrer Höhe nach den durchschnittlichen Einkünften der arbeitsfähigen Genossen oder nach einem Existenzminimum zu richten haben, welch letzteres von der Gesellschaft gesetzlich festzusetzen wäre.

Das Einkommen der Gesamtheit würde sich in einer sozialistischen Ordnung wie in der heutigen Wirtschaftsordnung zusammensetzen aus sachlichen Gütern und aus nützlichen Arbeitsleistungen, welche für die Gesamtheit oder in ihrem Sinne für ihre einzelnen Angehörigen gemacht werden.

Diese beiden Bestandteile des Roheinkommens unterscheiden sich wesentlich von einander.

Die sachlichen Güter nämlich, aus welchen das Roheinkommen besteht, lassen eine sehr verschiedene Wertung zu, jenachdem man ihren Kostenwert oder ihren Leistungswert ins Auge faßt.

Um den Kostenwert zu berechnen, müssen die Expropriations- oder die Herstellungskosten der für die Erzeugung nötigen dauernden Anlagen in Betracht gezogen werden, ferner die Abnutzung dieser Anlagen, sowie der Verbrauch an Maschinen und Gerätschaften, sodann die Roh- und Hilfsstoffe, welche in den Produkten aufgegangen sind, die für Arbeitscertifikate an Arbeiter und Betriebsbeamte verausgabten Gebrauchsgegenstände; endlich auch jene Güter, welche etwa infolge von technischen Unfällen, von Naturereignissen oder von kommerziellen Fehlern entwertet wurden.

Der Leistungswert der Güter ergiebt sich, wenn man ihre Brauchbarkeit für die Bedarfsbefriedigung, und die Opfer ins Auge faßt, welche der Konsument zu bringen bereit ist, um die Güter zu erhalten. Bei jeder vernünftigen Produktion wird der Leistungswert höher sein, als der Kostenwert. Es wird sich jener berüchtigte Mehrwert ergeben, den die sozialistische Theorie als Quelle der Arbeiterausbeutung ansieht.

In der kapitalistischen Wirtschaft ist die Differenz zwischen Kostenwert und Leistungswert bei jedem Produktionszweige, bei jeder einzelnen Unternehmung und bei jedem Produkte eine andere, was die Nationalökonomie mit dem bekannten Erfahrungssatze ausdrückt, daß Produkte gleicher Art auf dem Markte mit gleichen Preisen bezahlt, aber von den Produzenten mit verschiedenen Produktionskosten hergestellt werden, daher ungleich hohe Gewinne liefern.

Die sozialistische Wirtschaftsordnung dagegen hätte es in ihrer Macht, das Verhältnis zwischen Kostenwert und Leistungswert einheitlich und gleichförmig zu gestalten — wenn es ihr möglich wäre, den Kostenwert genau und sicher zu berechnen.

Wie würde sie sich nun gegenüber dem Mehrwert zu stellen haben, der aus der Produktion und aus einer rationell geleiteten Distribution hervorgeht?

Es sind verschiedene Möglichkeiten denkbar.

Dieser Mehrwert, welchen die sozialistische Gemeinschaft beziehen könnte, wäre nichts anderes als die Gesamtsumme der heute von den Unternehmern, Kapitalisten und Grundbesitzern bezogenen Gewinnste, Zinsen und Grundrenten, welche in der kapitalistischen Gesellschaft an die Einzelnen fallen und in der sozialistischen Ordnung eben an die Gesamtheit fielen. Die Gemeinschaft könnte nun auf diesen Mehrwert verzichten, weil sie ja, wie die Sozialisten sagen, nichts verdienen, sondern nur den Austausch von Gegenständen gleichen Gebrauchswertes unter ihren Gliedern bewerkstelligen will (Bebel). Dann würde sie jedes Gut zum Kostenwerte abzugeben haben, wobei aber in den Kostenwert nicht bloß die eigentlichen Produktionskosten, sondern auch die Transport- und Handelskosten mit eingerechnet werden müßten.

Einem Verzicht auf diesen Mehrwert stellt sich aber etwas Anderes ganz gebieterisch entgegen, nämlich die zweite Hälfte des sozialistischen Gesamteinkommens, d. h. jene nützlichen Arbeitsleistungen, welche für die Gesamtheit oder in ihrem Auftrage gemacht werden, aber keine sachlichen Güter darstellen.

Wir wollen möglichst deutlich sein.

In einer sozialistischen Gemeinschaft könnte ein Mitglied, welches für zehn Certifikate an Produkten seiner Arbeit eingeliefert hat, unmöglicherweise verlangen, dafür Produkte anderer Art zu erhalten, die genau den gleichen Kostenwert haben. Denn die zahllosen Beamten, Lehrer ꝛc., welche die sozialistische Gemeinschaft zu unterhalten hätte, müssen ja auch für ihre Leistungen mit sachlichen Gütern gelohnt werden, ohne daß sie die Vorratslager der Gemeinschaft mit sachlichen Gütern füllen. Bei einem Austausch sachlicher Güter von gleichem Kostenwerte würde sich also schon in der ersten Wirtschaftsperiode ein kolossales Defizit herausstellen. Und ähnlich würde es sich mit einer Menge anderer Arbeiten auch verhalten. Alle Reparaturen und Neubeschaffungen von gesellschaftlichen Produktionsmitteln stellen

ja keine solchen Gebrauchsgegenstände her, gegen deren Hingabe man wieder Gebrauchsgegenstände austauschen könnte.

Es müßten also in einer sozialistischen Gemeinschaft entweder alle Arbeiten unterbleiben, welche keine sachlichen umtauschfähigen Güter liefern, oder diese Arbeiten müßten als gesellschaftliche unentgeltliche Pflichten der Reihe nach den Mitgliedern der Gesellschaft auferlegt werden. Wie solche Frohnarbeiten hernach ausfallen würden, kann man sich ungefähr vorstellen.

Es ist aber noch ein Drittes möglich, das Vernünftigste und Nächstliegende. Es ist möglich, daß die Gemeinschaft auf eine Differenz zwischen dem Kostenwert und dem Leistungswerte der Güter nicht verzichtet, sondern diese Differenz benutzt und für ihre Zwecke einzieht. Das heißt, um mit den Ausdrücken der landläufigen Nationalökonomie zu reden, indem sie die Güter aus ihren Lagern zu einem höheren Preise abgiebt, als der Preis ist, welchen sie den Produzenten dafür bezahlt.

Die Höhe dieses von der Gesellschaft notwendig zu beziehenden Mehrwertes würde sich richten nach der Anzahl und nach der Besoldung derjenigen Gesellschaftsmitglieder, welche für die Gesellschaft keine sachlichen umtauschfähigen Produkte liefern, sondern als Beamte ꝛc. thätig sind oder als Pensionisten und Erwerbsunfähige unterhalten werden. Der Grundsatz von der Gewährung des vollen Arbeitsertrags wäre also in der sozialistischen Ordnung eben so undurchführbar, wie er heute in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung undurchführbar ist.

Wie immer die Sache angefangen wird: eine minutiös genaue Berechnung des Gesellschaftseinkommens, der Produktionskosten und des Mehrwerts, und zwar im Ganzen, wie für jeden einzelnen Betriebszweig, für jede Betriebsstätte, wäre unabweisbar.

Man kann sich nur dunkel vorstellen, welche Last von Buchführung diese notwendig alljährlich stattfindende Berechnung und die darüber zu liefernden Belege der Gesell-

schaft aufbürden würde — eine Arbeitslast, gegenüber welcher die ganze Vielschreiberei des modernen Staates, die ganze Thätigkeit unserer Rechnungshöfe, unserer Steuerämter, endlich auch die buchhalterische Thätigkeit aller Aktiengesellschaften und Einzelnunternehmer zusammengenommen ein wahres Kinderspiel wäre. Denn die sozialistische Verwaltung müßte, wollte sie nicht sofort in den greulichsten Wirrwarr geraten, jeden einzelnen wirtschaftlichen Vorgang, auch den minimalsten, als einen Posten ihrer riesenhaften Buchführung ansehen und dafür sorgen, daß er richtig gebucht werde. Sie müßte Werte verbuchen, an deren Berechnung heute niemand denkt, weil dieselben in den zahllosen kleinen Unternehmungen aus- und eingehen, wo nur der Unternehmer selber die Schuld unrichtiger Berechnung zu büßen hat. In einer sozialistischen Buchführung müßten aber auch diese kleinsten Werte erscheinen, um einen richtigen Abschluß der Gesamtrechnung zu ermöglichen.

Selbst wenn es gelänge, die Expropriation des Privatkapitals in irgend einer Form durchzuführen und die gemeinsame Produktion planmäßig zu organisieren, dürfte man nicht entfernt erwarten, daß in einer solchen sozialistischen Ordnung die Zunahme des Volkseinkommens eine raschere sein könnte, als in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Die Schnelligkeit der Reichtumserzeugung hat ihre Grenze für jeden einzelnen Zeitabschnitt. Für die Gegenwart ist diese Grenze erreicht, welche in Zukunft wohl noch ausgedehnt werden kann durch technische Fortschritte. Diese aber stehen in keinem Zusammenhang mit der Frage, ob die Wirtschaftsordnung eine kapitalistische oder eine sozialistische ist. Nutzbringende Erfindungen werden gemacht, wenn sich die Genies dazu finden; und sie werden in die Produktion eingeführt unter der kapitalistischen Herrschaft mindestens ebenso rasch und zweckmäßig, als sie in irgend einer sozialistischen Wirtschaftsordnung eingeführt werden könnten. Wer das leugnen wollte, der müßte einfach die Geschichte der Technik unseres Jahrhunderts auf den Kopf stellen.

Das aber ist das große demagogische Unrecht, welches die sozialdemokratischen Führer gegen die Arbeitermassen begehen, daß sie denselben weismachen, sofort nach der Einführung einer sozialistischen Verwaltung müsse die großartigste Steigerung des gesamten Volkseinkommens beginnen. Diese Behauptung, die in keiner Weise nachgewiesen werden konnte, die auf das willkürlichste aus der Luft gegriffen ward, ist ein lügnerischer Lockruf, frevelhafter als jemals einer die Menschheit versuchte.

18. Das Genußleben.

Bebel rühmt es als einen Vorzug der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung, daß sie keinen Spielraum für Modethorheiten bieten werde. Prüfen wir auch diese Behauptung auf ihre Richtigkeit und auf ihre Bedeutung.

Soweit Luxus und Mode von einem Einfluß der einzelnen Konsumenten auf die Produktion abhängen, werden allerdings ihre Thorheiten keinen Spielraum mehr haben. Heute setzen sich die Modethorheiten dergestalt in die Welt, daß kleine Kreise von Produzenten die Modeartikel machen, kleine Kreise von Konsumenten sie in die Konsumtion einführen und daß dann die Mode, wenn sie einschlägt, das heißt, wenn sie der Laune des Publikums zusagt, sich wie eine Epidemie ausbreitet. Das hängt also zusammen mit der Einzelnproduktion, mit der Möglichkeit, daß der Konsument Modeartikel beim Produzenten bestellt.

Eine ganz sozialistische Produktion dürfte natürlich nichts Thörichtes produzieren. Sie dürfte sich in der Gestaltung der Produkte immer nur von der Idee des Notwendigen und Nützlichen leiten lassen. So lange Hüte von der bisherigen Form in den sozialistischen Lagerhäusern vorrätig sind, dürften die sozialistischen Hutfabriken keine neuen Hutformen erfinden, weil sie sonst die alten entwerten würden.

Eine gewisse Stagnation der Konsumtion würde zweifellos eintreten. Man kann das indessen weder für einen namhaften Vorteil noch für einen sehr bedeutenden Nachteil halten.

Es würde nämlich ebenso zweifellos von andrer Seite her dieser Stagnation entgegengearbeitet werden. So lange es Menschen giebt, werden sie ihre Lust am Neuen und ihre Thorheiten haben. Und wenn sie diese Lust an neuen Thorheiten nicht aus den Magazinen der sozialistischen Gemeinschaft befriedigen können, wird man andere Wege dafür finden.

Ein Beispiel für diesen Vorgang wird genügen.

Die sozialistischen Werkstätten werden vielleicht den kläglichen Versuch machen, Damenhüte zu fabrizieren. Da aber die schönen Sozialistinnen auch mitunter moderne und extravagante Hüte tragen wollen, nicht immer bloß schablonenhafte Dutzendware, werden sich die geschicktesten derselben ihre Hüte selbst machen, die minder erfindungsreichen dagegen werden sich dieselben von anderen Hutkünstlerinnen gegen Erstattung irgend einer Gegenleistung machen lassen. Will die sozialistische Verwaltung gegen eine solche, den offiziellen Hutfabriken erwachsende Konkurrenz der Privatunternehmung Verbote erlassen? Wir wissen es nicht. Aber sicher ist, daß die sozialistische Arbeitsverwaltung hier notwendig in die Lage gesetzt wäre, entweder eine siegreiche Privatkonkurrenz gegenüber ihrer Produktion erstehen zu sehen, oder aber mittels der widerwärtigsten Polizeimaßregeln diese Konkurrenz zu unterdrücken und dabei das Genußleben in die ödeste Einförmigkeit zu bannen. Und diese Damenhüte wären nicht bloß ein einzelner Ausnahmsfall, sondern sie wären der Typus einer Reihe von Vorkommnissen, in welchen der Individualismus den Kampf gegen den Kollektivismus stets neu aufnehmen würde.

Ein „zielbewußter" Sozialdemokrat wird hiegegen wahrscheinlich einwenden: derartiges ist unmöglich, weil alle Produktionsmittel gemeinsames Eigentum sind und von keinem Einzelnen mehr zur Produktion verwendet werden können!

Als ob es dem erfindungsreichen Unternehmergeiste unmöglich wäre, neue, aus den sozialistischen Lagerhäusern

gegen Arbeitscertifikate erworbene Gebrauchsgegenstände in Produktionsmittel umzuwandeln! Oder will die sozialistische Arbeitsverwaltung aus ihren Lagern keine Nähnadel, kein Stück Band, keinen Meter Seidenstoff mehr abgeben? Wenn sie nicht die ganze häusliche Reparaturarbeit, jeden harmlosen Dilettantismus unmöglich machen will, muß sie ja den Erwerb von solchen beweglichen Gebrauchsgütern gestatten, welche gleichzeitig als Produktionsmittel verwendet werden können.

Es ist der Mühe wert, das gesamte Genußleben Revue passieren zu lassen, um zu sehen, welche Veredlung und Verbesserung desselben die sozialistische Wirtschaftsordnung herbeiführen könnte und wo etwa ein Rückgang notwendig oder wahrscheinlich eintreten müßte.

Einen persönlichen Luxus kann es in einer ganz sozialistischen Wirtschaftsordnung überhaupt nur mehr in sehr bescheidenem Maße geben. Die sozialistische Verwaltung darf keine Luxusartikel produzieren, bei denen Gefahr wäre, daß sie liegen bleiben und schließlich unter den Produktionskosten abgegeben werden müssen, nur damit sie nicht ewig als Lagerhüter aufbewahrt werden. Der Einzelne, der Luxus treiben will, fände also zunächst starke Schranken desselben in der einförmigeren Sozialproduktion.

Gewisse Luxusgegenstände würden ja auch ohne Zweifel in der sozialistischen Wirtschaftsordnung produziert. So lange die sozialistische Verwaltung bemerkt, daß Gänseleberpasteten konsumiert werden, wird sie dieselben auch produzieren; ebenso wie sie Johannisberger und Rauenthaler bauen wird, so lange Arbeitscertifikate da sind, um diese edlen Tropfen zu vergüten. Nur bezüglich einer Weinfrage läßt uns die sozialdemokratische Doktrin im Zweifel. Ein Stückfaß Steinberger Kabinett einzuheimsen und zu keltern kostet ebensoviel Arbeit, wie ein Stückfaß sauren schlesischen Landweins. Wird dann die sozialdemokratische Weinverwaltung die Flasche Steinberger für ebensoviel Arbeitscertifikate abgeben, wie die Flasche Grünberger? Oder wird sie durch

einen Zusatz von Essig den Steinberger dem Grünberger gleichmachen? Ähnlich steht es mit dem Tabak. Da die Zigarre aus schlechten Blättern ebensoviel Arbeit kostet, wie die aus den besten Blättern gedrehte, würde nach Bebel das Hundert von besserer Sorte ebensoviel Arbeitscertifikate kosten, wie das Hundert von schlechtester Sorte. Um diesem Übelstand abzuhelfen, könnte man allerdings schon in der Fabrik die Blätter oder im Lager die Zigarren recht bunt durcheinandermischen — soweit nicht die sozialistischen Fabrikverwalter es vorzögen, die besseren Sorten für sich auszusuchen. Auch die sozialdemokratische Speisekarte würde zu ähnlichen Schwierigkeiten führen, die notwendig hervorgehen müßten aus dem Grundsatze, daß die Arbeit allein den Wert der Produkte bestimmt. Da ein aufgewärmter Braten mehr Arbeit kostet, als ein frischer, müßten ja für ihn auch mehr Arbeitscertifikate erlegt werden!

Von den Wohnungsverhältnissen in der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung war schon früher die Rede. Wir müssen aber an sie anknüpfen, um auch den häuslichen Comfort zu beleuchten.

Alle Schönheit und Poesie des Hauses liegt im Familienhause, nicht in der Mietkaserne; alle Fortschritte des Kunstgewerbes gehen vom Familienhause aus. Die schönsten Möbel, die behaglichsten Einrichtungen verlangt und gestattet nur das Familienhaus. Schafft man das Privateigentum an Häusern ab, so unterbindet man dem Kunstgewerbe und mit ihm auch der Kunst ihren Lebensnerv. Heute sind es in erster Linie kunstverständige Hauseigentümer, welche ihre Wohnungen mit Staffeleibildern und Statuen, mit stilvollem Mobiliar, mit Prachtstoffen kunstgewerblicher Textilwaren schmücken. Die Inhaber der Mietwohnungen folgen ihnen erst nach. Die Aufhebung des Privateigentums an Wohnhäusern würde all das langsam verkümmern lassen.

Dem gegenüber können allerdings die sozialistischen Theoretiker behaupten, daß in einer sozialistischen Ordnung die Zentralverwaltung für eine ausgiebige Pflege der Kunst

sorgen werde. Aber auch den guten Willen und den Geschmack zu einer solchen Kunstpflege vorausgesetzt, ist es sehr fraglich, wie weit das demokratische Prinzip dieselbe gestatten kann. Werke der bildenden Kunst sind ja immer zunächst von Wert für den Ort, wo sie aufgestellt oder angebracht werden; und eine obrigkeitliche Kunstpflege findet immer gewisse Schwierigkeiten in der Frage, wie die Kunstwerke, die durch sie geschaffen werden, örtlich zu verteilen sind, ohne daß einzelne Plätze zu sehr begünstigt, andere vernachlässigt werden. Öffentliche und Privatkunstpflege müssen immer Hand in Hand gehen, wenn die Kunst im ganzen gefördert werden soll. Die öffentliche Kunstpflege wird die großen monumentalen Werke schaffen, aber die Privatkunstpflege muß dazu helfen, der Kunst in der Seele der Gesamtheit eine Heimstätte zu schaffen. Und das ist nur denkbar, wenn man es dem Einzelnen ermöglicht, *für die Dauer von Generationen* sein Heimwesen mit Gegenständen der Kunst und des Kunstgewerbes zu schmücken, also nur mittels *des eigenen Heims*.

Daß in einer sozialdemokratischen Ordnung der Dienerschaftsluxus aufhören würde, ist ziemlich wahrscheinlich. Das hält auch wohl kein Freund der Kultur für ein Unglück, um so weniger, als ja Leistungen der häuslichen Dienerschaft durch technische Verbesserungen, durch neu entstehende Geschäftszweige ersetzt werden können.

Worin sich der Luxustrieb einer sozialdemokratischen Gesellschaft hauptsächlich äußern könnte und müßte, ist schwer auszudenken. Man könnte an eine Verbreiterung von Sport, Spiel und Dilettantismus denken, eine Verbreiterung, welche, wenigstens nach den Versprechungen der Sozialisten, ermöglicht würde durch verringerte Arbeitszeit und erhöhte Lebenshaltung der breitesten Schichten.

Wir wollen auch darauf einen Blick werfen.

Vom Sport gingen Reitkunst und Jagd wahrscheinlich verloren. Das sind aristokratische Passionen, denen die Sozialdemokratie kein freundliches Gesicht zeigen kann.

Pferde sind überdies Produktionsmittel und könnten also den Einzelnen nicht wohl zum Reitvergnügen überlassen werden. Dagegen würden sich als zweifellos volkstümliche Passionen die Radfahrerei, Turnerei und dergl. entwickeln können. Wenn es einmal keine Privat-Equipagen mehr giebt, muß das Zweirad eine um so wichtigere Rolle erhalten. Nur fürchten wir, daß diejenigen, die in einer sozialdemokratischen Gesellschaft noch nicht genug Arbeitscertifikate erspart haben, um ein Zweirad zu erwerben, einen ähnlichen Neid gegen die Radfahrer empfinden werden, wie heute der proletarische Fußgänger gegen den Bourgeois in seiner Equipage. Wie weit die Sozialdemokratie einen harmlosen Wassersport dulden könnte, ist auch fraglich, da Schiffe ebenfalls Produktionsmittel sein können und daher der Gemeinschaft gehören.

Ebenso fraglich ist es, welche Entwickelung die dilettantischen Beschäftigungen nehmen könnten. Da Musikinstrumente, Farben und Malgerät, photographische Apparate, Werkzeuge und Rohstoffe, Vorlagen und Musterblätter lauter Produktionsmittel sind, gehören sie nach sozialdemokratischem Grundsatz der Gemeinschaft. Wollte man dilettantische Beschäftigungen dulden, so müßte man eine ganz bedenkliche Lücke in diesen Grundsatz reißen und es dadurch möglich machen, daß alle diese dilettantischen Nebenbeschäftigungen zu einem neuen Unternehmertum führen würden, zu allerhand Kleingewerben. Wollte dagegen die sozialistische Verwaltung streng den Grundsatz durchführen, daß alle Produktionsmittel nur der Gemeinschaft gehören und nur nach ihren Weisungen verwendet werden dürfen: dann hätte es ein Ende mit diesen dilettantischen Nebenbeschäftigungen. Aber womit wollte dann die Sozialdemokratie die Menschen in den vielen Mußestunden beschäftigen, die ihnen bei ihrer kurzen Arbeitszeit noch blieben? Bloß mit Fraß und Völlerei, mit Liebesgenuß im Straßengraben und mit Karten- und Würfelspiel um Arbeitscertifikate?

Die Kulturmenschheit verlangt ein freies individuell ausgestaltetes Genußleben. Wenn sie sich heute Einschränkungen darin gefallen läßt, wie z. B. durch die Mode oder durch die uniforme Produktion der Großbetriebe, so läßt sie sich diese Einschränkungen nur gefallen teils aus Bequemlichkeit, teils weil und sofern ihr nach anderer Seite hin eine größere Auswahl an Lebensgenüssen geboten wird; vor allem aber deshalb, weil die heutigen Einschränkungen in der Wahl der Genüsse keine absolut aufgezwungenen, von oben dekretierten sind. Wer heutzutage mit der Eisenbahn reist, hat nicht so viel Dispositionsfreiheit, als der Fußreisende, sondern ist an bestimmte Routen, Abgangszeiten, Reglements gebunden. Diese Unfreiheit wird ihm jedoch durch die größere Bequemlichkeit mehr als ersetzt. Und ähnliche Vorgänge zeigt das moderne Genußleben in Menge. Aber sie können sich zur Befriedigung der ganzen Konsumentenschaft nur gestalten, wenn sie sich allmählich entwickeln und wenn dabei jede Einschränkung der persönlichen Freiheit aufgewogen wird durch ein Mehr von Genüssen, das nach anderer Richtung hin geboten wird.

19. Gemeinsame Ausgaben.

Gewisse gemeinsame Ausgaben würden auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung notwendig sein, ebenso wie sie im heutigen Staate, wie sie für irgend ein politisches Gemeinwesen, für eine Kirchengesellschaft oder für einen Verein notwendig sind.

Es kann eben keine menschliche Gemeinschaft gedacht werden ohne eine verwaltende Thätigkeit, ohne eine leitende Gewalt. Diejenigen Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft, welche für die Gemeinschaft verwaltende, leitende, kontrollierende Thätigkeiten vollbringen, müßten diese Thätigkeiten entweder unentgeltlich, als Bürgerpflicht ausüben, oder sie müßten für ihre Leistungen Vergütung von der Gesamtheit erhalten. Unentgeltliche Leistungen für die

Gesamtheit wären wohl denkbar; aber nur innerhalb sehr beschränkter Grenzen und nur in sehr unvollkommener Form. Denn solche, den Einzelnen auferlegte Pflichtleistungen für die Gesamtheit sind notwendig störend für die private Berufsthätigkeit der Einzelnen, beschränken ihnen die freie Verfügung über ihre Zeit und über ihr Leben, und sind doch nie so vollkommen, als wenn sie berufsmäßig erlernt und ausgeübt würden.

Die von der sozialistischen Gemeinschaft zu machenden gemeinsamen Ausgaben würden sich, wie die Ausgaben unserer heutigen politischen Körperschaften, unterscheiden in notwendige, nützliche und Luxusausgaben, in dringliche und aufschiebliche, ordentliche und außerordentliche, ständige und unständige. Die Verwaltung des Ausgabenwesens, die nötige Sparsamkeit bei demselben, die Verteilung der Ausgaben über das räumliche Gebiet der Gemeinschaft: all dieses bedürfte einer eben so umfangreichen, sorgfältigen und durch Erfahrung getragenen Thätigkeit, wie im Haushalt der heutigen Staaten.

Die sozialistische Gemeinschaft müßte eine leitende Zentralgewalt haben. Ob man sich nun diese Zentralgewalt in der Gestalt eines Präsidenten oder etlicher Konsuln, eines Zentralkollegiums oder eines Sozialkönigs denkt: sie müßte einen dauernden Sitz ihrer Thätigkeit haben, ausschließlich mit letzterer beschäftigt und dafür mit einem entsprechenden Einkommen ausgestattet sein. Da man aber einer solchen Zentralgewalt nicht absolute Machtbefugnis lassen kann, müßte neben ihr eine Volksvertretung bestehen, die je nach ihrer Einrichtung und der Höhe ihrer Taggelder ebenfalls einen entsprechenden Aufwand an sachlichen Gütern zu beanspruchen hätte.

Einen gewissen Aufwand würde jede sozialistische Gemeinschaft notwendig für Rechtspflege zu machen haben. Einzelne sozialistische Theoretiker leugnen zwar, daß in einer sozialistischen Ordnung überhaupt noch Richter und Gerichte notwendig sein werden; es wird sich indessen ohne Schwierig-

keit nachweisen lassen, daß die Rechtspflege in einer sozialistischen Gemeinschaft eben so notwendig ist, wie in irgend einer anderen — wenn nicht brutalste Willkür und Unsicherheit aller Lebensbeziehungen herrschen sollen.

Ob die sozialistische Gemeinschaft noch einen Aufwand für militärische Zwecke kennen würde: das würde sich darnach richten, ob sie eine nationale oder eine internationale Vereinigung wäre. Im ersteren Falle wäre ein Militäraufwand nicht zu vermeiden. Eine politisch begrenzte sozialistische Gemeinschaft müßte notwendig, falls sie nicht ihre Existenz und Selbständigkeit in die Luft stellen wollte, einen militärischen Aufwand machen, dessen Umfang sich nicht nach ihrem Willen, sondern nach der militärischen Stärke und Kriegslustigkeit ihrer Nachbarvölker zu richten hätte. Nur darnach wäre auch die Frage zu entscheiden, ob ein Milizsystem möglich wäre oder nicht.

Auch die auswärtige Politik würde Ausgaben erfordern, so lange nicht ein internationales Gemeinwesen bestände.

Ebensowenig könnten alle Ausgaben für die innere Verwaltung hinwegfallen oder auch nur bedeutend verringert werden. Es wird weiter unten gezeigt werden, daß auch ein sozialistisches Gemeinwesen nicht ohne Sicherheitspolizei bestehen kann. Polizeigefängnisse und Verwahrungsanstalten, Baubehörden und öffentliche Bauten, Gesundheitspolizei, Sanitätsbehörden und Sanitätsanstalten; eine höchst sorgfältige amtliche Statistik: all das könnte nicht entbehrt werden. Die großartigste Behördenthätigkeit würde aber die volkswirtschaftliche Verwaltung notwendig machen: vor allem die Expropriation des Privatkapitals, die Überführung der Betriebe aus der Privatunternehmung in die Kollektivunternehmung, die Ermittelung des Bedarfs und der möglichen Produktion, die Arbeitsordnung und Arbeitskontrolle, die Wertung der Arbeitsleistungen und der Produkte, das Transportwesen, die Verteilung der Produkte in Zentrallager, Provinziallager, distriktive und lokale Lager,

die Abgabe der Produkte, endlich die ganze kolossale Buchführung über all diese Geschäfte.

Beträchtliche Ausgaben endlich wären notwendig für Unterrichts- und Bildungswesen, für die Pflege von Wissenschaft und Kunst. Es sind das ja Gebiete, hinsichtlich deren die Sozialdemokratie stets der hingebendsten Fürsorge sich zu rühmen pflegt.

Endlich dürfen wir auch eine letzte Ausgabegruppe nicht außer acht lassen: die Ausgaben, welche die Gesamtheit für Alters- und Invalidenpensionen, für den Unterhalt der Arbeitsunfähigen aufzuwenden hätte. Also die Summe jener Ausgaben, welche im modernen Staate teils den Pensionsetat belastet, teils in Gestalt der gemeindlichen Armenpflege auf den Gemeinden ruht, teils aber auch von den mannigfachsten Provinzial- und Bezirksverbänden, von Stiftungskapitalien, Versicherungsanstalten, gemeinnützigen Vereinen, von der freiwilligen und kirchlichen Armenpflege, endlich von zahllosen Privatpersonen teils freiwillig, teils auf Grund civilrechtlicher Verpflichtungen getragen wird. Die ganze ungeheure Summe dieser Berechtigungen und Verpflichtungen bedürfte bei einer sozialistischen Umwälzung der sorgfältigsten Liquidation und Neuregelung — falls nicht auch hier die brutalste Willkür, die schablonenhafteste Oberflächlichkeit und Gleichmacherei einreißen sollte, die nach allen Seiten hin verstimmen und erbittern müßte.

Eine Deckung des gemeinnützigen Bedarfs in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ist nur in der Weise denkbar, daß die Einzelnen auf eine Ausfolgung des vollen Ertrags ihres Arbeitswertes verzichten und einen Teil dieses Ertrags den öffentlichen Bedarfen widmen. Wenn also Jemand etwa 100 Stunden gearbeitet hätte, erhielte er nicht Arbeitscertifikate mit einer Kaufkraft von Arbeitsprodukten aus 100 Arbeitsstunden Anderer, sondern es würden ihm vielleicht 20, 25 oder mehr Arbeitsstunden in Abzug gebracht. Das heißt: er müßte sich 20 oder 25 Proz.

seines Arbeitsguthabens vergütet denken durch dasjenige, was die Gemeinschaft vermittelst ihrer öffentlichen Einrichtungen für ihn leistet. Keinesfalls also kann die Vergütung jedes Einzelnen für seine geleistete Arbeit so einfach gedacht werden, daß derjenige, der 5 Stunden gearbeitet hat, dafür ein Certifikat erhält, welches ihm den Ankauf einer Ware ermöglicht, an der ein Anderer auch 5 Stunden gearbeitet hätte.

Von einer glatten Austeilung des vollen Arbeitsertrags könnte also absolut nicht die Rede sein.

Welcher Prozentsatz des vollen Arbeitsertrags für die gemeinnützigen Bedarfe zurückbehalten werden müßte: das richtete sich ganz nach dem Umfang der gemeinnützigen Einrichtungen und nach der Sparsamkeit, mit welcher sie angelegt und geleitet würden.

Der Abzug aber vom vollen Arbeitsertrage ist bei Licht betrachtet nichts anderes, als eine Steuer, deren Erträgnis der Gemeinschaft zufließt.

Man kann sich lebhaft vorstellen, daß die Höhe dieser Steuer, die Form ihrer Erhebung und ihre Verwendung ein Gegenstand sein muß, der in einem sozialistischen Gemeinwesen beständig die lebhaftesten, ja leidenschaftlichsten Erörterungen und politischen Kämpfe hervorrufen müßte. Denn diese Steuer wäre ja die einzige Steuer; um sie müßte sich notwendig die Gesamtsumme jener Interessen schwingen, welche heute in den Budgetdebatten unserer Kulturstaaten ihre Stürme erregen. Die Wertung, die man dem Gemeinwesen und seinen Leistungen entgegenbringt, und die Wertung des Eigeninteresses ihm gegenüber müßten sich in den Kämpfen um diese Steuer aussprechen.

Man muß sich das Wesen dieser Steuer deutlich machen, um ihre mögliche und notwendige Beurteilung durch die Steuerträger, ihre volkswirtschaftlichen und politischen Wirkungen zu würdigen.

Sie wäre eine direkte und proportionale Besteuerung des Arbeitseinkommens; zu tragen von Allen, die ein

Arbeitseinkommen beziehen, in der einfachsten Weise bezogen durch einen Abzug von diesem Einkommen.

In Bezug auf Gleichförmigkeit, Einfachheit und Wohlfeilheit der Erhebung würde diese Steuer den Anforderungen der Finanztheorie an eine gute Steuer in idealster Weise entsprechen.

Aber wie steht es mit ihren volkswirtschaftlichen, moralischen und politischen Wirkungen?

Gerade weil die Steuer mit vollster Verhältnismäßigkeit jeden Erwerbsfähigen belasten würde, wäre jeder Steuerzahler in gleichem Grade daran interessiert, daß jene gesellschaftlichen Einrichtungen und Anstalten, welche mittels dieser Steuer bestritten werden, ihm nicht in geringerem Grade zum Vorteil gereichen, als allen übrigen Steuerträgern. Jede öffentliche Einrichtung, welche, wegen ihrer örtlichen Lage oder aus irgend welchen anderen Gründen, ihm nicht die gleichen Vorteile böte, wie anderen Steuerzahlern, wäre ein gegen ihn begangenes Unrecht.

In unseren gegenwärtigen Staatszuständen, wo es neben Reichs- und Staatssteuern auch die Umlagen von Kreis- und Provinzialverbänden und von Gemeinden, neben direkten auch indirekte Steuern und Gebühren giebt, wo neben dem Grade der Steuerfähigkeit auch der Grad des Mitgenusses an öffentlichen Einrichtungen auf die Steuerlast des Einzelnen bestimmend wirkt; wo endlich die vollste Freizügigkeit dem Einzelnen die Auswahl zwischen Aufenthaltsorten mit verschiedener Steuerlast bietet: da machen sich diese Erwägungen mit viel geringerer Gewalt geltend.

Insbesondere würden, wie schon früher erwähnt, der große Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Genußleben und die weit größeren Aufwendungen, die in den Städten aus öffentlichen Mitteln gemacht werden, zunächst zu einem häßlichen Gegensatze zwischen städtischen und ländlichen Interessen, in weiterer Folge aber dahin führen, daß man entweder die lokalen Unterschiede der öffentlichen Einrichtungen ausgleicht — was sehr langer Zeiträume

bedürfte —, oder daß man die Steuerlast zu einer örtlich verschiedenen macht. Beides wäre nicht ohne die ärgsten Reibungen denkbar.

In ähnlicher Weise würden sich aber auch die provinzialen und landschaftlichen Interessen bemerkbar machen und notwendig zu einem Kantönli-Geiste führen, von welchem wir uns heute kaum eine Vorstellung machen können.

20. Abschaffung des Staates.

Beinahe knabenhaft naiv erscheinen die Vorstellungen, welche sich einzelne Sozialdemokraten machen, wie rasch und völlig der Staat und sein ganzer politischer Apparat verschwinden würden: die Minister, Parlamente, das stehende Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte, Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, Steuer- und Zollverwaltung. Nur die ausgesprochenste Gedankenarmut kann sich in solchen Hoffnungen ergehen, wie Bebel, wenn er (S. 317) sagt: „Die großen und doch so kleinlichen parlamentarischen Kämpfe, bei denen die Männer der Zunge sich einbilden, durch ihre Reden die Welt zu beherrschen und zu lenken, sind verschwunden; sie haben Verwaltungskollegien und Verwaltungsdelegationen Platz gemacht, die sich mit der besten Einrichtung der Produktion, der Distribution, der Festsetzung der notwendigen Vorräte und der Einführung und Verwendung zweckentsprechender Neuerungen in der Kunst, dem Bildungswesen, dem Verkehrswesen, dem Produktionsprozeß ꝛc. zu befassen haben. Das sind Alles praktische, sichtbare und greifbare Dinge, denen Jeder objektiv gegenübersteht, weil kein besonderes persönliches Interesse für ihn vorhanden ist".

Kein besonderes persönliches Interesse! Sollen die persönlichen Interessen wirklich alle verschwunden sein? So lange es Wünsche und Bestrebungen giebt, giebt es auch persönliche Interessen!

Die Verwaltungskollegien und Verwaltungsdelegationen aber, welche sich mit der besten Einrichtung der Produktion

und Distribution, mit der Leitung des Kultur- und Wohlfahrtslebens der Gesellschaft zu befassen haben —: sind die kein politischer Organismus? Und glaubt man wirklich, daß es keine Streitigkeiten unter Einzelnen und unter Gruppen, keinerlei Differenzen zwischen den Angehörigen verschiedener Berufsklassen, zwischen den einzelnen Gemeinden, Distrikten und Landesteilen geben wird — Streitigkeiten und Differenzen, über welche doch von irgendwelchen Autoritäten und nach bestimmten Normen entschieden werden muß?

Kaum irgendwo tritt die Seichtigkeit und Oberflächlichkeit von Bebels Gedankengang so hervor, wie an jenen Stellen, wo er das Ende des Staates behandelt.

In einer sozialdemokratischen Verwaltung würden vielleicht die Minister und die Parlamente verschwinden, aber nur um unter anderen Namen wieder zu erscheinen. Denn in einer Verwaltung, welche die öffentlichen Angelegenheiten von vielen Millionen Menschen zu leiten hat, müssen irgendwelche oberste leitende Persönlichkeiten vorhanden sein; und wenn die Verwaltung eine demokratische sein soll, so muß debattiert und parlamentiert werden. Die Dinge und die Ereignisse lenken sich ja nicht von selbst; sie müssen doch immer von Menschen geleitet werden; und eine gewisse Summe von zu verwaltenden Angelegenheiten wird, wie man auch die Verwaltung nennt, immer eine gewisse Summe von verwaltenden Arbeitskräften beanspruchen.

Polizei und Gendarmen — würden sie wirklich verschwinden können? Das ganze große Gebiet der Sicherheitspolizei — würde es sich von selbst aufheben? Würden seine Aufgaben zu Ende sein? Würden sich die Ordnung des Fuhrwerksverkehrs, die Straßenreinlichkeit, der Schutz öffentlichen Eigentums, die Feuerpolizei, die Fürsorge bei schädlichen Elementarereignissen und eine Menge von derlei Dingen, mit welchen sich heute die Polizeibehörden befassen, im sozialdemokratischen Gemeinwesen von selbst regeln, ohne daß ordnende, überwachende Organe da wären?

Die Vertreter der Sozialdemokratie sind natürlich bereit, im tiefsten Brustton der Überzeugung zu beteuern: Ja, diese Dinge werden sich von selbst regeln; in einem sozialdemokratischen Gemeinwesen braucht man keine Polizei mehr, weil Alle so vernünftig und weise sein werden, Schädigungen ihrer Mitmenschen zu vermeiden!

Gegen eine derartige Argumentation brauchte man eigentlich nicht mehr anzukämpfen.

Zu einer solchen Argumentation aber sind die sozialdemokratischen Theoretiker teilweise schon gelangt.

Das geht doch unzweifelhaft daraus hervor, daß Bebel glaubt, die Gerichte, die Rechts- und Staatsanwälte, die Gefängnisse würden verschwinden. Damit will er doch nichts andres sagen, als daß nur mehr strengste Rechtlichkeit jeden Einzelnen leiten wird.

Da er indessen doch versucht, gewisse Nachweise für diese Anschauung beizubringen, müssen wir ihm wohl auf dieses Gebiet folgen.

Er meint, mit dem Privateigentum würden die Diebe verschwinden. Aber öffentliches Eigentum bestünde ja noch in der sozialistischen Ordnung — läßt sich dasselbe nicht gerade so bequem stehlen, wie privates? Und wenn jeder durch ein mittels ehrlicher Arbeit erworbenes Arbeitscertifikat sich die täglichen Mahlzeiten verschaffen kann: viel bequemer noch ist es doch, sich in einem öffentlichen Speisehause eine Mahlzeit auftischen zu lassen und hernach durchzubrennen, ohne ein Certifikat hinzulegen!

Und die politischen Verbrechen und Vergehen sollten verschwinden? Würde es also keine Verschwörer geben, welche gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung agitieren und konspirieren würden, um den verfluchten Liberalismus und das Privatkapital wieder einzuführen?

Körperverletzungen und Mordthaten würden aufhören, bloß weil es kein Privateigentum mehr giebt? Weiß man denn nicht, wie zahlreiche Verletzungen, die von Menschen an Menschen begangen werden, mit dem Eigentum gar nichts

zu thun, sondern ganz andre Motive haben? Motive wie Liebe und Eifersucht, Zorn und Haß, gekränkte Eitelkeit, Irrtum, Trunkenheit und bübische Roheit?

Und wähnt Bebel wirklich, daß es keinen Haß mehr geben würde gegen die Gesellschaft; gegen eine Gesellschaft, welche, um lebendig zu werden, erst Millionen ihrer Mitglieder expropriieren müßte? Wähnt er wirklich, daß diese Millionen, denen man ererbtes und erspartes Eigentum genommen hat, alle frei von Haß gegen diese Gesellschaft sein sollen?

Und ähnlich stünde es auch mit der Beseitigung anderer Staatsthätigkeiten und Staatsbehörden. Alles, was heute die Volkswirtschaftspflege des Staates zu besorgen hat und wofür sie ihre Distrikts-, Kreis-, Provinzial- und Zentralbehörden hat, würde ja in einem sozialistischen Gemeinwesen auch zu besorgen sein — und noch viel mehr. Da ist es mit ein paar Verwaltungskollegien und Verwaltungsdelegationen nicht abgethan; sondern ein bestimmtes Maß von politischen Arbeitsaufgaben fordert auch eine entsprechende Summe von Arbeitskräften. Die Forst- und Baubehörden, das riesenhafte Personal der heutigen Verkehrsanstalten: all das läßt sich ja nicht durch Maschinen ersetzen, ebensowenig wie das heute schon so machtvoll angeschwollene Heer des öffentlichen Lehrpersonals. Ganz enorme Vermehrung würde die Zahl der öffentlichen Bediensteten aber erfahren müssen durch die Verwandlung aller Betriebe in Kollektivproduktion und Kollektivhandel. Die Verwaltung des heutigen Kulturstaats wäre ein Kinderspiel an Einfachheit gegen die Verwaltung eines sozialistischen Gemeinwesens vom gleichen Umfange.

Dergleichen wird aber von den Sozialisten einfach ignoriert. Sie glauben, das Gute, was am modernen Staate ist, ohne weiteres auf ihr Gemeinwesen übertragen zu können, ohne daran zu denken, daß unser ganzes Kulturleben das Ergebnis einer mehrtausendjährigen staatlichen Entwickelung ist.

21. Die Parteien im sozialistischen Gemeinwesen.

Es lassen sich sehr mannigfache Bilder eines sozialistischen Gemeinwesens konstruieren. Die Verschiedenheit dieser Bilder müßte sich gestalten, jenachdem das Gemeinwesen größer oder kleiner, national geschlossen, international erweitert oder zur Kommune verengert wäre; jenachdem vom Wesen des heutigen liberalen Staats mehr oder weniger in die neue Gemeinschaft hinübergenommen wäre; jenachdem die das Leben der Gesellschaft regelnden Einrichtungen mehr elastisch oder mehr von strammer Disziplin gehalten wären; jenachdem von den großen gesellschaftlichen Idealen der Freiheit, der Gleichheit, des Fortschritts, der Ordnung, der Autorität entweder das eine oder das andre mehr in den Vordergrund gerückt wäre; jenachdem für die Gesamtheit das Glücksziel oder das Kulturziel stärker betont erschiene.

Und diesen mannigfachen gesellschaftlichen Idealen und Gegensätzen müßten notwendig in einem sozialistischen Gemeinwesen auch gewisse Parteiströmungen entwachsen, die sich bald mit revolutionärer Leidenschaft, bald mit voller politischer Überlegung und planmäßigem Vorgehen regen würden.

Der Gegensatz von Unitariern und Partikularisten ist durchaus nicht bloß auf den historischen Staat beschränkt, sondern sehr wohl auch in einem sozialistischen Gemeinwesen denkbar. Auch da müßte es Parteirichtungen geben, welche die öffentlichen Einrichtungen möglichst einheitlich gestaltet wissen wollen; und daneben andere Parteirichtungen, die von dem Grundgedanken ausgehen, daß das öffentliche Leben eine national oder provinzial verschiedene Ausgestaltung erhalten müsse, weil die länderweise verschiedenen natürlichen Produktionsbedingungen auch verschiedene Einrichtungen fordern und weil der geschichtliche Entwickelungsgang der einzelnen Volksteile auch ein verschiedener war.

Dieser Gegensatz müßte seinen Ausdruck finden in den Vertretungskörpern einer größeren sozialistischen Gemein-

schaft, wie er heute seinen Ausdruck findet im deutschen Reichstage, im britischen Parlament, im österreichischen Reichsrate. Sein Ausdruck wären Kämpfe um einzelne gesetzliche Bestimmungen, denen man, jenachdem die eine oder die andere Parteirichtung die Herrschaft gewänne, entweder ein größeres oder ein kleineres Gebiet zuweisen würde.

Die leidenschaftlichsten Parteikämpfe müßten sich in einem sozialistischen Gemeinwesen entwickeln aus dem Gegensatze des Freiheitsideals und des Ordnungsideals. Geradezu unvermeidlich wäre es, daß einzelne Parteirichtungen innerhalb der Gemeinschaft möglichst ausgedehnte Arbeits- und Lebensfreiheit für den Einzelnen, andere dagegen eine möglichst gleichheitliche und stramme Ordnung des Zusammenlebens fordern würden. Dieser Gegensatz würde fast an jeder einzelnen Einrichtung sich bethätigen: an der Expropriation des Privatkapitals, an der Ermittelung des Bedarfs wie an der Regelung der Produktion, der Berufsordnung und Arbeitsordnung, an der Wertung der Arbeitsleistung, wie im Verkehrsleben, im Genußleben und bezüglich der Bestreitung der gemeinsamen Ausgaben. Bei all diesen Einzelheiten würden die „Liberalen" möglichste Freilassung des Einzelnen von beschränkenden Bestimmungen fordern, möglichste Heranziehung des privaten Interesses zur Dienstleistung im öffentlichen Interesse; sie würden verlangen, daß es dem Einzelnen gestattet sei, sich möglichst viele Vorteile zu verschaffen, wenn er dafür der Gesamtheit möglichst vieles leistet. Die Ordnungsparteien dagegen würden bestrebt sein, die Pflichterfüllung im Dienste der Allgemeinheit und nach bestimmten Regeln zu betonen; sie würden trachten, ein Entweichen des Einzelnen aus dieser Pflichterfüllung durch möglichst stramme Disziplin und Aufsicht zu verhindern.

In ähnlicher Weise müßte auch der Gegensatz von Gleichheit und Autorität seinen Ausdruck im Parteileben finden. Die Gleichheitsschwärmer würden vor allem den Grundsatz der Gleichberechtigung und der gleichen Ver-

pflichtung Aller betonen. Sie würden eine gleiche Berechtigung und gleiche Verpflichtung Aller zu den verschiedensten Arbeiten fordern, die Unterschiede des Talents möglichst ignorieren, den Unterschied von Stadt und Land, von Rohproduktion und Industrie möglichst nivellieren. Von einer behördlichen Gliederung, von einer Ämterhierarchie, überhaupt von dauernden Ämtern würden sie nichts wissen wollen; alle Verwaltungsthätigkeit würden sie nur an Mitglieder der Gemeinschaft übertragen wollen, die hierzu auf kurze Zeit und in widerruflichster Weise gewählt sind. Jeder Personenkultus wäre dieser Parteirichtung verhaßt. Wer etwas zu ordnen oder zu verwalten, Arbeiten zu dirigieren hätte, besäße keine andere Machtbefugnis, als daß er seine Arbeiter aufmerksam machen könnte, wenn ihre Handlungsweise nicht im Interesse der Allgemeinheit liegt. Wird ihm dann nicht pariert, so könnte er nur bitten, daß man einen Anderen an seine Stelle wähle. Möglichste Uniformität in allen Beziehungen des Lebens wäre das Ziel dieser Parteirichtung; eine Uniformität, die notwendig zuletzt auch auf völlige Ausgleichung des Genußlebens gerichtet würde.

Im Gegensatze dazu würden andre Parteirichtungen die Notwendigkeit von Autoritäten anerkennen und fordern: Verwaltungsbehörden mit einer ansehnlichen Amtsgewalt, mit spezieller Berufsbildung ausgerüstet und mit einem dauernden Recht auf ihr Amt; einen geregelten Instanzenzug. Die Autoritäten wären gefordert als lokale, provinziale und zentrale; ihre Machtbefugnis erhielten sie teils auf Grund einer Ernennung durch eine Zentralgewalt, teils durch Wahlen; kontrolliert und zugleich mit neuer Befugnis versehen würden sie durch die Gesamtheit oder deren Vertretung. Diese Parteirichtungen würden die natürliche Ungleichheit der Anlagen und Talente betonen, hervorragende technische und politische Leistungen anerkannt und belohnt wissen wollen durch besondere technische und politische Machtbefugnisse. Und mit der verschiedenen Machtstellung würden sie auch äußere Repräsentation zu verbinden streben.

So würden sich notwendig auch in einem sozialistischen Gemeinwesen die mannigfachsten Parteirichtungen bilden; die einzelnen Richtungen würden sich zeitweise bald heftiger, bald maßvoller befehden; sie würden mitunter Koalitionen, Kartelle eingehen und alle gesetzlich erlaubten Mittel benützen, um zur Herrschaft zu gelangen. Und wie im historischen Staate wären auch in der sozialistischen Gemeinschaft gewaltsame Umwälzungen keineswegs ausgeschlossen.

22. Die Internationalität.

So einsichtig ist die Sozialdemokratie bei all ihren Irrtümern doch, zu wissen, daß eine soziale Umwälzung in ihrem Sinne nur denkbar wäre, wenn mindestens alle großen Kulturvölker an diese Umwälzung gleichzeitig gingen.

Diesem Gedanken giebt auch Bebel in einem kleinen Abschnitte seines Buches Ausdruck. Nur verkennt er dabei völlig die Schwierigkeit einer internationalen Einigung von solcher Innigkeit und Dauerhaftigkeit, wie sie für eine internationale Sozial-Umwälzung erforderlich wäre.

Wohl weist er hin auf Handels- und Schiffahrtsverträge, auf Weltpostverträge, internationale Ausstellungen, Völkerrechts-Kongresse und ähnliche Veranstaltungen, welche zeigen, wie tief die heutige Menschheit schon im Internationalismus steckt; er weist darauf hin, wie die internationale Arbeitsteilung und die aus ihr hervorgehende gegenseitige Abhängigkeit der Nationen den Gedanken einer Weltwirtschaft schon zur Thatsache werden ließen.

Wenn es aber dadurch auch möglich gemacht wird, daß die verschiedenen Länder in ihren sozialen Zuständen sich mehr und mehr ähnlich sehen, so sind damit noch lange nicht die Bedingungen zu einem gleichzeitigen Vorgehen auf dem Gebiete der sozialen Umwälzung gegeben. Die trennenden Merkmale der Völker sind immer noch unverhältnismäßig zahlreicher und stärker, als ihr Gemeinsames.

Wohl wird in allen Ländern ein Gegensatz von Armut und Reichtum vorgefunden. Aber dieser Gegensatz ist nicht

von heute; er ist vorhanden, seit es eine Kultur auf Erden giebt, und ist daher noch lange kein Anlaß zu gemeinsamer und gleichmäßiger sozialpolitischer Handlungsweise der Völker. Es liegt gar kein Grund vor, zu glauben, daß eine soziale Ungleichheit, welche von einem Volke seit tausend, von einem anderen seit fünfzehnhundert und von einem dritten seit zweitausend Jahren ertragen wurde, von all diesen Völkern plötzlich gleichzeitig als unerträglich empfunden werden muß.

Das Hauptziel der sozialdemokratischen Umwälzung, ihr eigentlicher Kernpunkt, nämlich die Verwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum: das ist nur denkbar bei international gleichmäßigem Vorgehen. Denn eine Gesellschaft, welche das Privateigentum, das Geld und den Kredit abschaffen wollte, könnte nicht zusammen leben mit Nationen, welche sich einer solchen Umgestaltung der Dinge nicht fügen wollen.

Eine Gesellschaft mit gemeinsamen Produktionsmitteln müßte notwendig das Geld abschaffen — wenigstens jenes Geld, welches internationale Geltung hat. Mit dem Gelde schwände auch sofort der Kredit. Eine solche Gesellschaft zwischen anderen Volksgesellschaften könnte, weil sie mit dem Gelde zugleich Kredit, Handel und Handelsrecht preisgegeben hat, in keinem Verkehr mehr mit anderen Nationen bleiben; sie müßte in kürzester Zeit völlig isoliert werden. Es wäre denkbar, daß sie noch eine Zeit lang, so lange sie Edelmetallvorräte besitzt, Waren von auswärts beziehen könnte, wenn ihre verantwortliche Wirtschaftsleitung den Warenwert im voraus durch Barsendungen von Edelmetall deckt. Ein derartiger Handel aber zwischen den leitenden Behörden einer sozialisierten Gesellschaft und den Kaufleuten benachbarter, noch im Kapitalismus steckender Staaten müßte notwendig zu einer greulichen Übervorteilung der sozialistischen Gesellschaft werden, deren Beamte, auch bei ganz redlichem Willen, ohne Geschäftserfahrung und ohne Kredit, hilflos der ausländischen Geschäftswelt gegenüberstünden.

So lange die sozialistische Gesellschaft im Besitze von Edelmetallvorräten wäre, könnte sie gegen dieselben Waren erhalten; natürlich zu unerhörten Preisen. Das müßte notwendig ein rasches Verschwinden des Edelmetallvorrats aus dem Lande zur Folge haben. Und wenn das letzte Pfund Gold und Silber von der sozialistischen Verwaltung verausgabt wäre: dann müßte die vollständige Isolierung der sozialistischen Gesellschaft im Weltverkehr eintreten.

Könnte diese Gesellschaft ohne Import auswärtiger Waren sich lediglich durch eigene Produktion versorgen, so wäre ja eine Fortexistenz, mit Verzicht auf den Verbrauch aller auswärtigen Produkte, denkbar. Wäre aber die sozialisierte Gesellschaft eines der europäischen Kulturvölker, welche schon heute nur durch starke Zufuhren von Nahrungsmitteln sich ernähren: dann müßte ihre Lage in kürzester Zeit zum völligen Verderben führen. Unfähig sich selber zu ernähren wäre die sozialistische Gesellschaft hilflos den Nachbarvölkern preisgegeben. Sie wäre zunächst genötigt, einen Landesteil nach dem andern zu verpfänden, nur um die nötigen Getreide-Einfuhren zu erhalten. Je größer ihre Schuldenlast gegenüber dem Auslande, um so geringer würde ihre wirtschaftliche Aktionsfähigkeit und nach einem Zeitraum von wenigen Jahren müßte Land und Besitz der sozialistischen Gesellschaft hoffnungs- und rettungslos eine Beute des Auslandes werden. Die Angehörigen der sozialisierten Gesellschaft aber, ohne Privateigentum, wären dann nichts mehr als eine besitzlose Herde von Proletariern, regiert und geleitet von auswärtigen Staaten, welche ihnen die kapitalistische Weltordnung wieder aufzwingen würden und dabei keinen Widerstand mehr fänden.

Und man kann sich lebhaft vorstellen, mit welchem politischen Interesse die im Kapitalismus stecken gebliebenen Nachbarvölker diesen Prozeß verfolgen und ausnutzen würden. Wie land- und beutehungrige Räuber würden sie dem unglücklichen Opfer zusehen, welches seine politische und wirtschaftliche Rüstung Stück für Stück verpfändet, verkauft, ver-

schleudert, bis es nackt und hilflos dasteht und schließlich, um nur Brot zu erhalten, sein Letztes, sein Volkstum, seine Person selber dem stärksten seiner Gläubiger in hoffnungslose Leibeigenschaft liefern muß. Mag dann immerhin um die Beute selber ein Streit zwischen den Siegern entbrennen: das Resultat würde nur sein, daß der Streit um diese Beute auf dem Leibe derselben ausgefochten wird, bis dieser Leib blutend und zerstückt zur endlichen Verteilung gelangt.

Mit einem Vorangehen eines einzelnen Staats auf dem Wege der sozialdemokratischen Umwälzung ist es nichts — es sei denn, daß dem Volke dieses Staates vorher die letzte Spur von Patriotismus abhanden gekommen sei.

Und trügerisch ist auch die Hoffnung, die vielleicht in manchem sozialdemokratischen Herzen lebt, daß, wenn nur das Volk eines Staates einmal vorangegangen sei, alle übrigen begeistert folgen, daß sich die Explosion „blitzartig über die ganze Kulturwelt verbreitet". Die Kulturwelt ist keine Gewitterwolke; sie ist geschult durch Jahrhunderte und ihre einzelnen maßgebenden Faktoren sind überaus verschieden an Thatkraft und Besonnenheit, an Leidenschaft und Überlegung. Zu einer solchen Explosion läßt sie sich ebensowenig hinreißen, als sie sich am Ende des vorigen Jahrhunderts von der Erstürmung der Bastille dazu hinreißen ließ, alle Bastillen zu erstürmen. Auch der Reformationsgedanke war ja durchaus nicht imstande, blitzartig alle Hindernisse niederzuwerfen; er konnte nur nach längerem Ringen in einzelnen Ländern kräftig, in anderen schwach und in einigen gar nicht Boden fassen. Die geschichtliche Entwickelung der Völker ist zu verschieden für solche gemeinsame Umwälzungen, und — was noch weit wichtiger ist — zu verschieden ist die Verteilung von besitzenden und besitzlosen Klassen, von konservativen Bauernlandschaften und von neuerungssüchtigen Industrie-Distrikten.

Der internationale Bergarbeiter-Kongreß zu Berlin in den Maitagen 1894 hat recht gründlich den Beweis geliefert, wie wenig die Sozialdemokratie auf eine wirkliche Inter-

nationalität rechnen darf. Wenn schon die Bergarbeiter, die doch sicher mit zu den am härtesten ringenden, meistgeplagten Arbeiterkategorien gehören, ganz tiefklaffende Gegensätze ihrer volkswirtschaftlichen Anschauungen von Land zu Land zeigen: in um wie viel höherem Grade muß dies noch der Fall sein bei den Arbeitern der Großindustrie oder gar bei jenen des Kleingewerbs und der Landwirtschaft!

Das sind freilich lauter Dinge, für welche die Sozialdemokratie einfach blind ist. Und in dieser Blindheit glaubt sie, daß eine sozialdemokratische Umwälzung gleichzeitig bei allen Kulturvölkern von statten gehen wird und daß dann die neue Gesellschaft auf internationaler Basis sich aufbauen wird; daß die Nationen sich verbrüdern und darnach trachten, den neuen Zustand über alle Völker der Erde auszudehnen.

Nun — zunächst würden die Nationen darnach trachten, Land und Besitz desjenigen Volkes, welches sich zuerst als „sozialisierte Gesellschaft" aufgethan hat, auszubeuten und sich anzueignen. Sie würden vielleicht ihre unzufriedenen sozialdemokratischen Elemente als Kolonisten, Domänenpächter, Wirtschaftsdirektoren, Oberaufseher jenem unglücklichen Volke überlassen und könnten überzeugt sein, daß diese zielbewußten Sozialdemokraten, trunken von Herrschsucht und Erwerbstrieb, in dem eroberten Lande ärger hausen würden, als weiland die Satrapen der persischen Könige.

Denn die nationalen Interessengegensätze sind noch sehr weit von ihrer Versöhnung entfernt; viel weiter, als die Sozialdemokratie glaubt und glauben machen will.

Fünfter Abschnitt.

Schlußbetrachtungen.

1. Die Verbesserung des Menschen.

Bebel, unzweifelhaft einer der hervorragendsten unter den lebenden Sozialistenführern Deutschlands, konstruiert sich eine gesellschaftliche Ordnung, in welcher es nur Lichtseiten giebt. Die nachteiligen und verderblichen Folgen, welche jede einzelne der von ihm erwähnten Einrichtungen haben muß, ignoriert er. Aber er ignoriert sie nicht etwa, weil er die Welt täuschen will, sondern weil er selber getäuscht ist. Er ist offenbar der felsenfesten Überzeugung, daß allein schon mit der Proklamation der sozialistischen Ordnung der Egoismus in jedem Einzelnen für immer erstickt werde. Das ist ein Irrtum, so groß wie die ganze Frage, mit der er sich beschäftigt.

Denn der Egoismus, durch die Natur in den Menschen gelegt und durch vieltausendjährige Geschichte in der Menschheit genährt, kann ihr unmöglich auf einmal abgewöhnt werden. Er muß in unschädliche Bahnen gebracht werden: darüber ist auch bei uns kein Zweifel. Aber durch die bloße Proklamation und äußerliche Einrichtung der sozialistischen Gesellschaft wird er nicht aberzogen. Brüderlichkeit gebieten unter Menschen, die sich nicht als Brüder fühlen, ist ein

Unding. Selbstaufopferung im Dienste der Gesamtheit kennen heute die Edelsten, aber vom Mittelschlag darf man sie als Regel nicht erwarten, geschweige denn von denjenigen, die unter dem Mittel stehen.

Bebel gleitet über diese Schwierigkeit mit wenigen leichten und nichtssagenden Worten hinweg, indem er gegen Eugen Richter polemisiert. Letzterer hatte ihm bemerkt, für einen Sozialzustand, wie ihn die Sozialisten wollten, müßten die Menschen Engel sein. Bebel meint darauf bloß: „Wir brauchen nicht andere Menschen, aber klügere und einsichtigere Menschen, als die meisten heute sind".

Hierauf muß man dem modernen Weltverbesserer zweierlei entgegnen.

Das eine ist Folgendes. Bebel selbst glaubt, daß man, um seinen erwünschten Sozialzustand herbeizuführen, klügere und einsichtigere Menschen braucht, als die meisten heute sind. Dieses Geständnis wird acceptiert; aber wenn die ganze Menschheit klüger und einsichtsvoller werden muß, so ist das ein Werk von vielen Jahrhunderten.

Und als zweites müssen wir Bebel noch entgegnen: Mit der vermehrten Klugheit und Einsicht ist es nicht gethan, sondern die Menschen müßten auch etwas selbstloser werden. Und die Erziehung zu einem höheren Grade von Selbstlosigkeit erfordert noch etwas längere Zeit, als die bloße Erziehung zu höherer Einsicht.

An der Möglichkeit einer intellektuellen und moralischen Verbesserung der Menschheit ist nicht zu zweifeln. Ebenso wie bei Tieren eine Rassenveredlung möglich ist, muß sie auch beim Menschen möglich sein. Aber irrig wäre es, sich diese Rassenveredlung als eine so leichte und rasch zu lösende Aufgabe zu denken, wie manche Sozialisten thun. Solche Vergewaltigungen der Natur, wie sie der Mensch gegenüber den Tieren sich erlaubt, wenn er ihnen bessere Eigenschaften anerziehen will, lassen sich gegenüber Menschen nicht anwenden. Bei Menschen geht es nicht an, daß man die minder Tauglichen einfach abschlachtet, um erweiterten Spielraum für die

Tauglicheren zu gewinnen, wie man nutzlose Konsumenten aus der Tierwelt tötet, während man die nützlichen sorgsam fortzüchtet. Bei Menschen geht es auch nicht an, daß man die Untüchtigen zur Fortpflanzung unfähig macht und die Tüchtigen zu künstlicher Zucht verwendet. Die Verbesserung der menschlichen Rasse kann nur in der Weise stattfinden, daß in einem durch Jahrtausende sich fortsetzenden Kampf ums Dasein die Schwächen und schlechten Eigenschaften ganz allmählich zurückgedrängt werden. Die Proklamation der sozialistischen Wirtschaftsform würde nicht auf einmal die Menschen klüger, einsichtsvoller und sittlicher machen, sondern nur alle Thorheiten, Unvollkommenheiten und Laster der Menschen einfach in einer sozialistischen Wirtschaft thätig werden lassen und damit zu den in früheren Kapiteln geschilderten Zuständen führen.

Es ist charakteristisch, daß der Glaube an eine jähe Verbesserung des Menschengeschlechts nicht nur bei Sozialisten vom Schlage eines Fourier und Bebel sich findet; auch einzelne Anarchisten teilen diese durch keinen geschichtlichen Vorgang begründete, völlig unwissenschaftliche und unhaltbare Idee.

Die allmähliche Beherrschung des Egoismus durch den Gemeinsinn liegt nicht darin, daß man es dem Egoismus unmöglich macht, sich zu bethätigen. Das würde nur den Stillstand und den Rückschritt auf allen Gebieten des Lebens herbeiführen.

Der Egoismus soll vielmehr in solche Verhältnisse gebracht werden, daß jeder Fortschritt, jede Verbesserung, die er für den Einzelnen, für seinen Träger, herbeiführt, immer auch für die Gesamtheit ein Fortschritt, eine Besserung ist. Jedem Einzelnen soll der Löwenanteil an den Erfolgen seiner Leistungen gelassen werden; aber er soll genötigt sein, einen seinem Gesamterfolg entsprechenden Teil an die Gesamtheit abzulassen. Das allein ist der Weg, um alle Fähigkeiten und Kräfte beständig zur höchsten Leistungsfähigkeit anzuspornen, ohne gleichzeitig zur Unterdrückung der Schwachen zu führen.

2. Die Sozialdemokratie und die Familie.

Die Sozialdemokratie spricht in ihrem Programm nichts von einer beabsichtigten Aufhebung oder Lockerung der Familienbande.

Daß sie aber durch den Inhalt ihrer Bestrebungen eine wesentliche Lockerung, wenn nicht Auflösung der Familienbande herbeiführen könnte und müßte, geht aus mehreren ihrer Zielpunkte unzweideutig hervor.

Der eine dieser Zielpunkte ist die politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Aus der politischen Gleichstellung der Geschlechter geht ihre gesellschaftliche Gleichstellung notwendig hervor. Man kann nicht den Frauen die gleichen politischen Rechte zuweisen wie den Männern und ihnen dabei gesellschaftlich eine andere Stellung zumuten. Jene Einteilung der menschlichen Gesamtarbeit, nach welcher den Männern, in der Hauptsache wenigstens, der wirtschaftliche Erwerb und die öffentlichen Angelegenheiten, den Frauen dagegen der Haushalt und die Familie zugewiesen sind, wird unhaltbar bei einer politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter.

Sobald die Sozialdemokratie den Frauen das Wahlrecht gewährt, muß sie ihnen konsequenter Weise auch das gleiche Anrecht an öffentliche Stellungen gewähren, wie den Männern.

Das wäre wider die Natur und wider den ganzen Gang der Geschichte.

Der historische Staat, wie wir ihn heute haben, ist ein Produkt männlichen Verstandes und männlicher Thatkraft. Männer haben ihn geschaffen, Männer müssen ihn verteidigen und leiten; sie können und dürfen sich diese Leitung nicht von Frauen abnehmen lassen.

Und wenn jemals an die Stelle dieses historischen Staats eine sozialdemokratische Verwaltung träte, so wäre diese Verwaltung auch von Männern geschaffen. Frauen können nichts Politisches schaffen. Sie können im System einer

Erbmonarchie eine Zeit lang an der Spitze eines Staates stehen und mit Hilfe von Männern regieren, sogar ganz ordentlich regieren, wie Elisabeth von England und Maria Thersia als seltene Ausnahmen zeigen. Aber dauernde politische Gemeinschaften zu gründen, sie in schweren Notständen zu erhalten oder sie in Trümmer zu werfen: das ist Sache der Männer. Selbst das Karthago der Dido wäre niemals der Römer Schrecken geworden, wenn es nicht seinen Hamilkar und seinen Hannibal gehabt hätte.

Sobald die Frauen ins öffentliche Leben verwiesen werden, müssen sie aufhören, Familienmütter zu sein. Sie taugen dann nicht mehr zu Familienmüttern.

Politische und berufliche Gleichstellung der Geschlechter wird immer jenen Teil des weiblichen Geschlechts, der es versuchen wollte, in die öffentlichen Angelegenheiten einzutreten, vom Familienberuf ausschließen. Wenigstens zeitweilig.

Die Frauen wissen das. Politische Gleichstellung wollen sie auch nicht. Ihre gesamten Emanzipationsbestrebungen zielen nur darauf ab, einen größeren Kreis von Berufsthätigkeit erschlossen zu erhalten, damit sie einen anständigen Erwerb finden, so lange — bis sie etwa doch heiraten können. Die Stellung als Familienmutter steht ihnen höher, als jede Berufsstellung.

So lange es der Sozialdemokratie nicht gelingt, die Liebe zur Familie und das Streben nach Verheiratung beim weiblichen Geschlechte zurückzudämmen und abzuschwächen: so lange wird sie mit ihren Versprechungen beruflicher und politischer Gleichstellung nur einen sehr zweifelhaften Erfolg haben. Das ist der Sozialdemokratie wohl bewußt; und darum kämpfen einige ihrer Theoretiker ganz offen für die völlige Emanzipation der Frau.

Weshalb aber die Sozialdemokratie die Auflösung des Familienzusammenhangs wollen muß, liegt auf der Hand. Die Familie ist ja die stärkste Stütze des Privateigentums. So lange Familien bestehen, wird auch das Streben der

Familienhäupter dauern, ihren Kindern Eigentum zu hinterlassen. Und zwar nicht bloß jenes jämmerliche Eigentum, das die Sozialdemokratie noch duldet; nicht bloß das Eigentum, welches sich auf einem Möbelwagen forttransportieren läßt; sondern das ungleich wertvollere Eigentum an Grund und Boden, an Häuserbesitz, an verzinslichen Forderungen, an vererblichen Teilhaberrechten, an barem Gelde und an Geschäftskapitalien. Das, nicht das bißchen Mobiliar, ist das Eigentum, um dessentwillen die Familienhäupter für ihre Kinder arbeiten und sparen.

Darum steht der oberste Grundsatz der Sozialdemokratie, die Aufhebung des Privateigentums am Produktivkapital, in einem Gegensatze zum Familiensinn, zum Familienzusammenhang. Und darum muß der Sozialdemokratie daran gelegen sein, die Familienbande zu lockern — ob sie das nun deutlich ausspricht oder nur einigermaßen verhüllt zu erkennen giebt durch die Forderung einer politischen und beruflichen Gleichstellung der Geschlechter.

Eine andere Frage ist es, wie weit der Sozialdemokratie dieses Bestreben gelingen kann.

Die Geschichte der Familie zählt nicht nach Jahrhunderten, sondern nach Jahrtausenden. Im Laufe dieser Geschichte ist eine lange Reihe von familienfeindlichen Gewalten aufgetaucht. Die Sklaverei, der Priestercölibat, die Klöster, der fabrikmäßige Großbetrieb mit seiner Frauen- und Kinderbeschäftigung, die allgemeine Schulpflicht, die stehenden Heere, die städtische Konzentration des Lebens mit ihren Wirtshäusern und ihrem Mietcomfort, die Erweiterung der weiblichen Bildung und Berufsgelegenheit: das waren lauter familienfeindliche Gewalten; zu ihnen kam noch in allen Jahrhunderten die außereheliche Liebe, bald durch Gesetzgebung, Sitte und Religion mehr zurückgedrängt, bald freieren Spielraum gewinnend.

Alle diese familienfeindlichen Gewalten aber sind nicht imstande gewesen, die Familie in ihren Grundvesten zu erschüttern. Die Familie und im Zusammenhange mit ihr die Monogamie:

Auch die Sozialdemokratie kann nicht im stande sein, in einem Ansturm die Familie abzuschaffen. Es könnte ihr höchstens gelingen, im Laufe von Jahrhunderten durch unausgesetzte Thätigkeit die Kraft des Familiensinns abzuschwächen. Und auch das nur, wenn ihr eine andere soziale Erscheinung den Boden bereiten würde.

Diese Erscheinung wäre die Übervölkerung. Wie sie mit der Familie und mit der sozialistischen Theorie zusammenhängt: das muß einem andern Kapitel vorbehalten bleiben.

Hier muß nur noch betont werden, daß die Zähigkeit der Familie in der Natur begründet ist. Die Ehe und die Familie sind in erster Linie nicht wegen der Frau und noch weniger wegen des Mannes da, sondern wegen der Kinder, die in ihrer Hilflosigkeit die Familie, vor allem die Mutter brauchen. Einen Ersatz der Mutterliebe und der mütterlichen Pflege würde keine sozialpolitische Einrichtung der Welt bieten können, sobald sie die direkte Einwirkung der Mutter auf das Kind beseitigen wollte. Wie aber die Sozialdemokratie diese Einwirkung, welche eine Naturnotwendigkeit ist, beibehalten und dabei doch den Familienzusammenhang auflösen will —: das zu erörtern können wir den findigen Köpfen der Herren Sozialdemokraten überlassen.

3. Das gesellige Leben in der sozialistischen Ordnung.

Natürlich versprechen die sozialistischen Theoretiker das Glänzendste von der Ausgestaltung des geselligen Lebens. Aber wie armselig erscheint die Phantasie der Bebel und Bellamy in diesem Punkte! Von edlen Genüssen, von anregenden Geistesthätigkeiten wissen sie der sozialistischen Gesellschaft nichts Andres in Aussicht zu stellen, als was schon die ‚verrottete' kapitalistische Gesellschaft der Gegenwart ersonnen und ausgebildet hat. Nur wird alles in den Superlativ gesetzt.

Nirgends zeigt sich die geistige Armut, die flache Öde des radikalen Sozialismus so abschreckend, als dann, wenn

er es unternimmt, jene Freuden und Herrlichkeiten auszumalen, die er der menschlichen Gesellschaft bieten will. Thomas Morus, Campanella und Fourier hatten noch Phantasie; sie wußten zu erfinden.

Die Sozialdemokratie ist erfindungslos. Sie leidet an Bettelhaftigkeit der Phantasie. Was das Kulturleben der kapitalistischen Gesellschaft an höheren und edleren Luxuserscheinungen bietet, das präsentiert die Sozialdemokratie der von ihr zu gründenden neuen Gesellschaft; darüber hinaus weiß sie nichts zu bieten, nichts zu ersinnen.

Man lasse Bebel selbst reden.

„Das häusliche Leben wird sich auf das Notwendigste beschränken, dafür wird dem Geselligkeitsbedürfnis das weiteste Feld eröffnet werden. Große Versammlungslokalitäten für Vorträge und Disputationen und zur Besprechung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten, über die künftig die Gesamtheit souverain zu entscheiden hat, Spiel-, Speise- und Lesesäle, Bibliotheken, Konzert- und Theaterlokale, Museen, Spiel- und Turnplätze, Parks und Promenaden, öffentliche Bäder, Bildungs- und Erziehungsanstalten aller Art, Laboratorien, Hospitäler für Kranke und Sieche, Alles aufs Bestmögliche ausgestattet und hergerichtet, werden jeder Art von Unterhaltung, Kunst und Wissenschaft die reichlichste Gelegenheit bieten, das Höchste zu leisten.

Wie klein wird dagegen unser so viel gerühmtes Zeitalter erscheinen!“

Nein — wie klein ist die Phantasie Bebels! Alle diese Dinge existieren ja schon, und sie sind nicht bloß dem reichen Bourgeois, sondern auch dem Arbeiter zugänglich! Diese glänzend eingerichteten Spiel-, Speise- und Lesesäle kann jeder betreten, der für zwanzig Pfennige ein Glas Bier oder eine Tasse Kaffee daselbst konsumiert; diese öffentlichen Bibliotheken kann jeder heute schon unentgeltlich benützen, ebenso diese Museen, Spiel- und Turnplätze. Der Besuch der Konzert- und Theaterlokale kostet zwar etwas Geld;

aber die Kosten sind abgestuft, so daß auch derjenige, der etwas weniger aufwenden will, einen Platz findet. Die Parks und Promenaden werden von Stadtverwaltungen und von regierenden Fürsten unentgeltlich auch dem Ärmsten zur Verfügung gestellt; öffentliche Bäder, sowie Bildungs- und Erziehungsanstalten zu Spottpreisen. Und jene, die für höhere Bildung, für den Besuch von Universitäten, Laboratorien und dergleichen nicht die Mittel haben, können diese Mittel — falls wirklich ein ganz hervorragendes Talent und ein entsprechender Fleiß vorhanden ist, durch Stipendien gewinnen. Hospitäler für Kranke und Sieche sind ebenfalls aufs bestmögliche ausgestattet.

Alle diese Einrichtungen hat der ‚verrottete' Klassenstaat schon geschaffen; und er ist ununterbrochen bemüht, sie stets zu verbessern, sie immer weiteren Kreisen zu bieten. Der Klassenstaat und seine Gesellschaft haben die Absicht, alle diese Einrichtungen nach und nach auch dem Ärmsten zugänglich zu machen, sie nach dem Beispiel der großen Städte allmählich auch in die kleineren Orte gelangen zu lassen, so weit eine solche Dezentralisation vernünftig und technisch durchführbar ist.

Wozu also der Lärm und die Aufregung? Auch dem zielbewußtesten Sozialdemokraten wird Herr Bebel nicht weismachen können, daß die sozialdemokratische Ordnung diese sämtlichen Kulturwohlthaten schon binnen drei oder fünf Jahren dem letzten Dorf im Deutschen Reich bereiten könnte. Die Verbreitung dieser Kulturwohlthaten ist eine Frage der Zeit im kapitalistischen Staate, wie sie eine Frage der Zeit in einer sozialistischen Gemeinschaft wäre. Nachdem die kapitalistische Gesellschaft diese Dinge erfunden oder eingeführt hat, wird sie dieselben auch ausbauen, verbessern und weiter verbreiten; während es immer noch recht zweifelhaft erscheint, ob eine sozialdemokratische Gesellschaftsordnung, um Julius Cäsars Zeit in Deutschland eingeführt, es bis zum heutigen Tage so weit gebracht hätte.

Was die Sozialdemokratie an Festen dem Volk etwa zu bieten hätte, läßt sich ungefähr veranschlagen, wenn man sich an die Feste der ersten französischen Revolution erinnert. Eine Gesellschaft, welcher der geschichtliche Zusammenhang mit ihrer Vorzeit abhanden gekommen ist, vermag wohl noch Orgien und Bacchanale zu feiern, aber keine dem Volksgemüt entwachsenen und das Volksgemüt erhebenden Feste. Mag immerhin die sozialdemokratische Verwaltung der Zukunft ihre Maifeiern veranstalten: alle Jene, welche das Zeug dazu haben, ihr Gemütsleben und ihren geselligen Verkehr durch eigene Phantasie und eigene Kraft zu veredeln, würden sich von kommandierten Massenabfütterungen gelangweilt und angeödet abwenden. Denn der Mensch im Streben nach höchster Entfaltung seines Wesens ist kein Herdentier, sondern eine Individualität.

4. Das geistige Leben in der sozialistischen Ordnung.

Die sozialistischen Schriftsteller pflegen, soweit sie sich mit Darstellungen der sozialistischen Lebensordnung befassen, eine glänzende Entfaltung des geistigen Lebens, der Litteratur, der Kunst und der Wissenschaft, in Aussicht zu stellen. Es ist der Mühe wert, ihnen auch auf dieses Gebiet zu folgen.

So ist Bebel der Überzeugung, in einer sozialistischen Gemeinschaft würden Wissenschaft, Wahrheit, Schönheit und der Meinungskampf um das Beste allein die Litteratur beherrschen und es würde jedem, der Tüchtiges leistet, die Gelegenheit zur Beteiligung geboten. „Er hängt jetzt nicht von der Gunst des Buchhändlers, dem Geldinteresse, dem Vorurteil ab, sondern von der Beurteilung unparteiischer Sachverständiger, die er selbst mit bestimmt und gegen deren ihm nicht zusagende Entscheidung er jederzeit an die Gesamtheit appellieren kann."

Es handelt sich, wie man aus diesen Sätzen sieht, um eine Art von Jury, welche zu prüfen hätte, was von litterarischen Produkten würdig ist, durch die sozialistischen Druckereien in die Welt gesetzt zu werden. Bebel hat sich

offenbar den Vorschlag nicht recht überlegt. Die Juroren, deren Anzahl zum mindesten für eine Gesellschaft von der Größe des deutschen Volks etliche tausend betragen müßte, müßten für ihre Thätigkeit eine Vergütung erhalten. Wer leistet dieselbe? Offenbar die Gesellschaft. Dann ist also die Gesellschaft bezw. ihre Juroren verantwortlich für Alles, was gedruckt wird. Fühlt Bebel nicht, daß das zu Zuständen führen muß, welche ärger sind als die leidigste Zensur? Nehmen die Juroren ihr Amt gewissenhaft, so werden sie unerbittlich Autoren abweisen, um der Gesamtheit die Druckkosten für litterarischen Schund zu ersparen. Dann werden natürlich die abgewiesenen Autoren alle an die Gesamtheit appellieren. Wie soll dann aber die Gesamtheit Kenntnis von den zu zensierenden Manuskripten nehmen? Die aus mehr als fünfzig Millionen Seelen bestehende Gesamtheit? Und diese Gesamtheit soll dann in zweiter Instanz abstimmen über die Druckwürdigkeit? Das Ergebnis einer solchen Abstimmung müßte ja doch der reine Zufall sein, oder vielmehr ein Ergebnis der mehr oder minder zudringlichen Agitation und persönlichen Reklame, mit welcher der einzelne Autor in den Kreisen seiner Freunde und Bekannten für sein Werk zu wirken vermöchte. Wie in vergangenen Zeiten der einzelne Autor Subskribenten sammeln mußte, so würde in der Bebelschen Zukunftsgesellschaft jeder Autor umherwandern und Stimmen für sein Manuskript sammeln. Welche Zustände, wo die endliche Publikation einer geistigen Arbeit ein Ergebnis des Zufalls, der Frechheit und der Zudringlichkeit wäre!

Heute ist es das Interesse der Verleger und der Zeitungsredaktionen, das sie veranlaßt, die ihnen eingesandten Manuskripte möglichst auf ihre Würdigkeit zu prüfen oder von Sachverständigen prüfen zu lassen. Über diesem Urteile stehen dann als höhere Instanzen die Kritik und die öffentliche Meinung, welche nach der Publikation ihr Urteil abgeben. So viele Fehler dabei auch mit unterlaufen mögen: jedenfalls ist durch dieses Verfahren die Freiheit und Reg-

samkeit des geistigen Lebens viel mehr gewährleistet, als durch eine Sozialisierung der Presse. Die Gesamtheit — das ist der Gedankenarbeit Bebels völlig entgangen — kann über ein Werk nur urteilen, wenn sie es kennt; und kennen lernen kann sie es nur durch die Publikation. Eine Abstimmung über etwas, das man nicht kennt, ist Unsinn, Frivolität und Ungerechtigkeit.

Das Kapital der heutigen Verleger ist Privatkapital; Sache seiner Eigentümer ist es, wenn sie dieses Kapital in erfolglosen Publikationen verwirtschaften. Presse und Verlag als Eigentum der ganzen Gesellschaft dürften nichts riskieren. Es ist genugsam bekannt, wie unabläßiger Bemühungen der Verleger es bedarf, selbst guten Werken zur Anerkennung zu verhelfen, wie viele Verleger hiebei Schiffbruch leiden. Während heute das Publikum mit geistiger Nahrung fast überfüttert wird, würde es in einer Lebensordnung, welche den Verlag zur Sache der Gesamtheit macht, geistig verhungern müssen.

Kaum besser erginge es den bildenden Künsten. Die Kunst ist vom Standpunkte der großen Mehrheit betrachtet ein Luxus, wenn sie auch vom Standpunkte der Einsichtsvollsten und Gebildetsten aus ein Luxus mit Geist und Phantasie ist, ohne welchen die Nation ein Volk von Barbaren wäre. Den Luxus der bildenden Künste können sich heute nur die Reichsten in der Nation gestatten, außerdem der Staat und die größeren städtischen Kommunen. Hiebei ist das Verhältnis derart, daß es Sache des Staates ist, den bildenden Künsten ihre größten und kostspieligsten Aufgaben zu stellen; Sache der städtischen Gemeinden, für künstlerischen Schmuck von lokaler Bedeutung zu sorgen; Sache reicher Privatleute, die Leistungen der bildenden Künste mit dem Comfort des Lebens zu vereinigen, sie in das persönliche häusliche Dasein hineinzutragen. Für die minder bemittelten Klassen übernehmen dann die Leistungen der Vervielfältigungstechnik die Aufgabe, Schöpfungen der Kunst in wohlfeilen Reproduktionen allgemein zugänglich zu machen.

In einer sozialdemokratischen Gesellschaft müßte ein Glied aus diesem Organismus der Kunstpflege ausfallen: die Kunstpflege durch reiche Privatpersonen. Gerade sie ist es aber, welche seit Jahrhunderten Trägerin des eigentlichen Fortschrittes der bildenden Künste war. Im klassischen Altertum lag der Schwerpunkt der Kunstpflege beim Staate; im Mittelalter bei der Kirche. In der neueren Zeit waren es hauptsächlich feinsinnige Fürsten, welche die Pflege der bildenden Künste übernahmen. In einer sozialdemokratischen Gemeinschaft fielen diese Faktoren der Kunstpflege hinweg; was übrig bliebe, wäre nicht im stande, das Leben der Kunst zu fristen — geschweige denn ihr dauernde Weiterentfaltung zu sichern.

Musik und Theater fänden ein ähnliches Los. Selbst wenn einzelne Führer der sozialdemokratischen Gesellschaft feinsinnig genug wären, die Notwendigkeit der Künste in der Gesamtkultur einzusehen, hätten sie nicht die Mittel zur Pflege derselben. Sie könnten den Städten keine Hoftheater und Opernhäuser mehr bewilligen, weil das gegen den demokratischen Grundsatz der Gleichberechtigung verstoßen würde, da man ja unmöglich den kleineren Städten und den Dörfern die gleichen Genüsse verschaffen könnte. Das Schicksal aller Künste wäre unzweifelhaft ein allmähliches Vertrocknen und Verdorren, ein kümmerliches Zehren an den Resten der Vergangenheit. Darüber darf man sich keinen Täuschungen hingeben. Wie jene Poesien, welche in den Liederbüchern der Sozialdemokratie zu finden sind, an Neuem nichts enthalten, als phantasielose und geschmacklose, leidenschaftliche Hetze: so wäre es mit der ganzen Kunst der Sozialdemokratie beschaffen. Die alten Götter in Scherben; statt ihrer die platte Einförmigkeit grobsinnlicher Weltanschauung!

Bildende Kunst, Poesie und Musik sind nichts Demokratisches. Nirgends zeigt sich die angeborene Verschiedenheit der Menschen so auffallend, als an ihrer künstlerischen Begabung. Weil die künstlerische Begabung so ungleichartig

ist, widerstrebt sie der völligen Demokratisierung einer Kultur, in welcher sie überhaupt noch eine Stätte haben soll.

5. Die Übervölkerung.

Das Gebiet des Deutschen Reiches umfaßt heute eine Bevölkerung von stark 50 Millionen Seelen. Im Jahre 1816 hatte dasselbe Gebiet erst 24.8 Millionen Einwohner. Diese Bevölkerung war dann in folgender Progression gewachsen:

1820 — 26 Millionen
1830 — 29 „
1840 — 32 „
1850 — 35 „
1860 — 37 „
1870 — 40 „
1880 — 45 „
1890 — 49 „

Nur einer ganz oberflächlichen Betrachtung wird diese nackte Zahlenreihe schlechtweg als ein Zeichen des Gedeihens erscheinen. Jeder tiefer gehende Beobachter wird sich eine Reihe von großen und ernsten Fragen vorlegen, die für die Wohlfahrt nicht nur unseres deutschen Vaterlandes, sondern auch für diejenige der ganzen Menschheit hochwichtig sind.

Wer nun die Sache recht gründlich erfassen will, wird vor allem unsere Zahlenreihe nach rückwärts ergänzt wissen wollen.

Hier läßt uns aber die Statistik im Stiche. Wir haben zwar Anhaltspunkte, um für einzelne Epochen des Mittelalters und der neueren Zeit die Volkszahl unseres Vaterlandes abschätzen zu können; aber dabei sind bedeutende Fehler nicht ausgeschlossen; und die Schätzungen beziehen sich auch nicht immer auf den gleichen Gebietsumfang.

Begründete Vermutungen sprechen dafür, daß das Deutsche Reich vor dem Dreißigjährigen Krieg nicht unter 25 Millionen Einwohner gehabt habe, durch diesen jammervollen Krieg aber auf die Hälfte dieser Einwohnerschaft reduziert worden sei. Als wir nach dem Dreißigjährigen Kriege in die wirtschaftliche Konkurrenz mit den anderen europäischen Völkern

wieder eintraten, war in den leeren Dörfern und Städten Raum genug für die wieder nachwachsende Bevölkerung. Aber das nationale Kapital war furchtbar zusammengeschmolzen, Arbeitsgewöhnung und Erwerbsfreudigkeit verloren gegangen. Rasch füllten sich die Lücken der Bevölkerung; weit langsamer vernarbten die klaffenden Brandmale in Kultur und Wohlstand. Während wir uns wegen Religionsstreitigkeiten zerfleischten, erwarben die Völker von Westeuropa unermeßliche, menschenleere, mit allen Segnungen der Natur überschüttete Länder, die bereit waren zur Aufnahme ihres Bevölkerungs-Überschusses.

Die vielen kleinen Staaten Deutschlands brauchten für ihre Existenz vor allem Armeen und Geld. So kams, daß man in einer möglichst zahlreichen und dichten Bevölkerung die erste Grundbedingung der Staatswohlfahrt erblickte. Seid fruchtbar und mehret euch — dieses biblische Wort schien das Motto aller Bevölkerungspolitik zu sein. Ob die Entwickelung des Reichtums und der Gesittung mit der Fruchtbarkeit der Bevölkerung gleichen Schritt hielt, ob mit der Quantität auch die Qualität stieg — darum kümmerte man sich wenig oder gar nicht. Das darf uns nicht wundern. Auch heute noch herrscht in den weitesten Kreisen dieselbe Anschauung. Auch heute noch vernimmt man oft genug, wie die Prosperität unserer Städte nach der Zunahme ihrer Bevölkerung bemessen wird, wie man ein Triumphgeschrei ausstößt, sobald eine Stadt das erste Hunderttausend erreicht oder etwa um ein weiteres Hunderttausend gewachsen ist.

So war die allgemeine Anschauung, als im Jahre 1798 der Engländer Malthus sein berühmtes Buch über die Grundsätze der Bevölkerungslehre in die Welt sandte, ein Buch, welches ungefähr eine ähnliche Wirkung hervorbrachte, wie einige Jahrtausende früher die feurigen Buchstaben, die der Prophet an die Wand von Belsazars Festsaal schrieb.

Robert Malthus machte damals die Welt darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung ein Bestreben habe, sich schneller zu vermehren, als die Nahrungsmittel vermehrt

werden könnten und daß demnach die Menschheit Gefahr laufe, eines Tages am Abgrunde eines allgemeinen Hungertodes anzulangen, wenn nicht die Volksvermehrung Hindernisse finde. Solche Hindernisse finden sich aber in der That. Sie sind teils hemmende, welche den beständigen Zuwachs der Bevölkerung verlangsamen und aufhalten; teils zerstörende. Wo die Bevölkerung zu rasch gewachsen ist: da machen sich diese zerstörenden Gegentendenzen wirksam; da entstehen Mangel und Elend, vermehrte Sterblichkeit, Laster und Verbrechen als Gegendruck.

Wie stellt sich nun diese Gefahr für die Menschheit im Ganzen und für unser deutsches Volk insbesondere?

Die Extreme des Bevölkerungszustandes, zu spärliche und zu dichte Bevölkerung, haben deutlich erkennbare Symptome.

Ist die Bevölkerung eines Landes zu spärlich im Verhältnis zu den von der Natur gebotenen Erwerbsquellen, so zeigt sich dies darin, daß der Boden niedrig im Preise steht und extensiv bewirtschaftet wird; die Wohnsitze liegen weit auseinander, die Ortschaften sind klein; Bodenprodukte und Vieh können ausgeführt werden.

Ist dagegen die Bevölkerung schon eine zu dichte geworden, so nimmt sie die ganze bauwürdige Bodenfläche in Beschlag und bearbeitet sie energisch; Waldungen und Weiden verschwinden; die Zwergwirtschaft wird häufiger; der vom Landbau nicht genährte Teil der Bevölkerung füllt Fabrikdistrikte und Fabrikstädte; da auch in mittleren Jahren die heimischen Ernten den Bedarf an Lebensmitteln nicht decken, ist jahrein jahraus eine Lebensmitteleinfuhr nötig, Auswanderung lebhaft.

So die Extreme des Bevölkerungszustandes.

Aber welches ist der Punkt, wo aus einem richtigen Bevölkerungsstande heraus eine Übervölkerung erwächst?

Hergebrachtermaßen spricht man von Übervölkerung eines Landes dann, wenn sein Volk sich nicht mehr aus dem eigenen Boden heraus zu ernähren vermag, wenn die Einfuhr an

Nahrungsmitteln größer ist, als die Ausfuhr. Dies ist aber der Fall bei den meisten europäischen Kulturländern: in Großbritannien, Frankreich, dem Deutschen Reiche, in Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und in Skandinavien.

In diesem weitesten Sinne verstanden muß die Übervölkerung noch durchaus kein peinlich empfundener Zustand sein, sondern kann mit dem blühendsten Wirtschaftsleben sich vereinigen. Namentlich wenn eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion noch möglich ist, wenn lebhafter Verkehr mit eigenen Kolonien es leicht macht, überschüssige Bevölkerung und überschüssige Industrieprodukte dorthin abzusetzen und Nahrungsmittel dafür einzuführen. Eine solche Übervölkerung, die sich nur ergiebt, wenn man den zeitlichen Nahrungsmittelbedarf mit der zeitlichen inländischen Nahrungsmittelproduktion vergleicht, kann man als relative Übervölkerung bezeichnen und sie wird von der öffentlichen Meinung heute noch für unschädlich gehalten.

Als absolute Übervölkerung darf wohl nur jener Zustand bezeichnet werden, wobei ein Volk so zahlreich geworden ist, daß ihm die einheimischen Erwerbsgelegenheiten überhaupt nicht mehr, weder durch Ackerbau, noch durch Industrie und Handel, den notwendigen Unterhalt zu beschaffen gestatten.

Eine solche Übervölkerung ist, wenn man ganze Staaten ins Auge faßt, nirgends vorhanden; sie würde ja sofort in den verzweifeltsten Kämpfen ihren Ausgleich zu finden suchen.

Das Bedenkliche liegt aber darin, daß jede relative, noch nicht peinlich empfundene Übervölkerung ein gewisses Bestreben hat, allmählich sich immer mehr dem Zustande der absoluten Übervölkerung zu nähern.

Es hat dies seinen Grund darin, daß in unseren stark bevölkerten mitteleuropäischen Staaten die Erwerbsgelegenheit nicht in gleichem Maße mit der proletarischen Volksvermehrung zu wachsen pflegt. Arbeitskräfte, welche einer Bevölkerung neu zuwachsen, müssen um so weniger wert werden, je geringeren Spielraum für ihre Thätigkeit sie

vorfinden, je mehr die von der Natur gebotene Arbeitsgelegenheit schon besetzt ist.

Dieses Rechenexempel ist nicht schwierig.

Kurzsichtige Begeisterung für den heutigen Industrialismus ist zwar gleich mit einem Troste zur Hand, indem sie ruft: Ja — wenn der Spielraum für unsere Arbeitskräfte zu eng ist, so erweitere man ihn! Wenn unser Boden uns nicht mehr ernährt, so müssen wir eben vollends zum Industriestaate werden, und in neuen Fabriken werden die nachwachsenden Hunderttausende schon Unterkommen finden!

Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Ein künstlich geschaffener Erwerbsspielraum ist niemals das, was ein durch die Natur gebotener ist. Der Mensch verlangt nicht nur nach wohlfeilen Industrieprodukten, sondern er verlangt in viel höherem Grade nach Freiheit, Glück und Eigentum, nicht bloß nach jener Freiheit, die der moderne Rechtsstaat bereitwillig gewährt hat, sondern nach einer gewissen Freiheit in der Wahl seines Erwerbsspielraumes, nach einer gewissen Fühlung mit der Natur, nach einer naturgemäßen und mannigfachen Bethätigung seiner Kräfte.

All das wird den modernen Menschen unzweifelhaft geschmälert und verkümmert durch jede weitere Zunahme einer an sich schon dichten Bevölkerung.

Dazu kommt noch eine andere Erwägung.

Die Industrievölker ernähren sich, indem sie ihre Mehreinfuhr an Nahrungsmitteln durch Hinaussenden von überschüssigen Industrieprodukten bezahlen. Das geht an, so lange ihnen die überschüssigen Industrieprodukte wirklich abgenommen werden. Aber die bisherigen Abnehmer werden auch nach und nach industriell und suchen sich durch eigene Arbeit zu versorgen. Die Entwickelung eines Staates vom Ackerbaustaat zum Industriestaate kann im neunzehnten Jahrhundert rasch von statten gehen. Um so schwieriger muß es für die Länder mit hochentwickelter Industrie werden, für ihre Fabrikate immer wieder Abnehmer zu finden. Nicht umsonst hören wir überall die Frage nach

einer Erweiterung unseres Exportes behandeln. Daß man überhaupt diese Frage bespricht, ist Beweis genug dafür, daß man fühlt, wie die Ausdehnung des Exports allmählich sich von selbst erschwert, wie es immer schwieriger wird, die überschüssigen Produkte einer überschüssigen Bevölkerung abzusetzen.

Wir müssen aber den Begriff der Übervölkerung noch enauer unterscheiden.

Alle Übervölkerung eines Landes beginnt mit partiellen Übervölkerungen einzelner Landesteile. Solche partielle Übervölkerungen hält man für unschädlich. Der Natur der Sache nach muß ja jedes Land in seinen einzelnen Landesteilen verschiedene Volksdichtigkeitsziffern haben. Jenachdem die einzelnen Landschaften von der Natur mehr oder weniger reich ausgestattet sind, bieten sie die Bedingungen für eine größere oder geringere Volksdichtigkeit dar. Es zeigt sich sogar, daß eine lebhafte Kulturentwickelung nur bei teilweiser Übervölkerung möglich ist. Lebhafte Industriethätigkeit kann ja nur dann sich ausbilden, wenn in jenen Gegenden, welche Steinkohlen, Eisen und dergl. besitzen, eine größere Bevölkerung sich zusammendrängt, als durch die Nahrungsmittelproduktion des gleichen Raumes ernährt werden könnte. Die Ackerbaudistrikte müssen eben den Industriedistrikten die Nahrungsmittel liefern, das platte Land den Städten. So gleichen sich innerhalb des Landes Bevölkerung und Produktion aus.

Das geht an, so lange dieser Ausgleich wirklich stattfindet. Leider streben aber auch die nicht übervölkerten Landesteile darnach, ihren Nahrungsspielraum rasch auszufüllen. So wird das Verhältnis der partiellen Übervölkerungen zum Gesamtbevölkerungsstande ein immer ungünstigeres.

Es vollzieht sich ein Fortschritt von der partiellen Übervölkerung zur totalen!

Und noch eine dritte Unterscheidung ist bei der Würdigung des Begriffs der Übervölkerung zu beachten.

Dieser Begriff ist nach Zeitumständen eben so schwankend wie die Überfüllung eines Zimmers, eines Schiffs oder eines Eisenbahnwagens. In jedem geschlossenen Raume kann ein und dieselbe Anzahl Menschen unter Umständen als Überfüllung erscheinen, unter anderen Umständen nicht. Dieselbe Passagierschaft eines Schiffes, die von demselben bei günstiger Witterung leicht getragen wird, kann bei einem Sturme als Überfüllung erscheinen. Und ein Häuschen, welches für eine verträgliche Familie von zehn Köpfen groß genug ist, wird entschieden zu klein, wenn die Mitglieder dieser Familie sich nicht vertragen.

Dieselbe Erscheinung finden wir auch, wenn wir die Überfüllung der Länder betrachten.

Eine partielle und relative Übervölkerung, wie wir sie in den meisten europäischen Ländern da oder dort, in einzelnen Landschaften und Provinzen beobachten können, mag zu manchen Zeiten wirklich als Übervölkerung verspürt werden, zu anderen Zeiten nicht. In Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs ist sie nicht fühlbar; in Perioden der Geschäftsstockung oder bei schlechten Ernten kann sie ein Gegenstand allgemeiner Klage werden. In ungünstigen Zeiten wird eben das verzehrt, was in günstigen Zeiten gespart worden ist. Das geht um so leichter, je mehr mit der zunehmenden Kräftigung der Volkswirtschaft Reserven erspart werden.

Die Thatsache einer Übervölkerung wird damit nicht aus der Welt geschafft, daß eigentliche Hungersnot nicht mehr so gewaltthätig auftreten kann, wie ehedem. Die üblen Folgen der Übervölkerung verteilen sich nur gleichmäßiger über die Zeit, als sie dies früher thaten. Aus dem periodischen Anschwellen und Abnehmen des Mißverhältnisses zwischen Bevölkerung und Unterhaltsmitteln will ein dauernder Zustand werden. Er äußert sich in einem Gefühl der Beengung. Immer mehr Berufsarten reden von Überfüllung; das Haschen nach Erwerb wird stets hastiger und nervöser. Jene goldene Freiheit, die nach Lust und

Laune aus dem Vollen schafft und genießt, ist zum Märchen geworden.

Volkswirtschaftlicher Optimismus hat die Sorge um eine gefahrdrohende Übervölkerung nie gekannt. Mehr Menschen — mehr Arbeiter; mehr Arbeiter — mehr Reichtum: das ist seine Schlußfolgerung. Er erwägt dabei nicht, ob die hinzuwachsenden Arbeiter in eben so gelungener Weise an der Reichtumsproduktion teilnehmen können, als ihre Vorgänger. Auch das erwägt er nicht, daß durch jeden Zuwachs zwar neue Arbeitskräfte gewonnen werden, aber nicht neues Arbeitsfeld; und daß daher den wachsenden Arbeitskräften nur übrig bleibt, das alte Arbeitsfeld mehr und mehr auszupressen. Damit wird die Arbeit immer hastiger, sorgenvoller, freudloser. Die Lebenshaltung der Masse bewegt sich zwar aufsteigend; Ein- und Ausfuhr nehmen, wenn man größere Zeiträume betrachtet, zu; die Kopfkonsumtion wichtiger Gebrauchsgegenstände wächst; auch die Ärmsten führen ein menschenwürdigeres Dasein, als früher.

Aber trotz alledem will die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage nicht schwinden; die Empfindung der Beengtheit unseres Arbeitsfeldes wird immer lebhafter.

Die Behauptung, daß die Übervölkerung eine Hauptschuld am vorhandenen Elend trägt, hat erhebliche Gegner gefunden. Vormals schon Fr. List, Carey und Bastiat, in neuerer Zeit E. Engel, H. George und die sozialistische Schule. Diese Gegner behaupten ihrerseits, daß eine stärkere Volksdichtigkeit immer auch die Möglichkeit eines größeren Wirtschaftserfolgs biete, weil sie ausgedehntere Arbeitsteilung und Arbeitskombination gestatte und zugleich den Markt erweitere.

Das Hauptargument, mit welchem die Freunde großer Volksdichtigkeit arbeiten, ist die Thatsache, daß die am dichtesten bevölkerten Länder auch die reichsten sind. Hiegegen wendet J. Wolf (S. 356 ff.) mit vollem Rechte ein, daß diese Thatsache zunächst gar nicht richtig ist, indem in dem dünn bevölkerten Australien die Arbeitslöhne und

die Kopfquoten des Volksvermögens weit höher sind, als in dem dichtbevölkerten Großbritannien; und daß, selbst wenn die Thatsache richtig wäre, aus ihr durchaus nicht hervorgeht, daß die dichter bevölkerten Länder reicher sind, weil sie dichter bevölkert sind. Sie sind vielmehr (zum Teil) reicher, weil sie früher zu sammeln begonnen haben, weil in ihnen die Kapitalbildung früher ihren Anfang nahm und daraus erst die Möglichkeit hervorging, eine dichtere Bevölkerung zu ernähren.

Die Natur unseres Erdplaneten bot dem Menschengeschlecht von Anbeginn sein Arbeitsmaterial und bietet ihm dieses Arbeitsmaterial heute noch. Aber sie hat Grenzen ihrer Freigebigkeit. Und so richtig es ist, daß größere Menschenmassen eine sorgfältigere Arbeitsteilung und Arbeitsanordnung gestatten: eben so richtig ist auch, daß die Arbeit eines Jeden um so weniger ergiebig werden muß, je mehr man genötigt wird, minder ergiebige und ausbeutungsfähige Naturobjekte zur Bearbeitung heranzuziehen, weil die ergiebigeren schon in Ausbeutung begriffen sind. Und es giebt unzweifelhaft für jedes Land einen Grad der Volksdichtigkeit, wo die Vorteile erleichterter Arbeitsteilung und erleichterten Verkehrs wettgemacht werden durch die Notwendigkeit, nach den wenigst ergiebigen natürlichen Produktionsquellen haschen zu müssen. In unseren Kulturzuständen wird diese Grenzlinie nur undeutlich gemacht durch die internationale Arbeitsteilung und den internationalen Verkehr; aber vorhanden ist sie deswegen doch. Wenn man, um die neu hinzuwachsenden Menschen zu beschäftigen und zu ernähren, immer weiter nach unfruchtbarem Boden und nach minder ergiebigen mineralischen Lagern greifen muß, wird eben die Arbeit des Menschen minder ersprießlich — bei aller Sorgfalt der Arbeitsanordnung, bei aller Steigerung des Verkehrs.

Von optimistischen Beurteilern der Übervölkerungsfrage wird in der Regel auf die ungeheuren Ländermassen hingewiesen, welche in Asien und Afrika, in Amerika und

Australien noch unbebaut liegen und Arbeitsraum für Milliarden von Menschen bieten. Das hätte für unsere deutsche Bevölkerung allerdings Wert, wenn man jedem Auswanderer das nötige Kapital für den Ankauf und die Urbarmachung von Grundbesitz, für Betriebsmittel und Straßenbau mitgeben könnte; und wenn der Europäer überhaupt physisch geeigenschaftet wäre, in Tropenländern Arbeit im Freien zu verrichten. Es ist geradezu unbegreiflich, wie man den europäischen, speziell den deutschen Bevölkerungs-Überschuß so gedankenlos auf die Urwälder Südamerikas und Zentralafrikas verweisen kann. Jungfräulicher Boden ist dort allerdings in Fülle, und eine reiche ergiebige Natur; aber um diese Schätze zu bemeistern, bedarf es des Kapitals, bedarf es solcher Arbeitskräfte, die dort arbeiten können; bedarf es endlich jener politischen Einrichtungen und Zustände, die dort eine Wirtschaft civilisierter Menschen ermöglichten. Das alles stampft man nicht aus dem Boden, das bedarf auch wieder einer Kulturarbeit von Generationen.

Aber die Optimisten der Bevölkerungstheorie haben noch näher liegende Argumente. Sie weisen darauf hin, daß in unserem deutschen Vaterlande selber noch ausgedehnte Strecken landwirtschaftlich unbenutzten Bodens sind, daß in großen Landstrichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern herrscht. Auch das ist vollkommen richtig; und doch beweist es nichts gegen die Thatsache der Übervölkerung Deutschlands im Ganzen.

Denn was den landwirtschaftlich unbenutzten Boden betrifft, so ist es wohl möglich, daß selbst in einem sehr dicht bevölkerten Lande noch Boden unbenutzt bleibt: jener Boden, welcher zu schlecht oder zu ungünstig gelegen ist, um sich rentieren zu können. Jedes Grundstück setzt, wenn es überhaupt mit Vorteil bebaut werden soll, eine gewisse Höhe der Preise der Bodenprodukte voraus. Wenn aber diese Preise eine solche Höhe erreichen sollten, daß auch der Anbau der schlechtesten Grundstücke sich rentierte: dann müßte die furchtbarste Nahrungsmittelnot schon jahrelang geherrscht

haben. Man kann wohl sagen: Wehe dem Lande, das gar keinen unbenutzten Boden mehr hätte; denn es wäre wie ein Schiff, in welchem die letzten Brotrationen schon verteilt sind und der Hungertod all seiner Insassen auf ihren bleichen Gesichtern geschrieben steht!

Es sind noch kaum dreißig Jahre verflossen, seit das deutsche Volk aufgehört hat, mehr Brot zu erzeugen, als es selbst verzehrte. Bis in die Mitte der sechziger Jahre gehörte der deutsche Zollverein zu jenen Ländern, welche mehr Getreide aus- als einführten. Bis dahin konnte man unter keinen Umständen von einer Übervölkerung sprechen. Seit jener Zeit hat nun die Bevölkerung um etwa zehn Millionen zugenommen. Man könnte die Frage aufwerfen, ob durch diese zehn Millionen eine Übervölkerung erzeugt worden sei oder ob nicht vielmehr heute noch die deutsche Nation ihre notwendigsten Nahrungsmittel selbst erzeugen könne.

Letztere Frage ist schwer zu erledigen. Würde aller Boden, dessen Kartoffeln- und Rübenerträgnis heute in Branntwein und Zucker verwandelt wird, der Getreideproduktion zugewendet, und ebenso der bessere Teil jener Grundstücke, die heute wegen der Konkurrenz des eingeführten Getreides gar nicht oder doch nicht genügend angebaut werden: dann könnten wir uns ohne Zweifel vom eigenen Brote nähren. Aber dazu wären Getreidezölle von einer nie dagewesenen Höhe erforderlich. Und was sollte bei der durch dieselben herbeigeführten Teuerung der Lebensmittel aus unserer industriellen Bevölkerung werden?

Aber könnte man einen Gegenbeweis gegen das Vorhandensein einer Übervölkerung Deutschlands nicht auch folgern aus dem Mangel an Arbeitskräften in manchen landwirtschaftlichen Distrikten? Nun — wenn dem ostpreußischen Gutsbesitzer die Taglöhner fehlen, so ist das kein Beweis gegen die Übervölkerung Deutschlands, sondern ein Beweis dafür, daß das Leben, welches dem Arbeiter in jenen Distrikten winkt, ihm nicht mehr lebenswert erscheint. Es würde dort nicht an Arbeitern fehlen; sie würden aus den

Industriebezirken Sachsens und der Rheinlande rasch zu beziehen sein, wenn man ihnen behagliche Wohnung, gute Nahrung, achtstündige Arbeitszeit und dergleichen Annehmlichkeiten versprechen könnte. Es fehlt im Reiche nicht an Arbeitskräften; aber es fehlt diesen Arbeitskräften an einer Arbeitsgelegenheit, die ihnen menschenwürdig und lohnend genug dünkt. Und um eine solche Arbeitsgelegenheit zu schaffen, müßte die Natur unseres Vaterlandes reicher sein, daß sie die Arbeit, die man an sie wendet, reicher zu lohnen vermöchte. Karge Natur duldet auch nur karge Bevölkerung — trotz aller Quadratmeilengröße. Und eine karge Natur läßt sich mit Mühe und Sorgfalt wohl ergiebiger machen; aber nur bis zu einem gewissen Grade, nur in sehr langen Zeiträumen, nur indem der Fleiß und die wirtschaftliche Klugheit von vielen Generationen in sie versenkt werden.

Endlich hat man die Übervölkerung geleugnet unter dem Hinweis auf die Überproduktion unserer Industrie. Der Beweis scheint ja so erstaunlich einfach. „Wir haben Überproduktion an Gewerbsprodukten — also zu wenig Menschen, um die Produkte zu kaufen. Man schaffe mehr Menschen her, und die Produkte werden ihre Abnehmer finden!“

So ungefähr kalkuliert Herr Bebel. In dem einen Punkte hat er wohl recht, daß jeder Mensch, der unserem Volke neu hinzuwächst, ein Konsument ist oder sein möchte; aber ein Käufer für die überzähligen Produkte ist er darum noch nicht; dazu müßte er auch die entsprechende Kaufkraft mitbringen. Diese könnte er aber nur mitbringen, wenn er in der großen Maschinerie des Erwerbslebens auch gleich den Platz fände, wo er eine seinen Bedürfnissen ganz entsprechende Leistungsfähigkeit entwickeln könnte. Solche Plätze finden jedoch nur die Wenigsten, und auch sie nicht sofort, sondern erst nach langen Jahren mühsamster Thätigkeit. Es sind nicht zu viel Produkte im Verhältnis zur vorhandenen Menschenzahl; aber zu viel Produkte im Verhältnis zur Zahl der kauffähigen Menschen. Und kaufkräftige Menschen sind viel schwerer zu beschaffen, als einfache, nackte, hungernde

Menschen. Eine absolute Überproduktion an Gewerbserzeugnissen zu behaupten, ist einfach lächerlich. Wenn man Alles, was die Warenlager unserer Städte an Wäsche, Kleidern, Schuhwerk, an Möbeln und Luxusgegenständen enthalten, unter die fünfzig Millionen Deutscher verteilen könnte, würde auf jede Familie nur ein sehr bescheidener Zuwachs an Gütern treffen. Es ist sehr fraglich, ob jeder, der nur zwei zerrissene Hemden besitzt, noch ein drittes, neues dazu erhielte; aber unzweifelhaft ist, daß man mit dem Vorrat an Betten, Sophas und Öfen, an Vorhängen, Teppichen und Silberzeug nur den kleinsten Teil aller Taglöhnerwohnungen so behaglich einrichten könnte, wie wir es von Herzen allen Taglöhnerfamilien wünschen möchten. Von einer Überproduktion in dem Sinne zu reden, als ob für die vorhandenen Menschen zu viel Produkte da wären, scheint demnach zum mindesten recht unüberlegt. Die Überproduktion ist vorhanden im Verhältnis zur Zahl der Käufer, aber nicht entfernt im Verhältnis zur Zahl derer, welche die Produkte benützen möchten.

Wir müssen also wieder zu dem Ergebnis zurückgelangen, daß bei uns in Deutschland, wie in den anderen mitteleuropäischen Kulturländern, eine Übervölkerung wirklich vorhanden ist.

Aber wie äußert sich das Bewußtsein der Völker gegen dieselbe?

Der Gegendruck, welchen die Natur, die Volkswirtschaft und die Gesittung gegen die Übervölkerung richten, tritt deutlich hervor. Wenn Europa Jahr für Jahr 100000 bis 200000 Menschen als Auswanderer abgiebt, wenn jede heiratsfähige Person viel später in die Ehe tritt, als sie möchte; wenn die Zahl der Hagestolzen und der alten Jungfern einen sehr großen Bruchteil der Bevölkerung ausmacht; wenn in ärmeren kinderreichen Familien die Kindersterblichkeit unnatürlich groß ist, so daß von 5 bis 6 Kindern bloß 3 bis 4 großgezogen werden können; wenn die Lebensdauer der Kulturmenschen um 20 Jahre geringer ist, als

sie nach Naturgesetzen sein könnte: dann weichen eben alle Betroffenen dem großen geheimen Gegendruck, der sich gegen die Übervölkerung richtet. Sie weichen ihm ohne ihren Feind zu sehen und zu erkennen. Nur leise mahnend wirkt diese Macht; aber sie wirkt fast ununterbrochen und immer allgemeiner. Es ist nicht zu befürchten, daß die Lebensbedingungen der Menschheit ihr plötzlich unter den Füßen zusammenstürzen; daß in Allen zugleich die Notwendigkeit klar werde: zu verdrängen oder verdrängt zu werden. Aber das Gefühl der Beengtheit schwindet nicht mehr, und ärger wird Alles, was mit ihm zusammenhängt.

Sehr verschieden aber sind die Formen, in welchen der Gegendruck gegen die Übervölkerung bei den einzelnen Kulturnationen sich äußert.

Als besonders charakteristisch steht in dieser Hinsicht die französische Nation da. Sie ist zum Bewußtsein gekommen, daß ihr Nahrungsspielraum ausgefüllt ist; die Bevölkerung Frankreichs vermehrt sich fast nicht mehr. Welches Hemmnis hier wirksam ist, wird ohne Weiteres klar, wenn man die Zahl der jährlichen Heiraten mit der Zahl der ehelich gebornen Kinder vergleicht. In Frankreich trifft auf jede Ehe durchschnittlich ein Kind weniger, als bei allen anderen europäischen Kulturvölkern.

Ganz andere Formen nimmt der Gegendruck gegen die Übervölkerung in Deutschland an. Hier muß zunächst hervorgehoben werden, daß nach den neuesten Sterblichkeitstafeln die wahrscheinliche Lebensdauer des neugebornen Menschen in Preußen 41.2 Jahre beträgt, in Frankreich dagegen 44.2 Jahre. Also um drei Jahre früher sterben müssen — das ist eine von den Strafen, welche ein ungeschriebenes, unerbittliches Gesetz über uns verhängt! Welcher ungeheure Wert geht in dieser Differenz von drei Jahren Lebensgenuß, von drei Jahren Kulturarbeit verloren!

Die zweite Form des Gegendruckes, welcher sich gegen die Übervölkerung in Deutschland geltend macht, ist die deutsche Auswanderung. Seit fünfundsiebzig Jahren sind

vier Millionen Deutsche über den Ozean gedrängt worden, weil es ihnen in der Heimat zu eng geworden war. Das ist eine Bevölkerung für ein Königreich. Daß wir diese vier Millionen verloren haben, brauchen wir nicht sehr zu beklagen; denn wir haben Menschen genug. Aber daß wir die Kulturarbeit, die an diese Menschen gewendet wurde, für andere Völker gethan haben: das ist schon ein härterer Verlust; vielleicht sind wir doch nicht reich genug, um uns einen solchen Luxus zu gestatten. Aber angenommen wir wären reich genug: das bliebe immerhin ein harter Verlust, daß die Volksbestandteile, welche wir durch Auswanderung verlieren, in fremden Weltteilen zersplittert und verzettelt werden, statt dort zu neuen nationalen Bildungen sich zu konzentrieren!

Welche praktischen Folgerungen lassen sich nun aus dem Gesagten entnehmen?

Das Resultat ist folgendes: Wir wünschen keinen Rückgang, nur einen Stillstand der Volkszahl für das nächste Jahrhundert. Bei gleichbleibender Volkszahl den Boden ertragsfähiger machen, die Wohnungen beständig verbessern, die Arbeitsmittel verstärken, die Naturkräfte energischer ausnützen: dann könnte es ja nicht fehlen, daß die allgemeine Lebenshaltung gehoben, die Rasse veredelt würde. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat das deutsche Volk jährlich um eine halbe Million Seelen zugenommen. Wenn all die Mühe und Arbeit, die darauf verwendet werden mußte, diese halbe Million neben den vorhandenen Millionen noch zu ernähren und mit ersprießlicher Arbeitsgelegenheit zu versehen, darauf hätte verwendet werden können, die im Jahre 1870 vorhandenen 40 Millionen Menschen in eine höhere Lebenshaltung zu versetzen, statt sie um zehn weitere Millionen zu vermehren: dann wäre ein ganz anderes Wachstum von Wohlstand und ein Erguß desselben über alle Klassen der Bevölkerung erfolgt.

Die proletarische Volksvermehrung muß ein Ende nehmen; dann wird die „industrielle Reservearmee" von selbst sich

auflösen. Die Arbeiter müssen einsehen lernen, daß sie dem Kapital gegenüber um so stärker sind, nicht je größer, sondern je geringer ihre Anzahl ist. Denn je geringer ihre Anzahl gegenüber den verfügbaren Unternehmungskapitalien ist: desto begehrter werden sie und desto freier im Stellen ihrer Bedingungen.

Es ist sehr zu fürchten, daß man diese Wahrheit tauben Ohren predigt. Taub für sie werden die leitenden Staatsmänner sein, welche nach wie vor in der Bevölkerungsmehrung einen Segen Gottes und ein Mittel zu vermehrten militärischen Aushebungen sehen; taub werden für diese Wahrheit die Unternehmer sein, welche billige Arbeitskräfte begehren; taub wird endlich das Proletariat selber sein, das in schrankenloser Kinderzeugung ein „Naturrecht" und in jedem nachwachsenden Proletarier einen Kämpfer mehr für das Proletariat sieht, ohne zu bedenken, daß mit der Anzahl der Kämpfer sich der Beuteanteil jedes einzelnen verringern muß.

Wir dürfen unsere Betrachtungen nicht schließen, ohne daran zu denken, daß die Bevölkerungsfrage auch eine stark internationale Seite hat. Die Betrachtung dieser internationalen Seite führt aber zu eigentümlichen Ergebnissen.

Wenn ein Kulturvolk den von der Natur seines Landes ihm gebotenen Nahrungsspielraum noch nicht ausgefüllt hätte und aufhören wollte, seine Zahl zu vermehren, so wäre das unzweifelhaft ein großer politischer Fehler. Denn das Ergebnis wäre dann unzweifelhaft ein massenhaftes Zuströmen von Einwanderern aus anderen Ländern. Diese Einwanderer, mit niedrigerer Lebenshaltung, mit geringeren Bedürfnissen, würden als Lohndrücker einziehen, wie die Chinesen in Kalifornien. Sie würden die unterste Schicht des Proletariats bilden oder derselben sich zugesellen, und es wäre unvermeidlich, daß das Volkstum einer solchen Nation im Ganzen eine Verschlechterung erleiden müßte.

Aber auch eine Nation, welche ihren Nahrungsspielraum schon völlig ausgefüllt hat, ist vor einem solchen Zuzuge minderwertiger fremder Volkselemente keineswegs sicher.

Je beweglicher die Menschheit wird, je mehr es mit der steten Verbesserung der Weltverkehrsmittel jenen Menschen, die kein unbewegliches Eigentum haben, erleichtert wird, jene Plätze aufzusuchen, wo sich die bessere Erwerbsgelegenheit für sie findet: um so häufiger werden Arbeiterwanderungen aus Ländern mit schlechteren Löhnen und niedrigerer Lebenshaltung nach jenen Ländern, wo die Löhne und die ganze Lebenshaltung höher sind.

So lange solche Arbeiterwanderungen auf friedlichem Wege sich vollziehen, hat die Gefahr, welche sie mit sich bringen, nämlich die Gefahr einer Lohnerniedrigung und einer Herabdrückung der Lebenshaltung doch noch ihre Grenze. Denn die schlechtesten Teile des Proletariats eines Landes haben nicht die Energie und die Mittel, sich nach einem anderen Lande zu ergießen; viele Tausende, die wohl den Trieb zur Auswanderung in sich spüren, lassen sich doch abhalten durch die Schwierigkeit, in einem Lande mit fremder Sprache und fremden Lebensverhältnissen rasch ein Unterkommen zu finden. So sind derartige Arbeiterwanderungen bisher doch immer in mäßigen Grenzen geblieben. Und wenn sie diese Grenzen überschreiten sollten, so sollte man denken, daß ein Kulturvolk immer die Kraft hat, sich eines unerwünschten Zuzugs von fremdem Proletariat zu erwehren. Die Nordamerikaner haben ja thatsächlich schon begonnen, sich diesen Zuzug vom Osten wie vom Westen her vom Leibe zu halten. Allerdings wird nur ein großes und kräftiges Volk, ein Volk mit lebhaftem nationalen Bewußtsein das können.

Die internationalen Beziehungen und Erscheinungen des Bevölkerungsproblems sind eine Sache der Zukunftspolitik. Wie sie sich ausgestalten, können wir jetzt auch nicht annäherungsweise vorhersehen. Ist doch heutigen Tages die Stellung der großen Kulturvölker diesem Problem gegenüber eine durchaus verschiedene.

Wenn die Welt mit Menschen überschwemmt werden soll, dann ist es jedenfalls das einzig richtige, daß sie mit

Angehörigen der edelsten Rasse, also der Kaukasischen Rasse, überschwemmt werde. Im Interesse der Gesamtmenschheit läge es sicher nicht, daß etwa konstant die Vermehrung der mongolischen Völker, der Neger und der südamerikanischen Mischlinge stärker wäre, als jene der Europäer und der Anglo-Amerikaner. Im Interesse der Gesamtmenschheit läge nur eine beständige Überflutung aller Weltteile mit dem überschüssigen Menschenmaterial Europas.

Die Kraft einer Nation im Konkurrenzkampfe liegt darin, daß sie Menschenmaterial im Überflusse hat. Diese Kraftäußerung aber steht im Widerspruch mit den nationalen Zielen des Glückes und des Wohlstandes. Jeder Deutsche, der durch das Gefühl der Beengtheit aus seinem Vaterlande getrieben wird, ist für uns ein Schmerzenskind, aber zugleich auch ein Kämpfer in jenem Kampfe, den die großen Kulturvölker um die Weltherrschaft ununterbrochen führen.

So sehen wir, daß das Bevölkerungsproblem zwei ganz verschiedene Seiten hat: eine rein wirtschaftliche und eine internationale, hochpolitische.

Nach der rein wirtschaftlichen Seite hin würde jede vernünftige Erwägung einen Stillstand der Bevölkerungsvermehrung wünschen müssen; vom politischen Standpunkte aus müßte man das Gefühl einer Übervölkerung als die wesentlichste Bedingung nationaler Expansionskraft ansehen.

Es steht jedem Einzelnen frei, seinen Standpunkt sich auszuwählen. Aber wie er wählt: dafür trägt er auch die Verantwortung.

Wir leben in einer Zeit, in der von einer eigentlichen energischen Bevölkerungspolitik nicht die Rede sein kann. Es ist denn auch fast nirgends die Rede von ihr. Und mit Recht. Denn alle Maßregeln der Staatsgewalt, auch die weisesten, wären, wenn es sich darum handelte, der Volksvermehrung entgegen zu wirken, immer noch härter, als der Gegendruck, der aus der wirtschaftlichen Lage der Nation heraus von selbst erwächst. Was von leitenden Kreisen zur Regulierung der Bevölkerung gethan werden

kann, ist nichts als rückhaltslose Belehrung der Massen darüber, daß jeder Einzelne im Volke die Pflicht hat, die volle Verantwortlichkeit für seine Handlungen zu übernehmen. Nimmermehr kann das Heil in einer Rückkehr zu der früheren obrigkeitlichen Heiratserschwerung liegen, sondern nur darin, daß jeder Einzelne erst dann an die Gründung einer Familie denkt, wenn er die wirtschaftlichen Grundlagen dafür geschaffen hat. Nicht proletarische Volksvermehrung, sondern unentwegte Volksveredlung muß das Ziel der Volkssitte werden. Die Zukunft der Kinder und der Enkel: das ist das leitende Gesetz für die Eltern; und in der Zukunft der Kinder liegt die Zukunft der Nation!

6. Die Sozialdemokratie und das Jenseits.

Wir dürfen die innige und felsenfeste Überzeugung haben, daß, wenn jemals Bebels Zukunfts-Gesellschaft Wahrheit würde, und wenn alle jene irdischen Segnungen einträfen, die er sich und seinen Gläubigen von dieser Zukunfts-Gesellschaft verspricht: daß dann doch die innere Unzufriedenheit der Menschheit nicht um einen Gedanken geringer wäre, als sie heute ist. Wenn jeder, auch der faulste und dümmste Proletarier, bei vierstündiger täglicher Arbeitszeit täglich seine Flasche chemisch-reinen Kunstchampagner, täglich ein paar Mahlzeiten von fünf Gängen aus der Zentralküche, dazu eine wohleingerichtete Wohnung, einen Bechstein-Flügel und ein künstliches (weil die natürlichen nicht ausreichen würden) Eisbärenfell vor dem Samt-Sopha, auch Dampfheizung, Badezimmer und elektrische Beleuchtung hätte: es würde doch ein Gefühl ungeheuren Ekels und öden Überdrusses auf dieser Zukunfts-Gesellschaft lasten.

Es ist das reine Privatansicht, die einer Erläuterung bedarf.

Denken wir uns die sozialistische Zukunftswelt Bebels verwirklicht. Denken wir uns jenen gepriesenen Zustand, wo sich Jeder bei vierstündiger Arbeitszeit alle Genüsse und

allen Comfort der Kulturwelt verschaffen und in seinen langen Mußestunden auf dem Gebiete aller Künste und Wissenschaften herumdilettieren kann nach Herzenslust; jenen Zustand, wo der letzte Proletarier satt und gebildet das von Bebel einst prophezeite Himmelreich auf Erden verwirklicht sieht; jenen Zustand, wo es keine Armut mehr giebt und keine Arbeitsüberbürdung, keinen Hunger und keinen Frost, weil die Wissenschaft und die Technik für Alles sorgen.

Ein Gefühl allgemeiner Sättigung und Zufriedenheit wird dann wohl die ganze Kulturgesellschaft erfüllen. Oder nicht?

Nun, ein kleines Häuflein von Menschen wird in diesem Zustande nicht zufrieden sein; nämlich die Undankbaren, die angesichts aller Herrlichkeiten der sozialistischen Welt die böse Frage aufwerfen?

Wozu denn all das?

Ja — wozu all das? Um es ein Menschenalter lang zu genießen und sich dann, satt und müde von all dem Comfort, wieder in das Nichts zurückzubegeben?

O pfui — tausendmal pfui über dieses armselige Dasein mit seinem Comfort, mit seiner elektrischen Beleuchtung, seinen Zentralküchendiners und seinem in Glashäusern gezogenen Champagner! O — wie uns vor alledem ekelt!

So wird vielleicht eine kleine Schar sagen, der dieses Himmelreich auf Erden schal und armselig erscheint.

Und dann wird die satte Proletarierwelt in gerechte Entrüstung geraten und schreien:

„Was — die wollen mit unsrer herrlichen Gesellschaftsordnung unzufrieden sein? Die wollen von Dingen träumen, die ihnen höher und edler dünken, als unsre prächtige Sozialdemokratie, als unsre vierstündige Arbeitszeit, unsre behagliche Sättigung, unsre freie Liebe? Das sind ja nichtswürdige Aristokraten — man schlage sie tot oder sperre sie ins Irrenhaus! Oder noch besser — man bestimme sie für Lebenszeit zum Kanalräumen und Düngerauftaden, damit ihnen ihr Hochmut vergeht!“

So wird das satte zufriedne Proletariat schreien. Weil aber die wenigen Unzufriednen ihre Unzufriedenheit und das, woher sie stammt, nicht preisgeben wollen und können, da es ein geistiges Kapital ist, das nicht expropriiert werden kann, bleibt der großen Mehrheit nichts übrig, als auch unzufrieden zu werden und das unbeschreibliche Gefühl des Überdrusses und des Ekels zu genießen, das über die Menschheit kommen muß, wenn sie einmal Bebels Himmelreich auf Erden hat.

Und dann ist vielleicht der Anfang besserer Tage zu hoffen.

Aber begeben wir uns von dieser Zukunftsphantasie doch wieder auf den Boden der Gegenwart zurück und fragen wir uns, wie sich eigentlich die Sozialdemokratie zu den übernatürlichen Dingen stellt, die das Herz der Menschheit seit Jahrtausenden bewegen.

Nun — diesen Dingen gegenüber stellt sie sich teils völlig gleichgültig, teils feindlich. Jenachdem es das taktische Interesse gebietet.

Der Grund ist klar.

Die Unzulänglichkeit unsrer irdischen Zustände ist greifbar. Menschen aber, die ergeben diese Unzulänglichkeit als eine Fügung des Himmels ansehen und eine Vergütung für diese irdische Unzulänglichkeit in einem glücklicheren und schöneren Jenseits erwarten, sind schlechte Parteigänger für die Sozialdemokratie. Jedes mit aller Entschiedenheit auf Materielles gerichtete Streben muß das Spirituelle aus den Augen lassen oder geradezu bekämpfen. Die Sozialdemokratie kann keine Menschen brauchen, die über den irdischen Himmel hinaus nach einem jenseitigen Himmel blicken; sie wären am Ende gar mit der Gegenwart zufrieden.

Darum singt sie Lieder mit dem traurigen Refrain:

Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen!

Ist nun aber die sozialdemokratische Lehre an sich vereinbar mit dem Glauben an eine Fortexistenz der Seele?

Beim Einzelnen unzweifelhaft; bei der Masse nicht. Der Einzelne kann selbst bei lebhafter Begeisterung für die sozialdemokratische Sache seinem anerzognen Glaubensbekenntnis treu bleiben oder sich mit der Kraft seiner Phantasie ein neues schaffen. Die große Mehrheit wird das nicht thun, sondern wird ihre Phantasie, ihre Begeisterung, ihren Fanatismus den Parteizielen zuwenden. Das liegt in der Natur der Menschenseele, die ja nur über ein gewisses oft sehr bescheidnes Maß von Begeisterung und Phantasie verfügt. Wird dieses Maß vollauf durch ein materielles Interesse in Anspruch genommen, so bleibt natürlich für übermaterielle Interessen nichts übrig. Die sozialdemokratische Theorie nimmt aber thatsächlich ihre Anhänger vollauf für materielle Interessen in Anspruch. Sie ist stolz darauf, statt des von den religiösen Bekenntnissen ihren Anhängern in Aussicht gestellten Himmels einen andern, irdischen Himmel in Aussicht zu stellen. Und sie beansprucht, daß ihre Anhänger ihr Interesse auf diesen irdischen Himmel konzentrieren.

Das hat zunächst eine Herabwürdigung der menschlichen Phantasie zur Folge. Die Phantasie hat zu allen Zeiten nur dann Größtes und Herrlichstes vollbracht, wenn sie über das Irdische, Sinnenfällige, Greifbare hinausging — ob sie sich in der Schaffung von religiösen Mythen, von profanen Gebilden der Sage und des Märchens, oder in Gestalten der Dichtung und Kunst bethätigte.

Die sozialdemokratische Lehre will aber die Phantasie des Volks herabziehen. Sie will, daß das Volk nicht mehr an seine alten Götter glaube, sondern als Hohes, Erstrebenswertes nur gute Mahlzeiten, freien Genuß der Geschlechtsliebe und geringe Arbeitslast ansehe und sich nicht mit Dingen beschäftige, die im stande wären, die Energie des Strebens nach materiellen Genüssen abzuschwächen.

Der ödeste Materialismus ist es daher, den die sozialdemokratische Lehre predigt. Aber sie muß begreiflicherweise, indem sie der Massenphantasie die reichsten materiellen Genüsse in Aussicht stellt, auch eine gewisse greifbare Nähe

dieser Genüsse ahnen lassen, wenn sie Erfolg haben will. Eine Weltanschauung, der es nur um das Grobsinnliche zu thun ist, will auch nicht mit großen Zeiträumen rechnen.

Es ist natürlich, daß die dürftige und ungeregelte Phantasie gedankenloser Massen in hohem Grade erregt wird, wenn ihnen Herr Bebel noch für das Ende des gegenwärtigen Jahrhunderts den großen Kladderadatsch und möglichst unmittelbar darauf den sozialdemokratischen Himmel auf Erden prophezeit. Wenn aber jemals eine Prophezeihung aus der Luft gegriffen war, ist es diese.

Denn erstlich ist überhaupt kein allgemeiner Zusammenbruch der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung zu erwarten; dafür sind die wirtschaftlichen und sozialen Zustände der einzelnen Völker und Volksteile viel zu verschieden. Zweitens könnte ein allmähliches Zerbröckeln der heutigen Staats- und Wirtschaftszustände wohl stattfinden; aber nur in sehr langen Zeiträumen. Denn die menschlichen Institutionen, auch wenn sie noch so fehlerhaft und veraltet wären, halten allezeit dem Ansturm weltverbesserischer Ideen viel länger stand, als die Weltverbesserer glauben wollen. Und drittens wäre auch nach dem völligen Zerbröckeln der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung der irdische Himmel, den Herr Bebel dem Proletarier in Aussicht stellt, noch sehr weit davon entfernt, ein wirklicher Himmel zu sein.

Dieser ganze irdische Himmel, den Volksbeglücker wie Fourier, Bellamy und Bebel ausmalen, ist es überhaupt nicht wert, daß man um seinetwillen auf das Denken an Überirdisches verzichtet. Die Farben, deren sich Fourier und Bellamy bedienen, haben noch einen gewissen Glanz. Aber die Zukunft, durch die Bebel seine Anhänger zu bestechen sucht, hat etwas unbeschreiblich hausbackenes und philisterhaftes an sich; und man muß es als unsagbar kläglich bezeichnen, als ein Armutszeugnis für zahllose Leser, wenn sie sich durch sie wirklich bestechen lassen.

Denn was die Bebel und Bellamy als die glänzendsten und letzten Ziele der menschlichen Gesellschaft bezeichnen,

sind alles nur Dinge, die heute schon da sind, wenn auch nicht in der Verbreitung, wie mancher sie im allgemeinen Interesse wünschen möchte. Der moderne Sozialismus ist nicht im stande, irgend einen Fortschritt nach oben zu denken; er kann nur die Erscheinungen der Gegenwart in die Breite treten, ohne daran zu denken, wie Breitgetretenes notwendig gemein und wertloser werden muß, wie schal und abgeschmackt sich die Menschheit in jener Vollkommenheit, wie er sie ausmalt, notwendig vorkommen müßte.

So geringwertig aber auch der irdische Himmel des Sozialismus erscheint: den einen Erfolg hat er doch gehabt, die Anhänger der Sozialdemokratie den bestehenden religiösen Anschauungen stark zu entfremden. Nicht die ländlichen, wohl aber die städtischen Arbeiter sind mehr und mehr auf dem Wege, der Kirche verloren zu gehen. Jeder wirkliche und waschechte Sozialdemokrat muß ungläubig sein; schon deshalb, weil das zehnte unter den vom Berge Sinai gegebenen Geboten absolut gegen das sozialdemokratische Programm ist. Der waschechte Sozialdemokrat kann kein guter Christ sein, weil die Demut, die das Christentum von seinen Anhängern fordert, ihn ungeeignet machen würde zu einem tüchtigen „Genossen", weil der Glaube an ein Jenseits ihn unbrauchbar machen würde für die Ziele, welche die Sozialdemokratie im Diesseits anstrebt.

Beklagenswert sind vom kirchlichen Standpunkte, wie vom Standpunkte der reinen Humanität, die vielen Arbeiter, welche den Trost, den ihnen früher die Religion für ihr irdisches Elend gab, von sich geworfen und an seiner Stelle den bittern ätzenden Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung eingesogen haben, um am Ende eines mühevollen Arbeitslebens zu sehen, wie weit der irdische Himmel noch entfernt, und wie schlecht im Grunde der Tausch war, den sie gemacht haben.

Das Benehmen der Sozialdemokratie gegen die Religion und gegen die Kirche kann man eigentlich nicht als leidenschaftlichen Haß bezeichnen; es ist etwas Schlimmeres: ein

verächtliches Beiseiteschieben. Die Sozialdemokratie findet es gar nicht mehr der Mühe wert, gegen die Religion anzukämpfen; sie verwendet alle ihre Kraft, ihren ganzen Fanatismus für den Kampf gegen den Kapitalismus. Darin steckt politische Klugheit. Denn die Sozialdemokratie weiß zu gut, daß sie in den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung noch Generationen hindurch sich vergeblich bemühen würde, Fuß zu fassen, sobald sie sich anstellte, als wolle sie dem Volke mit Gewalt seinen Glauben nehmen. Die Führer der Sozialdemokratie sind glaubenslos; es liegt in ihrem Interesse, wenn Glaube und kirchlicher Sinn schwinden; aber sie sind klug genug, es zunächst nicht mit den Anschauungen religiös gesinnter ländlicher Bevölkerungen verderben zu wollen. Sie tragen ihre Verachtung gegenüber religiösen Dingen offen zur Schau nur dort, wo sie ihnen nichts mehr schadet: in den Kreisen der städtischen Arbeiter. Und das ist nur eine Revanche gegenüber der heuchlerischen Politik gewisser liberaler Bürgerkreise, die selbst nichts mehr glauben, aber den Massen gegenüber die Religion als Zuchtmittel erhalten wollen. Die starke Vertretung des Judentums unter den sozialdemokratischen Führern giebt dabei übrigens auch manches zu denken.

Es ist ein sehr großer Unterschied, ob man dem Volke die Religion als Trost- und Heilmittel erhalten will oder als Zuchtmittel, zum Schutz der bestehenden Staats- und Eigentumsordnung. Denn im ersteren Falle ist der Kampf für die Religion heiliger Ernst, im letzteren Falle Heuchelei. Wenn schon für den, der den höchsten beobachtenden Standpunkt einzunehmen sich bemüht, die Unterscheidung zwischen heiliger Begeisterung und kaltherziger Heuchelei in dieser Frage sehr schwierig ist, so muß sie fast unmöglich sein für die verhetzten und fanatisierten Arbeitermassen. Die Heuchelei wird ja niemals Heuchelei sein wollen, sondern sich stets als wirkliche innerliche Religiosität gebärden. Und weil die Volksmassen, denen sie ihre Dogmen und ihre Moral verkündet, verhetzt sind, wurden sie argwöhnisch und beginnen

in immer weiteren Kreisen nicht nur die Heuchler, sondern auch die innerlich Gläubigen für Heuchler zu halten. Das ist der Fluch der Heuchelei, daß sie auch wahrem Glauben und tiefer Religiosität den Boden zu entziehen droht, daß sie alles Heilige mit ihrer Lüge befleckt.

Ob sich aber selbst diejenigen, die eine Wiedererneuerung des religiösen und sittlichen Lebens aus den edelsten Gründen verlangen, in den Augen der breiten Massen vom Verdachte der Heuchelei reinhalten können: das ist eine Frage. Und deshalb erscheinen heute die Aussichten auf eine solche Wiedererneuerung als völlig ruhende.

Die Vertreter der positiven Glaubensbekenntnisse tragen selbst die Schuld daran, wenn zahllose Seelen durch die materialistische Weltanschauung dem Glauben entrissen werden konnten. Es ist ja unmöglich, daß die Menschheit immer gleich empfänglich für eine und dieselbe Glaubenslehre bleibt. Von dem, was vor zweitausend Jahren glaubenswert erschien, muß notwendig heute das Eine oder das Andre unglaubwürdig erscheinen, weil es durch entgegengesetztes positives Wissen unmöglich gemacht ward.

Die vorliegenden Blätter können und sollen nicht die Aufgabe haben, Fingerzeige dafür zu geben, in welcher Richtung eine Erneuerung und Auffrischung des Geistes- und Gemütslebens möglich ist. Eine solche Erneuerung ist notwendig — aber nicht um die Massen in Unterwürfigkeit gegenüber weltlichen und geistlichen Obrigkeiten zu erhalten und sie leichter beherrschen zu können, sondern um ihrer Gedankenwelt Ideale zu bieten, ohne die sie im Streben nach grobem Sinnengenuß verkommen müßten. Und diese Erneuerung ist auch deshalb notwendig, damit den Massen die Tröstungen religiöser Phantasie gewährt bleiben, welche die Unvollkommenheit der irdischen Zustände heute braucht und nach Jahrtausenden sozialer Entwickelung noch brauchen wird.

Druck von J. J. Weber in Leipzig.

Verlag von J. J. Weber in Leipzig.

Illustrierte Katechismen.

Belehrungen aus dem Gebiete der Wissenschaften, Künste und Gewerbe ꝛc.

In Original-Leinenbänden.

Ackerbau, praktischer. Von Wilhelm Hamm. Dritte Auflage, gänzlich umgearbeitet von A. G. Schmitter. Mit 138 Abbildungen. 1890. 3 Mark.

Agrikulturchemie. Von Dr. E. Wildt. Sechste Auflage. Mit 41 Abbildungen. 1884. 3 Mark.

Algebra, oder die Grundlehren der allgemeinen Arithmetik. Vierte Auflage, vollständig neu bearbeitet von Richard Schurig. 1895. 3 Mark.

Anstandslehre. — Katechismus des guten Tons und der feinen Sitte von Eufemia von Adlersfeld geb. Gräfin Ballestrem. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1895. 2 Mark.

Appretur s. Spinnerei.

Archäologie. Übersicht über die Entwickelung der Kunst bei den Völkern des Altertums von Dr. Ernst Kroker. Mit 8 Tafeln und 127 Abbildungen. 1888. 3 Mark.

Archivkunde s. Registratur.

Arithmetik. Kurzgefaßtes Lehrbuch der Rechenkunst für Lehrende und Lernende von E. Schick. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage, bearbeitet von Max Meyer. 1889. 3 Mark.

Ästhetik. Belehrungen über die Wissenschaft vom Schönen und der Kunst von Robert Prölß. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1889. 3 Mark.

Astronomie. Belehrungen über den gestirnten Himmel, die Erde und den Kalender von Dr. Hermann J. Klein. Achte, vielfach verbesserte Auflage. Mit einer Sternkarte und 163 Abbildungen. 1898. 3 Mark.

Aufsatz, schriftlicher, s. Stilistik.

Auswanderung. Kompaß für Auswanderer von Eduard Pelz. Sechste Auflage. Mit 4 Karten und einer Abbildung. 1881. 1 Mark 50 Pf.

Bankwesen. Von Dr. E. Gleisberg. Mit 4 Check-Formularen und einer Übersicht über die deutschen Notenbanken. 1890. 2 Mark.

Baukonstruktionslehre. Mit besonderer Berücksichtigung von Reparaturen und Umbauten. Von W. Lange. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 343 und 1 Tafel Abbildungen. 1895. 3 Mark 50 Pf.

Baustile, oder Lehre der architektonischen Stilarten von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart von Dr. Ed. Freiherrn von Sacken. Elfte Auflage. Mit 108 Abbildungen. 1894. 2 Mark.

Beleuchtung s. Heizung.

Bergbaukunde. Von G. Köhler. Mit 217 Abbildungen. 1891. 4 Mark.

Bergsteigen. — Katechismus für Bergsteiger, Gebirgstouristen und Alpenreisende von Julius Meurer. Mit 22 Abbildungen. 1892. 3 Mark.

Bewegungsspiele für die deutsche Jugend. Von J. C. Lion und J. H. Wortmann. Mit 29 Abbildungen. 1891. 2 Mark.

Bibliothekslehre mit bibliographischen und erläuternden Anmerkungen. Neubearbeitung von Dr. Julius Petzholdts Katechismus der Bibliothekenlehre von Dr. Arnim Gräfel. Mit 33 Abbildungen und 11 Schrifttafeln. 1890. 4 Mark 50 Pf.

Bienenkunde und Bienenzucht. Von G. Kirsten. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage, herausgegeben von J. Kirsten. Mit 51 Abbildungen. 1887. 2 Mark.

Bildhauerei für den kunstliebenden Laien. Von Rudolf Maison. Mit 63 Abbildungen. 1894. 3 Mark.

Bleicherei s. Wäscherei ꝛc.

Blumenzucht s. Ziergärtnerei.

Botanik, allgemeine. Von Prof. Dr. Ernst Hallier. Mit 95 Abbildungen. 1879. 2 Mark 50 Pf.

Botanik, landwirtschaftliche. Von Karl Müller. Zweite Auflage, vollständig umgearbeitet von R. Herrmann. Mit 4 Tafeln und 48 Abbildungen. 1876. 2 Mark.

Briefmarkenkunde und Briefmarkensammelwesen. Von V. Suppantschitsch. Mit 1 Porträt und 7 Textabbildungen. 1895. 3 Mark.

Buchdruckerkunst. Von A. Waldow. Sechste, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 43 Abbildungen und Tafeln. 1894. 2 Mark 50 Pf.

Buchführung, kaufmännische. Von Oskar Klemich. Fünfte, durchgesehene Auflage. Mit 7 Abbildungen und 3 Wechselformularen. 1895. 2 Mark 50 Pf.

Buchführung, landwirtschaftliche. Von Prof. Dr. K. Birnbaum. 1879. 2 Mark.

Chemie. Von Prof. Dr. H. Hirzel. Siebente, vermehrte Auflage. Mit 35 Abbildungen. 1894. 4 Mark.

Chemikalienkunde. Eine kurze Beschreibung der wichtigsten Chemikalien des Handels. Von Dr. G. Heppe. 1880. 2 Mark.

Chronologie. Mit Beschreibung von 33 Kalendern verschiedener Völker und Zeiten von Dr. Adolf Drechsler. Dritte, verbesserte und sehr vermehrte Auflage. 1881. 1 Mark 50 Pf.

Correspondance commerciale par J. Forest. D'après l'ouvrage de même nom en langue allemande par C. F. Findeisen. 1895. 3 Mark 50 Pf.

Dampfkessel, Dampfmaschinen und andere Wärmemotoren. Ein Lehr- und Nachschlagebuch für Praktiker, Techniker und Industrielle von Th. Schwartze. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 268 Abbildungen und 13 Tafeln. 1894. 4 Mark 50 Pf.

Darwinismus. Von Dr. Otto Zacharias. Mit dem Porträt Darwins, 30 Abbildungen und 1 Tafel. 1892. 2 Mark 50 Pf.

Drainierung und Entwässerung des Bodens. Von Dr. William Löbe. Dritte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Mit 92 Abbildungen. 1881. 2 Mark.

Dramaturgie. Von Robert Prölß. 1877. 3 Mark.

Droguenkunde. Von Dr. G. Heppe. Mit 30 Abbildungen. 1879. 2 Mark 50 Pf.

Einjährig-Freiwillige. — Der Weg zum Einjährig-Freiwilligen und zum Offizier des Beurlaubtenstandes in Armee und Marine. Von Oberstlieutenant z. D. Exner. 1891. 2 Mark.

Eissegeln und **Eisspiele** s. Wintersport.

Elektrotechnik. Ein Lehrbuch für Praktiker, Techniker und Industrielle von Th. Schwartze. Fünfte, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit 206 Abbildungen. 1894. 4 Mark 50 Pf.

Entwässerung s. Drainierung.

Ethik s. Sittenlehre.

Familienhäuser s. Villen.

Färberei und Zeugdruck. Von Dr. Hermann Grothe. Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. Mit 78 Abbildungen. 1885. 2 Mark 50 Pf.

Farbwarenkunde. Von Dr. G. Heppe. 1881. 2 Mark.

Feldmeßkunst. Von Dr. C. Pietsch. Fünfte, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit 75 Abbildungen. 1891. 1 Mark 50 Pf.

Feuerwerkerei s. Lustfeuerwerkerei.

Finanzwissenschaft. Von Alois Bischof. Fünfte, verbesserte Auflage. 1890. 1 Mark 50 Pf.

Fischzucht, künstliche, und Teichwirtschaft. Wirtschaftslehre der zahmen Fischerei von E. A. Schroeder. Mit 52 Abbildungen. 1889. 2 Mark 50 Pf.

Flachsbau und Flachsbereitung. Von K. Sontag. Mit 12 Abbildungen. 1872. 1 Mark 50 Pf.

Fleischbeschau s. Trichinenschau.

Forstbotanik. Von H. Fischbach. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 79 Abbildungen. 1894. 2 Mark 50 Pf.

Freimaurerei. Von Dr. Willem Smitt. 1891. 2 Mark.

Galvanoplastik und Galvanostegie. Ein Handbuch für das Selbststudium und den Gebrauch in der Werkstatt von G. Seelhorst. Dritte, durchgesehene und vermehrte Auflage von Dr. G. Langbein. Mit 43 Abbildungen. 1888. 2 Mark.

Gartenbau s. Nutz-, Zier-, Zimmergärtnerei, und Rosenzucht.

Gebärdensprache s. Mimik.

Gedächtniskunst oder Mnemotechnik. Von Hermann Kothe. Siebente, verbesserte und vermehrte Auflage, bearbeitet von Dr. G. Pietsch. 1893. 1 Mark 50 Pf.

Geflügelzucht. Ein Merkbüchlein für Liebhaber, Züchter und Aussteller schönen Rassegeflügels von Bruno Dürigen. Mit 40 Abbildungen und 7 Tafeln. 1890. 4 Mark.

Gemäldekunde. Von Dr. Th. v. Frimmel. Mit 28 Abbildungen. 1894. 3 Mark 50 Pf.

Gemüsebau s. Nutzgärtnerei.

Geographie. Vierte Auflage, gänzlich umgearbeitet von Karl Arenz. Mit 57 Karten und Ansichten. 1884. 2 Mark 40 Pf.

Geographie, mathematische. Zweite Auflage, umgearbeitet und verbessert von Dr. Hermann J. Klein. Mit 113 Abbildungen. 1894. 2 Mark 50 Pf.

Geologie. Von Dr. Hippolyt Haas. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 149 Abbildungen, einer Tafel und einer Tabelle. 1893. 3 Mark.

Geometrie, analytische. Von Dr. Max Friedrich. Mit 56 Abbildungen. 1884. 2 Mark 40 Pf.

Geometrie, ebene und räumliche. Von Prof. Dr. K. Ed. Zetzsche. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 223 Abbildungen und 2 Tabellen. 1892. 3 Mark.

Gesangskunst. Von F. Sieber. Fünfte, verbesserte Auflage. Mit vielen Notenbeispielen. 1894. 2 Mark 50 Pf.

Geschichte, allgemeine, s. Weltgeschichte.

Geschichte, deutsche. Von Wilhelm Kentzler. 1879. Kartoniert 2 Mark 50 Pf.

Gesetzgebung des Deutschen Reiches s. Reich, das Deutsche.

Gesundheitslehre, naturgemäße, auf physiologischer Grundlage. Siebzehn Vorträge von Dr. Fr. Scholz. Mit 7 Abbildungen. 1884. 3 Mark 50 Pf.
(Unter gleichem Titel auch Band 20 von Webers Illustr. Gesundheitsbüchern.)

Girowesen. Von Karl Berger. Mit 21 Formularen. 1881. 2 Mark.

Glasmalerei s. Porzellanmalerei.

Handelsmarine, deutsche. Von R. Dittmer. Mit 66 Abbildungen. 1892. 3 Mark 50 Pf.

Handelsrecht, deutsches, nach dem Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche von Robert Fischer. Dritte, umgearbeitete Auflage. 1885. 1 Mark 50 Pf.

Handelswissenschaft. Von K. Arenz. Sechste, verbesserte und vermehrte Auflage, bearbeitet von Gust. Rothbaum und Ed. Delmel. 1890. 2 Mark.

Heerwesen, deutsches. Zweite Auflage, vollständig neu bearbeitet von Moritz Exner. Mit 7 Abbildungen. 1896. 3 Mark.

Heizung, Beleuchtung und Ventilation. Von Th. Schwartze. Mit 159 Abbildungen. 1884. 3 Mark.

Heraldik. Grundzüge der Wappenkunde von Dr. Ed. Freih. v. Sacken. Fünfte, verbesserte Auflage. Mit 215 Abbildungen. 1893. 2 Mark.

Hufbeschlag. Zum Selbstunterricht für Jedermann. Von E. Th. Walther. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 67 Abbildungen. 1889. 1 Mark 50 Pf.

Hunderassen. Von Franz Krichler. Mit 42 Abbildungen. 1892. 3 Mark.

Hüttenkunde, allgemeine. Von Dr. E. F. Dürre. Mit 209 Abbildungen. 1877. 4 Mark 50 Pf.

Jagdkunde. — Katechismus für Jäger und Jagdfreunde von Franz Krichler. Mit 33 Abbildungen. 1891. 2 Mark 50 Pf.

Kalenderkunde. Belehrungen über Zeitrechnung, Kalenderwesen und Feste von O. Freih. von Reinsberg-Düringsfeld. Mit 2 Tafeln. 1876. 1 Mark 50 Pf.

Kindergärtnerei, praktische. Von Fr. Seidel. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 35 Abbildungen. 1887. 1 Mark 50 Pf.

Kirchengeschichte. Von Friedr. Kirchner. 1880. 2 Mark 50 Pf.

Klavierspiel. Von Fr. Taylor. Deutsche Ausgabe von Math. Stegmayer. Zweite, verbesserte Auflage. Mit vielen Notenbeispielen. 1893. 2 Mark.

Knabenhandarbeit. Ein Handbuch des erziehlichen Arbeitsunterrichts von Dr. Woldemar Götze. Mit 69 Abbildungen. 1892. 3 Mark.

Kompositionslehre. Von J. C. Lobe. Sechste Auflage. Mit vielen Musikbeispielen. 1895. 2 Mark.

Korrespondenz, kaufmännische, in deutscher Sprache. Von C. F. Findeisen. Dritte, vermehrte Auflage, bearbeitet von Franz Hahn. 1893. 2 Mark.

— — — — in französischer Sprache s. Correspondance commerciale.

Kostümkunde. Von Wolfg. Quincke. Mit 458 Kostümfiguren in 150 Abbildungen. 1889. 4 Mark.

Kriegsmarine, deutsche. Von R. Dittmer. Mit 126 Abbildungen. 1890. 3 Mark.

Kulturgeschichte. Von J. J. Honegger. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1889. 2 Mark.

Kunstgeschichte. Von Bruno Bucher. Vierte, verbesserte Auflage. Mit 276 Abbildungen. 1895. 4 Mark.

Litteraturgeschichte, allgemeine. Von Dr. Ad. Stern. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. 1892. 3 Mark.

Litteraturgeschichte, deutsche. Von Dr. Paul Möbius. Sechste, vervollständigte Auflage. 1882. 2 Mark.

Logarithmen. Von Max Meyer. Mit 3 Tafeln und 7 Abbildungen. 1880. 2 Mark.

Logik. Von Friedr. Kirchner. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 36 Abbildungen. 1890. 2 Mark 50 Pf.

Lustfeuerwerkerei. Kurzer Lehrgang für die gründliche Ausbildung in allen Teilen der Pyrotechnik von C. A. von Nida. Mit 124 Abbildungen. 1883. 2 Mark.

Malerei. Von Karl Raupp. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 50 Abbildungen und 4 Tafeln. 1894. 3 Mark.

Marine s. Handels- bez. Kriegsmarine.

Markscheidekunst. Von O. Brathuhn. Mit 174 Abbildungen. 1892. 3 Mark.

Mechanik. Von Ph. Huber. Fünfte, wesentlich vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 207 Abbildungen. 1892. 3 Mark.

Meteorologie. Von Prof. Dr. W. J. van Bebber. Dritte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Mit 63 Abbildungen. 1893. 3 Mark.

Mikroskopie. Von Prof. Carl Chun. Mit 97 Abbildungen. 1885. 2 Mark.

Milchwirtschaft. Von Dr. Eugen Werner. Mit 28 Abbildungen. 1884. 3 Mark.

Mimik und Gebärdensprache. Von Karl Skraup. Mit 60 Abbildungen. 1892. 3 Mark 50 Pf.

Mineralogie. Von Dr. Eugen Hussak. Vierte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 154 Abbildungen. 1888. 2 Mark.

Münzkunde. Von H. Dannenberg. Mit 11 Tafeln Abbildungen. 1891. 4 Mark.

Musik. Von J. C. Lobe. Fünfundzwanzigste Auflage. 1893. 1 Mark 50 Pf.

Musikgeschichte. Von R. Musiol. Mit 15 Abbildungen und 34 Notenbeispielen. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1888. 2 Mark 50 Pf.

Musikinstrumente. Von Richard Hofmann. Fünfte, vollständig neu bearbeitete Auflage. Mit 189 Abbildungen. 1890. 4 Mark.

Mythologie. Von Dr. E. Kroker. Mit 73 Abbildungen. 1891. 4 Mark.

Naturlehre. Erklärung der wichtigsten physikalischen, meteorologischen und chemischen Erscheinungen des täglichen Lebens von Dr. C. E. Brewer. Vierte, umgearbeitete Auflage. Mit 53 Abbildungen. 1893. 3 Mark.

Nivellierkunst. Von Prof. Dr. C. Pietsch. Vierte, umgearbeitete Auflage. Mit 61 Abbildungen. 1895. 2 Mark.

Numismatik s. Münzkunde.

Nutzgärtnerei. Grundzüge des Gemüse- und Obstbaues von Hermann Jäger. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage, nach den neuesten Erfahrungen und Fortschritten umgearbeitet von J. Wesselhöft. Mit 63 Abbildungen. 1893. 2 Mark 50 Pf.

Obstbau s. Nutzgärtnerei.

Orden s. Ritter- und Verdienstorden.

Orgel. Erklärung ihrer Struktur, besonders in Beziehung auf technische Behandlung beim Spiel von E. F. Richter. Dritte, durchgesehene Auflage. Mit 25 Abbildungen. 1885. 1 Mark 50 Pf.

Ornamentik. Leitfaden über die Geschichte, Entwickelung und die charakteristischen Formen der Verzierungsstile aller Zeiten von F. Kanitz. Vierte, verbesserte Auflage. Mit 131 Abbildungen. 1891. 2 Mark.

Pädagogik. Von Lic. Dr. Fr. Kirchner. 1890. 2 Mark.

Paläographie s. Urkundenlehre.

Paläontologie s. Versteinerungskunde.

Perspektive, angewandte. Nebst einem Anhang über Schattenkonstruktion und Spiegelbilder. Von Max Kleiber. Mit 129 Abbildungen. 1892. 2 Mark 50 Pf.

Petrefaktenkunde s. Versteinerungskunde.

Petrographie. Lehre von der Beschaffenheit, Lagerung und Bildungsweise der Gesteine von Dr. J. Blaas. Mit 40 Abbildungen. 1882. 2 Mark.

Philosophie. Von J. H. v. Kirchmann. Dritte, durchgesehene Auflage. 1888. 2 Mark 50 Pf.

Philosophie, Geschichte der, von Thales bis zur Gegenwart. Von Lic. Dr. Fr. Kirchner. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1884. 3 Mark.

Photographie. Anleitung zur Erzeugung photographischer Bilder von Dr. J. Schnauß. Fünfte, verbesserte Auflage. Mit 40 Abbildungen. 1895. 2 Mark 50 Pf.

Phrenologie. Von Dr. G. Scheve. Siebente Auflage. Mit Titelbild und 18 Abbildungen. 1884. 2 Mark.

Physik. Von Dr. J. Kollert. Fünfte, verbesserte und vermehrte Auflage. Mit 278 Abbildungen. 1895. 4 Mark 50 Pf.

Poetik, deutsche. Von Dr. J. Minckwitz. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1877. 1 Mark 80 Pf.

Porzellan- und Glasmalerei. Von Robert Ulke. Mit 77 Abbildungen. 1894. 3 Mark.

Projektionslehre. Mit einem Anhange, enthaltend die Elemente der Perspektive. Von Julius Hoch. Mit 100 Abbildungen. 1891. 2 Mark.

Psychologie. Von Fr. Kirchner. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1896. 3 Mark.

Pyrotechnik s. Lustfeuerwerkerei.

Raumberechnung. Anleitung zur Größenbestimmung von Flächen und Körpern jeder Art von Dr. C. Pietsch. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 55 Abbildungen. 1888. 1 Mark 80 Pf.

Rechenkunst s. Arithmetik.

Rechtschreibung, neue deutsche. Von Dr. G. A. Saalfeld. 1895. 3 Mark 50 Pf.

Redekunst. Anleitung zum mündlichen Vortrage von Roderich Benedix. Vierte, durchgesehene Auflage. 1889. 1 Mark 50 Pf.

Registratur- und Archivkunde. Handbuch für das Registratur- und Archivwesen bei den Reichs-, Staats-, Hof-, Kirchen-, Schul- und Gemeindebehörden, den Rechtsanwälten ꝛc., sowie bei den Staatsarchiven von Georg Holzinger. Mit Beiträgen von Dr. Friedr. Leist. 1888. 3 Mark.

Reichspost, deutsche. Von W. Lenz. 1882. 2 Mark 50 Pf.

Reich, das deutsche. Ein Unterrichtsbuch in den Grundsätzen des deutschen Staatsrechts, der Verfassung und Gesetzgebung des Deutschen Reiches von Dr. Wilh. Zeller. Zweite, vielfach umgearbeitete und erweiterte Auflage. 1880. 3 Mark.

Reinigung s. Wäscherei.

Ritter- und Verdienstorden aller Kulturstaaten der Welt innerhalb des 19. Jahrhunderts. Auf Grund amtlicher und anderer zuverlässiger Quellen zusammengestellt von Maximilian Gritzner. Mit 760 Abbildungen. 1893. 9 Mark, in Pergament-Einband 12 Mark.

Rosenzucht. Vollständige Anleitung über Zucht, Behandlung und Verwendung der Rosen im Lande und in Töpfen von Hermann Jäger. Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage, bearbeitet von P. Lambert. Mit 70 Abbildungen. 1893. 2 Mark 50 Pf.

Schachspielkunst. Von K. J. S. Portius. Elfte Auflage. 1895. 2 Mark.
Schlitten- und Schlittschuhsport s. Wintersport.
Schneeschuhsport s. Wintersport.
Schreibunterricht. Dritte Auflage, neu bearbeitet von Georg Funk. Mit 82 Figuren. 1898. 1 Mark 50 Pf.
Schwimmkunst. Von Martin Schwägerl. Mit 118 Abbildungen. 1880. 2 Mark.
Sittenlehre. Von Lic. Dr. Friedrich Kirchner. 1881. 2 Mark 50 Pf.
Sozialismus, moderner. Von Max Haushofer. 1896. 3 Mark.
Sphragistik s. Urkundenlehre.
Spinnerei, Weberei und Appretur. Lehre von der mechanischen Verarbeitung der Gespinstfasern. Dritte, bedeutend vermehrte Auflage, bearbeitet von Dr. A. Ganswindt. Mit 196 Abbildungen. 1890. 4 Mark.
Sprachlehre, deutsche. Von Dr. Konrad Michelsen. Dritte Auflage, herausgegeben von Eduard Michelsen. 1878. 2 Mark 50 Pf.
Staatsrecht s. Reich, das Deutsche.
Stenographie. Ein Leitfaden für Lehrer und Lernende der Stenographie im allgemeinen und des Systems von Gabelsberger im besonderen von Prof. H. Krieg. Zweite, vermehrte Auflage. 1888. 2 Mark 50 Pf.
Stilarten s. Baustile.
Stilistik. Eine Anweisung zur Ausarbeitung schriftlicher Aufsätze von Dr. Konrad Michelsen. Zweite, durchgesehene Auflage, herausgegeben von Ed. Michelsen. 1889. 2 Mark.
Tanzkunst. Ein Leitfaden für Lehrer und Lernende nebst einem Anhang über Choreographie von Bernhard Klemm. Sechste, verbesserte und vermehrte Auflage. Mit 82 Abbildungen. 1894. 2 Mark 50 Pf.
Technologie, mechanische. Von A. v. Ihering. Mit 163 Abbildungen. 1888. 4 Mark.
Teichwirtschaft s. Fischzucht.
Telegraphie, elektrische. Von Prof. Dr. K. Ed. Zetzsche. Sechste, völlig umgearbeitete Auflage. Mit 315 Abbildungen. 1883. 4 Mark.
Tierzucht, landwirtschaftliche. Von Dr. Eugen Werner. Mit 20 Abbildungen. 1880. 2 Mark 50 Pf.
Ton, der gute, s. Anstandslehre.
Trichinenschau. Von F. W. Rüffert. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage. Mit 52 Abbildungen. 1895. 1 Mark 80 Pf.
Trigonometrie. Von Franz Bendt. Zweite, erweiterte Auflage. Mit 42 Figuren. 1894. 1 Mark 80 Pf.
Turnkunst. Von Dr. M. Kloss. Sechste, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 100 Abbildungen. 1887. 3 Mark.
Uhrmacherkunst. Von F. W. Rüffert. Dritte, vollständig neu bearbeitete Auflage. Mit 229 Abbildungen und 7 Tabellen. 1885. 4 Mark.
Uniformkunde. Von Richard Knötel. Mit über 1000 Einzelfiguren auf 100 Tafeln, gezeichnet vom Verfasser. 1896. 6 Mark.
Urkundenlehre. — Katechismus der Diplomatik, Paläographie, Chronologie und Sphragistik von Dr. Fr. Leist. Zweite, verbesserte Auflage. Mit 6 Tafeln Abbildungen. 1893. 4 Mark.
Ventilation s. Heizung.
Verfassung des Deutschen Reiches s. Reich, das Deutsche.
Versicherungswesen. Von Oskar Lemcke. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1888. 2 Mark 40 Pf.
Verskunst, deutsche. Von Dr. Roderich Benedix. Dritte, durchgesehene und verbesserte Auflage. 1894. 1 Mark 50 Pf.
Versteinerungskunde (Petrefaktenkunde, Paläontologie). Von Hippolyt Haas. Mit 178 Abbildungen. 1887. 3 Mark.

Villen und kleine Familienhäuser. Von Georg Aster. Mit 100 Abbildungen von Wohngebäuden nebst dazugehörigen Grundrissen und 28 in den Text gedruckten Figuren. Dritte Auflage. 1895. 5 Mark.

Völkerkunde. Von Dr. Heinrich Schurtz. Mit 67 Abbildungen. 1893. 4 Mark.

Völkerrecht. Mit Rücksicht auf die Zeit- und Streitfragen des internationalen Rechtes. Von A. Bischof. 1877. 1 Mark 50 Pf.

Volkswirtschaftslehre. Von Hugo Schober. Fünfte, durchgesehene und vermehrte Auflage von Dr. Ed. O. Schulze. 1896. 4 Mark.

Vortrag, mündlicher, s. Redekunst.

Wappenkunde s. Heraldik.

Warenkunde. Von E. Schick. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage, neu bearbeitet von Dr. G. Heppe. 1886. 3 Mark.

Wäscherei, Reinigung und Bleicherei. Von Dr. Herm. Grothe. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit 41 Abbildungen. 1884. 2 Mark.

Weberei s. Spinnerei.

Wechselrecht, allgemeines deutsches. Mit besonderer Berücksichtigung der Abweichungen und Zusätze der Österreichischen und Ungarischen Wechselordnung und des Eidgenössischen Wechsel- und Check-Gesetzes. Von Karl Arenz. Dritte, ganz umgearbeitete und vermehrte Auflage. 1884. 2 Mark.

Weinbau. Von Fr. Jac. Dochnahl. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 88 Abbildungen. 1878. 1 Mark 50 Pf.

Weltgeschichte, allgemeine. Von Dr. Theodor Flathe. Zweite Auflage. Mit 5 Stammtafeln und einer tabellarischen Übersicht. 1884. 3 Mark.

Wintersport. Von Max Schneider. Mit 140 Abbildungen. 1894. 3 Mark.

Zeugdruck s. Färberei.

Ziergärtnerei. Belehrung über Anlage, Ausschmückung und Unterhaltung der Gärten, so wie über Blumenzucht von Herm. Jäger. Fünfte, vermehrte und verbesserte Auflage. Mit 76 Abbildungen. 1889. 2 Mark 50 Pf.

Zimmergärtnerei. Nebst einem Anhang über Anlegung und Ausschmückung kleiner Gärtchen an den Wohngebäuden. Von M. Lebl. Mit 56 Abbildungen. 1890. 2 Mark.

Zoologie. Von Dr. C. G. Giebel. Mit 124 Abbildungen. 1879. Kartoniert 2 Mark.

Verzeichnisse mit ausführlicher Inhaltsangabe jedes einzelnen Bandes stehen auf Wunsch kostenfrei zur Verfügung.

Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber in Leipzig.

(März 1896.)

Druck von J. J. Weber in Leipzig.

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

Für Familien und Lesezirkel, Bibliotheken, Hotels, Cafés und Restaurationen.

Einladung zum Abonnement auf die

Illustrirte Zeitung

Wöchentliche Nachrichten

über alle

Zustände, Ereignisse und Persönlichkeiten der Gegenwart,

über

Tagesgeschichte, öffentliches und gesellschaftliches Leben, Wissenschaft und Kunst, Musik, Theater und Mode.

Jeden Sonnabend eine Nummer von 24 Foliosetten.

Mit jährlich über 1000 Original-Abbildungen.

Probe-Nummern gratis und franco.

Abonnements-Preis vierteljährlich 7 Mark. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Leipzig,

Expedition der Illustrirten Zeitung.

J. J. Weber.